



Bundesamt
für Migration
und Flüchtlinge

Zuwanderung aus den neuen EU-Mitgliedstaaten Bulgarien und Rumänien

Forschungsbericht 24

Elisa Hanganu
Stephan Humpert
Martin Kohls



Zuwanderung aus den neuen EU-Mitgliedstaaten Bulgarien und Rumänien

Forschungsbericht 24

Elisa Hanganu
Stephan Humpert
Martin Kohls

Zentrale Ergebnisse

- Am 1. Januar 2007 sind die Länder Bulgarien und Rumänien der EU beigetreten (EU-2). Für sie endeten am 1. Januar 2014 in Deutschland die letzten Beschränkungen der Arbeitnehmerfreizügigkeit. Wie bereits bei der Öffnung des deutschen Arbeitsmarktes für die sog. EU-8 Länder (Mai 2011) erhöhte sich ab Januar 2014 die Zahl der Zuwanderer auch aus den EU-2 Ländern deutlich.
- Für die EU-2 Länder ist weiterhin mit einem anhaltend hohen Niveau der Zuwanderung zu rechnen, wobei sich der zu erwartende Umfang der Wanderungsprozesse nur schwer abschätzen lässt.
- Die Staatsangehörigen der EU-2 Länder stellen unter den Neuzuwanderern in Deutschland bereits seit Jahren eine stark wachsende Gruppe dar. Die Zahl der in Deutschland lebenden bulgarischen Staatsangehörigen hat sich von 2004 bis 2013 fast vervierfacht (+275 %), die Zahl der rumänischen Staatsangehörigen stieg um 265 %. In den ersten Monaten des Jahres 2014 war eine weitere Zunahme zu beobachten, sodass zum 30. April 2014 insgesamt 159.000 Bulgarinnen und Bulgaren sowie 295.000 Rumäninnen und Rumänen in Deutschland lebten.
- In einzelnen Kommunen war der Anstieg der Zuzüge aus Bulgarien und Rumänien besonders deutlich. Dazu gehören insbesondere Duisburg, München, Frankfurt am Main und Hamburg.
- Seit dem EU-Beitritt ist die Zahl der sozialversicherungspflichtig beschäftigten Bulgaren und Rumänen in Deutschland kontinuierlich angestiegen. In den ersten vier Monaten seit der Einführung der vollständigen Freizügigkeit für die EU-2 Länder zum 1. Januar 2014 ist die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung mit rund +52.000 Personen stärker gewachsen als sich die Bevölkerung aus Bulgarien und Rumänien in Deutschland erhöht hat (+40.000). Neben Neuzuwanderern haben auch viele Staatsangehörige der EU-2 Länder eine abhängige Beschäftigung aufgenommen, die bereits in Deutschland gelebt haben, aber vorher keiner regulären Erwerbstätigkeit nachgegangen sind oder selbständig waren.

- Seit 2009 nahmen jedoch auch die Zahlen der arbeitslos gemeldeten Personen sowie der SGB-II-Leistungsempfänger aus diesen beiden Staaten zu. Zwischen Mitte 2011 und Anfang 2014 ist die Zahl der sozialversicherungspflichtig beschäftigten Staatsangehörigen aus den EU-2 Ländern um 134 %, die Zahl der arbeitslos Gemeldeten um 179 % und die Zahl der SGB-II-Empfänger aus diesen Ländern um 188 % angestiegen. Dabei zeigt sich in relativer Betrachtung, dass die Arbeitslosen- und die Transferleistungsbezugsquote bei bulgarischen Staatsangehörigen etwa doppelt so hoch ausfällt wie bei rumänischen Staatsangehörigen.
- Die Einkommensunterschiede zwischen den EU-2 Ländern und den anderen EU-Staaten nehmen im Durchschnitt zwar ab, stellen aber weiterhin ein Hauptmotiv der Migration dar.
- Bis 2010 galten Italien und Spanien als Hauptzielländer für bulgarische und rumänische Zuwanderer. Die dortigen Arbeitsmärkte fragten vor allem geringqualifizierte Arbeitskräfte in der Landwirtschaft und dem Bausektor nach. Infolge der Finanz- und Wirtschaftskrise brach die Nachfrage nach Arbeitskräften ein. Daraufhin ist ein deutlicher Rückgang der Nettozuwanderung bulgarischer und rumänischer Staatsangehöriger nach Spanien und Italien festzustellen.
- Dagegen wird in Deutschland ein Anstieg der Wanderungssalden von Bulgaren und Rumänen sowohl aus deren Herkunftsländern als auch aus Italien und Spanien verzeichnet. Die registrierte Wanderung von Bulgaren und Rumänen aus Italien und Spanien nach Deutschland ist in absoluten Zahlen vergleichsweise gering (2012: 3.214), hat sich jedoch seit 2010 (901 Personen) fast vervierfacht.
- Umfrageergebnisse aus den Herkunftsländern zeigen, dass Bulgaren und Rumänen Deutschland und das Vereinigte Königreich als prioritäre Ziele ansehen. Insbesondere gut Ausgebildete zieht es nach Deutschland, wohingegen für Geringqualifizierte weiterhin die südeuropäischen Länder von größerem Interesse sind.
- In Deutschland sind etwa 95 % der Neuzuwanderer aus den EU-2 Staaten im erwerbsfähigen Alter zwischen 18 und 65 Jahren. Hiervon profitieren regional insbesondere Bayern, Baden-Württemberg und Nordrhein-Westfalen sowie sektoral die Land- und Forstwirtschaft sowie das Dienstleistungs- und Gastgewerbe.

- Hinsichtlich der Qualifikation 25- bis 44-jähriger EU-2 Bürger lässt sich anhand des Mikrozensus 2011 eine hohe Akademikerquote feststellen, wobei diese bei den seit 2007 (EU-Beitritt) zugezogenen Bulgaren und Rumänen etwas niedriger ist (21 %) als bei den vor 2007 nach Deutschland zugezogenen (24 %).
- Während für Zuwanderer aus den EU-8 Staaten bereits ab Mai 2011 die Arbeitnehmerfreizügigkeit galt und deren Anteil an der Saisonarbeit in Deutschland zurückging, übten Bulgaren und Rumänen in den vergangenen Jahren zunehmend saisonale Tätigkeiten aus. Zudem sind sie vergleichsweise häufig als Kaufleute bzw. als Ärzte beschäftigt.

Inhaltsübersicht

	Zentrale Ergebnisse	5
1	Einleitung	14
2	Gesetzliche Rahmenbedingungen der Migration aus den EU-2 Staaten	17
3	Europäische Ost-West-Migration	24
4	Länderprofile der Herkunftsländer Bulgarien und Rumänien	58
5	EU-2 Zuwanderer in den Hauptzielländern Deutschland, Italien und Spanien	74
6	Veränderte Migrationsströme infolge der Wirtschaftskrise	120
7	Fazit	149
	Literatur	152
	Abbildungsverzeichnis	169
	Tabellenverzeichnis	172
	Publikationen des Forschungszentrums Migration, Integration und Asyl	177

Inhaltsverzeichnis

	Zentrale Ergebnisse	5
1	Einleitung	14
2	Gesetzliche Rahmenbedingungen der Migration aus den EU-2 Staaten	17
2.1	Freizügigkeit von Arbeitnehmern innerhalb der EU	17
2.2	Rechtliche Grundlagen der Zuwanderung aus den EU-2 in einzelne Zielländer	21
2.2.1	Deutschland	21
2.2.2	Italien	22
2.2.3	Spanien	23
3	Europäische Ost-West-Migration	24
3.1	Fortzüge aus den EU-8 und EU-2 Ländern sowie Zuwanderung in europäische Zielländer	24
3.2	Zuwanderung aus den EU-8 und EU-2 Ländern nach Deutschland	27
3.2.1	Wanderungsstatistik des Statistischen Bundesamtes (StBA)	27
3.2.2	Ausländische Bevölkerung und Wanderungen auf Basis des Ausländerzentralregisters	30

3.3	Ursachen und Motive der Auswanderung aus den EU-8 und EU-2 Staaten	45
3.4	Formen der Zuwanderung aus den EU-2 Staaten nach Deutschland	48
3.5	Migrationserwartungen zum Beitritt der EU-8 und EU-2 Staaten	54
4	Länderprofile der Herkunftsländer Bulgarien und Rumänien	58
4.1	Bevölkerung	59
4.2	Wirtschaft	63
4.3	Arbeitsmarkt	67
4.4	Weitere ökonomische Bedingungen des Migrationskontextes	70
5	EU-2 Zuwanderer in den Hauptzielländern Deutschland, Italien und Spanien	74
5.1	Zuwanderer aus den EU-2 in den Hauptzielländern	74
5.2	Sozio-ökonomische Charakteristika	79
5.2.1	Demografie, Aufenthaltsdauer und Einbürgerungen	79
5.2.2	Bildungsstand	84

5.2.3	Qualifikationsniveau der Beschäftigten	86
5.2.4	Arbeitsmarkt und Beschäftigungssituation	89
5.2.5	Berufsgruppen und Branchen	102
5.2.6	Selbständige	108
5.2.7	Schüler, Auszubildende, Studierende und wissenschaftliches Personal	112

6 Veränderte Migrationsströme infolge der Wirtschaftskrise 120

6.1	Neue Rahmenbedingungen in den Hauptzielländern	121
6.2	Mögliche Auswirkungen der veränderten ökonomischen Bedingungen auf das Migrationsgeschehen	129
6.2.1	Arbeitslosigkeit und branchenspezifischer Arbeitskräftebedarf	130
6.2.2	Abgeschwächte Zuwanderung aus den EU-2 Staaten nach Italien und Spanien	132
6.2.3	Abwanderung aus Italien und Spanien sowie Zuwanderung nach Deutschland	134
6.3	Migrationspotenzial der EU-2 Zuwanderer seit Anfang 2014	138
6.3.1	Zuwanderung aus Rumänien	141
6.3.2	Zuwanderung aus Bulgarien	145
6.3.3	Migration der bislang in Südeuropa lebenden Rumänen und Bulgaren	146

7	Fazit	149
	Literatur	152
	Abbildungsverzeichnis	169
	Tabellenverzeichnis	172
	Publikationen des Forschungszentrums Migration, Integration und Asyl	177

1 Einleitung

Die Zuwanderung aus den Beitrittsstaaten¹ der in den Jahren 2004 und 2007 erfolgten EU-Osterweiterung wurde seit Beginn der teils eingeschränkten Arbeitnehmerfreizügigkeit in Deutschland vielfach thematisiert. Jedoch stellten sich Prognosen zum Migrationspotenzial überwiegend als zu hoch heraus. Da sich zum einen der EU-Beitritt auf die wirtschaftliche Entwicklung in den EU-10 Ländern positiv auswirkte und zum anderen viele Migrationswillige bereits kurze Zeit nach dem Beitritt in Länder mit von Anfang an umfassend gültiger Arbeitnehmerfreizügigkeit gezogen waren, kamen weniger Zuwanderinnen und Zuwanderer² nach Deutschland als vermutet.

Seit 2011 sind in Deutschland jedoch ansteigende Zuzugszahlen aus den EU-8 und EU-2 Ländern zu beobachten. Aufgrund der wirtschaftlichen Situation sowie der hohen Lohnunterschiede besteht aktuell vor allem ein hohes Migrationspotenzial zwischen den EU-2 Ländern und Deutschland. Die erhöhte Zuwanderung kann teilweise mit erheblichen Problemen verbunden sein. So berichteten bereits betroffene Städte und Gemeinden von teils widrigen Wohnverhältnissen und ausbeuterischer Beschäftigung. Dies wurde auch von der Bundesregierung erkannt, weshalb im Koalitionsvertrag 2013 vereinbart wurde, sich der Thematik anzunehmen. Zu diesem Zweck wurde mit Kabinettsbeschluss vom 8. Januar 2014 ein Staatssekretärsausschuss unter gemeinsamer Federführung des BMI und

- 1 Hinweise zur Abgrenzung der EU-Länder: EU-14: Belgien, Dänemark, Finnland, Frankreich, Griechenland, Großbritannien, Irland, Italien, Luxemburg, Niederlande, Österreich, Portugal, Schweden und Spanien, Deutschland bleibt unberücksichtigt. EU-12: Hierbei handelt es sich zum einen um die zehn zum 01.05.2004 der EU beigetretenen Staaten Estland, Lettland, Litauen, Malta, Polen, Slowakei, Slowenien, Tschechische Republik, Ungarn und Zypern (EU-10) sowie die zum 01.01.2007 beigetretenen Staaten Bulgarien und Rumänien (EU-2). Die mittel- und osteuropäischen Länder, die zum 01.05.2004 beigetreten sind (EU-10 außer Malta und Zypern), werden auch als EU-8 charakterisiert. Dazu kommt Kroatien, welches zum 01.01.2013 der EU beigetreten ist.
- 2 In diesem Bericht wird aus Gründen der besseren Lesbarkeit in der Regel auch bei nicht geschlechtsneutralen Bezeichnungen die männliche Form verwendet. Die weibliche Form wird damit eingeschlossen.

des BMAS eingesetzt.³ Der Ausschuss legte im August 2014 seinen Abschlussbericht vor, der eine Situationsanalyse und Maßnahmen insbesondere hinsichtlich der sozialen Sicherung umfasst.⁴

Neben der Zuwanderung direkt aus Bulgarien und Rumänien sind vor dem Hintergrund der wirtschaftlichen Entwicklungen in den südeuropäischen Staaten auch Umlenkungsprozesse der Wanderungen zu beobachten. Die von der Wirtschafts- und Finanzkrise stark betroffenen Länder Italien und Spanien waren bislang die wichtigsten Zielländer für Zuwanderer aus den EU-2 Ländern. Erste Analysen deuten darauf hin, dass es zu einer Umlenkung der traditionellen Migrationsströme kommt, wobei Deutschland zum wichtigsten Zielland der Bulgaren und Rumänen sowohl direkt aus den EU-2 Staaten als auch indirekt über die südeuropäischen Länder geworden ist.

In der vorliegenden Studie wird diese vergleichsweise neue Form und Intensität der EU-Binnenmigration hinsichtlich verschiedener Kriterien näher beleuchtet. Dabei werden insbesondere die Auswirkungen der veränderten Wirtschaftsbedingungen auf die vergangene, aktuelle und zukünftige Entwicklung der Wanderungen aus Bulgarien und Rumänien in die Hauptzielländer Deutschland, Italien und Spanien untersucht.

In Kapitel 2 werden einführend die rechtlichen Rahmenbedingungen der innereuropäischen Migration skizziert. Insbesondere auf die Arbeitnehmerfreizügigkeit sowie bilaterale Migrationsvereinbarungen zwischen den EU-2 Ländern und ihren Hauptzielländern wird näher eingegangen. Darauf aufbauend stellt Kapitel 3 das im Zeitraum von 2004 bis 2014 beobachtete Wanderungsgeschehen in den Kontext der europäischen Integration. Es werden die Migrationsentwicklungen im Rahmen der zunächst eingeschränkten und zunehmend erweiterten Arbeitnehmerfreizügigkeit der EU-8 und EU-2 Bürger betrachtet sowie deren Migrationsmotive und Zuwanderungsformen erläutert. In diesem Zusammenhang schließt sich eine kritische Gegenüberstellung der seit den EU-Beitritten in der Literatur diskutierten Migrationserwartungen an.

3 Staatssekretärsausschuss zu „Rechtsfragen und Herausforderungen bei der Inanspruchnahme der sozialen Sicherungssysteme durch Angehörige der EU-Mitgliedstaaten“.

4 BMI/BMAS (2014): Abschlussbericht des Staatssekretärsausschusses zu „Rechtsfragen und Herausforderungen bei der Inanspruchnahme der sozialen Sicherungssysteme durch Angehörige der EU-Mitgliedstaaten“, Berlin.

In einem weiteren Kapitel verdeutlicht der Vergleich der Länderprofile Bulgariens und Rumäniens die traditionellen und weiterhin bestehenden Push-Faktoren der Fortzüge aus diesen Staaten (Kapitel 4). Daran anschließend ist Kapitel 5 den EU-2 Zuwanderern in Deutschland, Italien und Spanien gewidmet. Es stellt eine ausführliche Bestandsaufnahme der demografischen und sozio-ökonomischen Merkmale der EU-2 Bürger in den Hauptzielländern dar. Die in diesen Zielländern im Rahmen der Finanz- und Wirtschaftskrise veränderten Bedingungen der Migration werden in Kapitel 6 analysiert. Insbesondere geht es um die Frage, wie sich die wirtschaftliche Entwicklung auf den Verlauf der Migrationsströme aus den EU-2 Ländern sowie aus den südeuropäischen Staaten auswirkte und möglicherweise Umlenkungsprozesse in Gang setzte. Dazu werden die ökonomischen Bedingungen in den Zielländern eingehend betrachtet und Zuwanderungszahlen von Bulgaren und Rumänen sowohl aus deren Herkunftsländern als auch aus Italien und Spanien im Zeitverlauf verglichen. Hieraus werden erste Schlussfolgerungen bezüglich der sich verändernden Migrationsströme gewonnen.

Aufgrund der Erfahrungen mit der Öffnung des Arbeitsmarktes für die EU-8 Staaten sowie vor dem Hintergrund der veränderten Wirtschaftsbedingungen werden schließlich Annahmen zum Migrationspotenzial der EU-2 Staatsangehörigen infolge der Einführung der Arbeitnehmerfreizügigkeit ab 2014 abgeleitet.

2 Gesetzliche Rahmenbedingungen der Migration aus den EU-2 Staaten

In diesem Kapitel werden die gesetzlichen Rahmenbedingungen der Migration, insbesondere der Arbeitnehmerfreizügigkeit bulgarischer und rumänischer Staatsangehöriger, innerhalb der EU dargestellt. Die historische Entwicklung des Rechtsrahmens verdeutlicht die sich verändernden Bedingungen, unter denen die Migration innerhalb der EU im zurückliegenden Jahrzehnt geschehen konnte. Nach einem Überblick über die Öffnung der Arbeitsmärkte in den einzelnen Mitgliedstaaten wird die rechtliche Entwicklung der Zuwanderungsmöglichkeiten nach Deutschland, Italien und Spanien vertieft dargestellt.

2.1 Freizügigkeit von Arbeitnehmern innerhalb der EU

In Artikel 45 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union ist neben der Niederlassungsfreiheit die Freizügigkeit von Arbeitnehmern als einer der Grundsätze der EU verankert. Dessen Umsetzung wird durch abgeleitetes EU-Recht und die Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs gewährleistet. Zu den Rechten von EU-Bürgern gehören die Arbeitssuche und -aufnahme in den Mitgliedstaaten sowie die Wohnsitznahme und der Verbleib auch nach Beendigung des Arbeitsverhältnisses. EU-Bürgern sind derselbe Zugang zu Beschäftigungsmöglichkeiten sowie dieselben Arbeitsbedingungen, Sozialleistungen und Steuervorteile zu gewähren wie den Staatsangehörigen des Aufnahmelandes. Die Koordinierung der Systeme der sozialen Sicherheit wird angestrebt, sodass bestimmte Ansprüche des Kranken- und Sozialversicherungsschutzes auf die Systeme des Landes übertragen werden, in dem die EU-Bürger Arbeit suchen.⁵ Ebenso wird angestrebt, die in einem EU-Land erworbenen

⁵ Die Koordinierung wird durch EU-Verordnungen geregelt (vgl. EU-Verordnung 1244/2010).

beruflichen Qualifikationen EU-weit anzuerkennen. Auch selbständig Erwerbstätige, Studenten, Auszubildende, Rentner und andere Nichterwerbstätige sowie die Familienangehörigen von Unionsbürgern sind freizügigkeitsberechtigt.⁶

Beschränkungen der Freizügigkeit bestehen für Staatsangehörige aus einem neuen EU-Mitgliedsland, die ihr Recht auf Freizügigkeit zwecks Erwerbstätigkeit ausüben möchten, bis maximal sieben Jahre nach dem EU-Beitritt ihres Herkunftslandes (gemäß dem im Folgenden erläuterten 2+3+2-Prinzip). Entsprechend war für Bulgaren und Rumänen die Arbeitnehmerfreizügigkeit in manchen Zielländern bis Ende 2013 teilweise eingeschränkt (EU-Kommission 2013a).

In Deutschland betrifft die Einschränkung der Arbeitnehmerfreizügigkeit derzeit nur noch Arbeitnehmer aus Kroatien (EU-Beitritt am 1. Juli 2013). Für eine Übergangszeit von zunächst zwei Jahren bis zum 30. Juni 2015 bedürfen kroatische Staatsangehörige für Beschäftigungen im Bundesgebiet grundsätzlich einer Arbeitsgenehmigung-EU, die ein konkretes Arbeitsplatzangebot und eine Vorrangprüfung voraussetzt (BMI/BMAS 2014: 47f.).⁷

In den ersten beiden Jahren nach dem Beitritt eines Landes zur EU wird der Zugang zu den Arbeitsmärkten der bisherigen Mitgliedsländer der EU durch jeweilige nationale Rechtsvorschriften geregelt. Die Arbeitnehmerfreizügigkeit kann auf bestimmte Berufsgruppen begrenzt oder generell eingeschränkt werden. Ggf. benötigen Arbeitnehmer aus den Beitrittsländern eine Arbeitsgenehmigung des Aufnahmestaates oder es wird von ihnen vor ihrer Einreise der Nachweis einer Beschäftigungszusage verlangt.

6 Ausführlich zur Begründung des Freizügigkeitsrechts und zur EUGH-Rechtsprechung siehe BMI/BMAS (2014): 40ff.

7 Vor Ablauf der zwei Jahre muss die Bundesregierung über eine etwaige Verlängerung der Übergangsbestimmungen entscheiden und dies der Europäischen Kommission mitteilen. Für bestimmte Personengruppen gibt es allerdings erhebliche Erleichterungen. So können Akademiker, Auszubildende und Saisonkräfte (für die Dauer von maximal sechs Monaten) ohne Arbeitsgenehmigung auf dem deutschen Arbeitsmarkt tätig werden. Für die Aufnahme von Beschäftigungen, die eine qualifizierte Berufsausbildung voraussetzen, kann die Arbeitsgenehmigung-EU ohne Vorrangprüfung erteilt werden. Für den Bereich der Arbeitnehmerentsendung eines in Kroatien ansässigen Unternehmens bestehen in Deutschland zudem Beschränkungen für die Sektoren Baugewerbe, Gebäudereinigung und Innendekoration (vgl. BMI/BMAS 2014: 47f.).

Möchte ein Land die Beschränkungen für weitere drei Jahre beibehalten, muss die EU-Kommission vor Ablauf der ersten beiden Jahre darüber unterrichtet werden. Anschließend können die Länder diese Beschränkungen für maximal zwei weitere Jahre aufrechterhalten, wenn ihr nationaler Arbeitsmarkt mit schwerwiegenden Verwerfungen konfrontiert ist (EU-Kommission 2013b). Sobald Arbeitnehmer in einem anderen EU-Land rechtmäßig beschäftigt sind, gilt der Grundsatz der Gleichbehandlung mit den Arbeitnehmern des Aufnahmelandes. D. h. jeder EU-Bürger hat das Recht, unter gleichen Bedingungen in einem anderen EU-Land zu arbeiten wie die dort Einheimischen (EU-Kommission 2013c).

Hat ein Mitgliedstaat zunächst keine nationalen Maßnahmen gegenüber den Angehörigen eines Beitrittsstaates umgesetzt oder solche bereits aufgehoben, können Beschränkungen (wieder) eingeführt werden, wenn schwerwiegende Störungen des nationalen Arbeitsmarktes auftreten oder sich abzeichnen (EU-Kommission 2013b). Diese Option wurde bspw. von Spanien in Anspruch genommen, nachdem dort zwar am 1. Januar 2009 der Arbeitsmarkt für Bulgaren und Rumänen geöffnet, infolge der schweren Wirtschaftskrise jedoch ab Juli 2011, in Abstimmung mit der EU-Kommission, der Zuzug weiterer rumänischer Arbeitskräfte wieder beschränkt worden war. Für Bulgaren wurden in diesem Zusammenhang keine Maßnahmen ergriffen (EU-Kommission 2011).

Sowohl die EU-27 Mitgliedstaaten als auch die Staaten des Europäischen Wirtschaftsraums sowie die Schweiz haben uneinheitlich ihre nationalen Arbeitsmärkte für Arbeitskräfte aus den 2007 beigetretenen EU-2 Ländern Bulgarien und Rumänien geöffnet. Die Phasen der 2+3+2-Regelung umfassten die drei Zeiträume 1. Januar 2007 bis 31. Dezember 2008, 1. Januar 2009 bis 31. Dezember 2011 sowie 1. Januar 2012 bis 31. Dezember 2013, wobei auch innerhalb dieser Perioden Beschränkungen aufgehoben werden konnten.

Die meisten der EU-10 Staaten, die 2004 in die EU eingetreten waren, hatten unmittelbar ab 2007 ihre Arbeitsmärkte für Bulgaren und Rumänen geöffnet. Insgesamt neun Staaten, darunter auch Deutschland und das Vereinigte Königreich, schränkten die Arbeitnehmerfreizügigkeit mehr oder minder stark bis zum Jahresende 2013 ein (vgl. Tab. 2-1).

Tabelle 2-1: Arbeitskräftefreizügigkeitsregelungen bzgl. der EU-2 Staatsangehörigen in der Schweiz, dem Europäischen Wirtschaftsraum und den EU-27 Staaten

Zielländer	Regelungen der Arbeitnehmerfreizügigkeit der Bulgaren und Rumänen (EU-2) in den Zielländern
Schweiz	Beschränkungen (bis 31.05.2016)
EWV	
Island	Freier Zugang seit 01.01.2012
Liechtenstein	Generelle Beschränkungen (Quoten) für EU-28
Norwegen	Freier Zugang seit 15.06.2012
EU-15	
Belgien	Beschränkungen mit Vereinfachungen bis 31.12.2013, freier Zugang seit 01.01.2014
Dänemark	Freier Zugang seit 01.05.2009
Deutschland	Nach Beschränkungen mit Vereinfachungen gilt freier Zugang seit 01.01.2014
Finnland	Freier Zugang seit 01.01.2007
Frankreich	Nach Beschränkungen mit Vereinfachungen gilt freier Zugang seit 01.01.2014
Griechenland	Freier Zugang seit 01.01.2009
Irland	Freier Zugang seit 01.01.2012
Italien	Freier Zugang seit 01.01.2012
Luxemburg	Nach Beschränkungen mit Vereinfachungen gilt freier Zugang seit 01.01.2014
Niederlande	Nach Beschränkungen mit Vereinfachungen gilt freier Zugang seit 01.01.2014
Österreich	Nach Beschränkungen mit Vereinfachungen gilt freier Zugang seit 01.01.2014
Portugal	Freier Zugang seit 01.01.2009
Schweden	Freier Zugang seit 01.01.2007
Spanien	Freier Zugang seit 01.01.2009 für Bulgaren und Rumänen; Beschränkung nur für Rumänen (23.07.2011 bis 31.12.2013); freier Zugang seit 01.01.2014
Vereinigtes Königreich	Freier Zugang seit 01.01.2014
EU-10	
Estland	Freier Zugang seit 01.01.2007
Lettland	Freier Zugang seit 01.01.2007
Litauen	Freier Zugang seit 01.01.2007
Malta	Freier Zugang seit 01.01.2014
Polen	Freier Zugang seit 01.01.2007
Slowakei	Freier Zugang seit 01.01.2007
Slowenien	Freier Zugang seit 01.01.2007
Tschechische Republik	Freier Zugang seit 01.01.2007
Ungarn	Freier Zugang seit 01.01.2009
Zypern	Freier Zugang seit 01.01.2007
EU-2	
Bulgarien	Keine reziproken Beschränkungen
Rumänien	Keine reziproken Beschränkungen

Quelle: Schweizer Bundesamt für Migration (2012); Norwegian Ministry of Labour (2012); EU-Kommission (2013d); Euroactive (2012).

2.2 Rechtliche Grundlagen der Zuwanderung aus den EU-2 in einzelne Zielländer

Die Hauptzielländer Deutschland, Italien und Spanien implementierten in der Vergangenheit unterschiedliche nationale Regelungen für den Zuzug aus Bulgarien und Rumänien. Dies geschah auch in Form bilateraler Abkommen mit den Herkunftsländern.

2.2.1 Deutschland

Für aus den Nicht-EU Staaten zuwandernde Arbeitnehmer (Arbeitnehmer aus einem sog. Drittstaat) gilt in Deutschland grundsätzlich Visumpflicht. So war auch für Bürger Bulgariens und Rumäniens vor der Aufnahme in die EU im Jahr 2007 ein Visum für Beschäftigungszwecke erforderlich.⁸ Wie mit den meisten der ost- und südosteuropäischen Staaten schloss die Bundesrepublik Deutschland in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts ebenfalls bilaterale Abkommen mit Bulgarien bzw. Rumänien ab, welche für bestimmte Personengruppen den Zuzug zum Zwecke der Arbeitsaufnahme oder Ausbildung regelten (vgl. Kapitel 3.4).

Im Jahr 1991 wurde ein Abkommen zwischen Deutschland und Bulgarien zur Regelung der Arbeitnehmerentsendung bulgarischer Firmen geschlossen, ein weiteres zur Ermöglichung betrieblicher Aus- und Weiterbildung und des Spracherwerbs in Deutschland im Jahr 1992. Letzteres sah eine jährliche Quote von 1.000 Personen im Alter von 18 bis 35 Jahren vor. In einer Erweiterung des Abkommens 2003 wurde die Quote auf 2.000 Personen erhöht. Außerdem wurde 2002 ein Abkommen bezüglich befristeter Arbeitskräfte im Hotel- und Gaststättengewerbe geschlossen. Weiterhin wurden Beschäftigungen in privaten Haushalten, befristet auf drei Jahre, zugelassen (Krasteva et al. 2011).

8 Nach einer Entscheidung des EU-Ministerrats Anfang Dezember 2001 in Brüssel wurde zum 01.01.2002 die allgemeine Visumpflicht für Staatsangehörige Rumäniens aufgehoben. Rumänische Staatsangehörige benötigten ab diesem Zeitpunkt für Besuchsaufenthalte bis zur Dauer von drei Monaten kein Visum mehr. Dies galt jedoch nicht für längere Aufenthalte und für Aufenthalte, die mit einer Erwerbstätigkeit verbunden waren. Die (dreimonatige Besucher-) Visafreiheit für die EU-Beitrittskandidaten trat laut der Verordnung (EG) Nr. 539/2001, geändert durch die Verordnung (EG) Nr. 2414/2001, am 01.01.2002 in Kraft (vgl. EU-Verordnung 2414/2001). Für bulgarische Staatsangehörige wurde dies bereits ein halbes Jahr zuvor, Mitte 2001, ermöglicht (vgl. Gruber 2000).

Mit Rumänien hat die Bundesrepublik in der Vergangenheit eine Vielzahl bilateraler Verträge geschlossen. So gab es ein Abkommen aus dem Juli 1990 über die Zulassung entsandter rumänischer Arbeitskräfte zum deutschen Arbeitsmarkt sowie eine Quote von jährlich 100 rumänischen Studenten für eine Saisontätigkeit in den Sommermonaten. Weiterhin wurde 1992 ein Abkommen über die jährliche Aufnahme von 500 Arbeitskräften mit einer Dauer von zwölf bis 15 Monaten geschlossen. Nach einem Abkommen aus dem Herbst 1999 gab es die Möglichkeit einer dreimonatigen saisonalen Beschäftigung sowie einer neunmonatigen Tätigkeit als Schau-
stellergelhilfe. Dazu sind jährliche Aufnahmequoten von 17.000 bis 18.000 Personen festgelegt worden (Diminescu 2004).

Für Staatsangehörige aus Bulgarien und Rumänien galten in Deutschland bis zum 31. Dezember 2013 Beschränkungen der Arbeitnehmerfreizügigkeit. Davon waren jedoch qualifizierte Arbeitnehmer mit Hochschulabschluss nicht betroffen, wenn die Beschäftigung den beruflichen Qualifikationen entsprach. Ebenfalls benötigten Saisonarbeitnehmer seit dem 1. Januar 2012 keine Arbeitserlaubnis-EU mehr und auch Personen in unternehmensinternen, beruflichen Aus- und Weiterbildungen konnten bereits uneingeschränkt einreisen. Lag eine abgeschlossene Berufsausbildung vor, musste seit dem 1. Januar 2012 keine Vorrangprüfung mehr durchgeführt werden. In Berufen, die in Deutschland eine mindestens zweijährige Berufsausbildung voraussetzen, wurde auch bereits vor 2014 die Arbeitserlaubnis-EU für die Beschäftigung als Facharbeiter erteilt, wenn die Arbeitsbedingungen denen vergleichbarer Beschäftigter entsprachen (EU-Kommission 2013e).

2.2.2 Italien

Für bulgarische und rumänische Bürger galt in der Vergangenheit wie auch für Angehörige anderer Nicht-EU Staaten in Italien eine Visumpflicht zum Zwecke der Erwerbstätigkeit. Italien hat Abkommen mit Bulgarien 1999 und Rumänien 1997 geschlossen. Weiterhin wird die migrationspolitische Bedeutung regionaler Abkommen betont (Chaloff 2004). So wurde 2004 ein Abkommen über den Zugang bulgarischer Krankenschwestern in die Lombardei geschlossen (Krasteva et al. 2011). Zudem erfolgte eine Anwerbungsaktion der italienischen Region Friaul-Julisch Venetien und die Zulassung von 2000 rumänischen Krankenschwestern (Babin 2004). Zum 1. Januar 2012 sind sämtliche Beschränkungen der Ar-

beitnehmerfreizügigkeit für Bulgaren und Rumänen in Italien aufgehoben worden.

2.2.3 Spanien

Auch in Spanien war der Zugang zum Arbeitsmarkt für Staatsangehörige Bulgariens bzw. Rumäniens wie auch für Bürger aus Nicht-EU Staaten lange Zeit begrenzt und Visa wurden zur Einreise vorausgesetzt. Krasteva et al. (2011) dokumentieren ein bilaterales Abkommen zur Erwerbstätigkeit mit Bulgarien aus dem Jahr 2005, Diminescu (2004) eines mit Rumänien aus dem Mai 2002. Die Konditionen beider Abkommen sind identisch. So konnten regulär beschäftigte Personen Verträge über mindestens ein Jahr erhalten. Saisonbeschäftigungen waren auf neun Monate im Jahr begrenzt. Entsendungen zu Aus- und Weiterbildungszwecken waren auf ein Jahr befristet, mit der Option einer Verlängerung um ein weiteres halbes Jahr. Zum 1. Januar 2009 waren zwar sämtliche Beschränkungen der Arbeitnehmerfreizügigkeit für Bulgaren und Rumänen in Spanien aufgehoben worden. Für rumänische Staatsangehörige gab es jedoch seit Juli 2012 eine Einschränkung. Diejenigen, welche zwischen dem 1. Januar 2009 und dem 22. Juli 2012 in Spanien als Arbeitnehmer beschäftigt oder arbeitssuchend gemeldet waren, genossen auch fortan Freizügigkeit. Personen, die ab dem 23. Juli 2012 nach Spanien kamen, brauchten bis zum 31. Dezember 2013 wiederum eine Aufenthalts- und Arbeitsgenehmigung. Auf der Grundlage der in den Beitrittsakten der EU-2 Staaten enthaltenen Schutzklausel⁹ war Spanien durch die Europäische Kommission zur Einschränkung der Freizügigkeit für Rumänen ermächtigt worden.

Im Folgenden werden die im Rahmen der zuvor beschriebenen rechtlichen Bedingungen erfolgten Wanderungsbewegungen aus den EU-8 und EU-2 Staaten betrachtet, wobei Kapitel 3.2 die Zuwanderung nach Deutschland detailliert darstellt.

9 Gemäß der Schutzklausel können Staaten, die Beschränkungen für bulgarische und rumänische Arbeitnehmer schon aufgehoben haben, diese wieder einführen, sofern schwerwiegende Störungen auf dem Arbeitsmarkt vorliegen und die Kommission ihre Genehmigung erteilt.

3 Europäische Ost-West-Migration

3.1 Fortzüge aus den EU-8 und EU-2 Ländern sowie Zuwanderung in europäische Zielländer

Wenn man Wanderungsbewegungen aus den EU-8 Staaten vor und nach der ersten EU-Osterweiterungsrunde im Jahr 2004 vergleicht, dann fällt auf, dass es infolge der EU-Erweiterung zu deutlichen Auswanderungswellen aus Polen sowie den baltischen Staaten gekommen ist, während in den anderen Staaten vorwiegend Nettozuzüge zu verzeichnen waren (vgl. Tab. 3-1).

Tabelle 3-1: Wanderungssalden der EU-8 Länder, 2000 bis 2012

	Estland	Lettland	Litauen	Polen	Slowakei	Slowenien	Tschechische Republik	Ungarn
2000	-1.749	-5.504	-1.106	-19.668	1.463	2.615	6.539	19.186
2001	-1.934	-19.163	-2.559	-16.743	1.012	2.992	-8.551	19.488
2002	-1.463	-9.195	-1.976	-17.945	901	1.865	12.290	16.729
2003	-2.106	-11.584	-6.304	-13.765	1.774	3.412	25.789	18.205
2004	-1.830	-15.323	-9.612	-9.382	3.865	1.902	18.635	20.478
2005	-3.174	-10.952	-8.782	-12.878	6.626	6.436	36.229	24.162
2006	-3.293	-8.807	-4.857	-36.134	9.527	6.267	34.720	21.418
2007	-643	-7.946	-5.244	-20.485	12.695	14.250	83.945	19.861
2008	-735	-22.367	-7.718	-26.458	12.963	18.584	56.789	28.061
2009	-774	-34.477	-15.483	-40.154	10.890	11.508	13.838	17.411
2010	-2.484	-35.640	-77.944	-62.995	9.323	-521	-12.752	12.154
2011	-2.505	-20.146	-38.178	-108.739	2.966	2.059	-28.796	12.918
2012	-3.682	-11.860	-21.257	-58.057	3.416	644	-11.769	10.822

Quelle: Eurostat 2014a; nationale Statistiken.

Bezüglich des einwohnerstärksten Staates, Polen, waren im Zeitraum 2000-2008¹⁰ negative Wanderungssalden zu konstatieren, die in den Folgejahren noch höhere Werte annahmen. Die Slowakei und Slowenien verzeichneten dagegen positive Wanderungssalden. Auch die Tschechische Republik und Ungarn erlebten bei ähnlicher Bevölkerungsgröße bis 2009 Nettozuwanderungsströme. Während Ungarn auch anschließend Nettozuzüge verzeichnete, erfuhr die Tschechische Republik eine deutliche Nettoabwanderung. Die in letztere vier Staaten zuziehenden Personen stammten zu einem großen Teil jeweils aus anderen östlichen EU-Staaten sowie aus der Ukraine und der Russischen Föderation (OECD 2013a). In den drei baltischen Staaten Estland, Lettland und Litauen verstärkten sich im Beobachtungszeitraum die negativen Wanderungssalden, besonders ab 2010. Dies kann als eine Reaktion auf die damalige Rezession in den baltischen Staaten angenommen werden (Knogler 2010).

Hinsichtlich der EU-Staaten mit der größten Zuwanderung zeigt sich, dass im Jahr 2004 ein merklicher Anstieg der Zuwanderung aus den EU-8 Staaten verzeichnet wurde¹¹ (vgl. Tab. 3-2). Dabei ist zu beachten, dass Deutschland und das Vereinigte Königreich unterschiedliche Freizügigkeitsregelungen erlassen haben (vgl. Kap. 2). So bestand beispielsweise im Vereinigten Königreich wie auch in Schweden die volle Arbeitnehmerfreizügigkeit für Staatsangehörige der EU-8 bereits seit 2004, in Deutschland dagegen erst seit dem 1. Mai 2011. Die Zuwanderung nach Deutschland umfasst somit vorwiegend andere Migrationsformen sowie Arbeitsmigranten, die innerhalb von Ausnahmeregelungen der Freizügigkeitsbeschränkungen bzw. aufgrund bilateraler Abkommen einreisen konnten.

10 Aktuelle Zahlen für Migrationsbewegungen polnischer Staatsangehöriger werden über Eurostat nicht zur Verfügung gestellt, weshalb in Tabelle 3-1 für die Jahre 2010 bis 2012 die Werte der nationalen Statistikbehörde angegeben werden.

11 Zum Teil beruhen die Daten auf nationalen Angaben, weshalb es Brüche in den Zeitreihen gibt. Nationale Statistiken zu „long term migration“ sind nicht immer kompatibel mit den Eurostat-Vorgaben und Definitionen gem. Art. 3 der EG-Verordnung 862/2007 zu Gemeinschaftsstatistiken über Wanderung und internationalen Schutz und zur Aufhebung der Verordnung (EWG) Nr. 311/76 des Rates über die Erstellung von Statistiken über ausländische Arbeitnehmer.

Tabelle 3-2: Zuwanderung von Staatsangehörigen der EU-8 Staaten in ausgewählte EU-15 Staaten, 2000 bis 2012

	Deutsch- land	Italien	Nieder- lande	Öster- reich	Schweden	Spanien	Vereinigtes Königreich
2000	/	6.425	2.509	9.887	1.504	6.430	5.760
2001	121.021	/	2.859	11.178	1.766	7.472	5.574
2002	122.125	4.596	2.836	9.987	2.176	7.371	2.683
2003	129.451	14.660	2.629	10.741	1.981	8.197	12.176
2004	173.271	14.929	6.749	16.087	3.960	13.543	48.853
2005	196.631	13.506	7.919	15.964	5.245	14.571	67.672
2006	199.259	15.184	9.058	14.903	8.855	23.504	/
2007	186.909	25.722	12.115	15.715	10.416	26.118	103.000 *
2008	167.434	16.788	17.685	16.954	10.303	11.151	76.000
2009	176.558 **	13.023	15.618	16.098 ***	9.242	7.759	57.000
2010	188.606	10.660	16.783	16.959	8.258	7.557	76.000
2011	261.398	8.596	19.757	24.600	8.159	7.545	70.000
2012	289.672	7.516	19.558	30.509	8.298	6.670	/

* Nationale Werte für das Vereinigte Königreich für die Jahre 2007 bis 2011 (vgl. ONS 2013).

** Nationale Werte für Deutschland 2009-2012, Wanderungsstatistik (vgl. Statistisches Bundesamt 2014c).

*** Nationale Werte für Österreich 2009-2012 (vgl. Statistik Austria 2013).

Quelle: Eurostat 2014a; nationale Statistiken.

Die unterschiedlichen Freizügigkeitsregimes in den EU-Mitgliedstaaten haben sich auch auf Zuwanderungszahlen aus den EU-2 Ländern ausgewirkt (vgl. Tab. 3-3). In Italien und Spanien zeigt sich, dass mit der sofortigen Öffnung der nationalen Arbeitsmärkte 2007 zahlreiche Zuzüge aus den EU-2 einhergingen, während die Staaten mit der bis Jahresende 2013 eingeschränkten Arbeitnehmerfreizügigkeit, wie das Vereinigte Königreich, die Niederlande und Österreich, geringere Zuwanderungszahlen verzeichneten. Seit 2009 bzw. 2010 wanderten – in absoluten Zahlen – mehr Personen aus den EU-2 Ländern nach Deutschland ein als nach Spanien bzw. Italien, welche zuvor die Hauptzielländer darstellten.

Tabelle 3-3: Zuwanderung von Staatsangehörigen der EU-2 Staaten in ausgewählte EU-Staaten, 2000 bis 2012

	Deutsch- land	Italien	Nieder- lande	Öster- reich	Portugal	Spanien	Ungarn	Vereinigtes Königreich
2000	/	20.644	833	2.701	/	23.950	8.956	/
2001	33.298	/	984	3.284	/	35.066	10.696	765
2002	37.144	17.476	1.016	6.241	/	64.202	10.343	2.594
2003	37.149	82.545	1.130	7.392	/	87.763	9.676	5.155
2004	35.131	70.194	1.051	7.188	/	124.569	12.223	3.985
2005	32.331	47.699	928	6.444	/	126.671	8.950	2.160
2006	31.492	41.860	1.155	5.740	14.716 *	153.205	7.919	/
2007	64.813	284.805	7.253	11.443	24.183	228.973	6.760	5.000 **
2008	72.318	182.990	7.642	11.726	34.225	72.037	10.078	17.000
2009	85.317 ***	111.841	4.687	11.947 ****	39.659	51.768	7.176	13.000
2010	113.972	97.993	4.936	14.465	45.004	60.310	6.646	9.000
2011	147.091	95.197	5.139	16.149	47.918	60.726	5.881	12.000
2012	194.739	86.460	4.728	16.993	/	33.500	4.323	/

* Bestandszahlen für Portugal 2006-2011 (vgl. SEFSTAT 2013).

** Nationale Werte für das Vereinigten Königreichs für die Jahre 2007 bis 2011 (vgl. ONS 2013).

*** Nationale Werte für Deutschland 2009-2012, Wanderungsstatistik (vgl. Statistisches Bundesamt 2014c).

**** Nationale Werte für Österreich 2009-2012 (vgl. Statistik Austria 2013).

Quelle: Eurostat 2014a; nationale Statistiken.

Bevor in Kapitel 3.3 die Wanderungsursachen und -motive analysiert werden, werden im Folgenden die aktuellen Zuwanderungszahlen aus den EU-8 sowie den EU-2 Staaten nach Deutschland ausführlich betrachtet.

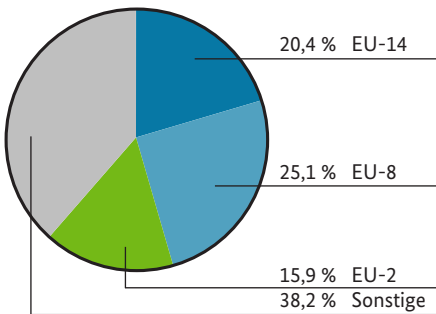
3.2 Zuwanderung aus den EU-8 und EU-2 Ländern nach Deutschland

3.2.1 Wanderungsstatistik des Statistischen Bundesamtes (StBA)

Das Zuwanderungsgeschehen nach Deutschland ist seit Jahren vor allem durch Zuwanderung aus anderen europäischen Ländern gekennzeichnet. So kamen im Jahr 2013 mehr als drei Viertel aller zugezogenen Personen (76,8 %) aus dem Gebiet des geografischen Europas. Der Anteil der Zuzüge aus den EU-Staaten ist insbesondere seit den EU-Beitritten in den Jahren

2004 und 2007 kontinuierlich angestiegen und lag 2012 bei 63,9 %; im Jahr 2013 sank der Anteil leicht auf 61,5 %.¹² Aus den EU-14 Staaten¹³ kamen 20,4 % (2012: 20,8 %) der Zuzüge, während die Anteile aus den EU-10 Staaten¹⁴ 25,2 % (2012: 26,8 %) und den EU-2 Staaten 15,9 % (2012: 16,3 %) ausmachten (vgl. Abb. 3-1).

Abbildung 3-1: Zuzüge nach Deutschland im Jahr 2013 nach ausgewählten Herkunftsregionen



Quelle: Statistisches Bundesamt 2014c: Wanderungstatistik (2013).

Auch bei den Fortzügen aus Deutschland war Europa die Hauptzielregion. Mehr als drei Viertel zogen im Jahr 2013 aus Deutschland in ein anderes europäisches Land (77,2 %). Etwa ein Fünftel (19,3 %) reiste in einen der EU-14 Staaten sowie 24,4 % in die EU-10 Staaten und 15,5 % in die EU-2 Staaten aus.

Polen ist seit dem Jahr 1996 das Hauptherkunftsland ausländischer Zuwanderer nach Deutschland (vgl. ab 2010 Tab. 3-4). Im Jahr 2013 wurden 197.009 Zuzüge konstatiert (16,1 % aller Zuzüge), etwa 13.000 Personen mehr als im Vorjahr. Aus Rumänien, dem zweitwichtigsten Herkunfts-

12 Ohne Kroatien, welches der EU am 01.07.2013 beigetreten ist. Die Zuzüge aus Kroatien sind von 2012 (12.944) auf 2013 (25.200) um 94,7 % gestiegen.

13 Hier wird der Begriff EU-14 – und nicht wie üblich die Bezeichnung EU-15 – verwendet, weil das Migrationsgeschehen aus der Sicht Deutschlands dargestellt wird (BAMF 2013a: 16). Die Wanderungen werden unabhängig von der Staatsangehörigkeit betrachtet, folglich sind deutsche Staatsangehörige enthalten.

14 Hierzu zählen neben den EU-8 Staaten auch Malta und Zypern, die jedoch sehr geringe Zu- und Fortzugszahlen von und nach Deutschland aufweisen und daher in den folgenden Analysen ausgenommen sind.

land, wurden 135.416 Zuzüge (11,0 % aller Zuzüge) nach Deutschland im Jahr 2013 (+15,8 % im Vergleich zum Vorjahr) registriert. Im Jahr vor dem EU-Beitritt (2006) waren lediglich 23.844 Zuzüge aus Rumänien zu beobachten. Drittstärkstes Herkunftsland war im Jahr 2013 wieder Italien mit 60.651 Zuzügen (Anteil: 4,9 %). Bulgarien, im Jahr 2012 noch drittstärkstes Herkunftsland, folgt mit 59.323 Zuzügen (Anteil: 4,8 %).

Bei den Hauptzielländern der Fortzüge stellten Polen (Anteil: 15,7 %), Rumänien (10,8 %), Bulgarien (4,8 %) und Ungarn (4,4 %) die wichtigsten Staaten im Jahr 2013 dar. Es ist bei diesen Ländern ein hohes Wanderungsvolumen feststellbar: Nachdem zuletzt im Jahr 2009 bspw. für Polen ein nahezu ausgeglichener Wanderungssaldo zu verzeichnen war (+168), sind in den Folgejahren wieder steigende Wanderungsüberschüsse festgestellt worden. Im Jahr 2013 betrug der Saldo +71.610 (2012: +69.900). Ebenfalls erheblich war der Wanderungsgewinn gegenüber Rumänien (2013: +49.551), Ungarn (2013: +24.242) und Bulgarien (2013: +20.729).

Tabelle 3-4: Zu- und Fortzüge, Wanderungssaldo Deutschlands mit EU-8 und EU-2 Staaten sowie Kroatien, 2010 bis 2013

Herkunfts-/ Zielland	Zuzüge				Fortzüge				Wanderungssaldo			
	2010	2011	2012	2013	2010	2011	2012	2013	2010	2011	2012	2013
EU-8	188.606	261.398	289.672	308.157	148.383	158.002	172.441	193.256	40.223	103.396	117.231	114.901
Estland	1.209	1.515	1.369	1.430	779	832	867	863	430	683	502	567
Lettland	7.689	10.177	9.332	8.417	4.165	5.170	5.597	5.747	3.524	5.007	3.735	2.943
Litauen	6.143	9.975	10.075	9.172	3.713	4.786	5.238	5.915	2.430	5.189	4.837	3.257
Polen	125.861	172.676	184.325	197.009	103.237	106.495	114.425	125.399	22.624	66.181	69.900	71.610
Slowakei	8.613	12.040	13.745	14.932	7.328	7.782	8.633	9.940	1.285	4.258	5.112	4.992
Slowenien	1.886	3.305	5.298	6.551	1.764	2.048	2.775	3.537	122	1.257	2.523	3.014
Tschechische Republik	7.190	9.728	10.701	11.653	6.067	5.889	6.287	7.377	1.123	3.839	4.414	4.276
Ungarn	30.015	41.982	54.827	58.993	21.330	25.000	28.619	34.751	8.685	16.982	26.208	24.242
EU-2	113.972	147.091	175.826	194.739	72.653	88.752	104.893	124.459	41.319	58.339	70.933	70.280
Bulgarien	39.387	51.612	58.862	59.323	23.785	29.422	33.741	38.594	15.602	22.190	25.121	20.729
Rumänien	74.585	95.479	116.964	135.416	48.868	59.330	71.152	85.865	25.717	36.149	45.812	49.551
Kroatien	10.269	11.487	12.944	25.200	11.333	11.979	11.881	12.753	-1.064	-492	1.063	12.447

Quelle: Statistisches Bundesamt 2014c: Wanderungssstatistik (2013).

Im Jahr 2010 wurde erstmals seit 2001 wieder ein positiver Wanderungssaldo mit den EU-14 Staaten festgestellt (+11.042), der in den Folgejahren weiter anstieg und im Jahr 2013 insgesamt +96.811 betrug. Deutlicher fiel der Wanderungsüberschuss im Jahr 2013 gegenüber den EU-8 Staaten (+114.901) aus, der jedoch im Vergleich zum Vorjahr leicht gesunken ist. Der Wanderungssaldo gegenüber den EU-2 Ländern nahm von 2012 auf 2013 nur geringfügig zu (2013: +70.280).

Zwischen 2012 und 2013 hat sich die Zuwanderung aus den EU-Ländern, die von der sogenannten Finanzkrise besonders betroffen sind, noch einmal deutlich erhöht. Aus Italien wurden +32.748 (2012: +15.557), aus Spanien +23.795 (2012: +6.436) und aus Portugal +6.858 (2012: +1.885) mehr Zuzüge als im Jahr 2012 registriert, nachdem bereits im Vorjahr deutliche Zuwächse zu beobachten waren. Ebenfalls hoch mit +20.513 waren die Nettozuzüge aus Griechenland.¹⁵

3.2.2 Ausländische Bevölkerung und Wanderungen auf Basis des Ausländerzentralregisters

Datenquellen zur Gewinnung von Informationen über die ausländische Bevölkerung in Deutschland sind die Bevölkerungsfortschreibung des Statistischen Bundesamtes und das Ausländerzentralregister (vgl. BAMF 2013a: 32). Mit der Veröffentlichung der Ergebnisse des Zensus 2011 Ende Mai 2013 wurde die Bevölkerungsfortschreibung auf eine neue Grundlage gestellt. Es zeigte sich, dass auf der Grundlage der Zensusergebnisse die Bevölkerung zum 31. Dezember 2011 knapp 80,3 Millionen Einwohner betrug. Dies sind etwa 1,5 Millionen Personen weniger als auf der Grundlage früherer Zählungen, davon 1,1 Millionen bei der ausländischen und 0,4 Millionen bei der deutschen Bevölkerung.¹⁶

15 Neben der Differenzierung der Zu- und Fortzüge nach Herkunfts- und Zielländern kann alternativ auch eine Unterscheidung nach der Staatsangehörigkeit vorgenommen werden. Während sich die Staatsangehörigkeiten der hier betrachteten Zuwanderer nicht notwendigerweise mit deren Herkunftsländern decken, zeigen sich gleichgerichtete Tendenzen hinsichtlich der Wanderungsgewinne/-verluste bei den jeweiligen Staatsangehörigkeiten und zugehörigen Herkunftsländern, wie auch bei der vergleichenden Analyse nach Staatsangehörigkeiten, Herkunfts- und Zielländern deutlich wird (BAMF 2013a: 22).

16 Vgl. Pressemitteilung 283/13 (Statistisches Bundesamt 2013a).

Abgrenzung des AZR zur Wanderungsstatistik des Statistischen Bundesamtes

Im AZR werden ausländische Staatsangehörige zusätzlich zur kommunalen melderechtlichen Registrierung erfasst.¹⁷ Die einzelnen lokalen Ausländerbehörden liefern die entsprechenden Personenstandsdaten an das Ausländerzentralregister. Dabei werden Informationen über Ausländer gespeichert, die sich „nicht nur vorübergehend“ (§ 2 Abs. 1 AZRG) – in der Regel länger als drei Monate – im Bundesgebiet aufhalten. Somit liegen die Wanderungszahlen im AZR in der Regel um etwa ein Drittel unter denen der Wanderungsstatistik des Statistischen Bundesamtes. Personen, die wiederholt im Jahr zu- und fortziehen, werden nur einmal im AZR erfasst, während diese Personen mehrfach in die auf An- und Abmeldungen basierenden, fallbezogenen Zahlen der Wanderungsstatistik eingehen.

Bei den AZR-Daten ist eine vergleichbare Korrektur auf der Grundlage der Zensusergebnisse 2011 wie bei der Bevölkerungsfortschreibung nicht möglich, weil die Registrierung einer ausländischen Person im AZR in keinem Zusammenhang mit der Ausländerzahl im Zensus steht (BAMF 2013b: 74f.). Das Statistische Bundesamt und das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (Registerbehörde des AZR) werden die Abweichungen zwischen beiden Datenquellen aber sorgfältig analysieren und ggf. weitere Schritte ergreifen (Statistisches Bundesamt 2013b).

Das AZR ermöglicht jedoch eine weitergehende Differenzierung der ausländischen Bevölkerung als die Bevölkerungsfortschreibung. So enthält das AZR auch Informationen über die Staatsangehörigkeiten und die Aufenthaltsdauer. Deshalb werden im Folgenden überwiegend die Daten des AZR verwendet.

Betrachtet man die Zuwanderung von Staatsangehörigen aus den neuen EU-Staaten auf Basis des AZR, so zeigen sich analoge Ergebnisse zur Wanderungsstatistik des Statistischen Bundesamtes mit deutlich steigenden Zuwanderungszahlen in den Jahren 2011 und 2012 im Vergleich zu den Jahren 2009 und 2010.

¹⁷ Deutsche, die eine oder mehrere weitere Staatsangehörigkeiten besitzen, gehen nur als deutsche Staatsangehörige in die Bevölkerungsstatistik ein. Sie zählen nicht als Ausländer und sind deshalb nicht im AZR enthalten.

Gemäß der Daten des AZR zogen 2012 etwa 530.000 ausländische Staatsangehörige für eine Aufenthaltsdauer von mindestens einem Jahr nach Deutschland (BAMF 2014: 93). Die Zahl der „long-term migrants“¹⁸ ist damit im Vergleich zum Jahr 2011, in dem 442.000 Personen gezählt wurden, um 20,2 % gestiegen. Insgesamt liegt die Zahl der Migranten, die 2012 eingereist sind und sich länger als ein Jahr im Bundesgebiet aufhielten, um annähernd die Hälfte unter der in der Wanderungsstatistik des Statistischen Bundesamtes ausgewiesenen Zahl von 966.000 Zuzügen von Ausländern. Bei der Differenz handelt es sich um Ausländer, die sich nur kurzfristig, d. h. weniger als ein Jahr, in Deutschland aufhalten.

Staatsangehörige Polens stellen einen Anteil von 15,7 % an allen längerfristigen Zuwanderern des Jahres 2012, der somit deutlich unter dem Anteil in der amtlichen Zuzugsstatistik (18,4 %) liegt (BAMF 2014: 93). Dies zeigt, dass polnische Staatsangehörige überproportional kurzfristig (weniger als ein Jahr) nach Deutschland ziehen. Weitere Hauptherkunftsländer bei den für mindestens ein Jahr Zugewanderten waren im Jahr 2012 Rumänien (54.806 bzw. 10,3 %), Ungarn (30.580 bzw. 5,8 %) und Bulgarien (29.345 bzw. 5,5 %). Die Anteile der Staatsangehörigen aus Rumänien (2006: 2,5 %) und Bulgarien (2006: 1,2 %) sind nach dem EU-Beitritt deutlich angestiegen. Auch bei Rumänen und Bulgaren sind tendenziell temporäre bzw. kurzfristige Aufenthalte typisch.

Staatsangehörige aus den EU-8 und EU-2 Ländern - Bundesgebiet

Zum Jahresende 2013 waren im AZR etwa 7,6 Millionen Menschen mit ausschließlich (einer oder mehrerer) ausländischer Staatsangehörigkeit registriert. Im Vergleich zu 2012 nahm der Bestand ausländischer Personen damit um etwa 420.000 zu (+5,8 %), nachdem bereits im Vorjahr ein Anstieg um 283.000 Personen (2012/2011: +4,1 %) festzustellen war. Nach AZR-Zahlen stiegen bis zum 30. April 2014 die Zahlen der gesamten ausländischen Bevölkerung (7,78 Millionen) weiter an.

18 Vgl. EG-Verordnung 862/2007 zu Gemeinschaftsstatistiken über Wanderung und internationalen Schutz und zur Aufhebung der Verordnung (EWG) Nr. 311/76 des Rates über die Erstellung von Statistiken über ausländische Arbeitnehmer.

Die Zahl der Ausländer aus den EU-8 Staaten hat sich 2013 gegenüber 2012 um etwa 127.000 Personen erhöht (+15,8 %), nachdem in den Vorjahren bereits erhebliche Zuwächse zu verzeichnen waren. In den ersten vier Monaten des Jahres 2014 war nochmals ein Zuwachs um 30.000 Personen festzustellen. Bei polnischen (+77.500; +14,6 %) und ungarischen (+28.200; +26,3 %) Staatsangehörigen war der Zuwachs im Jahresvergleich besonders auffällig. Auch die Zahl von Personen aus den EU-2 Ländern nahm im Jahr 2013 zu, bei Rumänen um 62.400 (+30,4 %) und bei Bulgaren um 28.100 (+23,6 %).¹⁹ In den ersten Monaten des Jahres 2014 war ein weiterer Anstieg zu beobachten, so dass zum 30. April 2014 insgesamt 159.000 bulgarische Staatsangehörige sowie 295.000 Rumänen in Deutschland lebten. Insgesamt sind vier Fünftel der Personen aus Rumänien und Bulgarien seit weniger als fünf Jahren in Deutschland aufhältig, jeweils etwa 20 % sogar seit weniger als einem Jahr.

Die Zunahme der Zuwanderung aus den EU-8 und EU-2 Ländern insbesondere seit den jeweiligen EU-Beitritten spiegelt sich auch in der Entwicklung der Bestandszahlen seit 2004 wider (vgl. Tab. 3-5). Insgesamt hat sich die Zahl der bulgarischen Staatsangehörigen von 2004 bis 2013 fast vervierfacht (+275 %); die Zahl der rumänischen Staatsangehörigen stieg um 265 %. In absoluter Betrachtung stieg die Zahl der Polen jedoch am bedeutendsten (+318.000; +109 %). Im Vergleich zur Entwicklung der gesamten Zahl ausländischer Personen in Deutschland (+14 %) nahm somit beinahe für sämtliche EU-8 und EU-2 Staaten die Zahl der jeweiligen Staatsangehörigen seit 2004 stark überproportional zu (mit Ausnahme Sloweniens).

19 Auch der Bestand von Personen aus den von der Wirtschafts- und Finanzkrise besonders betroffenen EU-Staaten Griechenland, Italien, Portugal und Spanien hat 2013 im Vergleich zum Vorjahr um ca. 64.000 Personen (+6 %) zugenommen. Insgesamt leben zum Jahresende 2013 etwa 1.132.000 Personen aus diesen Ländern in Deutschland.

Tabelle 3-5: Ausländische Wohnbevölkerung nach Staatsangehörigkeiten der EU-8 bzw. EU-2 Länder, 2004 bis 2014

Staatsangehörigkeit	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010
EU-8	438.828	481.672	525.078	554.372	567.466	576.432	612.310
Estland	3.775	3.907	3.970	4.065	4.003	4.108	4.394
Lettland	8.844	9.477	9.775	9.806	9.980	11.650	14.257
Litauen	14.713	17.357	19.030	19.833	20.285	21.423	23.522
Polen	292.109	326.596	361.696	384.808	393.848	398.513	419.435
Slowakei	20.244	21.685	23.835	24.458	24.477	24.930	26.296
Slowenien	21.034	21.195	21.109	20.971	20.463	20.054	20.034
Tschechische Republik	30.301	31.983	33.316	34.266	34.386	34.337	35.480
Ungarn	47.808	49.472	52.347	56.165	60.024	61.417	68.892
EU-2	112.532	112.196	112.406	131.402	148.310	166.834	201.405
Bulgarien	39.167	39.153	39.053	46.818	53.984	61.854	74.869
Rumänien	73.365	73.043	73.353	84.584	94.326	104.980	126.536
Kroatien	229.172	228.926	227.510	225.309	223.056	221.222	220.199
Ausländer gesamt	6.717.115	6.755.811	6.751.002	6.744.879	6.727.618	6.694.776	6.753.621

Staatsangehörigkeit	2011	2012	2013	2014/ (30.04.)	2013/2004 (in%)	2014/2013 (in%)
EU-8	691.228	798.366	925.068	955.463	+110,8	+3,3
Estland	4.840	5.224	5.780	5.880	+53,1	+1,7
Lettland	18.263	21.790	25.489	26.240	+188,2	+2,9
Litauen	27.751	32.523	36.316	37.358	+146,8	+2,9
Polen	468.481	532.375	609.855	628.870	+108,8	+3,1
Slowakei	30.241	35.372	41.436	43.030	+104,7	+3,8
Slowenien	20.832	21.819	24.094	24.568	+14,5	+2,0
Tschechische Republik	38.060	41.865	46.484	47.579	+53,4	+2,4
Ungarn	82.760	107.398	135.614	141.938	+183,7	+4,7
EU-2	253.111	323.785	414.226	454.675	+268,1	+9,8
Bulgarien	93.889	118.759	146.828	159.367	+274,9	+8,5
Rumänien	159.222	205.026	267.398	295.308	+264,5	+10,4
Kroatien	223.014	224.971	240.543	246.883	+5,0	+2,6
Ausländer gesamt	6.930.896	7.213.708	7.633.628	7.775.439	+13,6	+1,9

Quelle: Statistisches Bundesamt 2014d; AZR;
eigene Auswertungen (Stand jeweils 31.12.; 2014: 30.04.).

Die Bestandsveränderungen resultieren zum größten Teil aus Zu- und Fortzügen, weshalb diese im Folgenden näher analysiert werden. Auch Geburten, Einbürgerungen und Sterbefälle tragen zu Veränderungen bei, allerdings in deutlich geringerem Umfang (vgl. BAMF 2013a: 173f.).

Staatsangehörige aus den EU-8 und EU-2 Ländern - Regionale Betrachtung

In den neuen Bundesländern (ohne Berlin) lebten zum 31. Dezember 2013 nur 4,0 % aller im AZR registrierten Ausländer. Die große Mehrzahl ist in den alten Bundesländern ansässig. In den vier Bundesländern Baden-Württemberg, Bayern, Hessen und Nordrhein-Westfalen sind annähernd 71 % aller ausländischen Staatsangehörigen wohnhaft. Ähnliche relative Größenordnungen sind auch für die Personen aus den EU-8 (66,9 %) und EU-2 Ländern (76,3 %) zum Jahresende 2013 zu verzeichnen (vgl. Tab. 3-6). Trotz der räumlichen Nähe zu den meisten EU-8 Staaten sind im Jahr 2013 in den neuen Bundesländern lediglich 6,5 % aller in Deutschland verzeichneten Personen aus den EU-8 Ländern wohnhaft gewesen. Bei den EU-2 Staaten betrug der Anteil sogar nur 3,9 %.

Tabelle 3-6: Staatsangehörige aus den EU-8 und EU-2 Staaten nach Bundesländern, 2012 und 2013

	EU-8			EU-2		
	2012	2013	Anteil 2013 (in %)	2012	2013	Anteil 2013 (in %)
Baden-Württemberg	106.363	125.495	13,6	65.402	80.864	19,5
Bayern	150.500	185.279	20,0	77.908	102.205	24,7
Berlin	45.300	44.919	4,9	12.039	12.001	2,9
Brandenburg	12.143	14.732	1,6	2.188	2.822	0,7
Bremen	8.475	10.222	1,1	4.692	5.894	1,4
Hamburg	23.746	25.756	2,8	5.180	7.037	1,7
Hessen	84.603	95.221	10,3	43.241	52.899	12,8
Mecklenburg- Vorpommern	7.579	9.140	1,0	1.632	2.004	0,5
Niedersachsen	72.769	85.368	9,2	19.992	25.255	6,1
Nordrhein-Westfalen	188.125	213.011	23,0	59.516	80.251	19,4
Rheinland-Pfalz	42.130	48.552	5,2	15.096	19.979	4,8
Saarland	6.375	7.800	0,8	3.836	5.590	1,3
Sachsen	16.987	18.964	2,1	3.950	4.756	1,1
Sachsen-Anhalt	7.489	9.015	1,0	2.202	2.865	0,7
Schleswig-Holstein	19.193	23.133	2,5	4.135	6.121	1,5
Thüringen	6.589	8.461	0,9	2.776	3.683	0,9
Gesamt	798.366	925.068	100,0	323.785	414.226	100,0

Quelle: Statistisches Bundesamt 2014d; AZR (jeweils zum 31.12.).

Anhand der Werte in Tabelle 3-7 lässt sich berechnen, dass allein in den Bezirken der Ausländerbehörden München, Frankfurt am Main und Berlin etwa 11 % aller in Deutschland gemeldeten Staatsangehörigen aus Bulgarien und Rumänien leben.

Tabelle 3-7: Staatsangehörige aus Bulgarien und Rumänien in den Bezirken ausgewählter Ausländerbehörden

Ausländerbehörde (ABH)	Bulgarien		Rumänien		EU-2	
	2011	2014	2011	2014	2011	2014
München (Stadt)	5.213	9.108	6.697	13.852	11.910	22.960
Frankfurt am Main	3.995	6.285	4.143	7.997	8.138	14.282
Berlin	6.593	8.115	3.261	3.724	9.854	11.839
Duisburg	2.820	5.711	1.094	5.502	3.914	11.213
Nürnberg	1.262	2.797	2.853	6.209	4.115	9.006
Hamburg	2.151	4.184	1.867	3.709	4.018	7.893
Köln	2.198	4.605	1.779	3.017	3.977	7.622
Mannheim	2.882	4.082	1.897	3.003	4.779	7.085
Stuttgart	1.156	2.038	2.483	4.399	3.639	6.437
Lebach	1.034	2.068	1.857	4.131	2.891	6.199
Offenbach (Stadt)	1.488	2.697	1.685	3.275	3.173	5.972
Düsseldorf	1.086	1.669	2.164	3.661	3.250	5.330
Karlsruhe	720	1.106	2.002	3.824	2.722	4.930
Augsburg	441	1.053	1.574	3.612	2.015	4.665
Hannover	1.531	2.472	791	1.701	2.322	4.173
Offenbach (Landkreis)	730	1.585	1.075	2.396	1.805	3.981
Dortmund	1.872	2.020	1.495	1.795	3.367	3.815
Wiesbaden	840	1.454	954	1.832	1.794	3.286
Bundesgebiet	83.797	159.367	142.880	295.308	226.677	454.675

Angaben absteigend geordnet für EU-2 2014
 Quelle: AZR; eigene Auswertungen (30.06.2011 und 30.04.2014).

In sämtlichen Ausländerbehörden wurden seit dem Jahr 2011 Steigerungen der Bestandszahlen der bulgarischen und rumänischen Staatsangehörigen verzeichnet. Den größten absoluten Zuwachs von 2011 bis 2014 gab es bei Bulgaren (+3.895 Personen) und Rumänen (+7.155) in München. In relativer Betrachtung waren die größten Anstiege bei bulgarischen Personen in Augsburg (+139 %) und bei rumänischen Staatsangehörigen in Duisburg (+403 %) zu verzeichnen.

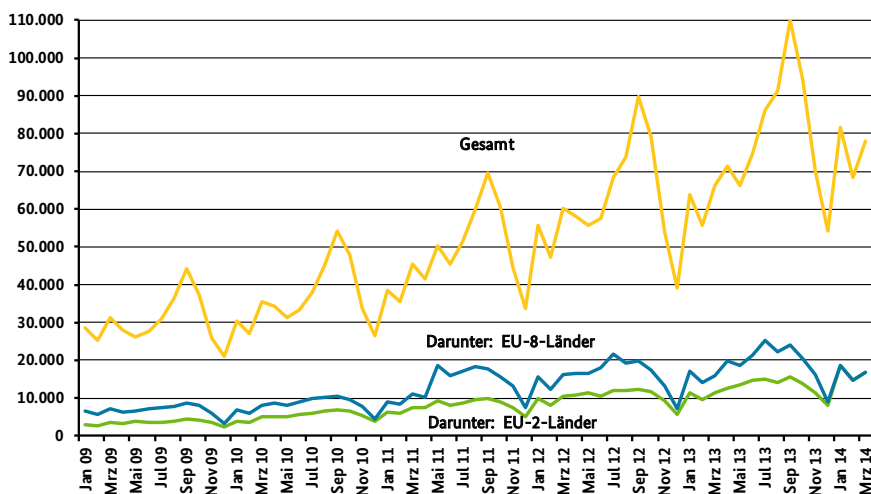
Der Deutsche Städtetag weist in seinem Positionspapier darauf hin, dass es aufgrund von ausbleibenden Anmeldungen zu einer tendenziellen Untererfassung in den Bestandszahlen kommen kann (Deutscher Städtetag 2013: 2).

Monatliche Zu- und Fortzüge aus den EU-8 und EU-2 Ländern

Die monatlichen Zahlen aus dem Ausländerzentralregister zeigen ein saisonales Muster der innereuropäischen Zuwanderungen. So werden bei Zuzügen sowohl aus der gesamten EU als auch aus den EU-8 und EU-2 Staaten jeweils im September die höchsten Werte im Jahresverlauf registriert. Dagegen sind im Dezember stets die niedrigsten Zuzugszahlen zu verzeichnen (vgl. Abb. 3-2).

Das wiederkehrende Maximum im Monat September ist vermutlich auf eine erhöhte Zuwanderung sowohl von Studienanfängern wegen der jeweils im September/Oktobre an den Hochschulen in Deutschland beginnenden regulären Vorlesungszeit (BAMF 2013a: 24) als auch von Hilfskräften in der Erntezeit der Landwirtschaft zurückzuführen. Die geringen Zuwanderungszahlen im Dezember sind dagegen möglicherweise auch erhebungstechnisch begründet (z.B. geänderte Öffnungszeiten von Meldeämtern über den Jahreswechsel).

Im Jahr 2011 kam bei den Zuzügen ein weiterer Höchstwert hinzu. So waren im Mai 2011, dem ersten Monat der vollen Arbeitnehmerfreizügigkeit der EU-8, deutlich erhöhte Zuwanderungszahlen zu verzeichnen. Aus den EU-8 Ländern sind in diesem Monat mehr als 18.700 Personen zugezogen. Dies ist ein Zuwachs im Vergleich zum Vormonat um etwa +8.500 Personen (+82,5 %). Im Vergleich zum Vorjahresmonat ergibt sich eine Steigerung um +10.700 Personen (+132,5 %). In den Folgemonaten lagen die Zuwanderungszahlen immer noch deutlich über denen der jeweiligen Vorjahresmonate, jedoch war eine Dämpfung der Steigerungsraten im Vergleich zum jeweiligen Vorjahresmonat zu beobachten.

Abbildung 3-2: Monatliche Zuzüge, Januar 2009 bis März 2014

Quelle: AZR; eigene Auswertungen (Monatswerte jeweils zum Abfragestand 31.03. des Folgejahres; 2014: vorläufige Zahlen zum Stand 30.04.).

Nachdem im Jahr 2012 in beinahe sämtlichen Monaten (Ausnahme: Mai) erhöhte Zuwanderungszahlen gegenüber den jeweiligen Vorjahresmonaten zu beobachten waren, hielt dieser Trend auch im Jahr 2013 an. Das Maximum der Zuzüge aus den EU-8 Staaten lag im Jahr 2013 im Monat Juli (25.200). Auch in den Monaten Juni, August, September und Oktober waren jeweils zwischen 20.000 und 25.000 Zuzüge aus den EU-8 Staaten zu verzeichnen. Auch aus den EU-2 Staaten wurden in diesen Monaten die höchsten Zuwanderungszahlen registriert.

Im Zuge der Einführung der vollständigen Arbeitnehmerfreizügigkeit für die EU-2 Staaten zum 1. Januar 2014 war analog wie bei der Einführung für die EU-8 Staaten ein deutlicher Anstieg bei den Zuzugszahlen zu beobachten. So wurden im Januar 2014 etwa 18.600 Zuzüge aus Rumänien und Bulgarien verzeichnet; dies ist eine Steigerung um 64 % im Vergleich zum Vorjahresmonat. In den folgenden Monaten hielten die Steigerungsraten in etwas gedämpfter Form weiter an. Im Januar 2014 waren zudem erstmals mehr Zuzüge aus den EU-2 Staaten (18.600) als aus den EU-8 Staaten (18.500) zu verzeichnen (Abb. 3-2).

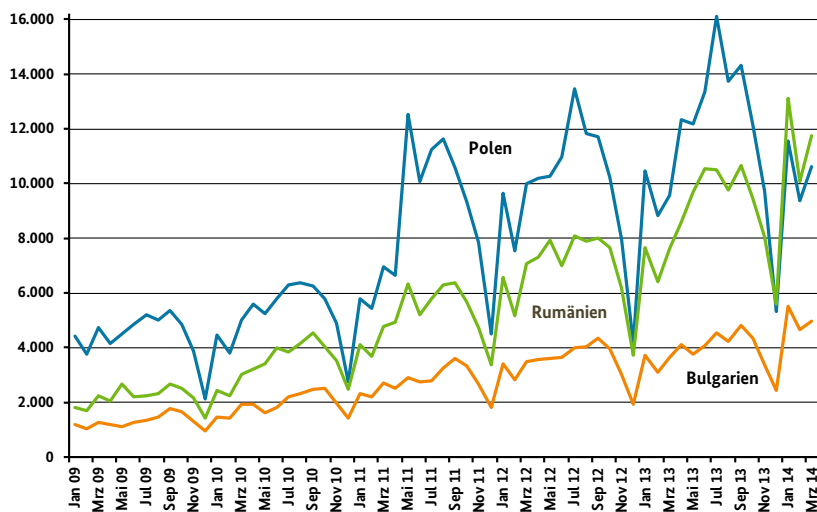
Die Analyse der Anteile der einzelnen Zuzüge aus der EU an den Zuzügen aus allen Herkunftsländern zeigt, dass der Anteil von Zuwanderern aus den EU-8 Ländern im Mai 2011, dem Monat der Einführung der vollständigen Arbeitnehmerfreizügigkeit für diese Länder, am höchsten war (37,1 %). Seitdem ging der Anteil tendenziell zurück und betrug zuletzt etwa 22 % (März 2014). Der Anteil der Zuwanderung aus den EU-2 Staaten lag von 2009 bis 2013 kontinuierlich zwischen 13 % und 17 %, seit Januar 2014 liegt dieser Wert bei über 20 % (März 2014: 21,4 %).

Unter Einbeziehung der Fortzüge lassen sich Aussagen zum Wanderungssaldo (Nettozuwanderung) gewinnen. Die Entwicklung im Jahr 2011 verlief annähernd gleichartig wie bei den Zuzügen. So stieg kurz nach Einführung der vollständigen Freizügigkeit für die EU-8 Länder im Mai 2011 der Wanderungssaldo auf einen Rekordwert (+13.400), der im Juli 2012 und in den Sommermonaten 2013 nochmals übertroffen wurde. Das Maximum lag im September 2013 mit einem Wanderungsüberschuss von +15.000 Personen. Dagegen wurde im Dezember 2013 ein negativer Wanderungssaldo registriert, wie auch in den Vorjahren. Für die EU-2 Staaten wurde in den ersten Monaten des Jahres 2014 ein sprunghafter Anstieg des Wanderungssaldos festgestellt, der für den Monat Januar 2014 (+13.400) um 66 % höher als im Vorjahresmonat ausfiel.

Der Vergleich der Wanderungszahlen für die EU-8 und EU-2 Staaten zeigt, dass im Jahr 2013 noch die Zuzüge aus EU-8 Staaten überwogen. Seit Januar 2014 sind dagegen für beide Staatengruppen annähernd identische Werte zu verzeichnen. Im Jahr 2013 spielte Polen als Einzelstaat noch die größte Rolle im Zuwanderungsgeschehen, während in den ersten Monaten des Jahres 2014 Rumänien die meisten Zuzüge nach Deutschland stellt (Abb. 3-3).

Relativ zur Bevölkerungsgröße in den Herkunftsstaaten fand bereits im Jahr 2013 eine stärkere Zuwanderung aus den EU-2 Staaten (7,1 Zuzüge nach Deutschland je 1.000 Einwohner aus den EU-2 Staaten) als aus den EU-8 Staaten statt (4,2 Zuzüge nach Deutschland je 1.000 Einwohner aus den EU-8 Staaten).

Abbildung 3-3: Monatliche Zuzüge aus Polen, Rumänien und Bulgarien, Januar 2009 bis März 2014



Quelle: AZR; eigene Auswertungen (Monatswerte jeweils zum Abfragestand 31.03. des Folgejahres; 2014: vorläufige Zahlen zum Stand 30.04.).

Kroatien als jüngster EU-Mitgliedstaat weist ebenfalls stark schwankende Zuzugszahlen im Jahresverlauf auf. Zudem wurde im ersten Monat nach dem EU-Beitritt im Juli 2013 erwartungsgemäß ein sprunghafter Anstieg der monatlichen Zuzüge registriert (Juni 2013: 1.100 Zuzüge; Juli 2013: 2.800 Zuzüge).

Aussagen über die Teilnahme von EU-Staatsangehörigen am Arbeitsmarkt sind anhand der AZR-Statistik nicht möglich, da dieser Personenkreis aufgrund der Freizügigkeitsberechtigung keinen Aufenthaltstitel für die Bundesrepublik Deutschland benötigt. Jedoch sind etwa 95 % dieser Neuzuwanderer im erwerbsfähigen Alter zwischen 18 und 65 Jahren.

Zu- und Fortzüge in regionaler Betrachtung

Die höchsten Zuzugszahlen nach dem AZR wurden im Betrachtungszeitraum seit 2009 für Nordrhein-Westfalen, Bayern und Baden-Württemberg registriert. Trotz steigender Zuwanderungszahlen nahm der Anteil der nach Nordrhein-Westfalen Zuwandernden an der gesamten Zuwande-

Tabelle 3-8: Zuzüge aller Ausländer in ausgewählten Bundesländern, 2009 bis 2014

	Baden- Württemberg	Bayern	Berlin	Bremen	Hamburg
2009	59.464	60.660	20.027	4.668	11.056
2010	74.075	77.310	20.239	5.318	11.060
2011	106.530	109.434	17.796	6.050	11.947
2012	140.827	150.944	22.834	7.407	13.759
2013	162.537	182.144	27.128	9.997	22.091
2014	51.348	49.408	6.202	2.228	5.398

Anteile an allen Zuzügen nach Deutschland (in Prozent)

2009	15,0	15,3	5,0	1,2	2,8
2010	15,6	16,2	4,3	1,1	2,3
2011	17,1	17,6	2,9	1,0	1,9
2012	19,1	20,4	3,1	1,0	1,9
2013	18,4	20,6	3,1	1,1	2,5
2014	19,0	18,3	2,3	0,8	2,0

	Hessen	Nieder- sachsen	Nordrhein- Westfalen	Rheinland Pfalz	Deutschland
2009	41.074	29.671	82.890	16.608	396.983
2010	51.119	35.461	98.896	19.705	475.840
2011	71.655	49.349	123.310	26.754	622.506
2012	85.151	60.411	147.966	34.628	738.735
2013	96.446	75.892	188.563	42.383	884.493
2014	30.877	23.405	59.744	12.903	270.308

Anteile an allen Zuzügen nach Deutschland (in Prozent)

2009	10,3	7,5	20,9	4,2	100,0
2010	10,7	7,5	20,8	4,1	100,0
2011	11,5	7,9	19,8	4,3	100,0
2012	11,5	8,2	20,0	4,7	100,0
2013	10,9	8,6	21,3	4,8	100,0
2014	11,4	8,7	22,1	4,8	100,0

Quelle: AZR; eigene Auswertungen (Jahreswerte jeweils zum Abfragestand 31.03.; für 2014: Januar bis April, vorläufige Zahlen zum Stand 30.04.).

Die in Berlin erfassten Daten im AZR sind ab 2011 für Unionsbürgerinnen und Unionsbürger nicht belastbar (vgl. BMI/BMAS 2014: 105-107).

rung Deutschlands von 2009 bis 2012 aber tendenziell ab, während die Anteile in den Bundesländern Baden-Württemberg, Bayern und Hessen jeweils um mehrere Prozentpunkte zugenommen haben (vgl. Tab. 3-8).

In weiterer Differenzierung zeigt sich auch für das Jahr 2013 und die ersten Monate des Jahres 2014, dass sich die meisten Staatsangehörigen aus den EU-8 Ländern in Bayern, Nordrhein-Westfalen und Baden-Württemberg niederließen (vgl. auch Tab. 3-6). Polnische Bürger zogen überproportional häufig nach Nordrhein-Westfalen, während Ungarn sehr viel wahrscheinlicher nach Bayern ziehen. Staatsangehörige aus den EU-2 Staaten migrierten im Jahr 2013 vor allem nach Baden-Württemberg und Bayern, während für die ersten Monate des Jahres 2014 nach vorläufigen Erkenntnissen die meisten Zuzüge von Staatsangehörigen aus den EU-2 Staaten in Nordrhein-Westfalen verzeichnet wurden.

Bei Analysen mittels AZR-Daten kann bis zur räumlichen Ebene von Ausländerbehörden differenziert werden. Hierbei zeigt sich, dass im Jahr 2013 in den ABH'n München (38.586), Berlin (26.399) und Frankfurt am Main (23.253) die höchsten Zuzugszahlen beobachtet wurden (vgl. Tab. 3-9). Die Zuwanderung aus EU-Mitgliedstaaten ist im Jahr 2013 in München (22.232), Frankfurt am Main (13.279), Hamburg (10.033) und Duisburg (7.857) am höchsten.

Aus den EU-10 Staaten zog es im Jahr 2013 die meisten Personen nach München (6.610), Frankfurt am Main (4.049), Hamburg (3.564) und Mannheim (2.038). Aus den EU-2 Staaten kamen die meisten Menschen nach Duisburg (5.526), München (5.374), Frankfurt/Main (4.328), Offenbach (2.446) und Hamburg (2.208). Für Duisburg zeigt sich auch, dass die Zuwanderung von Staatsangehörigen aus den EU-2 Ländern zwischen 2009 und 2013 am stärksten gestiegen ist (BMI/BMAS 2014: 105-107).

In den Städten mit der größten Zahl an Personen aus Bulgarien und Rumänien, zumindest für München und Frankfurt am Main, sind auch die höchsten Wanderungsüberschüsse in den Jahren 2009 bis 2013 festzustellen. Hier ist ein gewisser Einfluss von sozialen Netzwerken innerhalb der jeweiligen Migrantengruppe zu vermuten. Betrachtet man den Wanderungssaldo von Personen aus EU-2 Staaten im Jahr 2013 nehmen Duisburg und ebenfalls München Spitzenpositionen ein, gefolgt von Frankfurt am Main, Hamburg und Mannheim.²⁰

Bezogen auf die Einwohnerzahl wiesen im Jahr 2013 die Städte Offenbach und Duisburg den höchsten Pro-Kopf-Zuzug von Personen aus EU-2 und EU-10 Staaten auf. Unter den großen Städten haben Dortmund und Hamburg die geringste Pro-Kopf-Zuwanderung (vgl. BMI/BMAS 2014: 107).

20 Die Daten des AZR weichen zum Teil von den Wanderungszahlen ab, die die Kommunen auf Basis der kommunalen Melderegister erstellen, da das AZR Wanderungen über die Grenzen der Bundesrepublik abbildet, während die kommunalen Statistiken auch Zu- und Fortzüge von Ausländern erfassen, die zwar über die Bezirksgrenzen, jedoch nicht nach/aus Deutschland ziehen. So können die Wanderungssalden in der kommunalen Statistik sowohl höher als auch niedriger als in der AZR-Statistik ausfallen.

Die Kommunen sind laut § 90b AufenthG und § 6 AZRG verpflichtet, die Daten der in ihrem Bezirk (nicht nur vorübergehend) aufhaltenden ausländischen Staatsangehörigen an das AZR zu melden. Unterschiede zwischen den Bestandszahlen der kommunalen Statistik im Vergleich zur AZR-Statistik dürften somit im Wesentlichen nur darauf zurückzuführen sein, dass die Kommunen neben den nicht nur vorübergehend aufhaltenden Personen auch diejenigen erfassen, die sich kürzer als drei Monate aufhalten.

Tabelle 3-9: Zuzüge von Ausländern in den Bezirken ausgewählter Ausländer-behörden, 2009 bis 2013

	2009	2010	2011	2012	2013	2013 / 2012 (in %)	Bevölke- rung 1.1.2013	Pro-Kopf- Zuzüge 2013, je 1.000
München	17.229	22.587	24.498	30.436	38.586	+26,8	1.388.308	27,8
Berlin	20.027	20.239	17.796	22.311	26.399	+18,3	3.375.222	7,8
Frankfurt am Main	13.142	15.297	19.322	21.662	23.253	+7,3	687.775	33,8
Hamburg	11.056	11.060	11.947	13.739	22.072	+60,7	1.734.272	12,7
Stuttgart	7.464	8.769	11.783	14.943	16.638	+11,3	597.939	27,8
Köln	6.265	7.565	7.673	8.405	15.031	+78,8	1.024.373	14,7
Düsseldorf	7.858	8.884	11.185	12.030	13.495	+12,2	593.682	22,7
Nürnberg	3.234	3.841	6.387	10.543	11.550	+9,6	495.121	23,3
Duisburg	3.442	4.275	4.891	6.831	10.537	+54,3	486.816	21,6
Mannheim	4.206	5.143	6.837	7.751	8.394	+8,3	294.627	28,5
Bremen	4.668	5.318	6.050	5.639	7.769	+37,8	546.451	14,2
Hannover	3.559	4.260	6.163	6.632	7.671	+15,7	514.137	14,9
Essen	3.183	4.008	4.704	5.480	5.566	+1,6	566.862	9,8
Dortmund	3.603	3.863	3.645	4.322	4.581	+6,0	572.087	8,0

Angaben ohne Landkreise.

Quelle: AZR; eigene Auswertungen (Jahreswerte jeweils zum Abfragestand 31.03. des Folgejahres; absteigend geordnet für 2013).

3.3 Ursachen und Motive der Auswanderung aus den EU-8 und EU-2 Staaten

Bei der vorangestellten Analyse der Wanderungsdaten aus den Staaten, die mit der EU-Osterweiterung in die Europäische Union aufgenommen wurden, zeigten sich bereits die Auswirkungen der Zuwanderungs- und Arbeitsbeschränkungen in den unterschiedlichen Phasen und verschiedenen nationalen Regelungen der Arbeitnehmerfreizügigkeit für die EU-8 und EU-2. Darauf aufbauend werden im Folgenden neben den Push- und Pull-Faktoren auch speziell die Wanderungsmotive und -ziele der im Jahr 2004 der EU beigetretenen Mittel- und Osteuropäer benannt sowie die Zuwanderungsgründe der EU-2 Bürger dargestellt.

In Folge der ersten EU-Osterweiterungsrunde und des unverzüglich in Kraft getretenen Arbeitnehmerfreizügigkeitsrechts in Großbritannien und

Irland wurden zunächst diese zu den Hauptzielländern von Personen aus den EU-8 Staaten. Trotz der in diesen Staaten seit 2009 zu beobachtenden konjunkturellen Schwierigkeiten und einem in den letzten Jahren weniger aufnahmefähigen Arbeitsmarkt sind die Wanderungstendenzen weiterhin zu beobachten. Als ausschlaggebend gelten neben den ökonomischen Faktoren in den Herkunftsländern, wie Arbeitsplatzverlust und sinkende Löhne während der Wirtschafts- und Finanzkrise, insbesondere auch die etablierten sozialen Netzwerke und der Wunsch nach Familienzusammenführung (Apsite et al. 2012). Allerdings ist auch festgestellt worden, dass die Wanderung in der Regel nicht dauerhaft angelegt ist, also bisher eher temporäre, zirkuläre bzw. transnationale Migrationsmodelle überwiegen (Galgóczi/Leschke 2012).

Nachdem ein Großteil der polnischen Migranten unmittelbar nach dem EU-Beitritt 2004 ebenfalls Großbritannien und Irland zum Ziel hatte,²¹ rücken Łada/Segeš Frelak (2012) die zunehmenden Wanderungsbewegungen auch nach Deutschland in den Fokus. Für die Arbeitsmigration aus Polen nach Deutschland sind vor allem die weiterhin bestehenden Einkommensunterschiede maßgeblich. Aber auch die Familiensituation spielt für polnische Zuwanderer eine wichtige Rolle, da durch die bereits im Zielland lebenden Verwandten die mit der Migration verbundenen persönlichen Risiken und Kosten minimiert werden können bzw. die im Herkunftsland verbleibenden Angehörigen eher Formen der Pendelmigration fördern. Als starker Pull-Faktor kam ab Mai 2011 die von da an auch in Deutschland umgesetzte volle EU-Arbeitnehmerfreizügigkeit hinzu.

Die Erkenntnisse bzgl. der Migrationsmotive werden zum Teil auch durch BAMF-Studien zu Zuwanderern aus Drittstaaten (für die jedoch die EU-Arbeitnehmerfreizügigkeit nicht gilt) in Deutschland bestätigt. Beispielsweise zeigt Heß (2012), dass berufliche Aspekte für die Wanderung von Arbeitsmigranten mit Aufenthaltstiteln gemäß § 18 AufenthG zwar im Vordergrund stehen, aber nicht allein ausschlaggebend sind. Als Wanderungsfaktoren hatten für die befragten Drittstaatsangehörigen die unterschiedlichen beruflichen Perspektiven im Herkunfts- und Zielland die höchste Relevanz, aber die soziale Absicherung sowie das Bildungssystem in Deutschland und bereits vorhandene Deutschkenntnisse sowie Kontakte im Zielland wurden ebenfalls als Migrationsfaktoren vorgebracht (Heß

21 Hierzu gibt es eine Vielzahl von Publikationen (vgl. Burrell 2009; Janta et al. 2011).

2012: 85f.). Die genannten Motive dürften bei Migranten aus den ost- und südosteuropäischen EU-Staaten aufgrund deren geografischer Nähe und teils historisch-kultureller Verbundenheit noch häufiger ausschlaggebend sein als bei Drittstaatsangehörigen. Insgesamt sind die Beweggründe zur Migration nach Deutschland stark vom Herkunftskontext abhängig. Migranten aus den ehemaligen Anwerbeländern und den neuen EU-Beitrittsländern wandern häufiger aus beruflichen oder familiären Gründen nach Deutschland als Personen, die aus anderen Ländern stammen.

Rumänien verzeichnete bereits unmittelbar nach dem Fall des Eisernen Vorhangs starke Abwanderung, insbesondere unter den Angehörigen der Minderheiten der Deutschen, Ungarn und Juden. Ihnen folgten zunehmend auch Rumänen, die vorwiegend aus ökonomischen Gründen migrierten und zunächst überwiegend nach Italien und Spanien zogen. Als anziehende Faktoren wurden dort der Arbeitskräftebedarf, auch im Bereich geringer Qualifikationen, und die Ähnlichkeit der Sprachen romanischen Ursprungs wahrgenommen.

Als die wichtigsten ökonomischen Migrationsfaktoren gelten die unterschiedliche Wirtschaftslage im Herkunfts- und Zielland (bspw. gemessen anhand des absoluten Bruttoinlandsprodukts), die Lohnunterschiede sowie der Arbeitsmarkt im Aufnahmestaat. Die Bedeutung der ökonomischen Situation, welche sich ebenfalls anhand der Zielstaatswahl der EU-2 Bürger verdeutlichen lässt, wurde von Bertoli et al. (2013) untersucht. So wird geschätzt, dass etwa vier Fünftel des Anstiegs der Zuwanderung nach Deutschland seit Beginn der Finanzkrise auf die Verschlechterung der Bedingungen in alternativen Zielländern zurückzuführen sind. Lediglich 20 % gehen auf die Arbeitsmarktbedingungen in Deutschland zurück (Bertoli et al. 2013).

Zwar wird von vielen Migranten aus den EU-2 Staaten weiterhin der Anschluss an die etablierten Migrationsnetzwerke in den bisher bevorzugten Ländern Südeuropas angestrebt. Seitdem jedoch die Wirtschaftskrise in den südosteuropäischen Staaten die Beschäftigungssituation maßgeblich verschlechtert hat, erfolgt zunehmend eine Abwägung hinsichtlich der Zielländer. Aufgrund seines derzeit robusten Arbeitsmarktes gewinnt Deutschland als Zuwanderungsstaat an Attraktivität – sowohl für Staatsangehörige Rumaniens und Bulgariens als auch für die Südeuropäer selbst.

Im einzelnen wird in den Kapiteln 4-6 die Bedeutung der Situation im Herkunftsstaat, der Netzwerke in den einstweiligen Hauptzielländern sowie der sich verändernden wirtschaftlichen Rahmenbedingungen erörtert und anschließend auf das Migrationspotenzial der EU-2 Staatsangehörigen, insbesondere ab der Öffnung der europäischen Arbeitsmärkte im Jahr 2014, eingegangen. Um die aktuellen, sich verändernden Wanderungsbewegungen (Kap. 6) sowie die Charakteristika der bereits zugewanderten Migranten (Kap. 5) in den historischen Kontext einordnen zu können, folgt nun zunächst eine Darstellung der bisherigen Zuwanderungsformen aus den EU-2 Staaten nach Deutschland und in Kapitel 3.5 eine Einschätzung der in der Literatur zum EU-Beitritt der EU-8 und EU-2 geäußerten Migrationserwartungen.

3.4 Formen der Zuwanderung aus den EU-2 Staaten nach Deutschland

Deutschland wurde seit den 1950er Jahren zum Zielland unterschiedlicher Zuwanderergruppen und weist somit eine heterogene Geschichte der Zuwanderung auf. Aufgrund seiner hohen Wirtschaftskraft war und ist Deutschland ein attraktives Ziel für ausländische Erwerbspersonen, so auch für zahlreiche Zuwanderer aus Bulgarien und Rumänien. In der Vergangenheit stellten allerdings die Asylmigration, die (Spät-) Aussiedlerzuwanderung und der Familiennachzug wichtige Migrationskanäle vorrangig für Rumänen dar, während Erwerbsmigranten aus beiden Ländern auch bereits vor dem EU-Beitritt in wachsender Zahl zuwanderten.

Asylmigration

Im Zeitraum 1986 bis 1994 zählte Rumänien zu den Hauptherkunftsländern der Asylbewerber in Deutschland (BAMF 2013b: 18). In Rumänien waren bis zum Ende des kommunistischen Regimes im Dezember 1990 die Ausreisemöglichkeiten äußerst eingeschränkt. Vereinzelt flüchteten rumänische Staatsangehörige unter lebensbedrohlichen Umständen nach Westeuropa. Diejenigen, denen es gelang nach Westdeutschland zu kommen und Asyl zu beantragen, erzielten hohe Bleibequoten, da nach Auffassung der Politik die Asylbewerber vor 1990 nicht in die kommunistischen Staaten Osteuropas zurückgeschickt werden sollten (Appleyard 2001: 7ff.; Horváth 2007). Seit 1990 stieg die Zahl der Asylbewerber aus Rumänien stark an und erreichte in den Jahren 1992 (104.000) und 1993 (74.000) Höchstwerte (Eurostat 2013). Anschließend gingen die Asylbewerberzahl-

len jedoch wieder stark zurück. Ein Abkommen zwischen der Bundesregierung und Rumänien über die Rückführung rumänischer Asylbewerber war bereits im November 1992 in Kraft getreten (Münz/Ulrich 2000: 25).²² Da gleichzeitig auch die Anerkennungsquoten der südosteuropäischen Asylbewerber in Deutschland vergleichsweise gering waren und sich Mitte der 1990er Jahre die politische Situation in den Herkunftsländern stabilisierte, ging die Zahl der Asylbewerber deutlich zurück und verblieb um die Jahrtausendwende auf konstant niedrigem Niveau.

Aussiedler und Spätaussiedler

Bis in die 1990er Jahre gehörte die Migration der (Spät-)Aussiedler²³ zu einer der vorrangigen Formen der Zuwanderung nach Deutschland. Fast 1,4 Millionen bis dahin in Ost- und Südosteuropa sowie in der ehemaligen Sowjetunion lebende Deutsche bzw. Deutschstämmige kamen zwischen 1950 und 1987 nach Deutschland, 15 % davon aus Rumänien (206.000). Die Zuwanderungszahlen gingen auch in den folgenden Jahren nicht zurück, sodass von insgesamt 3,8 Millionen nach Deutschland eingereisten Aussiedlern ausgegangen werden kann. Die Staaten der ehemaligen Sowjetunion waren das Hauptherkunftsgebiet, gefolgt von Polen (Münz/Ulrich 2000: 42ff.; Bundeszentrale für Politische Bildung 2012). Rumänien stellte im Zeitraum 1988 bis 1997 die drittgrößte (Spät-)Aussiedler-Gruppe mit 220.000 bzw. 9 % dar, wovon 111.000 allein im Jahr 1990 zuwanderten.

Nach 1993 wurden nur noch wenige Spätaussiedler aus den ost- und südosteuropäischen Ländern registriert. Dies ist begründet durch das 1993 in Kraft getretene Kriegsfolgenbereinigungsgesetz, wonach nur noch bei Deutschstämmigen aus den Ländern der ehemaligen Sowjetunion ein Kriegsfolgeschicksal bzw. ein daraus resultierender Vertreibungsdruck angenommen wird, während Aussiedler aus anderen Ländern solche Benachteiligungen aufgrund von Kriegsfolgen nun selbst nachweisen müssen (Bundeszentrale für politische Bildung 2005; Worbs et al. 2013).

Die deutsche Volksgruppe in Rumänien war bis Mitte der 1990er Jahre zu einem großen Teil ausgewandert, sodass im Vergleich zu den 1992 auf-

²² Mit Bulgarien wurde ein Rückführungsabkommen 1994 vereinbart.

²³ Bis Ende des Jahres 1992 wurden die deutschstämmigen Zuwanderer als Aussiedler bezeichnet. Seit der Neufassung des Bundesvertriebenengesetzes am 01.01.1993 wird die Bezeichnung ‚Spätaussiedler‘ verwendet.

hältigen Deutschstämmigen (120.000) im Jahr 2011 nur noch rund 36.000 Personen in Rumänien gemeldet waren. Diese stellen etwa 0,2 % der Bevölkerung Rumäniens dar.

Familiennachzug

Anerkannte Flüchtlinge, Aussiedler und viele der Gastarbeiter sowie deren nachziehende Familienangehörige erlangten in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts eine unbegrenzte Bleibeperspektive in Deutschland, dokumentiert durch unbefristete Aufenthaltstitel oder Einbürgerung. Demgegenüber stellte der Anwerbestopp 1973 eine Zäsur dar, womit die Neuzuwanderung von Arbeitnehmern aus Nicht-EU Staaten deutlich eingeschränkt wurde.

Aus den Zuwanderungszahlen vor dem EU-Beitritt Rumäniens geht hervor, dass der Familiennachzug zu deutschen Ehepartnern (vorwiegend Männern) mehr als zwei Drittel bis drei Viertel der Familienzusammenführungen rumänischer Staatsangehöriger ausmachte (vgl. BAMF 2007). Im Jahr 2005 übertraf der Zuzug von nachziehenden Kindern den Nachzug zu ausländischen Ehepartnern (vgl. Tab. 3-10).

Tabelle 3-10: Erteilte Visa zum Zweck des Ehegatten- und Familiennachzugs nach Deutschland, Herkunftsland Rumänien, 2005

Zuzug von ...	Zahl
Ehefrauen zu ausländischen Männern	221
Ehemännern zu ausländischen Frauen	62
Ehefrauen zu deutschen Männern	1.466
Ehemännern zu deutschen Frauen	273
Kindern unter 18 Jahren	362
sonstigen Familienangehörigen	86
Familiennachzug aus Rumänien gesamt	2.470

Quelle: Visastatistik des Auswärtigen Amtes, zitiert nach BAMF 2007.

Erwerbsmigration

Bevor ab 2014 auch für Rumänen und Bulgaren in Deutschland die uneingeschränkte EU-Arbeitnehmerfreizügigkeit galt, wurde ihnen mit dem EU-Beitritt 2007 bereits die Möglichkeit der selbständigen Erwerbstätig-

keit eröffnet. Ab 2012 wurden außerdem die Zugangsmöglichkeiten für Arbeitnehmer aus den EU-2 Staaten, insbesondere für Akademiker und Fachkräfte sowie für Auszubildende und Saisonarbeitnehmer, erweitert, sodass nur im Bereich geringqualifizierter Tätigkeiten bis Ende 2013 noch weitgehende Beschränkungen bestanden (vgl. BAMF 2013a: 78). Mittels der schon in Kapitel 2 dargestellten bilateralen Regierungsabkommen hatte Deutschland bereits seit Ende der 1980er Jahre mit den südosteuropäischen Staaten Beschäftigungsmöglichkeiten für Werkvertrags-, Gast- und Saisonarbeitnehmer sowie für Grenzgänger vereinbart.

Werkvertragsarbeitnehmer

Seit dem EU-Beitritt können Unternehmen aus Bulgarien und Rumänien ungehindert Dienstleistungen grenzüberschreitend anbieten und erbringen.²⁴ Jedoch galten bis 31. Dezember 2013 Übergangsbestimmungen für die Arbeitnehmerentsendung für Dienstleistungen im Baugewerbe (und verwandten Wirtschaftszweigen), im Bereich der Reinigung von Gebäuden, Inventar und Verkehrsmitteln sowie bei der Tätigkeit von Innendekorateurinnen. In diesen Bereichen konnten bulgarische und rumänische Unternehmen als Auftragnehmer Werkverträge in Deutschland mit eigenem Personal ausführen, wobei die Arbeitnehmer in der Regel für zwei Jahre in Deutschland beschäftigt werden durften. Weitere Bedingungen waren in zwischenstaatlichen Werkvertragsvereinbarungen geregelt.²⁵

Die Zahl ausländischer Werkvertragsarbeitnehmer in Deutschland war von ca. 95.000 im Jahr 1992 auf etwa 19.000 im Jahr 2011 gesunken, wobei in jedem Jahr die größte Gruppe aus Polen stammte. Nachdem im Jahr 2000 mehr als 5.000 rumänische Werkvertragsarbeitnehmer nach Deutschland gekommen waren, sank deren Anzahl auf rund 2.200 im Jahr 2011. Diese machten 11,2 % aller Werkvertragsarbeitnehmer aus, während 1,7 % aus Bulgarien, 44,0 % aus den EU-8 Staaten, welche zum 1. Mai 2011

24 Dienstleistungsfreiheit gem. Artikel 56 des Vertrages über die Arbeitsweise der Europäischen Union.

25 Außer Bulgaren und Rumänen können ausschließlich Staatsangehörige Bosnien-Herzegowinas, Kroatiens, Mazedoniens, Serbiens und der Türkei als Werkvertragsarbeitnehmer beschäftigt werden. Seit der Neufassung der Beschäftigungsverordnung zum 01.07.2013 ist dies in § 29 Abs. 1 BeschV geregelt. Zuvor galt § 39 BeschV (alt) (vgl. Bundesagentur für Arbeit 2013a; BAMF 2013a: 69).

die unbeschränkten Freizügigkeitsrechte erlangten, sowie 41,0 % aus den Nachfolgestaaten des ehemaligen Jugoslawien (ohne Slowenien) kamen.

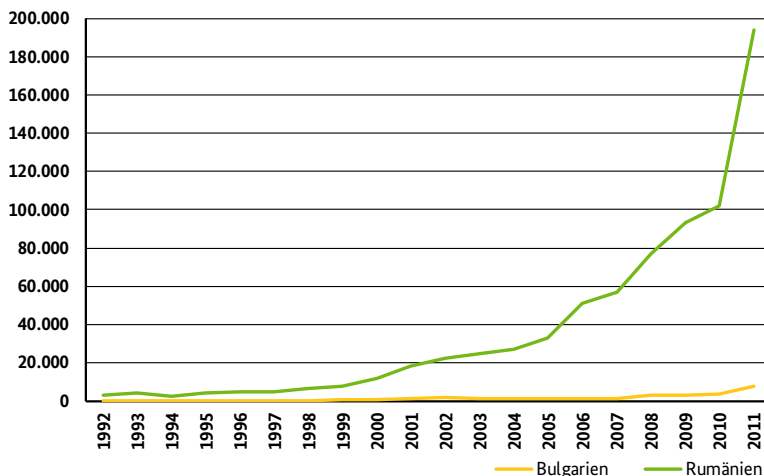
Saisonarbeitnehmer und Schaustellergehilfen

Saisonarbeitnehmerregelungen können in den Bereichen Land- und Forstwirtschaft, im Hotel- und Gaststättengewerbe, in der Obst- und Gemüseverarbeitung sowie in Sägewerken angewendet werden.²⁶ Zur Zulassung von Saisonkräften aus Bulgarien, Rumänien und Kroatien hatte das Bundesministerium für Arbeit und Soziales für das Jahr 2011 ein bundesweites Kontingent von 150.000 festgelegt, welches wegen steigenden Arbeitskräftebedarfs später auf 180.000 erhöht wurde. Bis zur Erreichung dieser Höchstzahl wurde die Arbeitserlaubnis-EU bzw. die Zustimmung zum Aufenthaltstitel ohne individuelle Prüfung der Vermittlung inländischer Arbeitnehmer erteilt (Bundesagentur für Arbeit 2013b). Ab 2012 wurden Bürger aus den EU-2 Staaten von der Arbeitserlaubnispflicht für Saisonarbeiter befreit. Den nach Deutschland zuwandernden Schaustellergehilfen wurden Zustimmungen zur Ausübung einer Beschäftigung für insgesamt maximal neun Monate im Jahr noch bis Ende 2013 erteilt (§ 15b BeschV). Seit Januar 2014 gilt auch für sie die volle Arbeitnehmerfreizügigkeit.

Von der Möglichkeit, ausländische Saisonarbeitnehmer zu beschäftigen, wurde seit Anfang der 1990er Jahre zunehmend Gebrauch gemacht. Zwischen 1994 und 2004 stieg die Zahl der tatsächlich vermittelten Saisonarbeitnehmer bzw. Schaustellergehilfen von 138.000 kontinuierlich auf über 300.000 und verblieb auf hohem Niveau. Aufgrund der Einführung der vollständigen Arbeitnehmerfreizügigkeit für die EU-8 Staaten zum 1. Mai 2011 lag die Zahl der Vermittlungen im Jahr 2011 deutlich unter denen der Vorjahre. Unter den 205.400 Saisonarbeitnehmern und 2.311 Schaustellergehilfen befanden sich nun zu einem Großteil (93,5 %) rumänische Staatsangehörige (vgl. Abb. 3-4). Deren Zahl hatte sich im Vergleich zu 2010 fast verdoppelt.

²⁶ Ein Betrieb darf in der Regel für insgesamt maximal acht Monate im Kalenderjahr Saisonarbeitnehmer beschäftigen, deren Arbeitszeit mindestens 30 Stunden wöchentlich betragen muss (§ 15a BeschV) (vgl. BAMF 2013a: 70ff.).

Abbildung 3-4: Saisonarbeitnehmer und Schaustellergehilfen aus den EU-2 Ländern, 1992 bis 2011



Quelle: BAMF 2013a; für Bulgarien nur Berufe des Hotel- und Gaststättengewerbes.

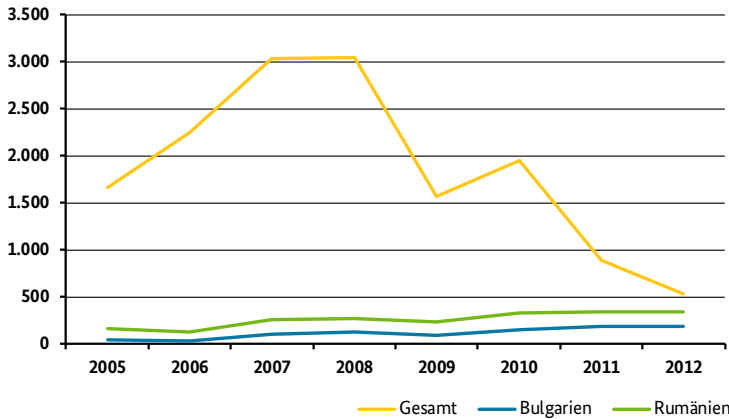
Haushaltshilfen

Seit 2005 ist die Zulassung von ausländischen Haushaltshilfen zur Beschäftigung in Haushalten mit Pflegebedürftigen möglich (§ 15c BeschV),²⁷ wobei diese für eine bis zu dreijährige versicherungspflichtige Vollzeitbeschäftigung vermittelt werden können. Haushaltshilfen dürfen seit Januar 2010 auch notwendige pflegerische Alltagshilfen leisten und es sind auch Unterstützungstätigkeiten zugelassen, für die keine Ausbildung vorausgesetzt wird.

Mit der Einführung der vollständigen Freizügigkeit für die EU-8 Staaten hat sich die Zahl der Vermittlungen von Haushaltshilfen insgesamt auf 888 im Jahr 2011 im Vergleich zum Vorjahr mehr als halbiert. Bilaterale Absprachen bestanden noch in den Jahren 2012 und 2013 mit Bulgarien und Rumänien (Bundesagentur für Arbeit 2011a: 5). Die Anzahl der aus diesen Ländern stammenden Haushaltshilfen ist von 196 im Jahr 2005 auf zusammen 521 im Jahr 2011 gestiegen (vgl. Abb. 3-5).

²⁷ Damit wurde die Ende 2002 außer Kraft getretene Regelung des § 4 Abs. 9a ASaV wieder eingeführt.

Abbildung 3-5: Haushaltshilfen insgesamt bzw. aus den EU-2 Ländern, 2005 bis 2012



Quelle: BAMF 2013a; zu „Gesamt“ zählten bis 2011 neben Bulgarien und Rumänien auch die Staaten Polen, Slowakei, Slowenien, Tschechische Republik und Ungarn. Ab dem Jahr 2009 wurde die statistische Erfassung bei den Haushaltshilfen derart geändert, dass nun ausschließlich die Erstvermittlungen registriert werden.

Zudem konnte, bevor die vollständige Arbeitnehmerfreizügigkeit in Kraft trat, bulgarisches und rumänisches Pflegefachpersonal, dessen Beschäftigung eine qualifizierte Berufsausbildung voraussetzt, nach § 39 Abs. 6 AufenthG in Verbindung mit § 284 SGB III, ohne das Erfordernis einer Vermittlungsabsprache, zum deutschen Arbeitsmarkt zugelassen werden (Bundesagentur für Arbeit 2012: 3).²⁸

3.5 Migrationserwartungen zum Beitritt der EU-8 und EU-2 Staaten

Vor dem Beitritt der EU-8 Staaten im Jahr 2004 bzw. der EU-2 im Jahr 2007 verfasste Studien zeigten verschiedene Erwartungen hinsichtlich der zukünftigen Migration und deren Auswirkungen. Baas und Brücker (2010) geben einen Literaturüberblick zu Prognosen der Migrationspotenziale aus den EU-8 Ländern ab 2004. Dabei unterscheiden sie grob zwischen drei Arten der Herangehensweise: Befragungen, Extrapolationen und

²⁸ Zur Vermittlung von Kranken- und Altenpflegepersonal besteht zudem ein Abkommen mit Kroatien.

ökonomische Schätzungen. Während in den Befragungsstudien Personen in den Herkunftsländern hinsichtlich ihrer Wanderungsneigungen und Absichten befragt werden, werden bei den Explorationsstudien Wanderungsströme, aufgrund bestehender Kaufkraftunterschiede zwischen Regionen, fortgeschrieben. Hierbei werden erprobte Modelle aus der Süd-Nord-Wanderung auf die neue europäische Ost-West-Wanderung angewandt. Die stärker ökonomisch fundierten Studien beruhen auf multivariaten Schätzverfahren. Baas und Brücker (2010) stellen in ihrer Synthese fest, dass alle Vorgehensweisen ein langfristiges Wanderungspotenzial von etwa 3 - 5 % der Personen aus den EU-8 Staaten bzw. von 250.000 bis 400.000 Nettozuwanderern pro Jahr ergeben. In den Untersuchungen wurde allerdings zumeist nicht berücksichtigt, dass in vielen EU-Staaten Eintrittsbarrieren in nationale Arbeitsmärkte in Form von Beschränkungen der Arbeitnehmerfreizügigkeit der Beitrittsstaaten geschaffen wurden. Somit wurden in den Schätzungen übereinstimmend zu hohe Wanderungssalden ermittelt; in der Realität waren die Zuwanderungszahlen erheblich niedriger.

Die Erkenntnisse wurden jedoch teilweise öffentlichkeitswirksam verwendet, wie z.B. in der Debatte über den massiven Zuzug polnischer Klempner in Frankreich vor dem Referendum zur EU-Verfassung im Jahr 2005. Dies ging einher mit Befürchtungen einer Verdrängung der heimischen durch zugewanderte Arbeitskräfte sowie eines allgemein absinkenden Lohnniveaus. Diese Vermutungen erwiesen sich meist als unbegründet (Die Zeit 2006). Constant (2012) weist stattdessen auf die positiven Effekte offener Arbeitsmärkte hin, die es sowohl in den Arbeitskräfte sendenden als auch in den aufnehmenden Ländern gibt. Trotzdem waren nach Auswertungen des Eurobarometers im Krisenjahr 2009 56 % der EU-27 Bürger der Meinung, dass es durch die EU-Osterweiterungen im jeweils eigenen Land zum Abbau von Arbeitsplätzen gekommen wäre. Die Werte in Bulgarien (63 %) und Rumänien (70 %) waren besonders hoch. In Deutschland lag der Anteil dieser Meinungen bei 59 %, in Spanien und Italien bei 52 bzw. 55 % (Constant 2012).

Giulietti et al. (2013) entkräften oft zitierte Befürchtungen von Zuwanderungen in die sozialen Sicherungssysteme. Für die Zeitspanne 1993 bis 2008 und für eine Vielzahl europäischer Länder zeigen sie, dass es keinen kausalen Zusammenhang zwischen der Intensität der Zuwanderung in ein Land und der Höhe der dortigen staatlichen Sozialausgaben wie der Arbeitslosenunterstützung gibt (Giulietti et al. 2013: 24ff.).

Erfahrungen mit der vollen Arbeitnehmerfreizügigkeit der EU-8 Länder bestehen in Deutschland seit dem 1. Mai 2011. In den ersten Monaten der Freizügigkeit stieg die Anzahl der sozialversicherungspflichtig und der geringfügig Beschäftigten aus den EU-8 Ländern stärker als die der Nettozuwanderer aus diesen Ländern. Dieser Unterschied wird durch den Umstand erklärt, dass sich bereits viele Personen aus den EU-8 Ländern in Deutschland aufhielten. Diese wechselten oftmals lediglich den Beschäftigungsstatus – aus der bisherigen selbständigen Tätigkeit in eine abhängige Beschäftigung. Gleichzeitig wird vermutet, dass auch die Tätigkeit in der Schattenwirtschaft infolge der Arbeitnehmerfreizügigkeit unattraktiver wird (Baas et al. 2011). Dies wird von Kay und Schneck (2012) dahin gehend bestätigt, dass die Begrenzung der Arbeitnehmerfreizügigkeit bei Personen aus den EU-8 Staaten zu verstärkten Unternehmensgründungen geführt hat. Reuter (2011) weist zudem darauf hin, dass es in der deutschen Bauindustrie in Folge der EU-Osterweiterungen um die EU-8 Staaten nicht zu Verdrängungseffekten bzgl. der heimischen Beschäftigten bzw. zu sinkenden Durchschnittslöhnen kam.

Seit der Einführung der vollständigen Freizügigkeit für die EU-2 Länder zum 1. Januar 2014 ist ebenfalls zu beobachten, dass die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung in den ersten vier Monaten mit rund +52.000 Personen stärker gewachsen ist als sich die Bevölkerung aus Bulgarien und Rumänien in Deutschland erhöht hat (+40.000). Neben Neuzuwanderern haben somit ebenfalls viele Personen aus den EU-2 Ländern eine abhängige Beschäftigung aufgenommen, die bereits in Deutschland gelebt haben, aber vorher keiner regulären Erwerbstätigkeit nachgegangen sind oder selbständig waren.

Insgesamt kann geschlussfolgert werden, dass sich die Erwartungen hinsichtlich der Höhe der Zuwanderungszahlen aus den EU-8 Staaten sowie der zum Teil befürchteten Wirkung auf das Lohn- und Beschäftigungsgefüge einzelner Arbeitsmärkte nicht bewahrheitet haben. Allerdings haben sich infolge des EU-Beitritts die Wanderungsintensitäten der einzelnen Mitgliedstaaten spürbar erhöht. Der unterschiedliche Umgang mit den Freizügigkeitsregelungen einzelner EU-15 Staaten führte wiederum zu Kanalisierungen der Wanderungsströme in Richtung unbeschränkter Arbeitsmärkte. So gab es seit 2004 stärkere Wanderungen aus den EU-8 in Richtung des Vereinigten Königreiches, da dort die Arbeitnehmerfreizügigkeitsbeschränkungen bereits aufgehoben waren. Als diese im Mai 2011 auch in Deutschland fielen, setzte auch hier eine verstärkte Zuwanderung in den Arbeitsmarkt ein. Ein ähnliches Bild findet sich auch in der Analyse

der EU-2 Staaten. Auch hier kanalisierte sich die Zuwanderung auf die offenen Arbeitsmärkte in Südeuropa, da dort im Jahr 2007 zunächst keine Freizügigkeitsbeschränkungen eingeführt worden waren. Bezüglich der EU-2 Zuwanderer liegt die Vermutung nahe, dass neben den (hoch-)qualifizierten sowie saisonal Beschäftigten, für die bereits vor 2014 Ausnahmen von der Arbeitnehmerfreizügigkeitsbeschränkung galten, zunächst von vielen Erwerbsmigranten auch die selbständige Tätigkeit als legaler „Migrationskanal“ genutzt wurde, um womöglich im Zuge der Einführung der vollständigen Freizügigkeit in eine sozialversicherungspflichtige Beschäftigung zu wechseln.

Die verschiedenen Migrations- sowie Beschäftigungsformen der EU-2 Staatsangehörigen in ihren Hauptzielländern werden in Kapitel 5 ausführlich dargestellt. Zuvor erfolgt ein Vergleich der Herkunftsländer, anhand deren wirtschaftlicher und sozialer Situation diverse Push-Faktoren der Migration zu begründen sind.

4

Länderprofile der Herkunftsländer Bulgarien und Rumänien

Zunächst werden die beiden südosteuropäischen Herkunftsländer Bulgarien und Rumänien hinsichtlich ihrer Gemeinsamkeiten und Unterschiede insbesondere in den Bereichen Bevölkerung, Wirtschaft und Arbeitsmarkt vorgestellt. Daran schließt sich eine Analyse des von den ökonomischen Bedingungen geprägten Migrationskontextes an, wobei u.a. Bezug genommen wird auf Meinungsumfragen unter potenziellen Migranten, auf Wohlstand und Zufriedenheit von Rückkehrern sowie auf Rücküberweisungen der im Zielstaat verbleibenden Migranten.

Die parlamentarische Republik **Bulgarien** (amtliche Bezeichnung Republik Bulgarien) auf der Osthälfte der Balkanhalbinsel grenzt an Rumänien, Serbien, Mazedonien, Griechenland und die Türkei. In dem Land leben rund 7,3 Millionen Personen auf einer Fläche von 111.910 Quadratkilometern. Bulgariens Hauptstadt Sofia hat rund 1,2 Millionen Einwohner.

Rumänien (amtliche Bezeichnung Republik Rumänien) ist eine semipräsidentielle Republik und grenzt an Ungarn, an die Ukraine, an die Republik Moldau, an Bulgarien und an Serbien. Gemäß Zensus 2011 lebten in dem ca. 237.000 Quadratkilometer großen Land rund 20,1 Millionen Personen, davon knapp 1,9 Millionen in der Hauptstadt Bukarest.

Bulgarien und Rumänien sind seit dem 1. Januar 2007 Mitglieder der EU, aber keine Mitglieder der Eurozone. Weiterhin sind beide Länder seit dem 29. März 2004 Mitglieder der NATO, aber keine vollständigen Mitglieder des Schengen-Abkommens.²⁹ Die nationale Währung Bulgariens heißt Lew und ist an den Euro gekoppelt. Die rumänische Währung heißt Rumänischer Leu (bzw. RON).

²⁹ Bulgarien und Rumänien, wie auch Zypern, haben einen Beobachterstatus inne. Grenzkontrollen bleiben daher bestehen (vgl. Irmer/Mreyen 2013).

4.1 Bevölkerung

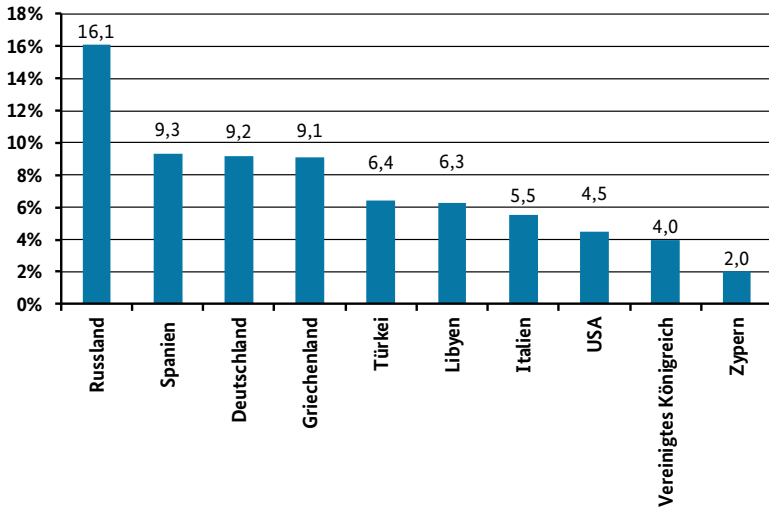
Wie viele andere Staaten der EU unterliegen auch Bulgarien und Rumänien der demografischen Alterung. Dies ist hauptsächlich der geringen Geburtenhäufigkeit³⁰ geschuldet und wird durch einen erheblichen Wanderungsverlust (weniger Zuzüge als Fortzüge) noch verschärft.

Die Bevölkerung **Bulgariens** ist gemäß der nationalen Zensuserhebung 2011 binnen zehn Jahren um etwa 560.000 Personen gesunken, wobei in diesem Zeitraum etwa 175.000 Fortzüge verzeichnet wurden. Seit 1980 haben etwa 230.000 Personen das Land verlassen, ca. 92 % von ihnen sind jedoch zurückgekehrt, zumeist (68,2 %) nach einem bis zu fünf Jahre dauernden Aufenthalt im Ausland. Eine Rückkehr aus dem Ausland nach fünf bis zehn Jahren wurde von weiteren 16,1 % realisiert. Die Fertilität in Bulgarien liegt bei durchschnittlich 1,5 Kindern pro Frau (NSI 2011).

Die häufigsten Zielländer für im Ausland verbliebene bulgarische Staatsangehörige (vgl. Abb. 4-1) sind die Russische Föderation (16,1 %), Spanien, Deutschland und Griechenland (je ca. 9 %), die Türkei, Libyen und Italien (je ca. 6 %), die USA (4,5 %) und das Vereinigte Königreich (4,0 %) sowie Zypern (2,0 %).

30 Die Geburtenhäufigkeit wird in der Regel mit der Zusammengefassten Geburtenziffer (engl: Total Fertility Rate, TFR) gemessen (vgl. Kohls 2012).

Abbildung 4-1: Fortzüge bulgarischer Staatsangehöriger nach Verbleib im Zielland (jeweils Anteil an allen im Ausland verbliebenen Fortgezogenen)



Quelle: NSI 2011.

Auch die Bevölkerung Rumäniens hat sich deutlich verringert. Im Zeitraum von 2001 bis 2011 ergibt sich ein Bevölkerungsrückgang um etwa 1,6 Millionen Personen. Dies entspricht einem Rückgang um 7,2 % und ist hauptsächlich der geringen Geburtenhäufigkeit von durchschnittlich 1,3 Kindern pro Frau (2010) geschuldet. So werden seit den frühen 1990er Jahren die Sterbefälle nicht mehr durch Geburten ausgeglichen (INSSE 2013).

Gemäß nationaler rumänischer Zahlen sind aus Rumänien im Zeitraum 2005 bis 2010 60.821 Personen fortgezogen.³¹ Die höchste Intensität war dabei im Jahr 2006 mit 14.197 Abwanderungen, davon allein 3.110 nach Deutschland, zu verzeichnen. Insgesamt verlassen vor allem Personen im Erwerbsalter von 26 bis 40 Jahren das Land. Der Frauenanteil an allen

31 Dies wird teilweise durch Zuzug ausländischer Arbeitskräfte aus Moldawien und China kompensiert (vgl. Heller (2013); New York Times (2007)).

Fortzügen schwankt dabei zwischen 62,4 % (2005) und 65,0 % (2007).³² Die häufigsten Zielländer der im Ausland verbliebenen rumänischen Staatsangehörigen (vgl. Tab. 4-1) sind Deutschland (2006: 22 %; 2010: 18 %), Italien (2005: 25 %; 2009: 10 %), die Vereinigten Staaten (2008: 18 %; 2010: 14 %), Kanada (2007: 20 %; 2010: 11 %), Ungarn (2005: 9 %; 2007: 3 %), Frankreich (2005: 3 %; 2009: 6 %) und Spanien (2005: 1 %; 2010: 11 %). Dabei zeigt sich jedoch bei den meisten europäischen Zielländern bereits seit 2006 ein Rückgang der Zuzüge aus Rumänien, bei den nordamerikanischen erst im Jahr 2010. Ausnahmen unter den europäischen Staaten stellen Frankreich mit geringer und Spanien mit deutlicher Zunahme der Intensität dar (INSSE 2013).

Tabelle 4-1: Fortzüge rumänischer Staatsangehöriger nach Zielländern, 2005 bis 2010

	2005	2006	2007	2008	2009	2010
Australien	421	581	313	345	421	569
Deutschland	2.196	3.110	1.902	1.788	1.938	1.399
Frankreich	343	529	372	431	576	405
Griechenland	114	134	72	85	124	133
Israel	64	128	57	50	111	62
Italien	2.731	3.393	1.401	1.098	984	844
Kanada	1.220	1.655	1.787	1.738	2.045	858
Österreich	78	125	83	82	128	81
Spanien	139	330	138	238	547	882
Ungarn	1.013	900	266	354	331	266
Vereinigte Staaten	1.679	1.982	1.535	1.591	1.793	1.086
andere	940	1.330	904	939	1.213	1.321
Gesamt	10.938	14.197	8.830	8.739	10.211	7.906

Quelle: INSSE 2011.

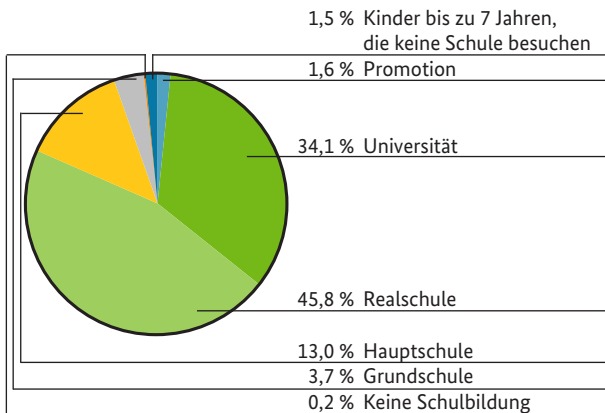
Der Anteil der unter 15-Jährigen an der Gesamtbevölkerung sank in **Bulgarien** zwischen 2001 und 2011 von 15,3 % auf 13,2 %, gleichzeitig erhöhte

32 Hier zeigt sich exemplarisch eine Diskrepanz bei Statistiken über Zuzüge nach Deutschland aus Bulgarien und Rumänien (vgl. Kap. 3) und den hier vorgestellten Fortzugsstatistiken aus den Herkunftsländern. Dies zeigt, dass Fortzüge aus Bulgarien und Rumänien aufgrund von Erfassungsproblemen tendenziell untererfasst sind.

sich der Anteil der über 65-Jährigen von 16,8 % auf 18,5 %. Das Geschlechterverhältnis liegt bei 49 % Männern und 51 % Frauen. In **Rumänien** liegt der Anteil der unter 15-Jährigen bei 15,9 %, gleichzeitig liegt der Anteil der über 65-Jährigen bei 16,1 %. Die anteilig größte Altersgruppe stellen die 25- bis 64-Jährigen mit 55,7 %. In 2011 lag das Geschlechterverhältnis ebenfalls bei 49 % Männern zu 51 % Frauen (INSSE 2013).

Laut bulgarischem Statistikamt hat über 60 % der Bevölkerung **Bulgariens** lediglich eine einfache Schulbildung. Der Bevölkerungsanteil mit tertiärer Bildung beträgt etwa 20 %, bei den Frauen ist der Anteil mit 25 % etwas höher. Das durchschnittliche Bildungsniveau ist in den Großstädten höher als auf dem Land. Der Anteil von Auslandsbulgaren mit tertiärer Bildung ist dabei mit etwa 34 % überdurchschnittlich hoch (vgl. Abb. 4-2). Weiterhin haben etwa 46 % von ihnen ein sekundäres Bildungsniveau (NSI 2011).

Abbildung 4-2: Im Zielland verbliebene bulgarische Staatsangehörige nach Bildungsabschlüssen



Quelle: NSI 2011.

Nach Angaben des nationalen Statistikamtes haben in **Rumänien** 44,2 % der Bevölkerung einfache Bildungsabschlüsse. Die Bevölkerungsanteile mit mittleren bzw. höheren Bildungsabschlüssen liegen bei 41,4 % bzw. 14,4 %. Dazu wird eine Zahl von 245.400 Analphabeten im Land ausgewiesen (INSSE 2013). Die zugrundeliegenden Statistiken zeigen, dass es sich dabei in hohem Maße um Personen im Alter von 75 Jahren und darüber handelt.

In **Bulgarien** handelt es sich nach Angaben des Auswärtigen Amtes bei der türkeistämmigen muslimischen Minderheit um die größte ethnische Minderheit (Anteil: 10 %). Diese gilt als gut integriert (Auswärtiges Amt 2013a). Es fällt auf, dass insbesondere Türken häufiger in ländlichen Regionen Bulgariens beheimatet sind als die bulgarische Bevölkerung. Dies mag ein Grund dafür sein, warum laut nationalem Zensus 2011 12 % der türkischen Kinder nicht zur Schule gehen. Der Ausländeranteil ist in Bulgarien mit etwa 0,5 % der Gesamtbevölkerung sehr gering. Davon stellen russische Staatsangehörige mit etwa 65 % die Mehrheit. Etwa ein Viertel sind EU-Bürger (NSI 2011).

Neben knapp 90 % ethnischen **Rumänen** wurde im rumänischen Zensus 2011³³ eine etwa 6,5 % (ca. 1,2 Millionen Personen; INSSE 2013) umfassende ungarischstämmige Minderheit erfasst. Unter den sonstigen ethnischen Gruppen finden sich vor allem Deutsch-, Türkei- und Ukrainischstämmige. Das Auswärtige Amt weist in einer aktuellen Einschätzung darauf hin, dass die Rechte der ethnischen Minderheiten Rumäniens in der Verfassung wie auch in der Verfassungswirklichkeit besonders geschützt werden. So seien die meisten internationalen und europäischen Menschenrechtsabkommen ratifiziert worden (Auswärtiges Amt 2013b).

4.2 Wirtschaft

Die Finanz- und Wirtschaftskrise wirkte sich infolge der vielfältigen globalen Kapitalverflechtungen auch auf Ost- und Südosteuropa aus. Infolge starker Mittelabflüsse der Kreditinstitute und sich ungünstig entwickelnder Währungseffekte kam es schließlich zu Rezessionen in der Realwirtschaft Bulgariens und Rumäniens (Sprenger/Vincentz 2010).

In den Jahren vor der Wirtschaftskrise verzeichneten beide Länder ein starkes Wirtschaftswachstum mit Raten von jeweils über 6 % (Bulgarien) bzw. 4 bis 8 % (Rumänien) pro Jahr (vgl. Abb. 4-3). Nach der starken Rezession im Jahr 2009 (Bulgarien -5,5 % bzw. Rumänien -6,6 %) ist in den Ländern seit 2010 ein geringes positives Wachstum zu verzeichnen. 2013 wuchs Bulgariens Wirtschaft um 0,9 % und die Wirtschaft Rumäniens

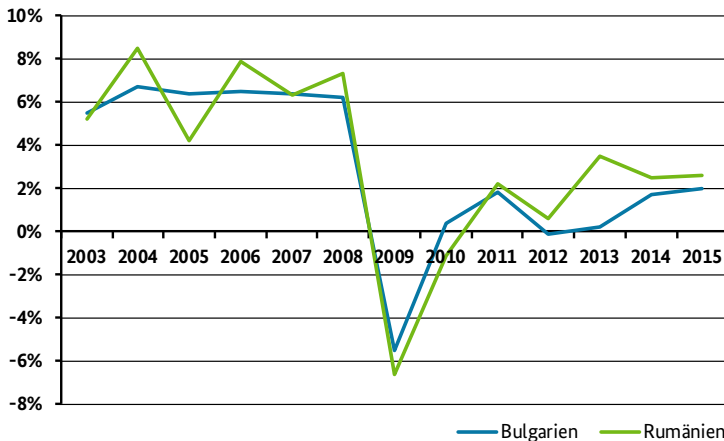
33 Es ist zu beachten, dass im rumänischen Zensus 2011 nur etwa 18,9 Millionen Personen (Anteil: 94 %) Angaben zu ihrer ethnischen Zugehörigkeit machten. Hier sind selektive Antwortausfälle, vor allem bei Minderheitengruppen, zu vermuten.

wieder deutlich um 3,5 %. Im Durchschnitt der EU-Länder (EU-27 ohne Kroatien) war die Wachstumsrate des BIP im Jahr 2013 mit -0,1 % negativ (2012: ebenfalls -0,1 %).

Gemäß Eurostat betrug das Bruttoinlandsprodukt³⁴ Bulgariens im Jahr 2013 39,9 Milliarden Euro. Für das Jahr 2014 wird ein Anstieg von knapp 2 % prognostiziert (EU-Kommission 2014). Das Bruttoinlandsprodukt Rumäniens betrug im Jahr 2013 142,2 Milliarden Euro. Auch hier wird für 2014 ein weiterer Anstieg prognostiziert.

In der Literatur werden Wohlstandsunterschiede zwischen Regionen als klassischer Pull-Faktor diskutiert, anhand deren sich der Migrationsdruck ableiten lässt. Die Wohlstandsunterschiede unterliegen einer fortlaufenden Entwicklung, wobei insbesondere in der EU von einer Konvergenz ausgegangen wird, deren Geschwindigkeit jedoch von verschiedenen Faktoren abhängt. Die im Zusammenhang mit Wohlstandsgefällen aktuell ausgemachten Pull-Faktoren sind also nur begrenzt beständig und der weitere Verlauf ist nicht vorhersehbar.

Abbildung 4-3: Wachstumsraten des BIP in den EU-2 Ländern, 2003 bis 2015

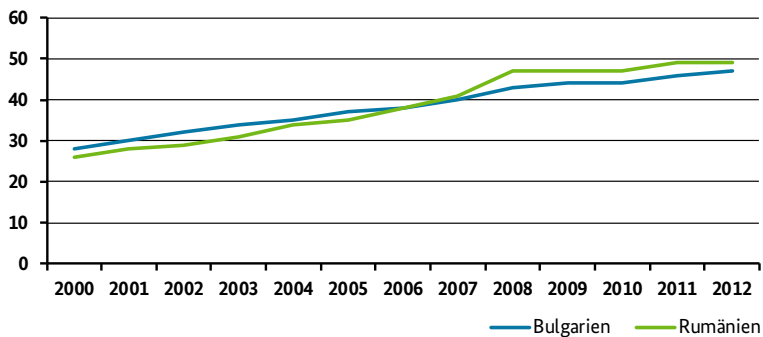


Angaben in Prozent zum Vorjahr.
Quelle: Eurostat 2014b (prognostizierte Werte 2014 und 2015).

34 Das Bruttoinlandsprodukt wird im Folgenden immer zu Marktpreisen (nominal), d. h. ohne Korrektur für das jeweilige Preisniveau, ausgewiesen.

Zur internationalen Vergleichbarkeit der Wirtschaftskraft wird das BIP pro Kopf in Kaufkraftstandards ausgedrückt.³⁵ Dieses betrug im Jahr 2012 in Bulgarien 12.100 Euro und in Rumänien 13.500 Euro. Verglichen mit dem Durchschnitt der EU-27 Länder (EU-27=100 %) hatte Bulgarien 2012 den geringsten Wert aller EU-Länder (47 %) und Rumänien den zweitniedrigsten (53 %). Gleichzeitig muss konstatiert werden, dass sich beide Länder von einem sehr niedrigen Niveau aus entwickelt haben. Verglichen mit den niedrigen Ausgangswerten des Jahres 2000 haben Bulgarien (+19 %) und Rumänien (+27 %) einen deutlichen Fortschritt ihrer wirtschaftlichen Entwicklung vollzogen (vgl. Abb. 4-4). Dies deutet sowohl für Bulgarien als auch für Rumänien auf einen anhaltenden Wachstumspfad hin, der auch nicht infolge der Finanz- und Wirtschaftskrise verlassen wurde.

Abbildung 4-4: Entwicklung des BIP pro Kopf in den EU-2 Ländern, 2000 bis 2012



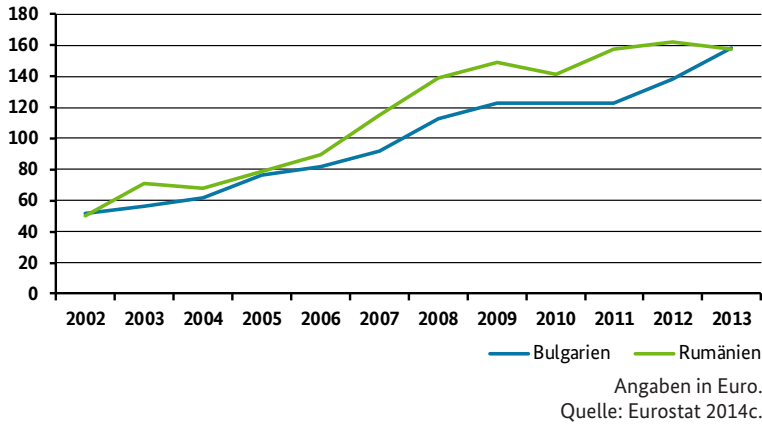
Quelle: Eurostat 2014k; BIP pro Kopf, in Kaufkraftstandards: EU-27=100.

Hinsichtlich der unbereinigten Brutto-Einkommen zeigt sich in den EU-2 Ländern ein sehr niedriges Lohnniveau. So weist Eurostat zum Stichtag 1. Januar 2013 einen gesetzlichen monatlichen Bruttomindestlohn von umgerechnet 158,50 Euro für Bulgarien aus (+14,8 % im Vergleich zum Vorjahr). Für Rumänien wird ein monatlicher Bruttomindestlohn von 157,26 Euro angegeben (-2,9 % im Vergleich zum Vorjahr). Die bis auf

³⁵ Kaufkraftstandards (KKS) sind eine theoretische Währungseinheit, bei der Unterschiede in den nationalen Preisniveaus ausgeglichen werden. Ein KKS entspricht dabei der durchschnittlichen Kaufkraft eines Euro in der EU.

wenige Ausnahmen kontinuierlich steigende Entwicklung der Brutto-mindestlöhne zeichnet den zuvor dargestellten ansteigenden Verlauf der Wirtschaftskraft seit den 2000er Jahren nach (vgl. Abb. 4-5).

Abbildung 4-5: Entwicklung der monatlichen Bruttomindestlöhne in den EU-2 Ländern, 2002 bis 2013



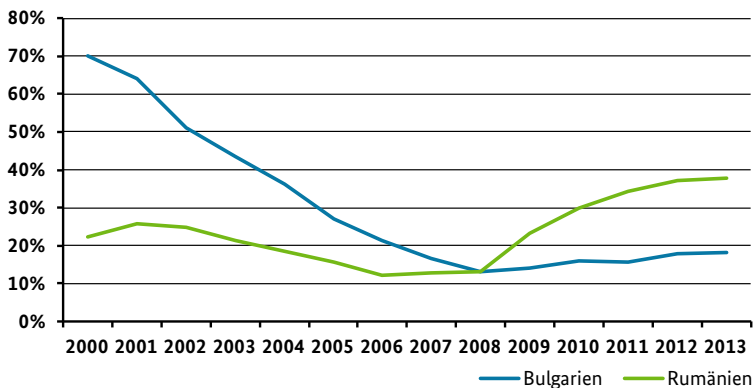
Unter Einbeziehung der monatlich geleisteten Arbeitsstunden betrug im Jahr 2010 der durchschnittliche bulgarische Bruttostundenlohn 1,50 Euro. In Rumänien betrug der durchschnittliche Bruttostundenlohn 2,00 Euro. Frauen verdienten jeweils etwa 10 Cent pro Stunde weniger als Männer. Rhein (2013) berechnet mit Daten der Europäischen Gemeinschaftsstatistik über Einkommen und Lebensbedingungen (EU-SILC) für 2010 eine Niedriglohnschwelle³⁶ für abhängig Beschäftigte in Bulgarien von umgerechnet 1,08 Euro je Bruttoarbeitsstunde. Diese Werte machen die Einkommensunterschiede zwischen den EU-2 und insbesondere den EU-15 Staaten deutlich und zeigen die Attraktivität einer Arbeitsaufnahme im Ausland, beispielsweise in Süd- oder Westeuropa.

Der Grad der öffentlichen Verschuldung weist auch auf die fiskalischen Handlungsspielräume einer Volkswirtschaft hin. So können bei geringer Verschuldung konjunkturelle Abschwünge durch sozialpolitische,

³⁶ Die Niedriglohnschwelle wird als Einkommenshöhe bezeichnet, welche unterhalb von zwei Dritteln des Median-Einkommens liegt. Der Vergleichswert für Deutschland ist mit 9,08 Euro angegeben (vgl. Rhein 2013).

staatsausgabenfinanzierte Maßnahmen abgedeckt werden. Bulgarien hat 2013 mit 18,3 % des jährlichen Bruttoinlandsproduktes einen vergleichsweise geringen Verschuldungsgrad (vgl. Abb. 4-6). Auch die Verschuldung Rumäniens (37,9 %) ist als moderat anzusehen. Insbesondere Bulgarien gelang es, seit dem Jahr 2000 den Schuldenstand konsequent abzusenken (-51,8 %-Punkte) und in der Wirtschaftskrise nur moderat zu erhöhen. Nachdem der bisherige Höchstwert der rumänischen Verschuldung 2001 bei 25,7 % lag, ist dieser in Folge der Wirtschaftskrise deutlich angestiegen.

Abbildung 4-6: Öffentlicher Schuldenstand als Anteil des BIP in den EU-2 Ländern, 2000 bis 2013



Quelle: Eurostat 2014d.

4.3 Arbeitsmarkt

Beide EU-2 Länder haben im Jahr 2013 eine Erwerbstätigenquote³⁷ unterhalb des Durchschnitts der EU-27 Staaten (68,5 %). In Bulgarien beträgt die Quote 63,5 % (Männer: 66,4 %, Frauen: 60,7 %), in Rumänien 63,9 % (Männer: 71,6 %, Frauen: 56,2 %). Ihren bisherigen Höhepunkt erreichte die Erwerbstätigenquote in Bulgarien im Jahr 2008 mit 70,7 % und lag damit sogar oberhalb des damaligen EU-Durchschnitts von 70,3 %. Infolge der Wirtschaftskrise gab es in Bulgarien seit 2008 einen Rückgang um 5 bis 10 %-Punkte, der sich in Rumänien nicht findet.³⁸ In Rumänien erreichte

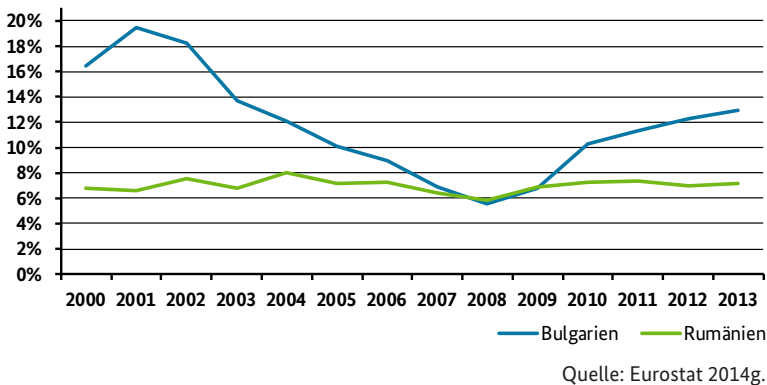
³⁷ Dies ist nach Eurostat-Definition der Anteil der erwerbstätigen Personen zwischen 20 und 64 Jahren an allen Personen in dieser Altersgruppe.

³⁸ Unter den osteuropäischen Mitgliedstaaten waren die baltischen Länder am stärksten von der Krise betroffen (vgl. Knogler 2010).

die Erwerbstätigenquote im Jahr 2006 ihren bisherigen Höhepunkt von 64,8 % und sie sank bis 2008 nur leicht auf 64,4 % (Eurostat 2014f.).

Die Arbeitslosenquote lag in Bulgarien entsprechend der Eurostat-Methodik im Jahresdurchschnitt 2013 bei 13,0 % (vgl. Abb. 4-7). Der Wert für April 2014 beträgt saisonbereinigt 12,8 %. Im Jahresdurchschnitt 2001 lag sie noch bei 19,5 %, woraufhin sie sich verringerte und erst seit der Wirtschaftskrise wieder angestiegen ist. Von 2007 bis Mitte 2013 hat sich die Arbeitslosenquote fast verdoppelt. Die Quote Rumäniens, welche sich in den zehn Jahren zuvor nur wenig veränderte, lag im Jahresdurchschnitt 2013 bei 7,3 % bzw. im Monat April 2014 bei 7,1 %. Sie betrug im Jahresdurchschnitt 2008 noch 5,8 % und ist seitdem aber krisenbedingt leicht angestiegen.

Abbildung 4-7: Arbeitslosenquoten in den EU-2 Ländern, 2000 bis 2013

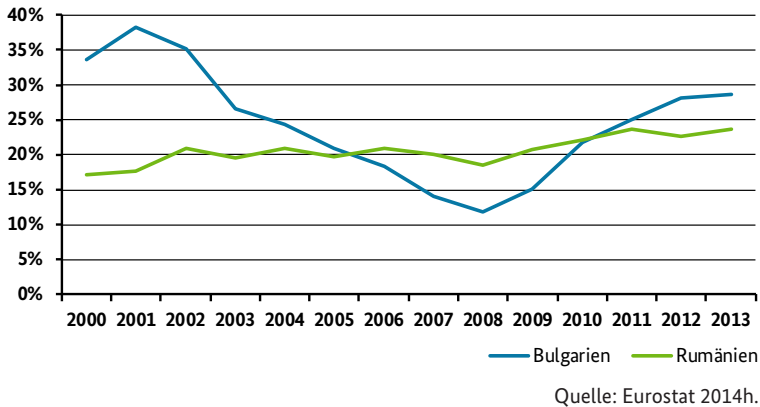


Auch die Jugendarbeitslosigkeit wurde durch die Krise erhöht. Im Durchschnitt der EU-27 Staaten lag die Jugendarbeitslosigkeit 2013 bei 23,3 %.³⁹ Im Jahr 2013 betrug die durchschnittliche Arbeitslosenquote bei den unter 25-jährigen Bulgaren 28,4 %, nachdem sie im Vorkrisenjahr 2008 noch 11,9 % ausmachte. Im April 2014 betrug die Arbeitslosenquote 27,2 %. In Rumänien betrug die Quote im Jahr 2013 23,6 %. 2008 wurde noch ein

³⁹ Die Quote zeigt, gemäß Eurostat-Definition, den Anteil der Arbeitslosen zwischen 15 und 24 Jahren an allen Erwerbspersonen dieser Altersklasse. Sie ist nicht identisch mit dem Anteil der Arbeitslosen an der Gesamtbevölkerung dieser Altersklasse (dieser ist annahmegemäß geringer; so gehören beispielsweise Personen in Ausbildung nicht zu den Erwerbspersonen).

Wert von 18,6 % ermittelt (vgl. Abb. 4-8). Der Wert für Dezember 2013 deutet ebenfalls auf einen Anstieg hin (21,1 %). Insgesamt zeigt sich, wie bei der Arbeitslosigkeit insgesamt, eine stärkere Schwankung der (Jugend-) Arbeitslosigkeit in Bulgarien im Vergleich zu Rumänien.

Abbildung 4-8: Jugendarbeitslosigkeitsquoten in den EU-2 Ländern, 2000 bis 2013



Rumänien bzw. Bulgarien weisen darüber hinaus auffällige Entwicklungen auf ihren jeweiligen nationalen Arbeitsmärkten auf: Mai/Marder-Puch (2013) weisen darauf hin, dass im Jahr 2012 die Selbständigenquote in Rumänien mit 20,1 % im EU-27 Vergleich (15,2 %) relativ hoch war, dies aber fast ausschließlich auf den landwirtschaftlichen Sektor zurückzuführen sei. Ohne Landwirtschaft betrug die rumänische Quote 5,7 % und war im EU-Vergleich zusammen mit der litauischen am geringsten (Mai/Marder-Puch 2013).

Ein stark von Fortzügen geprägter Bereich ist das Bildungswesen Bulgariens. Dort ist es, aufgrund der geringen Fertilität und sinkender Schülerzahlen in Bulgarien, zu einer starken Abwanderung hochqualifizierter Lehrer gekommen. So hat sich in den Jahren 1993 und 1994 sowie 2007 und 2008 die Anzahl der Lehrer der Primar- und Sekundarstufen um 32 % bzw. 34 % verringert. Viele dieser zusammen genommen etwa 28.000 Lehrkräfte arbeiteten seitdem in Spanien oder Griechenland in Tätigkeiten unterhalb ihrer Qualifikation (Markova 2010).

Insgesamt scheint der Arbeitsmarkt in Rumänien weniger hart von den Auswirkungen der Wirtschaftskrise getroffen als der bulgarische. Es war

zwar im Jahr 2012 immer noch mehr als jeder dritte Einwohner (41,7 % bzw. 8,9 Millionen) in Rumänien von Armut oder sozialer Ausgrenzung⁴⁰ bedroht, jedoch waren es 2007 noch 45,9 %. In Bulgarien war im Jahr 2013 fast jeder Zweite (48,0 % bzw. 3,5 Millionen) von Armut oder sozialer Ausgrenzung bedroht. Im Jahr 2007 war der Anteil mit 60,7 % jedoch weit höher (vgl. Tab. 4-2). Der Durchschnitt der EU-27 Länder betrug im Jahr 2012 24,7 %.

Tabelle 4-2: Anteil von Armut oder sozialer Ausgrenzung bedrohter Personen in den EU-2 Ländern, 2006 bis 2013

	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013
Bulgarien	61,3	60,7	44,8	46,2	49,2	49,1	49,3	48,0
Rumänien	/	45,9	44,2	43,1	41,4	40,3	41,7	/
EU-27	25,2	24,4	23,6	23,1	23,6	24,2	24,7	/

Angaben in Prozent.
Quelle: Eurostat 2014e.

4.4 Weitere ökonomische Bedingungen des Migrationskontextes

Der Global Competitiveness Report 2013-2014 des Weltwirtschaftsforums vergleicht die ökonomische Wettbewerbsfähigkeit von 148 Nationen. Bulgarien liegt auf dem 57. Platz. In den Vorjahresbetrachtungen lag das Land noch auf Platz 62 (2012/2013) bzw. 74 (2011/2012). Gelobt werden in der Studie die makroökonomische Lage sowie die Flexibilität und Effizienz des Arbeitsmarktes. Gleichzeitig werden starre öffentliche Institutionen und eine zu wenig innovationsfreudige Wirtschaft kritisiert.

Für Rumänien wurde in diesem Kontext der 76. Platz ermittelt, nahezu unverändert im Vergleich zu den Vorjahren. Die makroökonomische Situation und die Größe des Binnenmarktes werden ebenfalls gelobt. Gleichzeitig werden starre öffentliche Institutionen, Defizite in der Infrastrukturausstattung, Wettbewerbsbeschränkungen auf dem heimischen

40 Zu der Gruppe der von Armut und sozialer Ausgrenzung Bedrohten zählen Personen in Haushalten mit einer Einkommensposition unterhalb der Armutsgefährdungsschwelle von 60 % des national verfügbaren Median-Nettoäquivalenzeinkommens. Das Nettoäquivalenzeinkommen ist das nach Alter und Anzahl der Haushaltsmitglieder gewichtete Haushaltsnettoeinkommen.

Binnenmarkt sowie eine allgemein zu wenig innovationsfreudige Firmentätigkeit kritisiert (World Economic Forum 2012, 2013). Insgesamt scheint Rumänien in der mittelfristigen wirtschaftlichen Entwicklung weniger dynamisch als Bulgarien zu sein.

Ein alternatives Maß der Entwicklung, das über rein makroökonomische Faktoren hinausreicht, ist beispielsweise der Human Development Index.⁴¹ Im Jahr 2012 lag Rumänien hierbei auf dem 56. Platz (2011: 55. Platz). Bulgarien lag zum Vorjahr unverändert auf dem 57. Platz (UNDP 2013).

Die Messung der allgemeinen Lebenszufriedenheit hat sich ebenfalls als alternatives Wohlfahrtsmaß etabliert. Anhand von Daten des European Value Surveys zeigt sich, dass im Vergleich zu anderen Ländern Ost- und Südosteuropas die Lebenszufriedenheit bulgarischer Männer 2008 durch die Krise negativ beeinflusst wurde. In diesem Zusammenhang ist die Zufriedenheit mit der Regierung bei bulgarischen Männern und Frauen ebenfalls negativ. Im Gegensatz dazu waren sowohl die allgemeine Lebenszufriedenheit rumänischer Männer und Frauen als auch die Zufriedenheit mit der Regierung bei den rumänischen Frauen signifikant positiv im Verhältnis zu anderen Ländern Ost- und Südosteuropas (Humpert 2014).

In der Frühjahrsbefragung des Eurobarometers⁴² aus dem Mai 2013 zeigt sich, dass die Mehrheit der befragten Bulgaren und Rumänen ihre jeweilige makroökonomische Umwelt als negativ betrachtet (vgl. Tab. 4-3). So bewerten 42 % der befragten Bulgaren die Situation ihrer nationalen Wirtschaft als ziemlich schlecht bzw. zu 53 % als sehr schlecht. Bei den Rumänen nennen 47 % die Lage ziemlich schlecht bzw. 43 % sehr schlecht. Hinsichtlich der Einschätzungen der nationalen Arbeitsmärkte sind die Aussagen noch deutlicher. So bezeichnen 61 % der Bulgaren und 65 % der Rumänen die Situation ihres jeweiligen Arbeitsmarktes als sehr schlecht.

41 Der Index wird seit 1990 im jährlich erscheinenden Bericht für menschliche Entwicklung des Entwicklungsprogramms der Vereinten Nationen (UNDP) veröffentlicht. Seit einer Überarbeitung der Berechnungsmethode 2010 setzen sich die drei Dimensionen des Index aus der Lebenserwartung bei Geburt, dem Bildungsindex (durchschnittliche Schulbesuchsdauer und voraussichtliche Schulbesuchsdauer) sowie dem Lebensstandard (Bruttonationaleinkommen pro Kopf in US-Dollar-Kaufkraftparitäten) in dem jeweils betrachteten Land zusammen.

42 In diesem Zusammenhang wurden 26.605 EU-27 Bürger nach ihrer Meinung zu europäischen Themen gefragt.

Hinsichtlich der Einschätzung der eigenen beruflichen Lage treten die makroökonomischen Gegebenheiten zugunsten der individuellen Lage in den Hintergrund. So finden 35 % der befragten Bulgaren und 25 % der Rumänen die eigene berufliche Lage als ziemlich gut, ein sehr geringer Anteil von 2 % bzw. 4 % äußert sogar eine als sehr gut wahrgenommene Lage.

Tabelle 4-3: Wahrgenommene Wirtschaftslage in den EU-2 Ländern

		sehr gut	ziemlich gut	ziemlich schlecht	sehr schlecht	weder noch
Lage der nationalen Wirtschaft	Bulgarien	0	3	42	53	2
	Rumänien	0	8	47	43	2
Lage auf dem nationalen Arbeitsmarkt	Bulgarien	0	2	34	61	3
	Rumänien	0	4	27	65	4
Eigene berufliche Lage	Bulgarien	2	35	28	23	12
	Rumänien	4	25	22	22	27

Angaben in Prozent.
Quelle: Eurobarometer 2013.

Die skizzierten Unterschiede in der subjektiven Wahrnehmung finden sich ebenfalls in der konjunkturellen Lageeinschätzung von in Bulgarien tätigen deutschen Unternehmen. Die Außenhandelskammer in Bulgarien zeichnet in ihrer Konjunkturmfrage aus dem Februar und März 2013 eine mehrheitlich als schlecht wahrgenommene Wirtschaftslage (46 %) bei gleichzeitig als befriedigend (52 %) bzw. gut (36 %) bewerteter Lage des eigenen Unternehmens (Außenhandelskammer Bulgarien 2013).

Roman/Voicu (2010) zeigen darüber hinaus mit rumänischen Daten für den Zeitraum 1990 bis 2006, dass Personen, welche eine unbestimmte Zeit im Ausland gearbeitet haben, nach ihrer Rückkehr über ein höheres Humankapital und infolge dessen über ein höheres Einkommen als die im Land verbliebenen Personen verfügen. Weiterhin wird nachgewiesen, dass Auslandstätigkeiten mit Transfers ins Herkunftsland einhergehen und nach erfolgter Rückkehr auch zu verstärkter Konsumtätigkeit langlebiger Wirtschaftsgüter wie Haushaltsgeräten und Kraftfahrzeugen sowie zu Ausbauten und Modernisierungen von Immobilien führen. Daneben wird aber auch darauf hingewiesen, dass während der Auslandstätigkeit im Herkunftsland zurückgelassene Kinder starkem psychosozialen Stress ausgesetzt werden (Roman/Voicu 2010).

Weiterhin zeigt sich, dass aus Deutschland im Jahr 2012 92,1 Millionen US-Dollar nach Bulgarien transferiert wurden. Aus Italien wurden 52,1 Millionen und aus Spanien sogar 206,4 Millionen US-Dollar nach Bulgarien geschickt (vgl. Tab. 4-4).⁴³ Im Zeitverlauf zwischen 2010 und 2012 waren die geleisteten Transfers aus Spanien etwa viermal höher als die aus Italien. Aus Deutschland wurden 2012 183,9 Millionen US-Dollar nach Rumänien transferiert. Ebenfalls gingen Transfers aus Italien und Spanien von jeweils etwa 1,1 Milliarden US-Dollar dorthin. Damit stellen die beiden Länder Spanien und Italien 58,5 % aller Transfers nach Rumänien (Weltbank 2013). Es kann davon ausgegangen werden, dass es sich dabei in einem hohen Maße um Transfers an Familienmitglieder handelt. Weiterhin ist zu erwarten, dass die Transfers infolge der Wirtschaftskrise in Italien und Spanien weiter zurückgehen.

Tabelle 4-4: Geldtransfers von Arbeitsmigranten ins Heimatland, 2010 bis 2012

	Deutschland		Italien		Spanien	
	Bulgarien	Rumänien	Bulgarien	Rumänien	Bulgarien	Rumänien
2010	89,3	197,5	50,7	1.161,0	201,1	1.153,6
2011	99,3	187,8	56,1	1.099,8	223,1	1.094,5
2012	92,1	183,9	52,1	1.076,9	206,4	1.069,3

Angaben in Millionen US-Dollar.

Quelle: Weltbank 2013.

Im Anschluss an den Vergleich der Herkunftsländer werden im Folgenden die Situation und die Charakteristika der EU-2 Zuwanderer in ihren Hauptzielländern dargestellt.

⁴³ Als Land mit den höchsten Transfers nach Bulgarien steht die Türkei mit 595,8 Millionen US-Dollar sogar noch vor Spanien. Auch dies kann auf historische Migrationsbeziehungen zurückgeführt werden, da die Türkei in den Jahren 1990 - 1995 als ein Hauptzielland der Arbeitsmigranten aus Rumänien galt (Bundeszentrale für politische Bildung 2007).

5 EU-2 Zuwanderer in den Hauptzielländern Deutschland, Italien und Spanien

Die Zuwanderung aus den südosteuropäischen Staaten nach Westeuropa ist, wie bereits in Kapitel 3 gezeigt, kein neues Phänomen, sondern war bereits vor deren EU-Beitritt zu beobachten. Dabei stellen Italien und Spanien seit den 1990er Jahren die bevorzugten Einwanderungsstaaten dar. Auch Deutschland gehört für bestimmte Zuwanderungsgruppen zu den Hauptzielländern. Im Anschluss an einen nun folgenden Überblick über die Zuwanderungs- und Bestandszahlen der EU-2 Staatsangehörigen in den Zielländern werden die Merkmale der EU-2 Bürger in der Bundesrepublik sowie in Italien und Spanien verglichen.

5.1 Zuwanderer aus den EU-2 in den Hauptzielländern

Zuwanderung

Während die Anzahl der jährlichen bulgarischen und rumänischen Zuwanderer nach Spanien vor dem EU-Beitritt kontinuierlich von insgesamt rund 24.000 im Jahr 2000 auf 153.000 im Jahr 2006 angestiegen war, variierten die Zuwanderungszahlen in Italien stark (Tab. 5-1). In beiden Zielländern stiegen die Zahlen mit dem EU-Beitritt Bulgariens und Rumäniens auf die historischen Höchstwerte von 285.000 in Italien und 229.000 in Spanien stark an. Die Bulgaren stellten jährlich rund 5 % der EU-2 Zuwanderer nach Italien dar, während ihr Anteil an den EU-2 Zuwanderern nach Spanien zwischen 14 und 27 % im Zeitraum 2000 bis 2012 unterschiedlich hoch ausfiel.

Im Vergleich dazu blieb die Zuwanderung aus Rumänien nach Deutschland vor dem EU-Beitritt konstant bei etwas mehr als 23.000 Personen jährlich und stieg erst seit 2007 kontinuierlich an, bis 2013 der Höchstwert von 135.000 rumänischen Zuwanderern registriert wurde. Die Zahl der bulgarischen Zuwanderer verringerte sich zunächst sogar von rund 13.000

(2001) auf knapp 8.000 (2006), stieg aber auch nach dem EU-Beitritt deutlich an und betrug im Jahr 2013 gut 59.000 Personen (Tab. 5-1 und Kap. 3.2).

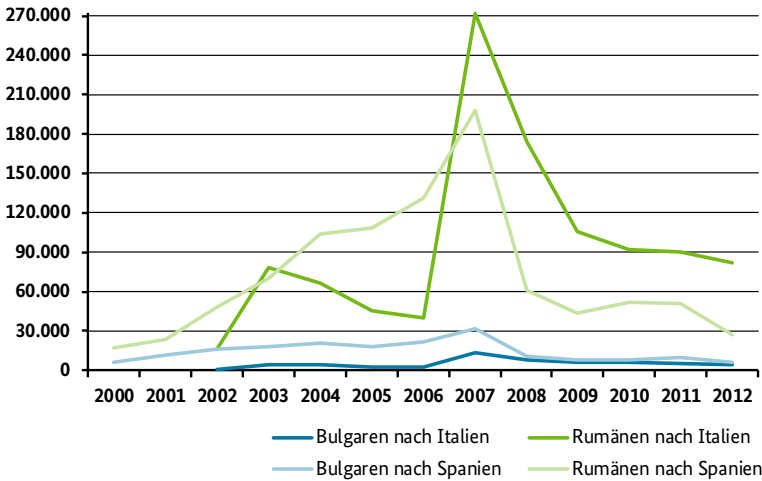
Tabelle 5-1: Zuwanderung aus den EU-2 Ländern nach Italien, Spanien und Deutschland, 2000 bis 2013

Ziel-land	Italien			Spanien			Deutschland		
Her-kunft	Bulgarien	Rumänien	EU-2	Bulgarien	Rumänien	EU-2	Bulgarien	Rumänien	EU-2
2000	1.312	19.332	20.644	6.494	17.456	23.950	/	/	/
2001	/	/	/	11.771	23.295	35.066	13.156	20.142	33.298
2002	1.011	16.465	17.476	15.872	48.330	64.202	13.191	23.953	37.144
2003	4.160	78.385	82.545	17.821	69.942	87.763	13.369	23.780	37.149
2004	4.096	66.098	70.194	20.997	103.572	124.569	11.586	23.545	35.131
2005	2.361	45.338	47.699	18.377	108.294	126.671	9.057	23.274	32.331
2006	2.145	39.715	41.860	21.748	131.457	153.205	7.749	23.743	31.492
2007	13.362	271.443	284.805	31.331	197.642	228.973	20.919	43.894	64.813
2008	8.436	174.554	182.990	10.771	61.266	72.037	24.093	48.225	72.318
2009	6.244	105.597	111.841	7.686	44.082	51.768	28.890	56.427	85.317
2010	5.877	92.116	97.993	8.389	51.921	60.310	39.387	74.585	113.972
2011	5.101	90.096	95.197	9.893	50.833	60.726	51.612	95.479	147.091
2012	4.794	81.666	86.460	6.224	27.276	33.500	58.862	116.964	175.826
2013	/	/	/	/	/	/	59.323	135.416	194.739

Quelle: Eurostat 2014a.

Dazu werden in Abb. 5-1 die Zuwanderungsintensitäten aus den beiden Herkunftsländern in die südeuropäischen Zielländer nachgezeichnet.

Abbildung 5-1: Zuwanderung aus den EU-2 Ländern nach Italien und Spanien, 2000 bis 2012



Quelle: Eurostat 2014a.

Wohnbevölkerung

Insgesamt hat sich in **Deutschland** die Zahl der bulgarischen Staatsangehörigen von 2004 bis 2013 fast vervierfacht (+275 %), die Zahl der rumänischen Staatsangehörigen stieg um 265 %. In den ersten Monaten des Jahres 2014 stiegen die Bestandszahlen nochmals an. Zum 30. April 2014 wurden in Deutschland rund 159.000 Bulgaren und 295.000 Rumänen verzeichnet (vgl. Kap. 3.2).

In **Italien** waren im Jahr 2010 gut 51.000 Bulgaren und knapp 969.000 Rumänen registriert, wobei Rumänen mit 72,6 % aller EU-27 Bürger die größte Migrantengruppe darstellten. Ballungszentren bulgarischer Zuwanderer finden sich in Kalabrien (12,9 % aller EU-Bürger) und Kampanien (10,7 %). In diesen Regionen sind die Bulgaren auch die zweit- respektive drittgrößte Gruppe der Zuwanderer aus der EU. In allen Regionen Italiens mit Ausnahme der Region Bozen stellen Rumänen die größte Migrantengruppe aus den EU-27 Ländern mit Anteilen zwischen 58 % und 88 % (vgl. Tab. 5-2). Die größten Zentren rumänischer Zuwanderer finden sich in Latium (196.410 bzw. 75,5 %), der Lombardei (137.718 bzw. 69,5 %) und dem Piemont (137.077 bzw. 87,5 %) (Caritas e Migrantes 2012).

Tabelle 5-2: Staatsangehörige der EU-2 Länder in Italien nach Regionen, 2010, Anzahl sowie Anteile an EU-27 Bürgern

	Bulgaren		Rumänen	
	Anzahl	Anteil an EU-27 (in %)	Anzahl	Anteil an EU-27 (in %)
Abruzzien	1.526	4,8	22.385	70,9
Aostatal	/	/	2.034	71,8
Apulien	2.554	7,5	22.633	66,2
Basilikata	544	7,1	6.098	80,0
Bozen	/	/	1.947	14,4
Kalabrien	4.555	12,9	23.999	67,8
Kampanien	5.426	10,7	29.265	57,7
Emilia-Romagna	5.182	5,2	66.062	66,9
Friaul-julisch Venezien	/	/	19.664	70,5
Latium	7.722	3,0	196.410	75,5
Ligurien	/	/	15.037	57,5
Lombardei	9.862	5,0	137.718	69,5
Marche	1.421	4,0	22.959	64,4
Molise	132	3,0	3.112	70,9
Piemont	2.347	1,5	137.077	87,5
Sardinien	/	/	9.899	61,5
Sizilien	1.130	2,1	40.301	74,8
Toskana	/	/	77.138	69,7
Trentino	360	2,9	8.545	68,4
Umbrien	1.275	3,7	24.321	71,4
Venezien	2.096	1,7	101.972	82,0
Insgesamt	51.134	3,8	968.576	72,6

Quelle: ISTAT 2011, zitiert nach Dossier Statistico Immigrazione 2012
(Caritas e Migrantes 2012).

In **Spanien** gab es Ende Juni 2013 fast 180.000 bulgarische und etwa 925.000 rumänische Staatsangehörige. Insgesamt stellen dort Bulgaren (8,0 %) und Rumänen (41,3 %) einen bedeutenden Teil aller EU-Zuwanderer (vgl. Tab. 5-3). Die größten Konzentrationen von Bulgaren finden sich in Kastilien und Leon (31.711), der Hauptstadt Madrid (28.996) und in Andalusien (17.376). Bei den Rumänen gibt es die höchsten absoluten

Werte in der Hauptstadt Madrid (195.197), in Andalusien (136.342) und in Katalonien (119.743). Die höchsten regionalen Anteile von Bulgaren weisen Kastilien und Leon (30,6 %), Navarra (28,3 %) und Murcia (15,9 %) auf. Bei den Rumänen finden sich die höchsten Anteile in Kastilien-La Mancha (83,4 %), in Aragón (73,8 %) und der Rioja (67,6 %) (Ministerio de Empleo y Seguridas Social 2013).

Tabelle 5-3: EU-2 Bürger in Spanien nach Regionen, 2013, Anzahl und Anteile an EU-27 Bürgern

	Bulgaren		Rumänen	
	Anzahl	Anteil an EU-27 (in %)	Anzahl	Anteil an EU-27 (in %)
Andalusien	17.376	4,9	136.342	38,5
Aragón	7.527	7,9	70.319	73,8
Asturien	777	4,0	9.546	48,6
Balearische Inseln	9.636	7,8	15.320	12,5
Kanarische Inseln	3.354	2,3	8.699	5,9
Kantabrien	1.120	7,4	7.876	51,7
Kastilien und Leon	31.711	30,6	39.870	38,4
Kastilien-La Mancha	8.069	6,9	97.061	83,4
Katalonien	15.214	4,3	119.743	33,9
Extremadura	746	2,9	15.833	62,1
Galizien	1.062	2,6	9.015	22,4
Madrid	28.996	8,6	195.197	57,7
Murcia	8.155	15,9	14.361	28,1
Navarra	7.171	28,3	8.775	34,7
País Vasco	1.280	3,1	20.579	50,1
Rioja	1.016	4,9	14.044	67,6
Ceuta	6	1,0	28	4,8
Melilla	2	0,1	22	1,3
unbekannt	13	5,1	63	24,7
Insgesamt	179.621	8,0	925.140	41,3

Quelle: Ministerio de Empleo y Seguridas Social 2013 (Stand: 30.06.2013).

Neben der räumlichen Konzentration in den Zielländern kommt es aufgrund sozialer Netzwerkbeziehungen auch zu Ballungen von Migranten aus einzelnen Herkunftsregionen. So gibt es in einigen Regionen Italiens verstärkt Zuwanderer aus den rumänischen Regionen Moldova, Oltenia und Dobrudja, in Spanien hingegen konzentrieren sich Zuwanderergruppen aus Transsilvanien und Muntenia (Heller 2013).

5.2 Sozio-ökonomische Charakteristika

5.2.1 Demografie, Aufenthaltsdauer und Einbürgerungen

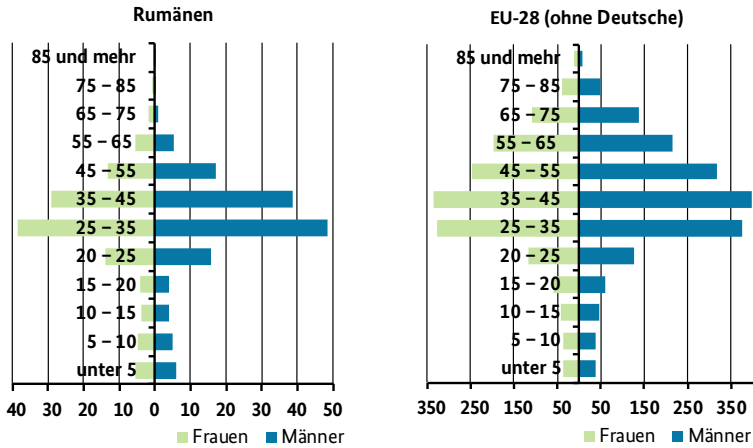
Zuwanderer aus den EU-2 Ländern sind in ihrer Altersstruktur demografisch jünger als die Gesamtbevölkerung Deutschlands. So liegt zum Jahresende 2013 das Durchschnittsalter aufhältiger bulgarischer Männer bei 33,3 Jahren (Frauen: 32,4 Jahre). Dies ähnelt dem Durchschnittsalter bei Rumänen (32,8 Jahre) und Rumäninnen (32,8 Jahre). Im Vergleich dazu sind die nach Deutschland zugewanderten EU-27 Bürger (ohne Deutsche) im Durchschnitt etwa 7 Jahre älter (Männer: 41,3 Jahre; Frauen: 40,8 Jahre) (vgl. Abb. 5-2).

Bei den 2013 nach Deutschland Neuzugewanderten liegt das Durchschnittsalter bei den bulgarischen Männern bei 33,0 Jahren (Frauen: 30,1 Jahre). Rumänische Männer weisen einen entsprechenden Wert von 32,6 Jahren auf (Frauen: 29,8 Jahre). Für Zuwanderer aus der gesamten EU-27 werden beinahe identische Werte festgestellt (Männer: 33,1 Jahre; Frauen: 30,6 Jahre).

Die EU-2 Bürger, die im Jahr 2013 aus Deutschland fortzogen, waren im Durchschnitt etwas älter als die Neuzuwanderer. Das Durchschnittsalter der abgewanderten bulgarischen Männer lag bei 36,0 Jahren (Frauen: 32,8 Jahre). Bei rumänischen Männern betrug es 34,9 Jahre (Frauen: 34,4 Jahre). Die Vergleichswerte für die gesamten Zuwanderer aus den EU-27 Ländern sind etwas höher (Männer: 36,1 Jahre; Frauen: 34,4 Jahre).

Der Großteil der EU-2 Neuzuwanderer ist im erwerbsfähigen Alter. Weiterhin lässt sich ein Männerüberschuss konstatieren. Der Frauenanteil umfasste bei den Bulgaren 36,0 % und bei den Rumänen 37,0 %. Der Wert ist bei den EU-27 Bürgern mit 37,3 % etwas höher.

Abbildung 5-2: Altersverteilung in Deutschland aufhältiger Männer und Frauen aus Rumänien und den EU-28 (ohne Deutsche), 2013



Angaben in Tausend.

Quelle: Statistisches Bundesamt 2014d; AZR (Stand 31.12.2013).

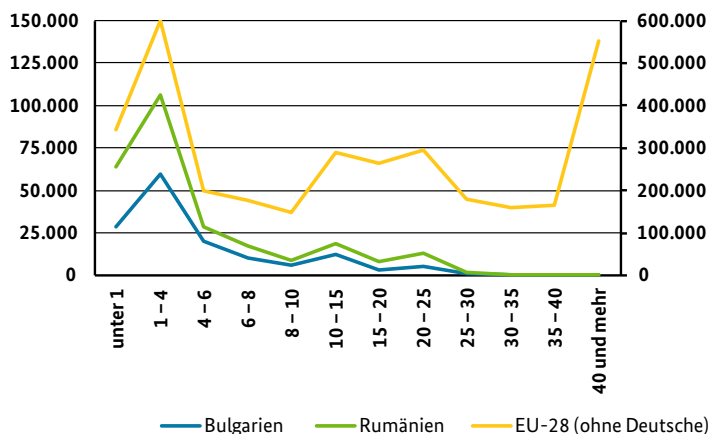
Auf Basis einer Befragung von 1.000 Rumänen in den italienischen Großstädten Rom, Turin und Mailand zeigt sich, dass 65 % der Befragten in den Jahren 2004 bis 2006 ins Land gekommen sind, die anderen erst nach der EU-Erweiterung im Jahr 2007. Unter den nach 2007 zugewanderten Personen waren mehrheitlich Frauen, vor 2007 waren es mehrheitlich Männer. Die rumänischen Zuwanderer vor 2007 waren zu über 70 % zwischen 25 und 44 Jahre alt. Die Zuwanderer waren nach dem EU-Beitritt durchschnittlich jünger (Mara 2012).

Die zum 30. Juni 2013 in Spanien aufhältigen Personen aus den EU-2 Ländern waren zum Großteil im erwerbsfähigen Alter. So waren 87,5 % der Bulgaren und 88,1 % der Rumänen zwischen 16 und 64 Jahre alt. Das Durchschnittsalter betrug 35,9 Jahre (Bulgaren) bzw. 33,3 Jahre (Rumänen). Der Frauenanteil unter den Bulgaren betrug 46,4 %, bei den Rumänen 46,6 % (Ministerio de Empleo y Seguridas Social 2013).

Betrachtet man die durchschnittliche Aufenthaltsdauer der EU-2 Bürger in Deutschland, finden sich relativ kurze Verweilzeiten von 5,1 Jahren bei Bulgaren bzw. 5,0 Jahren bei Rumänen. Dies spiegelt die Migrationsgeschichte der EU-2 Länder in Deutschland wider. Der Durchschnittswert

für alle Zuwanderer aus den EU-Staaten (ohne Deutsche) liegt mit 18,3 Jahren deutlich höher (vgl. Abb. 5-3).

Abbildung 5-3: Personen aus den EU-2 (linke Achse) und EU-28 Ländern (ohne Deutsche; rechte Achse) nach Aufenthaltsdauer, 2013



Quelle: Statistisches Bundesamt 2014d; AZR.

Eine Analyse der Fortzüge der EU-2 Bürger im Jahr 2013 nach der vorangegangenen Aufenthaltsdauer in Deutschland offenbart, dass bulgarische (2,8 Jahre) und rumänische Staatsangehörige (2,6 Jahre) durchschnittlich nur kurz in Deutschland verblieben waren. Dies liegt auch darin begründet, dass beide Länder erst 2007 Mitgliedstaaten der EU wurden. Für die gesamten Staatsangehörigen aus den EU-27 Staaten konnte mit 4,9 Jahren eine deutlich höhere vorangegangene Verweildauer festgestellt werden.

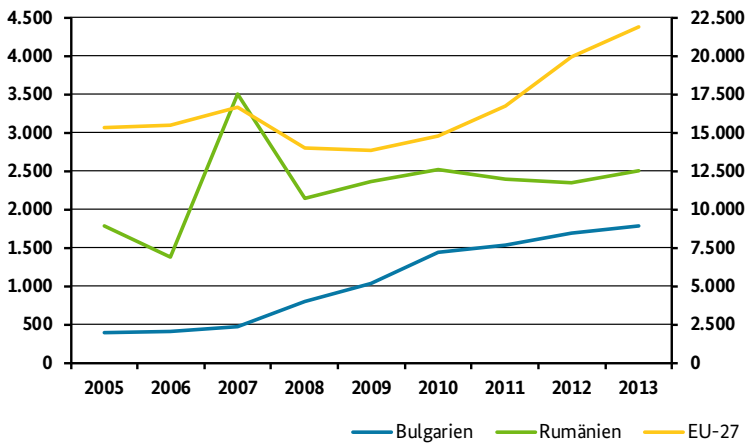
Hinsichtlich Einbürgerungen in Deutschland (Statistisches Bundesamt 2014f.) zeigt sich, dass im Jahr 2013 1.790 bulgarische Staatsangehörige (davon 1.151 Frauen) eingebürgert wurden. Dies gilt ebenfalls für 2.504 rumänische Staatsangehörige (davon 1.796 Frauen). Insgesamt wurden 21.914 Bürger aus den EU-27 Staaten eingebürgert.⁴⁴ Zwischen 2005 und 2013 war bei den bulgarischen Personen ein kontinuierlicher Anstieg zu

⁴⁴ Die zahlenmäßig größte Gruppe aus EU-27 waren im Jahr 2013 Polen mit 5.462 Einbürgerungen. Der Wert für Kroatien beträgt 1.721 Personen.

verzeichnen, während die Anzahl rumänischer Personen, seit einem Maximalwert im Jahr 2007 mit 3.502 Einbürgerungen, stagniert (vgl. Abb. 5-4).

Der Frauenanteil bei den eingebürgerten Personen Bulgariens und Rumäniens war in den Jahren 2005 bis 2013 stets höher als im Durchschnitt der Eingebürgerten aus den gesamten EU-27 Staaten (ohne Deutsche). Frauen stellten im Jahr 2013 64,3 % der eingebürgerten Bulgaren (Rumänen: 71,7 %), während der Anteil in den EU-27 deutlich geringer war (2013: 61,3 %). Auch waren im Jahr 2013 die bulgarischen und rumänischen Staatsangehörigen bei der Einbürgerung im Durchschnitt etwas jünger als der Durchschnitt der Zuwanderer aus den EU-27.

Abbildung 5-4: Einbürgerungen in Deutschland nach bisheriger Staatsangehörigkeit der EU-2 (linke Achse) bzw. der EU-27 Länder (ohne Deutsche; rechte Achse), 2005 bis 2012



Quelle: Statistisches Bundesamt (2014d),
Einbürgerungen (jeweils zum 31.12. eines Jahres).

Die durchschnittliche Dauer bis zur Einbürgerung betrug bei Bulgaren 10,9 und bei Rumänen 11,0 Jahre.⁴⁵ Dabei erfolgte das Gros der Einbürgerungen sowohl bei Bulgaren (71,3 %) und Rumänen (67,1 %) als auch bei den EU-27 Bürgern insgesamt entsprechend der Regeleinbürgerung nach achtjährigem rechtmäßigen Aufenthalt. Fast alle eingebürgerten Personen

⁴⁵ Eine ähnliche Dauer bis zur Einbürgerung verzeichneten Personen aus Litauen und der Slowakei (11,1 bzw. 11,7 Jahre).

haben ihre bisherige Staatsangehörigkeit behalten (Bulgaren: 99,1 %; Rumänen: 100 %).

Tabelle 5-4: Einbürgerungen bulgarischer und rumänischer Staatsangehöriger in Italien und Spanien, 2008 bis 2012

	Aus Bulgarien					
	Insgesamt		Männer		Frauen	
	Italien	Spanien	Italien	Spanien	Italien	Spanien
2008	384	131	99	57	285	74
2009	347	66	106	24	241	42
2010	457	82	179	38	278	44
2011	310	138	104	55	206	83
2012	286	79	96	31	190	48

	Aus Rumänien					
	Insgesamt		Männer		Frauen	
	Italien	Spanien	Italien	Spanien	Italien	Spanien
2008	2.857	292	381	97	2.476	195
2009	2.735	188	646	62	2.089	126
2010	4.707	319	1.725	88	2.982	231
2011	3.921	416	1.201	130	2.720	286
2012	3.275	312	912	109	2.360	203

Quelle: Eurostat 2014i.

Nach Angaben von Eurostat nahmen zwischen 2008 und 2011 sowohl in **Italien** als auch in **Spanien** die Einbürgerungen von Bulgaren und Rumänen zu. Ein Höhepunkt war in Italien in 2010, in Spanien in 2011 zu verzeichnen (vgl. Tab. 5-4). In Italien wurden jeweils mehr Bulgaren und Rumänen eingebürgert als in Spanien. Im Vergleich beider Zielländer dominierten jeweils die Einbürgerungen von Frauen (Eurostat 2014i).

5.2.2 Bildungsstand

Beim Bildungsstand⁴⁶ der Bulgaren und Rumänen zeigen sich Unterschiede zwischen den Zuwanderergruppen in den drei betrachteten Zielländern (Holland et al. 2011: 173).

Im Jahr 2010 wiesen bulgarische und rumänische Arbeitskräfte in **Deutschland** ein mittleres bis hohes Bildungsniveau auf. Weniger als ein Drittel von ihnen war gering gebildet. So waren unter den in Deutschland beschäftigten Bulgaren 43 % mit mittlerem und 34 % mit hohem Bildungsstand vertreten. Bei 50 % der rumänischen Arbeitskräfte wurde von einem mittleren und bei 20 % von einem hohen Bildungsniveau berichtet (vgl. Tab. 5-5).

Tabelle 5-5: Bildungsniveaus aller bulgarischen und rumänischen Arbeitskräfte 2010 in den Zielländern

	Bulgarien			Rumänien		
	Gering	Mittel	Hoch	Gering	Mittel	Hoch
Deutschland	23	43	34	30	50	20
Italien	45	43	12	34	59	6
Spanien	32	48	20	36	49	15

Angaben in Prozent.
Quelle: Labor Force Survey 2010, zitiert nach Holland et al. 2011: 179.

Brücker et al. (2013a) zeigen mit Auswertungen des Labor Force Survey 2010 hinsichtlich der in den letzten zwei Jahren nach Deutschland zugewanderten EU-2 Bürger insgesamt, dass die Personen in der Altersgruppe der 25- bis 64-Jährigen zu 35 % eine geringe bzw. zu 40 % eine mittlere Qualifikation aufwiesen und 25 % hochqualifiziert waren.

Noch deutlicher wird in einer Sonderauswertung des Mikrozensus 2011 für EU-2 Zuwanderer, dass sich das Qualifikations- bzw. Erwerbstätigkeitsniveau seit 2007 tendenziell verschlechtert hat: Brenke/Neubecker (2013) berichten, dass vor 2007 zugezogene bulgarische und rumänische Er-

46 Zur Vergleichbarkeit werden Bildungsabschlüsse gemäß der ISCED-Klassifikation der Vereinten Nationen verwandt (International Standard Classification of Education).

werbstätige zu 53 % einfache, zu 38 % qualifizierte und zu 8 % hochqualifizierte Tätigkeiten im Jahr 2011 ausübten. Dagegen waren die Bulgaren und Rumänen, die ab 2007 zugezogen sind, zu 62 % einfach, zu 31 % qualifiziert und zu 7 % hochqualifiziert berufstätig.

Die Akademikerquote war bei den 25- bis 44-Jährigen insgesamt (nicht allein die erwerbstätigen), die nach dem EU-Beitritt der EU-2 Länder aus diesen zugezogen sind, etwas niedriger (21 %) als bei den vor 2007 zugezogenen 25- bis 44-jährigen Bulgaren und Rumänen (24 %), während sie bei Deutschen gleichen Alters und ohne Migrationshintergrund 18 % betrug (SVR 2013: 100). Das gesunkene Qualifikationsniveau ist zum Teil auf den starken Anstieg des EU-2 Anteils an der Saisonarbeit zurückzuführen. Während für Zuwanderer aus den EU-8 Staaten bereits ab Mai 2011 die Arbeitnehmerfreizügigkeit galt und deren Anteil an der Saisonarbeit in Deutschland zurückging, übten vor allem Rumänen in den vergangenen Jahren diese Tätigkeiten zunehmend aus (vgl. Kapitel 3.4). Es ist zu vermuten, dass das Qualifikationsniveau mit den zunehmenden Beschäftigungsmöglichkeiten für Bulgaren und Rumänen mittlerer Qualifikation ab 2014 wieder ansteigen wird.

Werden noch einmal alle im Mikrozensus 2011 erfassten EU-2 Zuwanderer im Alter von 25 bis 44 Jahren betrachtet, ist die bei Frauen höhere Akademikerquote (24,0 %) im Vergleich zum Anteil der Männer mit Hochschulabschluss (19,6 %) bemerkenswert. Beide Werte sind höher als bei Deutschen ohne Migrationshintergrund (Männer: 18,5 %; Frauen: 17,7 %) (SVR 2013: 101).

Auf Basis des Mikrozensus 2010 berechnete Fuhr (2012), dass die Armutsgefährdungsquote von Personen mit rumänischem Migrationshintergrund (14,4 %) geringfügig unterhalb der Quote der Gesamtbevölkerung (14,5 %) und klar unterhalb der Quote der gesamten EU-Ausländer (16,5 %) lag. Ein Grund mag das relativ gute Bildungsniveau bei gleichzeitig relativ geringer Arbeitslosigkeit in dieser Gruppe sein.

Dagegen zeigt sich für **Italien** ein anderes Bild. Dort haben laut Labor Force Survey 2010 45 % der bulgarischen Arbeitskräfte einen geringen und 43 % einen mittleren Bildungsstand. Auffällig ist der mit 12 % nur geringe Anteil hochqualifizierter Personen. Bei den rumänischen Arbeitskräften in Italien sind diese Unterschiede zum Teil noch deutlicher ausgeprägt. So haben etwa ein Drittel (34 %) ein geringes, jedoch 59 % ein mittleres Bildungsniveau. Nur 6 % der rumänischen Arbeitskräfte in Italien sind

hochqualifiziert (vgl. Tab. 5-5). Diesen Statistiken zufolge werden zu einem größeren Anteil gering- und mittelqualifizierte Zuwanderer auf dem italienischen Arbeitsmarkt nachgefragt.

In den italienischen Großstädten Rom, Turin und Mailand wurden unterschiedliche Ausbildungsniveaus bei Zuwanderern vor und nach der EU-Erweiterung festgestellt. So waren ab 2007 höhere Anteile sowohl bei gering- als auch hochgebildeten Zuwanderern verzeichnet worden, nachdem vor der EU-Erweiterung zumeist Personen mit mittlerer Bildung kamen (Mara 2012).

Befragungen von rumänischen Beschäftigten in Rumänien und in Italien zeigen, wie Mitte der 1990er Jahre die Vermittlung von rumänischen Arbeitskräften organisiert wurde. Es wird berichtet, dass im Herkunftsland Arbeitskräfte von Landsleuten angeworben und an Bauprojekte in Italien weitervermittelt wurden. Dabei lag der Fokus sowohl auf unqualifizierten als auch auf qualifizierten Arbeitskräften. Die eigentliche Anreise erfolgte dabei über Fernbusse oder spezielle Fluglinien. Dafür benötigte Dokumente, wie Einreisevisa für den Schengen-Raum, wurden häufig auf dem Schattenmarkt erworben. Vor dem EU-Beitritt 2007 ließen sich vermehrt italienische Unternehmen in Rumänien nieder, um selbst die Personalrekrutierung rumänischer Arbeitskräfte vor Ort vorzunehmen (Ban 2012).

Ähnlich wie in Italien sind die Arbeitskräfte aus den EU-2 Ländern in **Spanien** überwiegend mittel- und geringqualifiziert. Ein Drittel (32 %) der bulgarischen Arbeitskräfte hatten 2010 ein geringes Ausbildungsniveau, 48 % eine mittlere Ausbildung und 20 % waren hochqualifiziert. Bei rumänischen Arbeitskräften in Spanien war die Verteilung ähnlich ausgeprägt. 36 % der rumänischen Arbeitskräfte waren gering ausgebildet. Dem mittleren Bildungsstand wurden etwa die Hälfte (49 %) zugerechnet und etwa 15 % waren hochqualifiziert (vgl. Tab. 5-5).

5.2.3 Qualifikationsniveau der Beschäftigten

Auf Basis des Labor Force Survey 2010 übt die Hälfte (49,8 %) der in **Deutschland** beschäftigten Bulgaren eine Tätigkeit auf mittlerem Quali-

fikationsniveau aus (vgl. Tab. 5-6).⁴⁷ Mehr als ein Drittel von ihnen (36,5 %) geht einer Beschäftigung mit hoher benötigter Qualifikation nach.⁴⁸ Ein ähnliches Bild ergibt sich für die rumänischen Arbeitskräfte in Deutschland. Von ihnen sind 47 % in einer Tätigkeit mit mittleren erforderlichen Fähigkeiten beschäftigt. 28 % gehen hochqualifizierten Tätigkeiten nach. Ein Viertel der rumänischen Arbeitskräfte in Deutschland arbeitet in einem Beruf, für den nur eine geringe Qualifikation erforderlich ist (Holland et al. 2011: 179).

In der Sonderauswertung des Mikrozensus 2011 des SVR (2013: 105) wird jedoch auch darauf hingewiesen, dass der Anteil der Personen aus den EU-2 Ländern in hochqualifizierter Beschäftigung nach dem EU-Beitritt 2007 geringer war (22 %) als vor dem Beitritt (40 %). Demgegenüber stieg der Anteil in geringqualifizierter Beschäftigung nach dem EU-Beitritt der beiden Länder von 17,1 % auf 31,7 % an.

Tabelle 5-6: Ausgeübte Tätigkeiten bulgarischer und rumänischer Arbeitskräfte in den Zielländern nach dem Qualifikationsniveau, 2010

	Bulgarien			Rumänien		
	Gering (ISCO 9)	Mittel (ISCO 4-8)	Hoch (ISCO 1-3)	Gering (ISCO 9)	Mittel (ISCO 4-8)	Hoch (ISCO 1-3)
Deutschland	/	50	37	25	47	28
Italien	47	46	/	36	59	4
Spanien	46	49	6	40	57	3

Angaben in Prozent.

Quelle: Labor Force Survey, zitiert nach Holland et al. 2011: 179.

47 Zur Vergleichbarkeit werden aggregierte Berufsgruppen auf dem Einsteller gemäß der ISCO-Klassifikation 1988 (International Standard Classification of Occupations) der Internationalen Arbeitsorganisation ILO verwandt (ohne Soldaten): 1. Angehörige gesetzgebender Körperschaften, leitende Verwaltungsbedienstete und Führungskräfte in der Privatwirtschaft, 2. Wissenschaftler, 3. Techniker und gleichrangige nichttechnische Berufe, 4. Bürokräfte, kaufmännische Angestellte, 5. Dienstleistungsberufe, Verkäufer in Geschäften und auf Märkten, 6. Fachkräfte in der Landwirtschaft und Fischerei, 7. Handwerker und verwandte Berufe, 8. Anlagen- und Maschinenbediener und Montierer, 9. Hilfsarbeitskräfte.

48 Die Angabe bezüglich der geringqualifizierten Tätigkeiten wird aufgrund der geringen Fallzahl nicht ausgewiesen.

In **Italien** zeigt sich im Vergleich zu Deutschland ein anderes Bild. Etwa die Hälfte (46 %) der Bulgaren übt eine Tätigkeit mit mittlerem Qualifikationsniveau aus. Etwa gleich viele (47 %) gehen einer geringqualifizierten Tätigkeit nach. Der Anteil bulgarischer Arbeitskräfte in hochqualifizierter Beschäftigung wird aufgrund zu geringer Fallzahlen nicht einzeln ausgewiesen. Bei den rumänischen Arbeitskräften in Italien sind die Anteile zugunsten des mittleren Tätigkeitsniveaus (59 %) verschoben. Ein Drittel (36 %) arbeitet in geringqualifizierten Berufen. In hochqualifizierten Tätigkeiten sind nur 4 % der Rumänen in Italien beschäftigt (Tab. 5-6).

In Italien ist eine Vielzahl bulgarischer Arbeitsmigranten unterhalb ihrer, mitunter akademischen, Ausbildung beschäftigt. Hinsichtlich der Migrationsentscheidung war überwiegend die ökonomische Situation im Herkunftsland entscheidend und weniger die des Ziellandes, allerdings wurden bestehende soziale Netzwerke genutzt. Weiterhin bestehen bei den Befragten eine große Verbundenheit zum Herkunftsland und der überwiegende Wunsch, in langfristiger Perspektive nach Bulgarien zurückzukehren (Brusaporci 2011).

In Regionalanalysen für Italien wurden im Jahr 2011 in der Lombardei hohe Beschäftigungsquoten bei Rumänen festgestellt (Riva/Zanfrini 2013). So waren 71,4 % der rumänischen Männer und 61,8 % der rumänischen Frauen erwerbstätig, deutlich höhere Anteile als für die gesamte Migrantenbevölkerung (Männer: 67,6 %; Frauen: 52,3 %).

Zudem waren 46,2 % der männlichen und 32,6 % der weiblichen Arbeitskräfte aus Rumänien vollbeschäftigt und unbefristet angestellt. Die Vergleichswerte bei allen Zuwanderern waren jeweils niedriger (Männer: 42,5 %; Frauen: 28,2 %). Auch die Anteile bei Einzelunternehmern und Selbständigen waren überdurchschnittlich. Trotz hoher Partizipation am regionalen Arbeitsmarkt waren Rumäninnen und Rumänen häufiger von Arbeitslosigkeit bedroht als andere Zuwanderer. Die Arbeitslosenquoten beliefen sich bei rumänischen Männern auf 13,3 % (Zuwanderer gesamt: 12,7 %) und Frauen auf 11,1 % (Zuwanderinnen gesamt: 10,7 %) (Riva/Zanfrini 2013).

In **Spanien** spiegelt sich die Struktur der Bildungsniveaus bulgarischer und rumänischer Zuwanderer in den ausgeübten Tätigkeiten wider. Etwa die Hälfte (49 %) der Bulgaren übt eine Tätigkeit mit mittlerem Qualifikationsniveau aus und fast ebenso viele (46 %) gehen einer geringqualifizierten Tätigkeit nach. Der Anteil bulgarischer Arbeitskräfte in hochqualifi-

zierter Beschäftigung ist mit 6 % gering. Bei rumänischen Arbeitskräften sind die meisten (57 %) in einer Tätigkeit, die eine mittlere Qualifikation erfordert, beschäftigt. In geringqualifizierten Berufen arbeiten 40 % der Rumänen und nur 3 % sind in Tätigkeiten mit hohem Qualifikationsanfordernis vertreten (Tab. 5-6). Insgesamt zeigen die Daten, dass in der italienischen und spanischen Wirtschaft die Nachfrage nach ausländischen Arbeitskräften vor allem an Personen mit geringer oder mittlerer Qualifikation ausgerichtet war (Holland et al. 2011: 179).

Vertiefte Analysen stellen fest, dass der spanische Arbeitsmarkt insbesondere für Zuwanderer stark segregiert ist. Nach Ankunft im Zielland erfolgt selten eine der Qualifikation entsprechende Beschäftigung. Nach durchschnittlich drei Jahren findet oftmals ein Wechsel von unqualifizierter in qualifizierte Arbeit statt. Dennoch kommt es bei Zuwanderern auch nach längerer Zeit im Land zu keiner vollständigen Anpassung an vergleichbare Löhne der spanischen Bevölkerung. Dies gilt insbesondere bei höher qualifizierten Personen (Rodríguez-Planas 2012).

5.2.4 Arbeitsmarkt und Beschäftigungssituation

In **Deutschland** wurden nach Angaben der Bundesagentur für Arbeit im Jahr 2013 letztmalig etwa 34.100 Arbeitsgenehmigungen-EU an Rumänen (+10 % im Vergleich zum Vorjahr) und rund 14.000 Arbeitsgenehmigungen-EU an Bulgaren (+10 %) für eine erstmalige oder erneute Beschäftigung bzw. Fortsetzung einer Beschäftigung erteilt (vgl. Tab. 5-7).⁴⁹

49 Staatsangehörige aus Rumänien und Bulgarien benötigten zur Aufnahme einer Beschäftigung in Deutschland aufgrund der eingeschränkten Arbeitnehmerfreizügigkeit bis zum 31.12.2013 grundsätzlich eine Arbeitsgenehmigung. Allerdings gab es für besondere Berufsgruppen bzw. Tätigkeiten bereits vor 2014 Ausnahmen. Dazu gehörten beispielsweise Geschäftsführer, Auszubildende, Saisonbeschäftigte und Personen, die ein freiwilliges soziales Jahr absolvieren, seit dem 01.01.2012 auch generell alle Fachkräfte mit Hochschulabschluss bei entsprechend qualifizierter Beschäftigung. Bei Beschäftigungen, die eine qualifizierte Berufsausbildung voraussetzen, fand zudem keine Vorrangprüfung nach § 39 Aufenthaltsgesetz mehr statt.

Tabelle 5-7: Erteilte Arbeitsgenehmigungen und Ablehnungen für eine erstmalige oder erneute Beschäftigung bzw. Fortsetzung einer Beschäftigung in Deutschland, 2011 bis 2013

	Arbeits- genehmi- gungen	Ableh- nungen	Arbeits- genehmi- gungen	Ableh- nungen	Arbeits- genehmi- gungen	Ableh- nungen
	2011		2012		2013	
Bulgarien	13.259	3.773	12.697	7.802	13.973	7.963
Rumänien	28.016	5.355	30.955	10.808	34.094	11.718

Quelle: Bundesagentur für Arbeit 2014b.

Zum 30. Juni 2014 waren insgesamt 185.125 Personen aus den EU-2 Ländern in Deutschland sozialversicherungspflichtig beschäftigt.⁵⁰ Weitere 63.395 Personen waren ausschließlich geringfügig beschäftigt (Bulgaren: 12.212; Rumänen: 51.183). Die Zahl der im Juni 2014 insgesamt beschäftigten Bulgaren und Rumänen in Deutschland (248.520) ist im Vergleich zum Vorjahresmonat um rund 83.000 (+50 %) gestiegen.

Nach einem saisonbedingten Rückgang der Beschäftigungszahlen bis Dezember 2013 stieg ab 1. Januar 2014 die Beschäftigung der Bulgaren und Rumänen erneut. Die Beschäftigungszunahme betrug +84.112 im Januar bis April 2014 und +36.393 im Mai bis Juli 2014. Dabei nahm die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in den ersten vier Monaten 2014 um 52.368 Personen aus Bulgarien und Rumänien zu. Diese Zunahme fiel sogar höher aus als der Zuwachs der gesamten Bevölkerungszahl aus Bulgarien und Rumänien in Deutschland im gleichen Zeitraum (+40.000 Personen). Die Entwicklung deutet darauf hin, dass in den ersten Monaten des Jahres 2014 neben Neuzuwanderern auch viele Personen eine abhängige Beschäftigung aufgenommen haben, die bereits in Deutschland gelebt haben, aber vorher keiner regulären Erwerbstätigkeit nachgegangen sind oder selbständig waren.

⁵⁰ Dies sind Beschäftigungsverhältnisse, in denen die Beschäftigten Beiträge zur gesetzlichen Kranken-, Renten- und Pflegeversicherung einzahlen. Dagegen gehören zu den weiteren Erwerbstätigen, die nicht zu den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten zählen, bspw. Selbständige, Beamte und geringfügig Beschäftigte.

Zwischen Jahresmitte 2011 und 2014 ist die Zahl der sozialversicherungspflichtig beschäftigten Staatsangehörigen aus den EU-2 Ländern um 160 % angestiegen. Die Anzahl der sozialversicherungspflichtig beschäftigten Personen aus Bulgarien und Rumänien hat sich jedoch bereits seit 2000 deutlich erhöht (vgl. Tab. 5-8 und Abb. 5-5). Die Anzahl der bulgarischen Beschäftigten hat sich in der Zeitspanne 2000 bis 2014 fast verzehnfacht, die der rumänischen versiebenfacht.

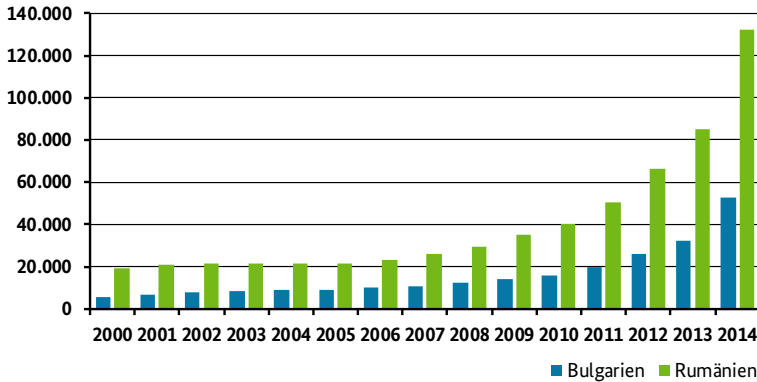
Von den zur Jahresmitte 2013 32.530 sozialversicherungspflichtig beschäftigten Bulgaren waren 17.075 Männer und 15.455 Frauen. Nur 10,9 % von ihnen arbeiteten in den neuen Bundesländern (einschließlich Berlin). Die Zahl der sozialversicherungspflichtig beschäftigten Bulgaren erhöhte sich bis Ende Juni 2014 auf 52.811, während zum gleichen Zeitpunkt 132.314 Rumänen sozialversicherungspflichtig beschäftigt waren. Im Jahr zuvor waren Mitte 2013 von den 84.805 sozialversicherungspflichtig beschäftigten Rumänen 47.786 Männer und 37.019 Frauen. Sie übten zu 4,5 % ihre Tätigkeit in den neuen Bundesländern (einschließlich Berlin) aus.

Tabelle 5-8: Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte in Deutschland mit der Staatsangehörigkeit aus den EU-2 Ländern, 2000 bis 2014

Staatsangehörigkeit	2000	2006	2008	2010	2011	2012	2013	2014
EU-2	24.747	32.878	42.034	56.286	70.604	92.453	117.334	185.125
Bulgarien	5.352	9.971	12.459	15.819	19.925	25.840	32.530	52.811
davon Frauen	2.833	5.776	7.182	8.871	10.427	13.043	15.455	/
Rumänien	19.395	22.907	29.575	40.467	50.679	66.613	84.805	132.314
davon Frauen	10.079	13.215	16.001	20.184	24.400	30.472	37.019	/

Quelle: Bundesagentur für Arbeit 2014a, 2014b (Angaben jeweils zum 30.06. eines Jahres; Angabe für 30.06.2014 basiert auf Hochrechnung der Bundesagentur für Arbeit).

Abbildung 5-5: Sozialversicherungspflichtig beschäftigte Bulgaren und Rumänen in Deutschland, 2000 bis 2014



Quelle: Bundesagentur für Arbeit 2014a, 2014b (jeweils zum 30.06. eines Jahres).

Lehmer/Ludsteck (2013) zeigen, wie sich die Durchschnittslöhne ausländischer Männer an die von deutschen Männern anpassen. Im Jahr 2000 betrugen diese für rumänische Männer etwa 65 % der Vergleichslöhne deutscher Männer. Im Jahr 2008 hatten sie sich auf etwa 85 % hin angepasst. Dies kann u.a. sowohl aufgrund von Stellenwechseln als auch aufgrund zunehmender Betriebszugehörigkeit erfolgt sein. Zum Vergleich entwickelten sich im Beobachtungszeitraum die Durchschnittslöhne aller ausländischen Männer von etwa 64 % auf etwa 72 % der Vergleichslöhne. In einer früheren Studie stellten die Autoren die durchschnittlichen Lohnunterschiede von Zuwanderern der Periode 1995 bis 2000 in Westdeutschland dar. Hierbei zeigten sie durchschnittliche Lohnabschläge von -18 % bei bulgarischen und -31 % bei rumänischen Männern, jeweils zu deutschen Männern. Ein Großteil der Unterschiede lässt sich dabei durch Selbstselektion in gering entlohnte Berufe erklären (Lehmer/Ludsteck 2011).

Die Fluktuation auf dem Arbeitsmarkt wird auch dadurch deutlich, dass im Juni 2014 23.839 Bulgaren und 23.161 Rumänen als arbeitssuchend sowie 10.843 Bulgaren und 10.972 Rumänen arbeitslos gemeldet waren.⁵¹

⁵¹ In der Zahl der gemeldeten Arbeitssuchenden sind die gemeldeten Arbeitslosen enthalten. Dabei können sich auch Beschäftigte als arbeitssuchend melden, um die Stellenangebote der Bundesagentur für Arbeit zu erhalten. Transfers im Sinne von ALG I sind damit nicht verbunden.

An der Gesamtzahl von 520.577 arbeitslos gemeldeten Ausländern in Deutschland (davon Frauen 253.500) machen sie jeweils 2,1 % aus.⁵² Die arbeitslos Gemeldeten aus den EU-2 Ländern sind oftmals weiblich (Bulgaren: 57,7 % bzw. Rumänen: 58,3 %) und mehrheitlich im erwerbsfähigen Alter von 25 bis 50 Jahren (75,2 % bzw. 77,8 %) (Bundesagentur für Arbeit 2014c).

In relativer Betrachtung sind deutliche Unterschiede zwischen bulgarischen und rumänischen Staatsangehörigen festzustellen (Brücker et al. 2014: 5). So wiesen Bulgaren im April 2014 mit 15,0 % eine mehr als doppelt so hohe Arbeitslosenquote auf als Rumänen (6,9 %). Im Vergleich zum Vorjahresmonat sind diese Quoten nur geringfügig gestiegen (Bulgaren: 14,4 %; Rumänen: 7,0 %).

Hinsichtlich der regionalen Verteilung finden sich im Juni 2014 in Nordrhein-Westfalen (2.846), Hessen (1.478) und Bayern (1.312) die meisten arbeitslos gemeldeten bulgarischen Personen (Tab. 5-9). Bei den rumänischen Staatsangehörigen zeichnet sich ein ähnliches Bild ab. Die stärksten Konzentrationen sind in Bayern (2.661), Nordrhein-Westfalen (2.455) und Baden-Württemberg (1.779) zu beobachten. Bei Arbeitssuchenden sind ähnliche Tendenzen zu verzeichnen. Wird nun der relative Anteil der arbeitslos Gemeldeten aus den EU-2 an allen arbeitslos gemeldeten Ausländern untersucht, verändert sich die regionale Verteilung (Tab. 5-9). Es zeigt sich, dass bulgarische Staatsangehörige überdurchschnittlich oft in Bremen (4,8 %), Rheinland-Pfalz (3,5 %) und dem Saarland (3,1 %) konzentriert sind. Bei den rumänischen Staatsangehörigen deckt sich die Situation eher mit der absoluten Verteilung. So sind sie stärker in Bayern (4,7 %) und Baden-Württemberg konzentriert (3,0 %), jedoch auch in Thüringen (3,2 %).

52 Die größte Gruppe sind türkische Staatsangehörige mit einem Anteil von 27,6 %.

Tabelle 5-9: In Deutschland gemeldete Arbeitslose mit Staatsangehörigkeit Bulgariens bzw. Rumäniens, nach Bundesländern, Anzahl sowie Anteile

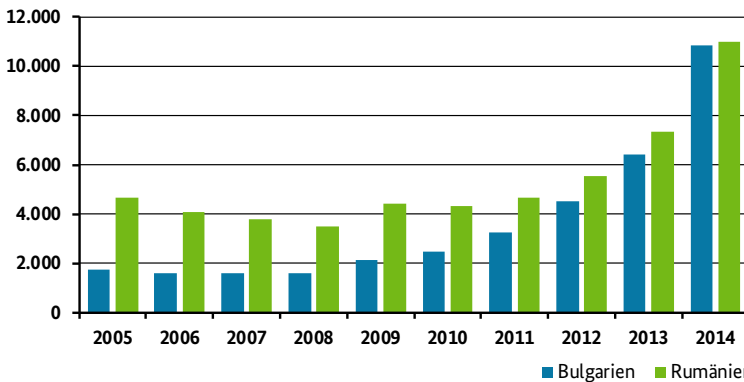
	Bulgaren		
	Anzahl	Anteil an allen Bulgaren (in %)	Anteil an allen Ausländern (in %)
Baden-Württemberg	905	8,3	1,5
Bayern	1.312	12,1	2,3
Berlin	1.277	11,8	2,7
Brandenburg	86	0,8	1,9
Bremen	439	4,0	4,8
Hamburg	308	2,8	1,6
Hessen	1.478	13,6	2,9
Mecklenburg-Vorpommern	47	0,4	1,6
Niedersachsen	757	7,0	1,9
Nordrhein-Westfalen	2.846	26,2	1,6
Rheinland-Pfalz	679	6,3	3,5
Saarland	187	1,7	3,1
Sachsen	136	1,3	1,5
Sachsen-Anhalt	102	0,9	2,3
Schleswig-Holstein	191	1,8	1,6
Thüringen	93	0,9	2,9
Gesamt	10.843	100,0	2,1

	Rumänen		
	Anzahl	Anteil an allen Rumänen (in %)	Anteil an allen Ausländern (in %)
Baden-Württemberg	1.779	16,2	3,0
Bayern	2.662	24,3	4,7
Berlin	554	5,0	1,2
Brandenburg	73	0,7	1,6
Bremen	94	0,9	1,0
Hamburg	166	1,5	0,9
Hessen	1.342	12,2	2,6
Mecklenburg-Vorpommern	35	0,3	1,2
Niedersachsen	656	6,0	1,6
Nordrhein-Westfalen	2.455	22,4	1,4
Rheinland-Pfalz	474	4,3	2,5
Saarland	174	1,6	2,9
Sachsen	171	1,6	1,8
Sachsen-Anhalt	75	0,7	1,7
Schleswig-Holstein	158	1,4	1,4
Thüringen	104	0,9	3,2
Gesamt	10.972	100,0	2,1

Quelle: Bundesagentur für Arbeit 2014c (zum 30.06.2014).

Im Zeitverlauf von 2005 bis 2014 (vgl. Abb. 5-6) zeigt sich eine Angleichung in der Anzahl der gemeldeten Arbeitslosen aus den EU-2 Ländern. Während allgemein seit 2008 die Zahlen angestiegen sind, erhöhten sich insbesondere die Werte für die bulgarischen Staatsangehörigen stärker. Zwischen Juni 2011 (7.700) und Juni 2014 (21.815) ist die Zahl der arbeitslos Gemeldeten mit einer Staatsangehörigkeit der EU-2 Länder insgesamt um 183 % angestiegen.

Abbildung 5-6: Arbeitslos gemeldete Staatsangehörige aus den EU-2 Ländern in Deutschland, 2005 bis 2014



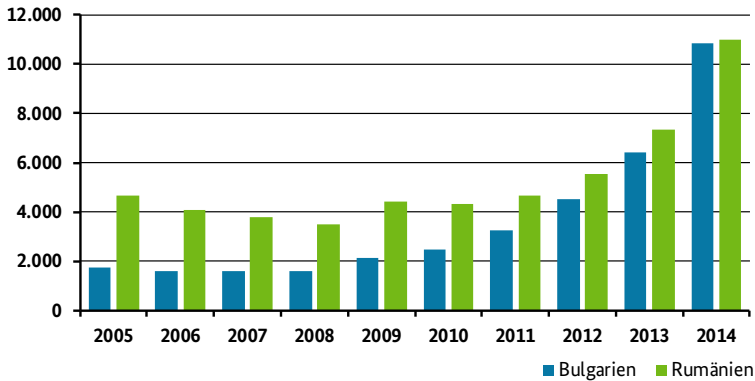
Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit 2014bc
(jeweils zum 30.06. eines Jahres).

Neben der Anzahl der arbeitslosen EU-2 Bürger sind ebenfalls die Zugänge zu Leistungen gemäß dem SGB II angestiegen. Zwischen Juni 2011 und Juni 2014 ist die Zahl der SGB-II-Empfänger mit einer Staatsangehörigkeit der EU-2 Länder um 227 % angestiegen. Gab es im Juni 2011 noch 19.454 Anspruchsberechtigte aus den EU-2 (Bulgaren: 8.433; Rumänen: 11.021), wurden für den Monat Juni 2014 insgesamt 63.695 EU-2 Bürger als Leistungsempfänger nach dem SGB II ausgewiesen (Bulgaren: 35.164; Rumänen: 28.531) (Abb. 5-7). Im Verhältnis zur Gesamtzahl aller SGB-II-Anspruchsberechtigten liegen diese Werte derzeit noch auf niedrigem Niveau.

Auch hier zeigen sich in relativer Betrachtung erhebliche Unterschiede zwischen beiden Gruppen (Brücker et al. 2014: 5). So war die Leistungsbezieherquote im Mai 2014 bei Rumänen mit 9,0 % deutlich niedriger als bei

Bulgaren (20,9 %). Im Vergleich zum Vorjahresmonat war der Anstieg bei Bulgaren kräftiger (+6,5 %-Punkte) als bei Rumänen (+1,5 %-Punkte).

Abbildung 5-7: Leistungsempfänger gemäß SGB II mit Staatsangehörigkeit der EU-2 Länder in Deutschland, 2005 bis 2014



Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit 2014b (jeweils zum 30.06. eines Jahres).

In der Anzahl der Leistungsempfänger nach SGB II sind auch die sogenannten ‚Aufstocker‘ enthalten. Dabei handelt es sich um erwerbstätige Personen, die zusätzlich zu ihrer abhängigen oder selbständigen Tätigkeit Leistungen der Grundsicherung beziehen. Brücker et al. (2014) berechnen für April 2014 einen Anteil für Bulgaren von 12,9 % (Vorjahreswert: 10,3 %) bzw. 3,0 % für Rumänen (Vorjahreswert: 3,5 %). Damit bewegen sich beide Gruppen um den Vergleichswert für ausländische Staatsangehörige insgesamt von 9,3 % (Vorjahreswert: 9,4 %).

Sowohl auf Bundesebene als auch auf kommunaler Ebene ist eine Steigerung von erwerbsfähigen Leistungsberechtigten aus Bulgarien und Rumänien festzustellen. Tabelle 5-10 zeigt für besonders betroffene Städte die Verteilung von Transferbeziehern mit einer Staatsangehörigkeit der EU-2 Länder. In den dargestellten Großstädten sind also nicht nur hinsichtlich der Bestandszahlen (vgl. auch Tab 3-9), sondern auch bei den Leistungsberechtigten aus Bulgarien und Rumänien vergleichsweise hohe Werte festzustellen.

Tabelle 5-10: Leistungsempfänger gemäß SGB II aus den EU-2 Ländern in ausgewählten Kommunen, 2014

Berlin	München	Hamburg	Duisburg	Region Hannover	Mannheim	Offenbach	Dortmund
5.735	1.278	939	928	878	691	689	554

Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit, zitiert nach BMI/BMAS (2014: 120-127).

EU-Bürger sind zum Kindergeldbezug berechtigt, vorausgesetzt sie haben einen Wohnsitz bzw. gewöhnlichen Aufenthalt oder es besteht die Steuerpflicht des Bezugsberechtigten in Deutschland (BMI/BMAS 2014: 56f.). Dabei kann sich das Kind selbst – wie auch Kinder von Deutschen – ggf. im Ausland aufhalten. Im Positionspapier des Deutschen Städtetages wird der Zugang zu Kindergeldleistungen, wenn er unabhängig von einem Schulbesuch des Kindes gilt, als tendenziell problematisch dargestellt (Deutscher Städtetag 2013: 8). Die Höhe des Kindergelds staffelt sich nach der Zahl der Kinder. Derzeit werden für die ersten beiden Kinder jeweils 184 Euro angesetzt, für das dritte Kind 190 Euro und für jedes weitere 215 Euro.

Im Dezember 2013 wurde für 24.736 bulgarische und 35.719 rumänische Kinder Kindergeld gezahlt. Davon lebten 3,9 % bulgarische und 9,5 % rumänische Kinder im Ausland. Diese Anteile sind verglichen mit anderen Kindergeldberechtigten eher gering. Exemplarisch zu nennen sind die drei größten Gruppen von Kindergeldbeziehern mit Kindern im Ausland Polen, Tschechische Republik und Slowenien mit Anteilen zwischen 26 und 29 % (BMI/BMAS 2014: 36f.). Im Vergleich der Jahre 2012 und 2013 ist die Zahl der bulgarischen und rumänischen Kindergeldberechtigten jedoch überproportional zur Zahl aller Berechtigten angestiegen (BMI/BMAS 2014: 139). Sie machten im Dezember 2013 einen Anteil von 0,42 % an allen Berechtigten aus (BMI/BMAS 2014: 128). Im Jahr 2012 betrug dieser Wert noch 0,26 %. Tabelle 5-11 zeigt den Anstieg der Anzahl der Kindergeldberechtigten aus Bulgarien und Rumänien in ausgewählten Städten.

Tabelle 5-11: Bezug von Kindergeld durch Staatsangehörige der EU-2 Länder, nach ausgewählten Kommunen (Kindergeldkasse), 2012 und 2013

	2012	2013
Berlin	1.454	1.990
Krefeld/Duisburg	696	1.053
Hanau/Offenbach	659	910
Hamburg	571	813
Heidelberg/Mannheim	380	537
Dortmund	164	232

Quelle: Statistik der BA, zitiert nach Bund-Länder Arbeitsgemeinschaft (2013: 153).

Ergänzend berechnen Brücker et al. (2014) Anteile von Kindergeldberechtigten zum Jahresende 2013 für elf deutsche Großstädte. Nur in zweien davon, Berlin und Nürnberg, liegt der Anteil der Kindergeldbezieher aus den EU-2 oberhalb der kommunalen Bezugsquote aller Ausländer. In allen anderen Fällen liegt er darunter. Dort, wo außerdem eine kommunale Gesamtbezugsquote für alle Empfänger inkl. der Deutschen berechnet wurde, liegen mit der Ausnahme von Köln keine höheren Kindergeldbezüge von Staatsangehörigen der EU-2 vor.

In **Italien** waren im Jahr 2011 unter allen ausländischen Erwerbstätigen 54.255 Bulgaren (1,5 %) und 819.442 Rumänen (22,5 %) vertreten. Die größten Konzentrationen bulgarischer Beschäftigter finden sich in Kalabrien mit 6.364 Personen (Anteil an allen Ausländern: 10,3 %), in Apulien mit 5.558 (5,5 %) sowie im Latium mit 4.591 (1,3 %) (Tab. 5-12). Rumänische Staatsangehörige stellen allein in der Region Bozen nicht die größte Gruppe der ausländischen Arbeitskräfte.⁵³ Die größten Konzentrationen finden sich im Latium mit 119.834 rumänischen Staatsangehörigen (34,4 %) sowie in der Lombardei mit 102.922 (14,9 %). Den größten prozentualen Anteil machen sie mit 36,0 % in Basilikata aus (Tab. 5-9).

⁵³ Unter den ausländischen Arbeitskräften in der Region Bozen stellen Slowaken die zahlenmäßig größte Gruppe, gefolgt von Polen und Tschechen. Unter den aufhältigen EU-Bürgern stellen Deutsche die größte Gruppe.

Tabelle 5-12: Arbeitskräfte aus den EU-2 Staaten an allen ausländischen Arbeitskräften in Italien, nach Regionen, 2011, Anzahl und Anteile

	Bulgaren		Rumänen	
	Anzahl	Anteil an ausl. Arbeitskräften (in %)	Anzahl	Anteil an ausl. Arbeitskräften (in %)
Abruzzien	918	1,3	17.536	23,9
Aostatal	/	/	2.255	28,5
Apulien	5.558	5,5	28.116	27,8
Basilikata	681	4,0	6.073	36,0
Bozen	/	/	5.174	7,7
Kalabrien	6.364	10,3	20.775	33,6
Kampanien	3.994	3,1	25.503	20,0
Emilia-Romagna	/	/	62.466	17,5
Friaul-julisch Venezien	/	/	12.558	15,1
Latium	4.591	1,3	119.834	34,3
Ligurien	/	/	11.725	14,1
Lombardei	/	/	102.922	14,9
Marche	/	/	15.158	16,5
Molise	376	3,6	2.739	26,1
Piemont	/	/	71.783	31,5
Sardinien	/	/	6.622	24,8
Sizilien	784	0,7	25.958	24,5
Toskana	/	/	50.261	19,9
Trentino	/	/	15.152	27,7
Umbrien	702	1,3	13.915	25,6
Venezien	/	/	70.050	20,3
Insgesamt	54.255	1,5	819.442	22,5

Quelle: ISTAT 2011, zitiert nach Dossier Statistico Immigrazione 2012
(Caritas e Migrantes 2012).

Hinsichtlich der Geschlechterrelation waren in Italien insgesamt 58 % der Männer und 44 % der Frauen vollbeschäftigt.⁵⁴ Diese Unterschiede zeigen sich auch in den Regionen Mailand, Turin und Rom. Teilzeitbeschäftigung wurde zwar von etwa einem Viertel der Frauen ausgeübt, jedoch nur von ca. 6 % der Männer. Dagegen wird eine selbständige Tätigkeit eher von Männern (12,8 %) als von Frauen (4,8 %) angestrebt. Im Heimatland erreichte Bildungserfolge haben dabei zumeist keine oder nur geringe

⁵⁴ Befragt wurden 1.000 Rumänen in den italienischen Großstädten Rom, Turin und Mailand.

Einkommenseffekte (Tab. 5-13). So verdienen rumänische Männer über fast alle Bildungsebenen hinweg durchschnittlich 1.350 Euro im Monat, diejenigen mit höchstem erfassten Bildungsniveau (Masterabschluss) verdienen sogar weniger. Dies mag daran liegen, dass insbesondere Personen mit mittleren und hohen Bildungs- sowie Berufsabschlüssen häufig deutlich unterhalb des Qualifikationsniveaus ihres Heimatlandes beschäftigt werden (Mara 2012).

Tabelle 5-13: Bildungsspezifische monatliche Durchschnittseinkommen von Rumänen in Italien, 2011

	Höchster erreichter Bildungsabschluss			
	Primär	Sekundär	Tertiär (Bachelor)	Tertiär (Master)
Gesamt	1.100	950	1.100	1.100
Männer	1.350	1.350	1.350	1.100
Frauen	850	860	950	1.100

Angaben in Euro.

Quelle: Mara 2012: 113.

In diesem Zusammenhang zeigt sich, dass infolge der Zunahme der ausländischen Bevölkerung im Beobachtungszeitraum inländische Arbeitskräfte häufiger in der Regelarbeitszeit und seltener in Spät-, Nacht- und Wochenendarbeit beschäftigt werden als zuvor. Eine Substitution durch ausländische Beschäftigte erfolgt insbesondere in Berufen mit einfachen Tätigkeiten, nicht jedoch bei den hochqualifizierten Tätigkeiten (Giuntella 2012).

Der Arbeitsmarkt in **Spanien** ist hinsichtlich der Beschäftigung von Zuwanderern stark segregiert. So gibt es deutliche Hinweise darauf, dass qualifizierte Zuwanderer häufig in Berufen unterhalb ihres Ausbildungsniveaus beschäftigt sind und sich dies auch mit zunehmender Aufenthaltsdauer kaum ändert. Besonders stark trifft dieses Phänomen auf Frauen und zugewanderte Arbeitskräfte aus Osteuropa und Südamerika zu (Simón et al. 2011).

Im Jahr 2007 waren die meisten bulgarischen (26.000) und rumänischen (149.000) Staatsangehörigen in der Hauptstadt Madrid ansässig. Viele Bulgaren sind auch in den Provinzen Burgos, Segovia, Valladolid und Za-

mora, in der zentral gelegenen Region Kastilien und León, an der Ostküste in der Region Valencia und auf der Insel Mallorca mit einem Anteil von 5 bis 10 % an der dortigen Gesamtbevölkerung vertreten. Rumänische Staatsangehörige konzentrierten sich im Jahr 2007 auf die zentrale Region Kastilien-La Mancha, die Provinz Almería an der Südküste Andalusiens, die Provinz Huesca in Aragon an der Grenze zu Frankreich sowie die Provinz Lleida in Katalonien mit einem Bevölkerungsanteil von jeweils 20 bis 30 %. Von 2002 bis 2006 waren verstärkt Binnenmigrationsströme aus der Hauptstadt Madrid und den umliegenden zentralen Regionen hin zur Ostküste Spaniens zu beobachten (Martinez 2008). Dies ist vermutlich durch die regional unterschiedliche Nachfrage nach Arbeitskräften in der Bau- und der Landwirtschaft bedingt.

Zwischen 1991 und 2004 kam es gerade in den Provinzen Almería (1991: 4 %; 2004: 34 %) und Murcia (1991: 6 %; 2004: 41 %) zu einem erheblichen Anstieg der Zahl ausländischer Arbeitskräfte in der Landwirtschaft (Kostova 2007). Gleichzeitig stieg der Anteil der für den Export erzeugten landwirtschaftlichen Güter auf mehr als zwei Drittel im Jahr 2004 an.

Beispielhaft sei auch auf eine Studie von Bernat/Viruela (2011) über die Provinz Castelló in der Region Valencia verwiesen. Seit 2002 gab es hier einen starken Zustrom junger rumänischer Zuwanderer, wobei es sich sowohl um starke Binnenmigration rumänischer Staatsangehöriger innerhalb Spaniens als auch um den Zuzug aus Rumänien handelte. Zum 1. Januar 2010 stellten sie mit 55.603 Personen nicht nur die Hälfte (49,6 %) aller Ausländer der Provinz (112.158 Personen), sondern auch 9,2 % der dortigen Gesamtbevölkerung (603.861 Personen). Sie fanden zunächst Beschäftigung in der seinerzeit prosperierenden Bauindustrie. So arbeiteten im Jahr 2008 über 40 % der rumänischen Männer im Bausektor, weitere 20 % in der Industrie. Rumänische Frauen fanden zu über 80 % eine Beschäftigung im Dienstleistungsgewerbe. Eine Folge der Wirtschaftskrise in Spanien war jedoch die Halbierung (-48,8 %) der Anzahl dort ansässiger rumänischer Selbständiger von 2008 auf 2010. Gleichzeitig war die Zahl der Fortzüge höher als die Zahl der Zuzüge aus Rumänien (Bernat/Viruela 2011).

In der Region Valencia zeichneten Cucuruzan/Vasilache (2009) anhand von 21 qualitativen Interviews den Arbeitsalltag rumänischer Zuwanderer nach. Die meisten Befragten suchten und fanden Unterkünfte und

Arbeitsplätze über ein enges Netzwerk aus Verwandten und Bekannten.⁵⁵ Andere fanden Stellen über lokale Arbeitsvermittlungen oder durch Zeitungsannoncen. Dabei zeigt sich, dass zu Beginn jede Form der angebotenen Arbeit von den Zuwanderern akzeptiert wurde. Dies umfasste vielfach auch Berufsfelder, die unterhalb der Qualifizierung des Heimatlandes lagen, und Tätigkeiten in der Schattenwirtschaft (Cucuruzan/Vasilache 2009).

Des Weiteren beschreibt Bleahu (2004) zentrale Aspekte der rumänischen Netzwerke in Spanien. So sind Informationen über das Zielland zumeist schon im Herkunftsland verfügbar. Weiterhin werden Ankommende durch ein Netzwerk mit Geld sowie Wohngelegenheiten versorgt und es werden ihnen erste Beschäftigungen, oftmals im informellen Sektor, angeboten. Zentrale Personen dieser Netzwerke sind Vermittler, die selbst Anfang der 1990er Jahre nach Spanien kamen und in der Regel über unbefristete Arbeits- und Aufenthaltsgenehmigungen verfügen (Bleahu 2004).

5.2.5 Berufsgruppen und Branchen

Die zwanzig häufigsten Berufsgruppen von Bulgaren und Rumänen in **Deutschland** decken jeweils etwa 75 % aller Berufsgruppen, in denen Zuwanderer aus den EU-2 Ländern beschäftigt sind, ab. Eine nachfolgende Auswertung auf Basis der Daten der Bundesagentur für Arbeit bzgl. der Berufsgruppen, typisiert nach der KldB 1988 (Klassifikation der Berufe von 1988), zeichnet die Entwicklung seit dem Jahr 2005 nach. Bulgaren sind 2011 am Häufigsten (1.870) und Rumänen am Dritthäufigsten (3.441) in Reinigungsberufen beschäftigt gewesen (Tab. 5-14). Die größte Gruppe der rumänischen Zuwanderer (5.495) arbeitete als landwirtschaftliche Arbeitskräfte oder Tierpfleger. Am Zweithäufigsten arbeiteten Bulgaren (1.707) und Rumänen (4.345) als Speisenzubereiter, viele davon als Köche. Weiter sind 1.697 Bulgaren den Bürofach- und Bürohilfskräften zuzuordnen, der drittgrößten Berufsgruppe von Personen mit dieser Staatsangehörigkeit.

Es zeigt sich aber auch, dass es aus beiden Nationen viele Beschäftigte in den Gesundheits- und Sozialberufen wie Ärzte und Apotheker (Bulgaren:

⁵⁵ Ban (2012) weist darauf hin, dass es sich im rumänischen Verständnis bei Freunden oder Bekannten auch um informelle Arbeitsvermittler handeln kann.

725, Rumänen: 1.434) gibt.⁵⁶ So arbeiteten im Jahr 2011 bereits 614 Bulgaren bzw. 1.695 Rumänen als Angehörige der übrigen Gesundheitsdienstberufe. Bei den sozialpflegerischen Berufen waren es 387 bulgarische bzw. 1.206 rumänische Personen.

Tabelle 5-14: TOP-20-Tätigkeiten bulgarischer und rumänischer Arbeitskräfte in Deutschland, 2005 und 2011, Teil 1 Bulgaren

Bulgaren			
	2005	2011	
Reinigungsberufe	455	1.870	9,4 %
Speisenbereiter	838	1.707	8,6 %
Bürofach-, Bürohilfskräfte	810	1.697	8,5 %
Gästebetreuer	1.106	1.604	8,1 %
Hilfsarbeiter ohne nähere Tätigkeitsangabe	236	1.042	5,2 %
Warenkaufleute	476	932	4,7 %
Rechnungskaufleute, Datenverarbeitungsfachleute	412	880	4,4 %
Ärzte, Apotheker	193	725	3,6 %
Übrige Gesundheitsdienstberufe	424	614	3,1 %
Ingenieure	220	553	2,8 %
Hauswirtschaftliche Berufe	144	534	2,7 %
Lagerverwalter, Lager-, Transportarbeiter	269	472	2,4 %
Lehrer	411	456	2,3 %
Fleisch-, Fischverarbeiter	24	440	2,2 %
Unternehmer, Organisatoren, Wirtschaftsprüfer	115	435	2,2 %
Geistes- und naturwissenschaftliche Berufe, a.n.g.	263	413	2,1 %
Sozialpflegerische Berufe	157	387	1,9 %
Berufe des Landverkehrs	113	373	1,9 %
Künstler und zugeordnete Berufe	334	326	1,6 %
Bauhilfsarbeiter	51	314	1,6 %
Insgesamt	9.118	19.925	100 %

56 Die Angaben für Ärzte und Apotheker sind tendenziell untererfasst, da nur abhängig Beschäftigte Personen in der Berufestatistik enthalten sind. Als Angehörige der freien Berufe mit eigener Praxis sind sie, wie z.B. Rechtsanwälte auch, oftmals selbständig.

TOP-20-Tätigkeiten bulgarischer und rumänischer Arbeitskräfte in Deutschland, 2005 und 2011, Teil 2 Rumänen

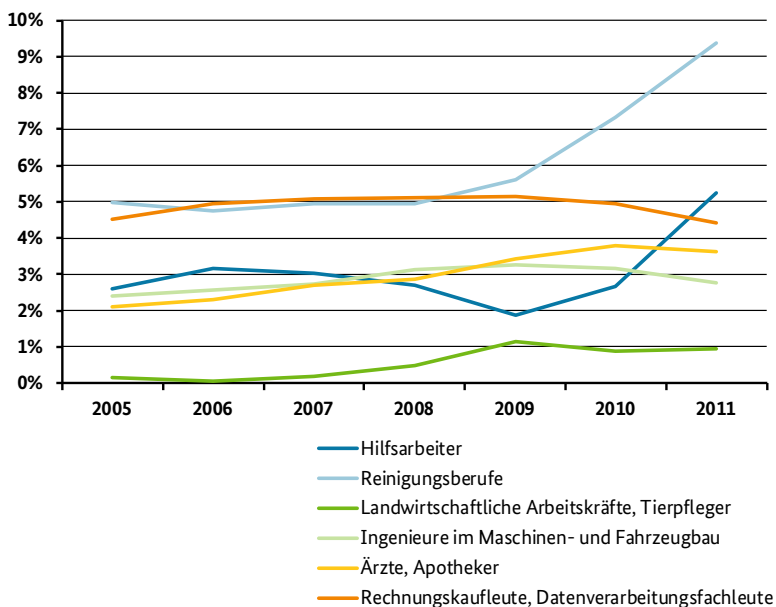
Rumänen			
	2005	2011	
Landwirtschaftliche Arbeitskräfte, Tierpfleger	422	5.495	10,8 %
Speisenbereiter	1.443	4.345	8,6 %
Reinigungsberufe	1.636	3.441	6,8 %
Gästebetreuer	1.284	3.097	6,1 %
Hilfsarbeiter ohne nähere Tätigkeitsangabe	7.41	2.329	4,6 %
Warenkaufleute	1.433	2.291	4,5 %
Bürofach-, Bürohilfskräfte	1.189	2.105	4,2 %
Fleisch-, Fischverarbeiter	72	1.804	3,6 %
Übrige Gesundheitsdienstberufe	1.325	1.695	3,3 %
Andere Dienstleistungskaufleute und zugehörige Berufe	764	1.683	3,3 %
Hauswirtschaftliche Berufe	493	1.506	3,0 %
Ärzte, Apotheker	303	1.434	2,8 %
Lagerverwalter, Lager-, Transportarbeiter	850	1.372	2,7 %
Gartenbauer	256	1.333	2,6 %
Berufe des Landverkehrs	368	1.241	2,4 %
Sozialpflegerische Berufe	585	1.206	2,4 %
Rechnungskaufleute, Datenverarbeitungsfachleute	872	1.073	2,1 %
Warenprüfer, Versandfertigmacher	497	957	1,9 %
Montierer und Metallberufe, a.n.g.	719	912	1,8 %
Ingenieure	420	707	1,4 %
Insgesamt	21.700	50.679	100 %

Quelle: Bundesagentur für Arbeit 2013b (Stichtag jeweils 30.06., eigene Sonderauswertung. Reihenfolge dargestellt nach Größe der Gruppen in 2011).

Während ein absoluter Zuwachs zwischen 2005 und 2011 in nahezu allen Berufen zu beobachten ist, zeigt sich auch eine verstärkte Heterogenität hinsichtlich des Qualifikationsniveaus. Dies überrascht nicht, da sowohl für Selbständige und hochqualifizierte Arbeitnehmer als auch für Hilfs- und Landarbeitskräfte (insbesondere als Saisonarbeiter) die Arbeitsmarkt-

integration in Deutschland schon seit einiger Zeit erleichtert wurde, während der Arbeitsmarkteintritt ohne Vorrangprüfung für einen Großteil der qualifizierten Arbeitnehmer erst im Jahr 2014 vollständig gewährt wird. Des Weiteren zeigt sich insbesondere seit 2009 ein Anstieg der Anteile bei den Reinigungsberufen bzw. den Hilfsarbeitern aus Bulgarien (vgl. Abb. 5-8). Waren 2005 noch etwa 5,0 % aller Bulgaren in den Reinigungsberufen beschäftigt, sind es 2011 etwa 9,4 % gewesen. Die Anteile bei den Hilfsarbeitern nahmen von 2,6 % auf etwa 5,3 % zu. Demgegenüber verringerten sich die Anteile bei den bulgarischen Rechnungskaufleuten und Datenverarbeitungsfachleuten (2005: 4,5 %, 2011: 4,4 %). Bei den Ingenieuren gab es hingegen sogar einen leichten Zuwachs (2005: 2,4 %, 2011: 2,7 %).

Abbildung 5-8: Anteile ausgewählter Berufsgruppen bei Bulgaren, 2005 bis 2011

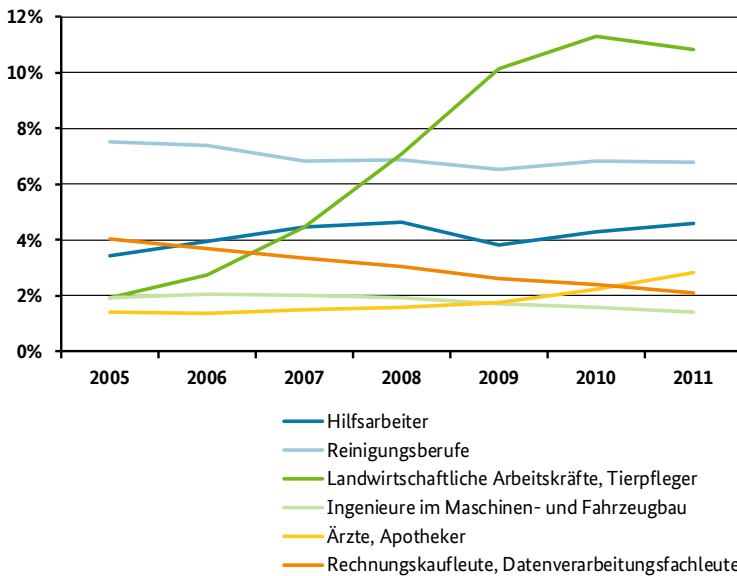


Quelle: Bundesagentur für Arbeit 2013b (Stichtag jeweils 30.06., eigene Sonderauswertung).

Eine ähnliche Verteilung der genannten Berufe findet sich auch für Rumänen in Deutschland (vgl. Abb. 5-9). Der Anteil landwirtschaftlicher Arbeitskräfte und Tierpfleger nahm zwischen 2005 (1,9 %) und 2011 (10,8 %) um

etwa 9 %-Punkte zu.⁵⁷ Die Reinigungsberufe verzeichneten dagegen einen leichten Rückgang (2005: 7,5 %, 2011: 6,8 %). Ebenso verringerten sich die Anteile bei den Rechnungskaufleuten (2005: 4 %, 2011: 2,1 %) sowie bei Ingenieuren (2005: 1,9 %, 2011: 1,4 %). Im Bereich hochqualifizierter Beschäftigung konnte sowohl bei Bulgaren (2005: 2,1 %, 2011: 3,6 %) als auch bei Rumänen (2005: 1,4 %, 2011: 2,8 %) eine leichte, aber kontinuierliche Zunahme bei Ärzten und Apothekern verzeichnet werden.

Abbildung 5-9: Anteile ausgewählter Berufsgruppen bei Rumänen, 2005 bis 2011



Quelle: Bundesagentur für Arbeit 2013b (Stichtag jeweils 30.06., eigene Sonderauswertung).

Hinsichtlich Branchenzugehörigkeit zeigt sich ein ähnliches Bild. EU-2 Bürger waren im Dezember 2013 zumeist im Gastgewerbe (24.298 bzw. 18,3 %), den sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen (20.641 bzw. 15,5 %) und dem verarbeitenden Gewerbe (15.856 bzw. 11,9 %) tätig

⁵⁷ Obwohl es sich hierbei um sozialversicherungspflichtig Beschäftigte und nicht um klassische Saisonkräfte handelt, lassen sich die relativ hohen Anteile möglicherweise mit dem Erhebungszeitpunkt im Sommer (30.06. eines Jahres) erklären. Es ist jedoch anzunehmen, dass die landwirtschaftlichen Arbeitskräfte saisonal überrepräsentiert sind, weniger die Tierpfleger.

(Tab. 5-15). In diesem Zusammenhang muss allerdings berücksichtigt werden, dass in den Sommermonaten aufgrund von Saisonarbeit die Anteile von EU-2 Bürgern in der deutschen Landwirtschaft auf über 30 % ansteigen (Brücker et al. 2013a).

Tabelle 5-15: Beschäftigte aus den EU-2 Ländern nach Wirtschaftszweigen, Dezember 2013

Wirtschaftszweigklassifikation (WZ2008)	EU-2	Anteil in %	Veränderung zum Vorjahr
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	7.703	5,8	-480
Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	74	0,1	23
Verarbeitendes Gewerbe	15.856	11,9	2.622
Energieversorgung	176	0,1	26
Wasserversorgung, Abwasser/Abfall, Umweltverschmutzung	491	0,4	122
Baugewerbe	9.510	7,2	3.038
Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kfz	11.972	9,0	1.848
Verkehr und Lagerei	8.982	6,8	2.651
Gastgewerbe	24.298	18,3	4.527
Information und Kommunikation	3.107	2,3	262
Finanz- und Versicherungsdienstleistungen	845	0,6	53
Grundstücks- und Wohnungswesen	936	0,7	206
Freiberufliche, wissenschaftliche und technische Dienstleistungen	5.435	4,1	727
sonstige wirtschaftliche Dienstleistungen	20.641	15,5	4.752
davon: Arbeitnehmerüberlassungen	5.017	3,8	969
Öffentliche Verwaltung, Verteidigung, Sozialversicherungen	839	0,6	109
Erziehung und Unterricht	2.565	1,9	174
Gesundheits- und Sozialwesen	12.067	9,1	1.851
Kunst, Unterhaltung und Erholung	2.697	2,0	425
Erbringung von sonstigen Dienstleistungen	2.364	1,8	414
Private Haushalte	2.296	1,7	282
Exterritoriale Organisationen und Körperschaften	28	0,0	-1
Gesamt	132.959	100,0	23.635

Quelle: Bundesagentur für Arbeit 2014b.

In **Italien** sind 40 % der Zuwanderer als Arbeitskräfte im Industrie- und Bausektor beschäftigt, aber nur 29 % der Italiener (Ambrosini 2013). Eine Vielzahl der Migranten arbeitet zudem in der Landwirtschaft oder in Privathaushalten. Sie sind nicht nur in den Großstädten und bei großen Firmen, sondern auch in der Provinz sowie bei kleinen und mittelständischen Betrieben tätig. Insbesondere in den Provinzen Lombardei, Venetien, Emilia-Romagna und Toskana gehen Zuwanderer vor allem klassischer Industrietätigkeit nach. In den Großstädten wie Rom und Mailand finden Zuwanderer, insbesondere Frauen, verstärkt Anstellung in Dienstleistungsberufen. Im Süden dominieren die landwirtschaftlichen Tätigkeiten. Diese werden insbesondere von zugewanderten Männern ausgeführt, teilweise auch in der Schattenwirtschaft. Bei den Saisonkräften in Ober- und Mittelitalien handelt es sich zumeist um Tätigkeiten im Gaststätten- und Beherbergungsbereich (Ambrosini 2013). In **Spanien** finden Zuwanderer dagegen vor allem in den Großstädten Beschäftigung.

Mara (2012) zeigt geschlechtsspezifische Unterschiede in **Italien** anhand von Staatsangehörigen der EU-2. Unterschiede in den ausgeübten Tätigkeiten sind z.B. in Rom, Turin und Mailand festzustellen. So arbeitete fast die Hälfte der Männer (47 %) in Berufen des Baugewerbes und zu einem geringeren Anteil als Fahrer und Maschinenbediener (9 %). Bei den Frauen lagen die Haupttätigkeiten im Handel und in einfachen Dienstleistungsberufen (33 %), in der Pflege (27 %) sowie in hauswirtschaftlichen Dienstleistungen und der Gastronomie (7 %). In diesem Zusammenhang wurde auch nach Beschäftigungen in der Schattenwirtschaft gefragt, welche häufiger bei Frauen (25 % aller Beschäftigungen) und in hauswirtschaftlichen Dienstleistungen und der Gastronomie (49 %) zu finden waren. Bei Männern finden diese Schattentätigkeiten (15 % aller Beschäftigungen) vor allem in den Berufen des Baugewerbes statt (44 %).

5.2.6 Selbständige

In **Deutschland** bestanden Einschränkungen der Dienstleistungsfreiheit für EU-2 Bürger bis Ende 2013 noch im Bereich des Baugewerbes und der damit verwandten Wirtschaftszweige, der Reinigungsberufe sowie der Tätigkeit der Innendekorateure. Lag der Anteil der bulgarischen und rumänischen Selbständigen unter den 25- bis 64-Jährigen vor dem EU-Beitritt noch bei 11,7 %, stieg dieser bis 2011 auf 20 % an (SVR 2013: 107). Ein Blick auf die Statistik der Gewerbeanzeigen des Statistischen Bundesamtes (2014b) zeigt, dass im Jahr 2013 22.856 Gewerbebeanmeldungen

bulgarischer bzw. 30.456 rumänischer Staatsangehöriger erfolgten (Tab. 5-16). Davon sind der Großteil (21.273 bzw. 28.201) Neugründungen. Bulgaren und Rumänen stellen damit 4,2 % bzw. 5,6 % aller Neugründungen (505.339) 2013 in Deutschland dar. Etwa jedes fünfte Unternehmen wird dabei von einer Frau gegründet (Gesamt: 34,8 %). Rund 98 % aller Neugründungen werden als sonstige Neugründungen (Kleinunternehmen) geführt (Gesamt: 93 %). Diese Form benötigt weder einen Eintrag ins Handelsregister noch eine Handwerkskarte und muss auch keine Angestellten nachweisen.⁵⁸

Die Statistik über Abmeldungen und Aufgaben der Geschäftstätigkeit kann als ein nachlaufender Indikator des unternehmerischen Erfolgs angesehen werden. Von 17.785 abgemeldeten Unternehmen bulgarischer Einzelunternehmer (bzw. 20.386 rumänischer) sind 16.569 (bzw. 18.523) vollständige Geschäftsaufgaben (Tab. 5-16). Davon wiederum werden etwa 99 % als sonstige Stilllegungen (bisherige Kleinunternehmen) geführt (Gesamt: 90 %).

Diese Werte deuten einerseits auf eine große Bereitschaft zur Selbständigkeit unter den EU-2 Bürgern in Deutschland hin, welche andererseits jedoch oft nicht von Dauer ist, was somit zu häufigen Geschäftsaufgaben führt.

58 Allerdings können bei Einzelunternehmern die Staatsangehörigkeiten Bulgariens und Rumäniens erst seit Januar 2013 ausgewiesen werden. Ebenfalls ist bei den Abmeldungen und Geschäftsaufgaben nichts über die Dauer der Geschäftstätigkeit oder den ursprünglichen Geschäftszweck bekannt.

Tabelle 5-16: Gewebeanmeldungen und -abmeldungen bulgarischer und rumänischer Einzelunternehmer in Deutschland, 2013

	Bulgaren	Rumänen	Insgesamt
Gewerbeanmeldung von Einzelunternehmern	22.856	30.456	599.073
davon Neugründungen	21.273	28.201	505.339
davon von Frauen	4.406	5.925	175.585
davon sonstige Neugründungen (Kleinunternehmen)	20.829	27.775	471.154
	Bulgaren	Rumänen	Insgesamt
Gewerbeabmeldung und vollständige Geschäftsaufgaben von Einzelunternehmern	17.785	20.386	562.468
davon vollständige Aufgaben	16.569	18.523	475.612
davon von Frauen	3.842	4.463	162.432
davon sonstige Stilllegung (Kleinunternehmen)	16.379	18.325	432.702

Quelle: Statistisches Bundesamt 2014b, Gewerbeanzeigen 2013.

Ein Vergleich der ersten Halbjahre 2013 und 2014 zeigt einen deutlichen Rückgang der Neugründungen bei Anstieg der Schließungen von Einzelunternehmen. So wurden von Januar bis Juli 2013 10.805 bulgarische bzw. 13.478 rumänische Einzelunternehmen als sonstige Neugründungen gegründet bei gleichzeitig 7.605 bzw. 8.585 Abmeldungen in Form sonstiger Stilllegungen. In den ersten beiden Monaten des Jahres 2014 sind die Werte auf 6.192 (Bulgaren) bzw. 10.323 (Rumänen) sonstige Neugründungen gesunken, bei gleichzeitigem Anstieg der sonstigen Stilllegung auf 11.027 bzw. 12.592 Fälle. Dies deutet darauf hin, dass aufgrund der Beschränkungen vor 2014 Selbständigkeit als ein Zugang auf den Arbeitsmarkt genutzt wurde (Statistisches Bundesamt 2014b) (vgl. Kap. 5.2.4).

Für EU-8 Staatsangehörige in Selbständigkeit ist es in der Phase von 2004 bis zum Beginn der vollen Freizügigkeit im Jahr 2011 ebenfalls vermehrt zu einer Ausweichreaktion in Unternehmensgründungen gekommen (Kay/Schneck 2012). Nach Einführung der Freizügigkeit im Mai 2011 kam es dann vielfach zu einem Statuswechsel aus der Selbständigkeit in eine abhängige Beschäftigung. Dies führte zu einem deutlichen Rückgang der Gründungsneigung bei EU-8 Bürgern. Es ist anzunehmen, dass es sich bei den Neugründungen von EU-2 Bürgern vor 2014 ebenfalls zu einem

gewissen Anteil um Personen handelte, die zunächst den Status als Selbstständige für einen Aufenthalt in Deutschland nutzten und nach Erhalt der vollen Arbeitnehmerfreizügigkeit möglicherweise in abhängige Beschäftigungsverhältnisse bereits gewechselt sind oder wechseln werden.

In **Italien** stellen rumänische Gewerbetreibende mit 37.751 Personen bzw. 15,1 % die zweitgrößte ausländische Gruppe nach den Marokkanern und vor den Chinesen dar. Die größten Konzentrationen von rumänischen Selbstständigen sind in der Lombardei mit 7.854 (13,9 %), dem Piemont mit 7.372 (28,3 %) und dem Latium mit 6.142 (21,3 %) zu verzeichnen. Die Anzahl bulgarischer Gewerbetreibender wird für Italien insgesamt nicht ausgewiesen. Für einige Regionen vorliegende Werte zeigen geringe Anteile von unter 1 % an allen ausländischen Gewerbetreibenden (vgl. Tab. 5-17).

Tabelle 5-17: EU-2 Bürger als Gewerbetreibende in Italien, 2011, Anzahl und Anteile

	Bulgaren		Rumänen	
	Anzahl	Anteil in %	Anzahl	Anteil in %
Italien	/	/	37.751	15,1
Abruzzen	37	0,8	825	17,8
Aostatal	/	/	88	24,2
Apulien	/	/	111	3,2
Basilikata	1	0,3	16	5,2
Bozen	/	/	32	2,0
Kalabrien	23	0,5	140	2,7
Kampanien	/	/	194	2,2
Emilia-Romagna	240	0,9	3.103	11,4
Friaul-julisch Venezien	/	/	505	10,3
Latium	175	0,7	6.142	21,3
Ligurien	/	/	792	11,2
Lombardei	/	/	7.854	13,9
Marche	/	/	728	11,1
Molise	2	0,7	44	16,1
Piemont	/	/	7.372	28,3
Sardinien	/	/	138	4,1
Sizilien	/	/	314	3,6
Toskana	/	/	4.849	16,2
Trentino	8	0,6	214	15,4
Umbrien	/	/	288	17,4
Venezien	/	/	4.002	17,1

Quelle: ISTAT 2011, zitiert nach Dossier Statistico Immigrazione 2012 (Caritas e Migrantes 2012).

In **Spanien** stellen rumänische Gewerbetreibende im Jahr 2012 mit 23.939 Personen bzw. 11,1 % die zweitgrößte ausländische Gruppe vor den Briten (8,5 %) und nach den Chinesen (18,4 %) dar (vgl. Tab. 5-18). Dabei zeigt sich, dass sich seit 2007 die Anzahl rumänischer Selbständiger (41.880) etwa halbiert hat (-42,8 %).⁵⁹ Insgesamt zeigt sich, dass die Anzahl der Selbständigen aus der EU-27 stärker zurückgegangen ist (-22,0 %) als die Gesamtzahl aller ausländischen Selbständigen (-3,1 %) (Infoautonomos 2013).

Tabelle 5-18: EU-Bürger als Gewerbetreibende in Spanien, 2007 und 2012, Anzahl und Anteile

	2007	Anteil an allen Ausländern (in %)	2012	Anteil an allen Ausländern (in %)
Rumänien	41.880	18,9	23.939	11,1
Vereinigtes Königreich	23.180	10,4	18.331	8,5
Deutschland	14.576	6,6	13.479	6,3
Italien	13.134	5,9	13.731	6,4
Frankreich	9.433	4,3	9.017	4,2
Portugal	8.284	3,7	6.026	2,8
andere EU-Staaten	24.915	11,2	21.048	9,8
alle EU-27	135.402		105.571	
Insgesamt	221.892	100,0	214.934	100,0

Quelle: Seguridad Social (jeweils zum 31.12.), zitiert nach Infoautonomos (2013).

5.2.7 Schüler, Auszubildende, Studierende und wissenschaftliches Personal

Die folgenden Auswertungen werden allein für Deutschland dargestellt, da vergleichbare Angaben für Italien und Spanien nicht zur Verfügung stehen.

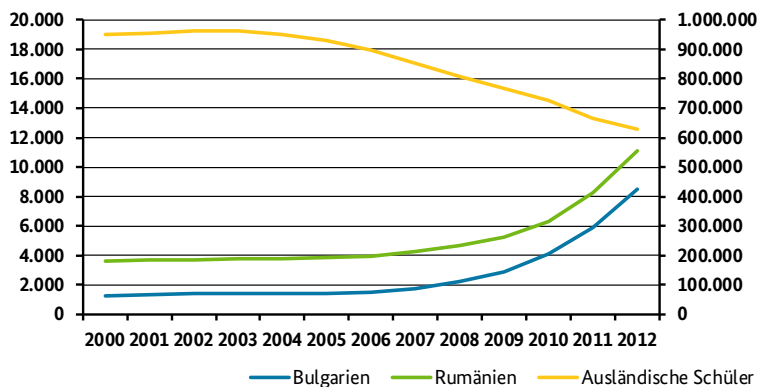
Schüler

In der deutschen Schulstatistik zeigt sich über alle allgemeinbildenden Schulformen hinweg seit 2007 ein deutlicher Anstieg der Schülerzahlen

⁵⁹ Zum Vergleich hat sich die Zahl chinesischer Selbständiger (20.501) aber etwa verdoppelt (+92,5 %).

mit bulgarischer und rumänischer Staatsangehörigkeit (Tab. 5-19).⁶⁰ Im Jahr 2012 gab es 8.526 bulgarische und 11.135 rumänische Schüler in Deutschland. Im selben Jahr wurden die bisher stärksten prozentualen Zunahmen bei rumänischen Schülern bzw. die zweitstärksten bei bulgarischen (Rumänen: +44,0 %, Bulgaren: +34,6 %) verzeichnet. Dabei ist zu beachten, dass in diesem Zeitraum die Gesamtzahl aller ausländischen Schüler kontinuierlich von 950.486 auf 627.995 zurückgegangen ist.⁶¹

Abbildung 5-10: Schüler aus den EU-2 Ländern (linke Achse) sowie alle ausländischen Schüler (rechte Achse) in Deutschland, 2000 bis 2012



Quelle: Statistisches Bundesamt 2013c, Schulstatistik.

Differenziert nach der Schulform zeigt sich für 2012, dass der Anteil der Grundschüler an allen Schülern aus den EU-2 Ländern deutlich höher war als bei anderen Staatsangehörigkeitsgruppen. So besuchten 43,7 % (3.725) der bulgarischen und 44,0 % (4.899) der rumänischen Schüler die Grundschule, während es bei der Gesamtheit aller ausländischen Schüler nur 28,1 % (176.341) waren. Dies deutet darauf hin, dass die Schüler aus den EU-2 Ländern im Durchschnitt einige Jahre jünger sind als die Gesamtheit der ausländischen Schüler.

60 Statistisches Bundesamt (2013g): Bildung und Kultur, Allgemeinbildende Schulen Schuljahr 2012/2013, Fachserie 11 Reihe 1, Wiesbaden (korrigierte Fassung 14.02.2014).

61 Im Jahr 2012 verringerte sich die Anzahl verglichen zum Vorjahr um 5,7 %, im Jahr 2011 gab es einen Rückgang von 8,4 % zum Vorjahr.

Bei weiterführenden Schulen zeigte sich ein überproportionaler Anteil bei Hauptschülern (Bulgaren 21,4 % bzw. Rumänen 23,4 %). Demgegenüber standen geringere Anteile bei Realschülern (Bulgaren 3,8 % bzw. Rumänen 6,8 %) und Gymnasiasten (Bulgaren 6,9 % bzw. Rumänen 9,8 %). Des Weiteren besuchen von den bulgarischen Schülern 9,9 % eine Gesamtschule und 5,3 % eine Förderschule, bei den rumänischen Schülern sind es 5,6 % und 4,7 % (Tab. 5-19).

Tabelle 5-19: Schüler aus den EU-2 Ländern sowie alle ausländischen Schüler nach Schulformen, 2012, Anzahl und Anteile

	Bulgarien		Rumänien		Ausländische Schüler	
	Anzahl	Anteil in %	Anzahl	Anteil in %	Anzahl	Anteil in %
Grundschule	3.725	43,7	4.899	44,0	176.341	28,1
Hauptschule	1.821	21,4	2.602	23,4	112.336	17,9
Realschule	323	3,8	761	6,8	82.603	13,2
Gymnasium	591	6,9	1.095	9,8	100.052	15,9
Gesamtschulen	843	9,9	626	5,6	76.531	12,2
Förderschulen	454	5,3	521	4,7	39.700	6,3
andere	769	9,0	631	5,7	40.432	6,4
Gesamt	8.526	100	11.135	100	627.995	100

Quelle: Statistisches Bundesamt 2013c, Schulstatistik.

Auszubildende

Hinsichtlich der beruflichen Ausbildung (Statistisches Bundesamt 2013d) zeigt sich für das Jahr 2012, dass es insgesamt 306 bulgarische und 861 rumänische Auszubildende gab, wovon jeweils etwas mehr als die Hälfte weiblich war (Tab. 5-20). Der Frauenanteil bei Auszubildenden aus den EU-2 Ländern (Bulgarien: 53,9 %; Rumänien: 51,2 %) war höher als bei allen Auszubildenden mit ausländischer Staatsangehörigkeit (43,8 %). Die Mehrheit der Bulgaren (168) und Rumänen (453) machte eine Ausbildung in Industrie und Handel, gefolgt vom Handwerk (90 bzw. 261) und den freien Berufen (39 bzw. 138). Dabei entschieden sich mehrheitlich die Männer für das Handwerk und überwiegend Frauen für freie Berufe. Eine ähnliche Verteilung zeigte sich auch bei den in 2012 neu abgeschlossenen Ausbildungsverträgen (Werte in Klammern bei Tab. 5-20).

Tabelle 5-20: Bulgarische, rumänische und insgesamt ausländische Auszubildende nach Ausbildungsbereichen (und neu abgeschlossene Ausbildungsverträge), 2012

	Insgesamt (neue Verträge 2012)	davon im Ausbildungsbereich					
		Industrie/ Handel	Handwerk	Landwirtschaft	Öffentlicher Dienst	Freie Berufe	Hauswirtschaft
Bulgaren	306 (147)	168 (84)	90 (45)	0	3 (3)	39 (18)	3 (0)
davon Frauen	165 (75)	102 (48)	21 (9)	0	3 (3)	39 (18)	3 (0)
Rumänen	861 (429)	453 (243)	261 (120)	3 (0)	3 (0)	138 (63)	3 (0)
davon Frauen	444 (210)	240 (114)	63 (33)	3 (0)	3 (0)	135 (60)	3 (0)
Alle Ausländer	78.726 (33.207)	41.196 (18.297)	25.122 (10.137)	306 (138)	678 (252)	10.947 (4.212)	477 (168)
davon Frauen	34.512 (14.724)	15.798 (7.251)	7.059 (3.024)	63 (30)	486 (183)	10.662 (4.083)	444 (153)

Quelle: Statistisches Bundesamt (2013d), Berufliche Bildung.

Werden zudem berufliche Schularten in Deutschland betrachtet (vgl. Tab. 5-21), erhöht sich die Zahl der Bulgaren auf 981 (davon 53,0 % Frauen), während 1.994 Rumänen (davon 55,7 % Frauen) für das in 2012 beginnende Schuljahr zu verzeichnen sind.

Tabelle 5-21: Bulgarische, rumänische und insgesamt ausländische Schüler/innen nach beruflichen Schularten, 2012, Anzahl und Anteile

	Bulgaren	Rumänen	EU-2		Ausländer insgesamt
	Anzahl	Anzahl	Anzahl	Anteil an Ausländern (in %)	Anzahl
Teilzeit-Berufsschulen	422	1.132	1.554	1,4	108.004
Berufsvorbereitungsjahr	247	169	416	3,5	11.972
Berufsgrundbildungsjahr	42	31	73	1,4	5.129
Berufsaufbauschulen	-	-	-	-	83
Berufsfachschulen	158	426	584	1,1	51.187
Berufsober-/Technische Oberschulen	2	5	7	0,6	1.173
Fachgymnasien	28	68	96	0,9	10.772
Fachoberschulen	36	55	91	0,8	11.407
Fachschulen	36	104	140	2,1	6.563
Fachakademien	-	4	4	0,8	479
Schularten Insgesamt	971	1.994	2.965	1,4	206.769
davon an Schulen des Gesundheitswesens*	61	198	259	2,4	10.604

- * Hessen: Nachweis der Staatsangehörigkeit liegt nicht vor; Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen: Nachweis erfolgt bei den Berufsfachschulen; Thüringen: Nachweis erfolgt bei den Berufsfach- und Fachschulen.

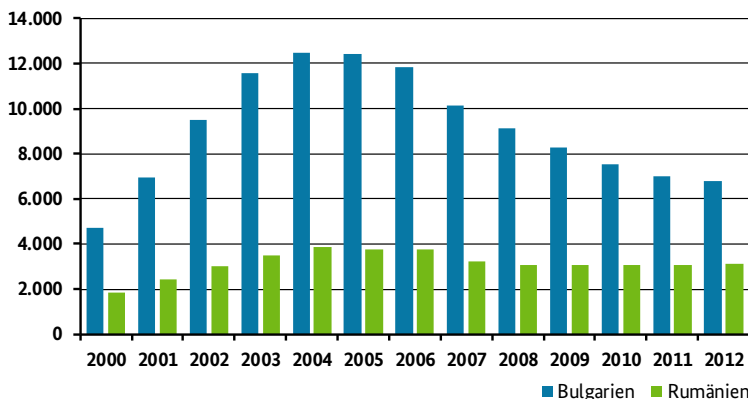
Quelle: Statistisches Bundesamt (2014a),
Berufliche Schulen, Schuljahr 2012/2013.

Studierende und Wissenschaftliches Personal

Nachdem bereits vor 1990 Austauschprogramme zu Ausbildungszwecken in Ländern der EU-2 und der ehemaligen DDR beliebt waren, stellte (auch West-) Deutschland insbesondere für bulgarische Studenten zu Beginn des 21. Jahrhunderts ein wichtiges Zielland dar. Zahlen zu Studierenden aus den EU-2 Ländern zeigen, dass im Jahr 2001 bereits 4.699 bulgarische

und 1.846 rumänische Staatsangehörige (sog. Bildungsausländer⁶²) in Deutschland studiert haben und deren Anzahl in den Folgejahren anstieg (vgl. Abb. 5-11). Die höchsten Studierendenzahlen aus den EU-2 wurden im Jahr 2005 (Bulgarien: 12.467; Rumänien: 3.838) kurz vor der Aufnahme der beiden Staaten in die EU verzeichnet. Anschließend verteilten sich die aus den EU-2 stammenden Studierenden vermehrt auch auf andere Länder Europas. Im Wintersemester 2012/2013 wurden 3.105 Studenten aus Rumänien und 6.764 bulgarische Studierende registriert (Wissenschaft weltoffen 2014).

Abbildung 5-11: Studierende (Bildungsausländer) aus den EU-2 Ländern in Deutschland, 2000 bis 2012

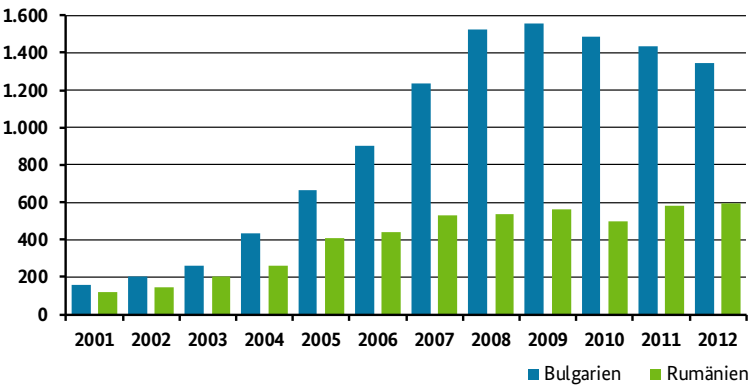


Quelle: Wissenschaft weltoffen (2013, 2014), jeweils Wintersemester.

Eine entsprechend zeitlich versetzte Entwicklung ist auch bei den Absolventenzahlen zu beobachten. Beendeten im Jahr 2001 lediglich 158 bulgarische und 116 rumänische Staatsangehörige ihr Studium in Deutschland mit einem Abschluss, so stiegen die Werte in den Folgejahren deutlich an (vgl. Abb. 5-12). Im Jahr 2009 wurde das bisherige Maximum an Hochschulabsolventen aus den EU-2 Staaten registriert. So beendeten 1.557 bulgarische und 559 rumänische Staatsangehörige ihr Studium in Deutschland erfolgreich. In den Folgejahren sanken die Werte leicht bei Bulgaren auf 1.346, während bei Rumänen die Absolventenzahlen leicht anstiegen (2012: 597).

62 Personen mit im Ausland erworbener Hochschulzugangsberechtigung.

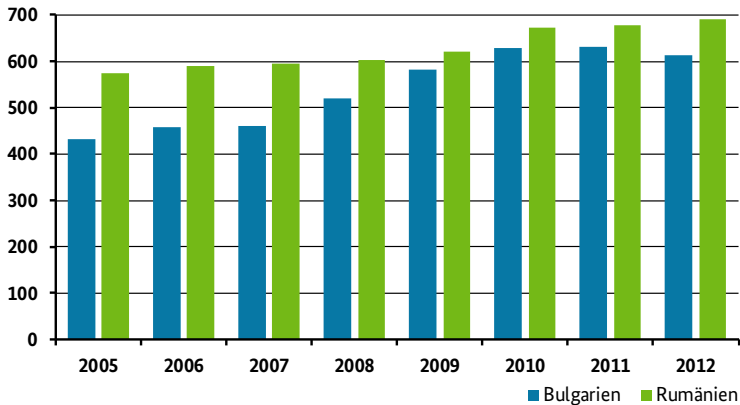
Abbildung 5-12: Absolventen (Bildungsausländer) aus den EU-2 Ländern in Deutschland, 2001 bis 2012



Quelle: Wissenschaft weltoffen (2013, 2014).

Auch die Anzahl an ausländischen Wissenschaftlern aus den EU-2 Staaten an deutschen Universitäten erhöhte sich seit 2005 kontinuierlich. Waren im Jahr 2005 noch 432 bulgarische und 574 rumänische Wissenschaftler in Deutschland beschäftigt, so lag deren Anzahl sieben Jahre später (2012) bei 612 bzw. 690 (vgl. Abb. 5-13).

Abbildung 5-13: Wissenschaftliches Personal aus den EU-2 Ländern in Deutschland, 2005 bis 2012



Quelle: Wissenschaft weltoffen (2013, 2014).

Ein großer Teil des wissenschaftlichen Personals befindet sich im Rahmen eines temporären Wissenschaftsaustauschs in Deutschland. Im Jahr 2012 waren von 612 bulgarischen Wissenschaftlern die meisten im Bereich Humanmedizin/Gesundheitswissenschaften (150) tätig, gefolgt von Ingenieurwissenschaften (119) und Mathematik/Naturwissenschaften (118). Die insgesamt 690 Wissenschaftler aus Rumänien verteilten sich im Jahr 2012 ähnlich: Mathematik und Naturwissenschaften (231), Humanmedizin/Gesundheitswissenschaften (152) sowie Ingenieurwissenschaften (111) (Wissenschaft weltoffen 2014).



6 Veränderte Migrationsströme infolge der Wirtschaftskrise

Nachdem in Kapitel 3 bereits die Wanderungsbewegungen u.a. aus den EU-2 Staaten dargestellt, in Kapitel 4 die dortige, weiterhin wirtschaftlich prekäre Ausgangssituation erörtert und in Kapitel 5 die Charakteristika der EU-2 Zuwanderer in ihren Zielländern analysiert wurden, stellt sich die Frage nach den weiteren Entwicklungen der Migration. Die Migrationsprozesse wurden bereits in den vergangenen fünf Jahren wesentlich durch die europäische Wirtschafts- und Finanzkrise geprägt und die wirtschaftlichen Faktoren, neben den Bedingungen der Arbeitnehmerfreizügigkeit, spielen auch weiterhin eine große Rolle. Somit werden nachfolgend die Auswirkungen der Wirtschaftskrise erläutert und Gemeinsamkeiten und Unterschiede in den Hauptzielländern herausgearbeitet.

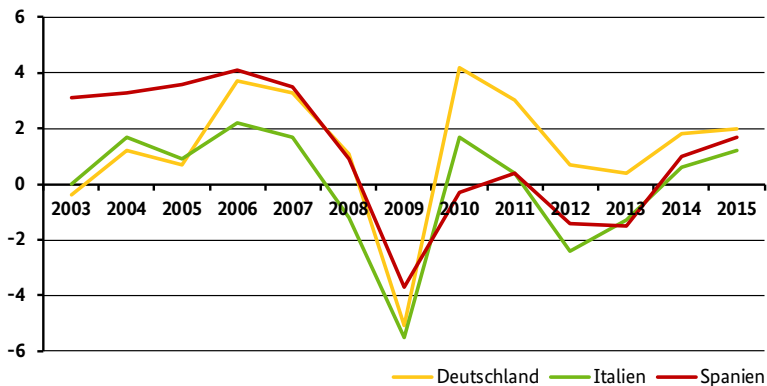
Aufgrund einer (im Kapitel 6.1 zu analysierenden) schlechteren wirtschaftlichen Lage Spaniens und Italiens wäre zu erwarten, dass sich die Migration in diese Länder abschwächen und stattdessen in Richtung des robusten Arbeitsmarktes in Deutschland verstärken wird. In der Forschungslandschaft wurden diese Entwicklungen bereits erkannt und diskutiert (bspw. Bertoli et al. 2013). So stellen die divergierenden wirtschaftlichen Entwicklungen in Europa eine wesentliche Ursache der temporären Umlenkung von Arbeitsmigrationsströmen innerhalb der EU – insbesondere in Richtung Deutschland – dar. In diesem Zusammenhang wurde ebenfalls vermutet, dass krisenbedingte Neuausrichtungen von Wanderungsbewegungen von den wirtschaftlichen Bedingungen in den Zielländern bestimmt werden. Inwieweit diese Annahme von aktuellen Migrationsdaten gestützt wird, wird in Kapitel 6.2 erörtert. Aus den dargestellten Wanderungsbewegungen im Rahmen der EU-Freizügigkeit sowie den veränderten Wirtschaftslagen in den Zielländern werden schließlich weitergehende Annahmen hinsichtlich des zukünftigen Migrationspotenzials der EU-2 Staatsangehörigen getroffen.

6.1 Neue Rahmenbedingungen in den Hauptzielländern

Während die Wirtschaft Deutschlands aufgrund ihrer hohen Exporttätigkeit innerhalb und außerhalb der EU sowie einer robusten Binnennachfrage nur im Jahr 2009 deutlich einbrach und sich anschließend rasch wieder stabilisierte, haben sich die beiden südeuropäischen Länder deutlich krisenanfälliger gezeigt.

Ein weiterer Unterschied zu diesen Staaten besteht in der Stärke des deutschen Arbeitsmarktes infolge von arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen und in der temporären Zahlung von Kurzarbeitergeld in Teilen der Industrie. Neben letzterem Instrument trug auch das Wissen der Unternehmen um die demografische Alterung und den branchenspezifischen Fachkräftebedarf dazu bei, dass die Arbeitslosenzahlen infolge der Krise in Deutschland nicht deutlich angestiegen sind (Möller 2010). So konnten typische Krisenreaktionen, wie bspw. Massenentlassungen, vermieden werden.

Abbildung 6-1: Wachstumsraten des BIP in Deutschland, Italien und Spanien, 2003 bis 2015



Angaben in Prozent zum Vorjahr.

Quelle: Eurostat 2014b (prognostizierte Werte für 2014 und 2015).

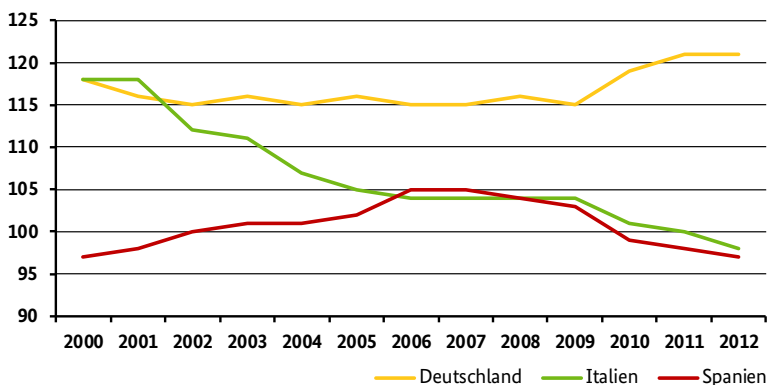
Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) **Deutschlands** betrug im Jahr 2013 knapp 2.737 Milliarden Euro. Eurostat (2014b) prognostiziert für 2014 einen fortlaufenden Anstieg. Nachdem Deutschland bereits 2003 eine leichte Rezession (-0,4 % Wirtschaftswachstum) erlebt hatte, war der Einbruch mit -5,1 % im Krisenjahr 2009 weitaus stärker. Die konjunkturelle Gegenbewe-

gung in den beiden Folgejahren mit +3 bis +4 % Wachstum schwächte sich im Jahr 2013 auf 0,4 % ab (vgl. Abb. 6-1).

Italien verfügte im Jahr 2013 über ein BIP von knapp 1.560 Milliarden Euro. Das Land befand sich schon 2008 in einer leichten (-1,2 %) und 2009 in einer schweren Rezession (-5,5 %) mit sinkenden Wachstumsraten. 2010 und 2011 betrug das Wirtschaftswachstum rund +1 bis +2 % pro Jahr (vgl. Abb. 6-1). Nach dieser leichten konjunkturellen Erholung sank es ab 2012 erneut in eine Rezession (2013: -1,9 %). Auf einem insgesamt niedrigeren Niveau erwartet Eurostat für 2014 wieder positive Wachstumsraten für Italien.

Demgegenüber belief sich das BIP **Spaniens** im Jahr 2013 auf etwas über 1.023 Milliarden Euro. Vor der Wirtschaftskrise verzeichnete das Land Wachstumsraten von +3 bis +4 % pro Jahr. Waren es 2008 noch etwa 1 % Wachstum, sank das Land 2009 in eine Rezession (-3,7 %), die geringer ausfiel als in Deutschland oder Italien (vgl. Abb. 6-1). Nach einer leichten konjunkturellen Erholung in 2011 (0,4 %), verzeichnete Spanien ab 2012, wie Italien auch, erneut eine negative Wachstumsrate (2013: -1,2 %). Die Prognose von Eurostat deutet erstmals wieder auf eine positive Wachstumsrate des BIP im Jahr 2014 hin.

In Deutschland lag das BIP pro Kopf, ausgewiesen in Kaufkraftstandards, im Jahr 2012 bei 31.500 Euro (Italien: 25.600 Euro; Spanien: 24.400 Euro). In der Entwicklung des BIP pro Kopf (EU-27=100) erreichte Deutschland deutlich höhere Werte als Italien und Spanien (vgl. Abb. 6-2). Die Wirtschaftsleistung Deutschlands und Italiens war um die Jahrtausendwende auf gleichem Niveau, hat im Zeitablauf in Italien aber abgenommen und in Spanien, indiziert durch den Boom im Immobiliensektor, bis 2006 zugenommen und fiel anschließend bis 2012 wieder auf den Stand des Jahres 2000. Es zeigt sich deutlich, dass ab 2009 die Entwicklungen Deutschlands und die der südeuropäischen Länder gegenläufig waren.

Abbildung 6-2: Entwicklung des BIP pro Kopf in den Zielländern, 2000 bis 2012

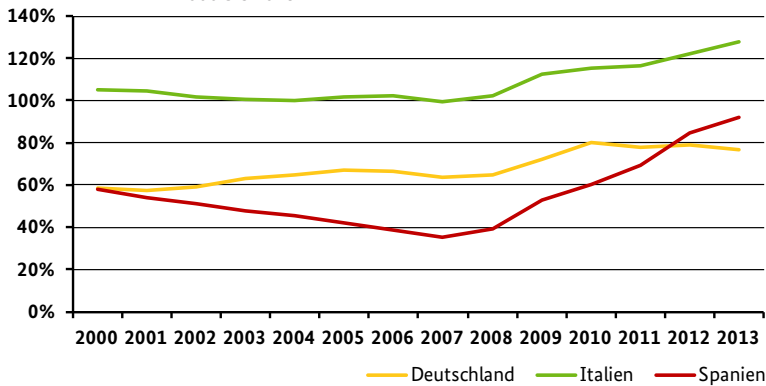
Quelle: Eurostat 2014k; BIP pro Kopf in Kaufkraftstandards (EU-27=100).

Hinsichtlich der durchschnittlichen Bruttostundenlöhne weist Eurostat für Deutschland in 2010 15,40 Euro aus, verglichen dazu für Italien 11,90 Euro und für Spanien 9,40 Euro, wobei Männer in allen Ländern durchschnittlich mehr verdienen als Frauen. Nur in Spanien gibt es einen gesetzlich festgelegten monatlichen Bruttomindestlohn in Höhe von 752,85 Euro (Eurostat 2014c).

Eine geringe öffentliche Verschuldung ist ein Indikator für eine hohe Leistungsfähigkeit eines Staates. Je höher der Schuldenstand ist, desto geringer sind die fiskalischen Handlungsspielräume.⁶³ In Deutschland betrug die Staatsverschuldung im Jahr 2013 76,9 % des jährlichen BIP, nachdem sie seit 2007 (63,5 %) krisenbedingt angestiegen ist (vgl. Abb. 6-3). Italien hat eine traditionell hohe Staatsverschuldung, welche seit 2007 (99,7 %) noch zugenommen hat und 2013 bei 127,9 % des jährlichen BIP lag. Mit einer öffentlichen Verschuldung von 92,1 % befindet sich Spanien (2013) oberhalb des Niveaus Deutschlands. Allerdings hat sich der Schuldenstand Spaniens krisenbedingt seit 2007 (35,5 %) fast verdreifacht.

⁶³ Eine hohe Verschuldung führt dazu, dass ein Großteil der Staatsausgaben für den internationalen Schuldendienst und z.B. weniger für die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit verwendet werden kann. Die Folge sind Einsparungen im öffentlichen Sektor, wie beispielsweise Absenkungen der Lehrergehälter in den Krisenländern (vgl. OECD 2013b).

Abbildung 6-3: Öffentlicher Schuldenstand als Anteil des BIP der Zielländer, 2000 bis 2013



Quelle: Eurostat 2014d.

In **Deutschland** gab es im Jahr 2013 etwa 42 Millionen Erwerbstätige. Durch die zunehmende Erwerbsbeteiligung von Frauen sowie Älteren und aufgrund der Zuwanderung steigt das Erwerbspersonenpotenzial zunächst an.⁶⁴ Projektionen bis zum Jahr 2035 zeigen jedoch ein Absinken des Erwerbspersonenpotenzials um etwa 5,4 bis 7,3 Millionen Personen, insbesondere aus demografischen Gründen (Brücker et al. 2013b).⁶⁵

Die Entwicklung in der Beschäftigung ist positiv. Der Arbeitsmarkt ist in so guter Verfassung wie letztmals im Beobachtungszeitraum Anfang der 1990er Jahre. Die Erwerbstätigenquote in Deutschland betrug im Jahr 2013 gemäß Eurostat 77,1 % und lag somit oberhalb des Durchschnitts der EU-27 Staaten (68,5 %). Bei Männern betrug die Quote 81,9 %, bei Frauen 72,3 %. Dies sind ebenfalls Höchstwerte. Nachdem es im Krisenjahr 2008/2009 bei den Männern in Deutschland einen leichten Rückgang gegeben hatte, wurde dieser in den Folgejahren wieder ausgeglichen. Bei den Frauen war kein Rückgang der Erwerbstätigenquoten zu beobachten (Eurostat 2014f.).

64 Hinsichtlich der Beschäftigungsneigung von Frauen und älteren Arbeitskräften vgl. Humpert/Pfeifer (2013); Humpert (2013).

65 Unter Annahme steigender Erwerbsbeteiligung und Nettozuzügen von 100.000 bzw. 200.000 Personen jährlich.

Italien hatte im Jahr 2013 eine Erwerbstätigenquote von 59,8 %, deutlich unterhalb des EU-Durchschnitts. Die Erwerbstätigkeit sank seit dem Krisenjahr 2008 (63 %) fast kontinuierlich, wobei bei Männern der Abschwung noch deutlicher war. Die Quote der Frauenerwerbstätigkeit ist in Südeuropa traditionell geringer. In den letzten zwanzig Jahren gab es 2008 einen Höhepunkt von 50,6 %, welcher nach einem Rückgang in den Folgejahren im Jahr 2013 (49,9 %) fast wieder erreicht wurde (Eurostat 2014f.).

Auch in **Spanien** wurde ein Rückgang der Erwerbstätigkeit (Eurostat 2014f.) seit dem Jahr 2007 (69,5 %) festgestellt. Im Jahr 2013 lag die Erwerbstätigenquote nur noch bei 58,2 %. Bei den Männern zeigt sich die abnehmende Tendenz wiederum deutlicher als bei den Frauen (2007: 80,7 %; 2013: 63,3 %). Die Frauenerwerbstätigkeit in Spanien betrug im Jahr 2013 noch 53,1 %, diese ist ebenfalls seit 2008 (58,3 %) kontinuierlich zurückgegangen.

Die Schwankungen der Erwerbstätigenquote sind dabei zusammen mit dem Verlauf der Arbeitslosigkeit zu betrachten. In **Deutschland** befindet sich die Arbeitslosigkeit aktuell auf sehr niedrigem Niveau (vgl. Abb. 6-4), in einzelnen Gebieten herrscht de facto Vollbeschäftigung. Nach einem zwischenzeitlichen Höhepunkt im Jahr 2005 (11,3 %) sank sie auch in Zeiten der Wirtschaftskrise⁶⁶ und betrug im Jahresdurchschnitt 2013 etwa 5,3 %. Der von der Bundesagentur für Arbeit ausgewiesene Wert für April 2014 betrug 6,8 % (Bundesagentur für Arbeit 2014c) (bzw. 5,2 % nach Eurostat-Berechnungen).

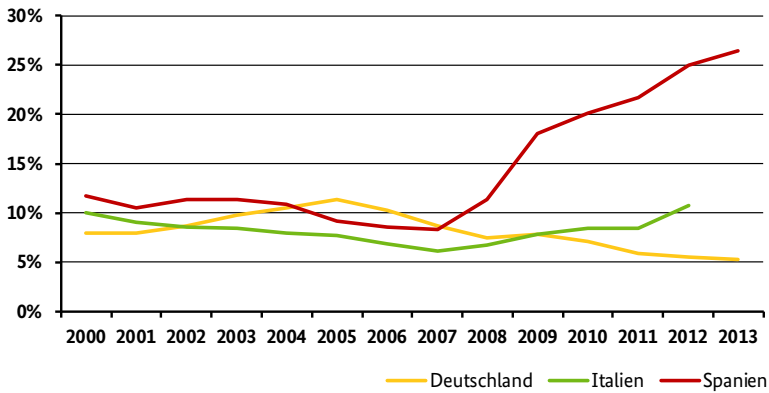
Die Situation stellt sich in den südeuropäischen Ländern anders dar. Die Arbeitslosenquote **Italiens** lag im Jahresmittel 2013 gemäß Eurostat bei 12,2 % und betrug im April 2014 saisonbereinigt 12,6 %. Sie stieg krisenbedingt seit 2007 (6,1 %) spürbar an.

Die Arbeitslosigkeit hat in **Spanien** in Folge der Wirtschaftskrise einen noch gravierenderen Anstieg erfahren als in Italien.⁶⁷ So verdreifachte sich die Arbeitslosenquote von 8,3 % im Jahr 2007 auf 26,1 % im Jahresdurchschnitt 2013. Der Wert für April 2014 lag saisonbereinigt bei 25,1 %.

66 Dies ist u.a. ein Effekt der arbeitsmarktpolitischen Reformen der Jahre 2003 bis 2005 (vgl. Klinger et al. 2013).

67 Ein Teil des Anstiegs der Arbeitslosigkeit ist auch der Bewältigung der Wirtschafts- und Finanzkrise geschuldet. So unterliegen viele südeuropäische Staaten der Haushaltskonsolidierung, u.a. mit der Folge eines Abbaus der Beschäftigten im öffentlichen Sektor (vgl. Monastiriotis et al. 2013).

Abbildung 6-4: Arbeitslosenquoten in den Zielländern, 2000 bis 2013



Quelle: Eurostat 2014g.

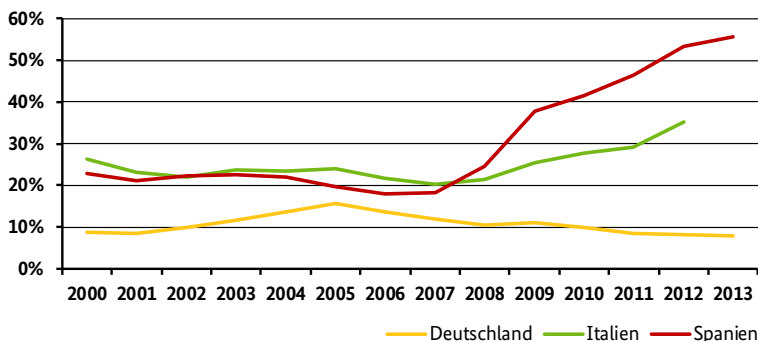
Eng verbunden mit der gesamten Arbeitslosigkeit ist Jugendarbeitslosigkeit.⁶⁸ In **Deutschland** ist die Quote zwar von 2008 (10,6 %) auf 2009 (11,2 %) leicht angestiegen, verringerte sich aber seitdem wieder (2013: 7,9 %) (vgl. Abb. 6-5). Der aktuelle Wert gemäß Eurostat-Definition betrug im April 2014 ebenfalls 7,9 %.

In **Italien** stieg hingegen die Quote seit 2007 (20,3 %) kontinuierlich an auf 40,0 % im Jahr 2013.⁶⁹ Die jüngsten Werte für April 2014 zeigen einen weiteren Anstieg auf 43,3 %.

Wie bei der Arbeitslosenquote insgesamt war **Spanien** wiederum stärker betroffen als Italien. Von Arbeitslosigkeit war im Jahr 2013 mehr als die Hälfte der Jugendlichen betroffen (55,5 %), dies stellt eine Verdreifachung seit 2007 (17,9 %) dar. Auch hier sind die neuesten Werte (April 2014) mit 53,5 % weiterhin sehr hoch. Die Auswirkungen der Wirtschafts- und Finanzkrise auf den spanischen Arbeitsmarkt scheinen damit noch stärker als in Italien zu sein.

68 Diese misst den Anteil der arbeitslos gemeldeten Personen unter 25 Jahren an allen Erwerbspersonen dieses Alters.

69 In diesem Zusammenhang wurde in der Presse bereits von einer „verlorenen Generation“ südeuropäischer Jugendlicher gesprochen (vgl. Die Welt 2011; Die Zeit 2012).

Abbildung 6-5: Jugendarbeitslosigkeit in den Zielländern, 2000 bis 2013

Quelle: Eurostat 2014h.

Entsprechend der makroökonomischen Indikatoren unterscheiden sich gemäß einer Befragung durch Eurobarometer⁷⁰ (2013) die Einschätzungen bezüglich der Lage der jeweiligen nationalen Volkswirtschaft zwischen Deutschland und den beiden betrachteten südeuropäischen Ländern deutlich. Für Deutschland wird im Mai 2013 sowohl die Wirtschaftslage (68 %) als auch die Arbeitsmarktlage (54 %) mehrheitlich als gut angesehen (vgl. Tab. 6-1). Dies deckt sich auch mit der Wahrnehmung der eigenen beruflichen Situation. Auch diese wird mehrheitlich als ziemlich gut (50 %) oder sehr gut (21 %) beschrieben. In Spanien (75 %) und Italien (50 %) wird die Lage der eigenen Wirtschaft dagegen als sehr schlecht wahrgenommen. Noch deutlicher zeigt sich dies an der Wahrnehmung des jeweils inländischen Arbeitsmarktes. In Spanien bewerten 86 % und in Italien 61 % dessen Lage als sehr schlecht. Interessant ist, dass sich hier die Wahrnehmung der eigenen beruflichen Lage von derjenigen des nationalen makroökonomischen Umfelds unterscheidet. Diese wird mehrheitlich als positiv beschrieben. So bewerten 32 % der Spanier und 44 % der Italiener die eigene berufliche Lage als ziemlich gut.

70 Das Eurobarometer ist ein Befragungsinstrument der EU-Kommission zur Lage in den Mitgliedstaaten.

Tabelle 6-1: Wahrgenommene Wirtschafts- und Berufslage in Deutschland, Spanien und Italien, 2013

		sehr gut	ziemlich gut	ziemlich schlecht	sehr schlecht	weder noch
Lage der nationalen Wirtschaft	Deutschland	9	68	19	2	2
	Spanien	0	1	24	75	0
	Italien	1	6	43	50	0
Lage auf dem nationalen Arbeitsmarkt	Deutschland	6	54	32	6	2
	Spanien	0	2	12	86	0
	Italien	1	5	33	61	0
Eigene berufliche Lage	Deutschland	21	50	10	4	15
	Spanien	6	32	22	22	18
	Italien	3	44	29	16	8

Angaben in Prozent.
Quelle: Eurobarometer 2013.

Im Ranking der ökonomischen Wettbewerbsfähigkeit von 148 Nationen liegt Deutschland auf dem 4. Platz (Global Competitiveness Report 2013-2014), nach Platz 6 in den Vorjahren. Es werden insbesondere die Qualität der Infrastruktureinrichtungen, der Bereich Bildung und Weiterbildung, die innovative Firmentätigkeit sowie die daraus resultierende hohe Verflechtung in den internationalen Warenaustausch gelobt. Ein im internationalen Vergleich stark regulierter Arbeitsmarkt wird dagegen als Wettbewerbshemmnis angesehen.

Trotz der Wirtschafts- und Finanzkrise verfügt Spanien über eine konstant gute Wettbewerbsfähigkeit und steht in dieser Untersuchung auf dem 35. Platz, nahezu unverändert im Vergleich zu den Vorjahren. Als positiv werden insbesondere die Qualität und Ausstattung der Infrastruktureinrichtungen, der Bereich Bildung und Weiterbildung sowie die Einbindung in den internationalen Warenaustausch bewertet. Negative Punkte stellen die makroökonomische Situation sowie die Rigiditäten des Arbeitsmarktes dar.

Italien hingegen liegt in dieser Analyse auf dem 49. Platz, nach Platz 42 und 43 in den Vorjahren. Als positiv werden eine weiterhin moderne und innovative Firmentätigkeit bewertet. Kritisiert werden u.a. die Hemmnisse

auf dem Finanz- und Arbeitsmarkt infolge der makroökonomischen Entwicklung und institutionelle Defizite (World Economic Forum 2012, 2013). In der Betrachtung des Human Development Index, als Maß der menschlichen Entwicklung, gehören Deutschland (Platz 5), Spanien (Platz 23) und Italien (Platz 25) zu den 47 Staaten der Welt mit einer sehr hohen menschlichen Entwicklung (UNDP 2013).

Der Anteil an Personen in Deutschland, die von Armut oder sozialer Ausgrenzung betroffen waren, lag im Zeitraum 2004 bis 2012 bei rund 18 bis 20 % (vgl. Tab. 6-2). Hier lässt sich ebenfalls kein Kriseneffekt nachweisen. In Italien zeigt sich hingegen ein leichter Anstieg dieses Anteils von 25,3 % in 2008 auf zuletzt 28,4 % in 2013. Wie die Arbeitslosigkeit, so stieg auch der Anteil der von Armut oder sozialer Ausgrenzung bedrohten Bevölkerung in Spanien am vergleichsweise deutlichsten an, von 22,9 % (2008) auf 27,3 % (2013). In beiden Ländern wurden die Höhepunkte im Jahr 2012 erreicht.

Tabelle 6-2: Von Armut oder sozialer Ausgrenzung bedrohte Personen in Deutschland, Spanien und Italien, 2004 bis 2013

	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013
Deutschland	/	18,4	20,2	20,6	20,1	20,0	19,7	19,9	19,6	/
Spanien	24,4	23,4	23,3	23,1	22,9	23,4	25,5	27,0	28,2	27,3
Italien	26,4	25,0	25,9	26,0	25,3	24,7	24,5	28,2	29,9	28,4

Angaben in Prozent.
Quelle: Eurostat 2014e.

6.2 Mögliche Auswirkungen der veränderten ökonomischen Bedingungen auf das Migrationsgeschehen

Vor dem Hintergrund der erheblichen Auswirkungen der Wirtschafts- und Finanzkrise auf die Arbeitsmärkte der südeuropäischen Staaten stellt sich Frage, inwieweit diese auch die Migrationsströme von bulgarischen und rumänischen Staatsangehörigen in ihre und aus ihren bisherigen Hauptzielländern Italien und Spanien beeinflussen werden. Daher wird im Folgenden gezeigt, wie sich die verschiedenen Entwicklungen überlappen und von welchen vornehmlich ökonomischen Faktoren die Migrationsströme abhängen. Dabei wird neben der allgemeinen Wirtschaftslage ebenso auf branchenspezifische Arbeitsmarktsituationen, Freizügigkeits-

und Beschäftigungsregelungen, Anpassungs- und Ausweichmöglichkeiten, die wirtschaftliche Entwicklung im Herkunftsland sowie in alternativen Zielländern eingegangen.

Aufgrund des robusten deutschen Arbeitsmarktes wird angenommen, dass sowohl Italiener und Spanier selbst als auch ein Teil der zunächst nach Südeuropa migrierten Bulgaren und Rumänen sich für die Migration nach Deutschland entscheiden, anstatt im Herkunftsland zu bleiben bzw. dorthin zurückzukehren. Bertoli et al. (2013) zeigen dazu, dass die ökonomische Situation in den Heimatländern – hier sind insbesondere Bulgarien und Rumänien zu nennen – einen vergleichsweise geringen Einfluss auf die Wahl des Ziellandes hat und stattdessen die am Zuwanderungsort erwartete ökonomische Lage deutlicher die Ziellandswahl determiniert.

6.2.1 Arbeitslosigkeit und branchenspezifischer Arbeitskräftebedarf

In einer Studie zu den Auswirkungen der Wirtschaftskrise zeigt sich, dass sich bereits zur Jahresmitte 2007 die Arbeitslosenquote spanischer Erwerbstätiger infolge auslaufender und nicht verlängerter Arbeitsverträge bzw. aufgrund der Beendigung laufender Verträge erhöhte. Die Arbeitslosigkeit der zugewanderten Erwerbsbevölkerung ist dagegen erst zur Jahresmitte 2008 deutlich angestiegen. So war bei Zuwanderern in Spanien der Anstieg der Arbeitslosigkeit verzögert zu beobachten im Vergleich zu einheimischen Erwerbstätigen (Éltető 2011). Allerdings waren trotz steigender Arbeitslosigkeit zunächst keine Abschwächung der Zuwanderungsströme und kein Anstieg der Rückwanderungen zu beobachten.

Der schwerwiegende Einschnitt des Krisenjahres 2009 auf die Arbeitslosigkeit zeigte sich später. So waren im Jahr 2010 mehr als 15 % der Spanier und fast 30 % der Ausländer von Arbeitslosigkeit betroffen. Die Wirtschaftskrise schwächte den Zuzug aus dem Ausland ab, vor allem ab dem Jahr 2008 mit dem Einsetzen der Krise im Bausektor und einhergehender deutlich erhöhter Arbeitslosigkeit. Der Boom im spanischen Bausektor und bei den damit verbundenen Immobilien-Dienstleistungen hatte zu Beginn des Jahrtausends noch zu einem starken Nettozuzug von Ausländern nach Spanien und zu einem Anstieg der ausländischen Beschäftigten um 39 % im Zeitraum von 1998 bis 2007 (in Deutschland: 14 %) geführt, sodass sich die Anzahl der ausländischen Personen in Spanien dem Niveau von Deutschland annäherte, bei einer etwa halb so großen Gesamtbevölkerung (Godenau et al. 2012). Der Rückgang der Bautätigkeit in Spanien

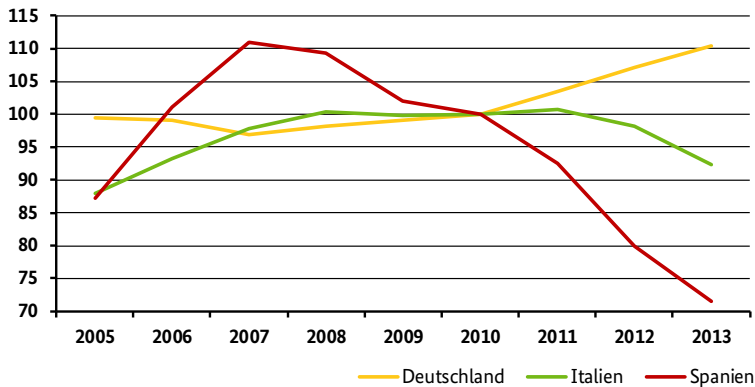
hat das Land insbesondere für geringqualifizierte Arbeitskräfte aus Rumänien weniger attraktiv gemacht (Aceleanu 2013). Infolgedessen verringerten sich auch die finanziellen Transfers in die jeweiligen Heimatländer (Éltető 2011).

Trotz sich verringernder Rücküberweisungssummen wird Italien mittelfristig aufgrund der ökonomischen Perspektiven ein attraktives Zielland für Zuwanderung bleiben (Pastore/Villosio 2012). Insgesamt gesehen ist infolge der gravierenden Auswirkungen der Krise die Integration von Zugewanderten und Neuzuwanderern in Italien schwieriger geworden. In längerfristiger Perspektive wird allerdings kein Beschäftigungshemmnis für Migranten erwartet, da Tätigkeiten, die bisher zumeist von Zuwanderern durchgeführt wurden, wie in der Bauwirtschaft oder der Pflege, auch zukünftig weiter von ihnen übernommen werden. Es ist daher anzunehmen, dass die Sektoren, in denen hohe Anteile geringqualifizierter Arbeitskräfte nachgefragt werden, weiterhin einen Teil der Zuwanderer absorbieren werden (Ambrosini 2013).

Als ein Indikator der zunehmenden Rück- bzw. Weiterwanderung infolge der Krise können die Immobilienkäufe ausländischer Personen herangezogen werden (Pastore/Villosio 2012). Wurden im Jahr 2004 noch 110.000 Immobilien von Ausländern in Italien erworben, waren es 2007 bereits 135.000 Immobilien. Die Zahl verringerte sich im Jahr 2010 jedoch auf 53.000. Damit korrespondiert die Entwicklung des Hauspreisindex (2010 = 100 %), wobei die besondere Boom- und Krisensituation des spanischen Bausektors deutlich zu erkennen ist, die in Italien und Deutschland so nicht stattgefunden hat (vgl. Abb. 6-6).⁷¹

71 Gonzalez und Ortega (2013) zeigen, dass die hohe Zuwanderung nach Spanien in den 2000er Jahren sowohl die Immobilienpreise als auch die Anzahl der Neubauten beeinflusst hat.

Abbildung 6-6: Preisentwicklung privater Wohngebäude in den Zielländern, 2005 bis 2013



Quelle: Eurostat 2014j (Index: 2010=100).

6.2.2 Abgeschwächte Zuwanderung aus den EU-2 Staaten nach Italien und Spanien

Eine Auswertung der Wanderungszahlen verdeutlicht, dass im Jahr 2009 der Wanderungssaldo von bulgarischen Personen in **Spanien** mit +4.720 deutlich positiv war. Bis zum Jahr 2011 verringerte sich der Saldo auf +1.851 Personen. Die Werte für 2012 zeigen anhand der nationalen Statistikdaten bereits einen negativen Wanderungssaldo (-4.847) zwischen den Ländern (vgl. Tab. 6-3). Der Saldo rumänischer Personen in Spanien betrug 2009 noch +26.539 Personen, verringerte sich in den Folgejahren jedoch stetig auf +7.045 Personen (2011) und wies 2012 anhand nationaler Daten bereits -34.182 Personen auf, wobei Männer einen deutlich negativeren Saldo haben. Die beobachtete Verschiebung im Geschlechterverhältnis ist vermutlich krisenbedingt. Während es für Männer tendenziell schwieriger wird, in traditionellen Männerberufen, insbesondere im Bausektor, Arbeit zu finden, bleibt die Nachfrage für traditionell von Frauen ausgeübte Berufe, wie in haushaltsnahen Dienstleistungen der Pflege, trotz Krise weiterhin bestehen.

In **Italien** ist der Rückgang der Wanderungssalden von rumänischen und bulgarischen Staatsangehörigen nicht so deutlich festzustellen, allerdings gibt es Parallelen hinsichtlich der zunehmenden Anteile von Frauen. Der Saldo verringerte sich von +5.604 bulgarischen Personen im Jahr 2009 auf +4.700 im Jahr 2011. Im selben Zeitraum verringerte sich die Wanderungsbilanz rumänischer Staatsangehöriger von +95.673 auf +82.403 (vgl. Tab. 6-3).

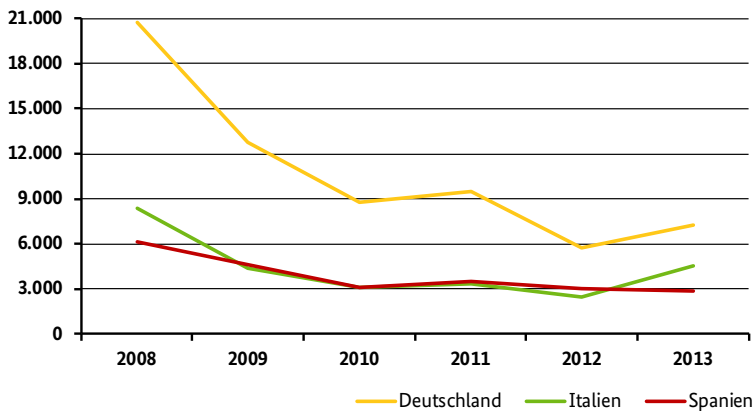
Tabelle 6-3: Wanderungssalden von Bulgaren und Rumänen in Spanien und Italien, 2009 bis 2012

		Bulgaren		Rumänen	
		Spanien	Italien	Spanien	Italien
2009	Insgesamt	4.720	5.604	26.539	95.673
	Männer	1.989	1.714	9.098	38.259
	Frauen	2.731	3.890	17.441	57.414
2010	Insgesamt	3.666	5.429	27.626	84.628
	Männer	1461	1.856	10.614	32.945
	Frauen	2205	3.573	17.012	51.683
2011	Insgesamt	1.851	4.700	7.045	82.403
	Männer	392	1.707	-757	33.139
	Frauen	1.459	2.993	7.802	49.264
2012	Insgesamt	-4.847	/	-34.182	/
	Männer	-3.304	/	-22.263	/
	Frauen	-1.543	/	-11.919	/

Quelle: Eurostat 2014a; INE 2013 (nationale Werte 2012 für Spanien).

Auch bei kürzeren Aufenthalten ist ein Rückgang seitens der EU-2 Staatsangehörigen festzustellen. So nehmen seit 2008 Geschäftsreisen bulgarischer Staatsangehöriger in die Zielländer Deutschland, Spanien und Italien ab, am stärksten bis 2010. Seit 2012 nehmen Geschäftsreisen nach Deutschland und Italien auf einem insgesamt niedrigeren Niveau wieder zu, während sie nach Spanien weiter abnehmen (vgl. Abb. 6-7).

Abbildung 6-7: Auslandsaufenthalte von Bulgaren mit geschäftlichem Zweck in den Zielländern, 2008 bis 2013



Quelle: NSI 2013a (jeweils zum 01.06. eines Jahres).

Insgesamt zeigt sich seit dem Jahr 2008 ein deutlicher Rückgang der Fortzüge aus Bulgarien und Rumänien nach Italien und Spanien. Dieser ist jedoch nicht unbedingt die Folge einer steigenden Attraktivität der Lebensverhältnisse in Bulgarien und Rumänien, sondern tendenziell der Krise in den Zielländern wie Italien und Spanien geschuldet (Soltész 2013).

6.2.3 Abwanderung aus Italien und Spanien sowie Zuwanderung nach Deutschland

Aufgrund der unterschiedlichen wirtschaftlichen Lage in den südeuropäischen Staaten bzw. in Deutschland wurde bereits vermutet, dass sich die Zuwanderung aus Italien und Spanien in die Bundesrepublik – sowohl von den Staatsangehörigen Südeuropas als auch von den bislang dort aufhaltigen Migranten – verstärkt. Mittels Wanderungsstatistik des Statistischen Bundesamtes, die zwischen Staatsangehörigkeit und Herkunftsland unterscheidet, werden die vermuteten Umlenkungsprozesse im Folgenden überprüft.

Es zeigt sich, dass das Wanderungsgeschehen insgesamt zunimmt und von Männern dominiert wird, sowohl bei den EU-2 Bürgern als auch bei Migranten aus den südeuropäischen Krisenländern (vgl. Tab. 6-4 und Kap.

3.2). Die jeweiligen Entwicklungen der Wanderungssalden ähneln sich bei Zuwanderern aus Bulgarien und Rumänien, unterscheiden sich jedoch für Italien und Spanien hinsichtlich der Gesamtzuwandererzahl. Auch gibt es vor allem in Spanien einen bedeutenden Anteil von Wanderungen deutscher Staatsangehöriger (v.a. Ruhesitzzuwanderung im Alter ab 60 Jahren, BAMF 2013a: 119).

Tabelle 6-4: Wanderungssalden Deutschlands gegenüber den Herkunftsländern (inkl. bzw. ohne deutsche Staatsangehörige), 2009 bis 2013

		Bulgarien	Rumänien	Spanien	Italien
2009	Insgesamt	8.950	12.277	1.341	-3.500
	Männer	4.970	6.156	1.329	-1.956
	Frauen	3.980	6.121	12	-1.544
	Insgesamt ohne Deutsche	8.954	12.431	929	-3.039
2010	Insgesamt	15.602	25.717	5.472	2.920
	Männer	9.425	15.253	3.214	2.122
	Frauen	6.177	10.464	2.258	798
	Insgesamt ohne Deutsche	15.573	25.621	4.241	3.058
2011	Insgesamt	22.190	36.149	12.133	9.706
	Männer	13.393	21.442	7.418	5.992
	Frauen	8.797	14.707	4.715	3.714
	Insgesamt ohne Deutsche	22.159	36.028	11.350	9.779
2012	Insgesamt	25.121	45.812	20.539	21.716
	Männer	14.635	27.432	11.970	13.321
	Frauen	10.486	18.380	8.569	8.395
	Insgesamt ohne Deutsche	25.044	45.684	18.763	21.270
2013	Insgesamt	20.729	49.551	23.795	32.748
	Männer	10.976	28.200	13.370	19.835
	Frauen	9.753	21.351	10.425	12.913
	Insgesamt ohne Deutsche	20.689	49.440	22.162	32.232

Quelle: Statistisches Bundesamt 2014c, Wanderungsstatistik 2013.

Seit 2009 hat sich die Wanderungsbilanz (ohne Deutsche) aus Spanien von 929 Personen auf 22.360 im Jahr 2013 deutlich erhöht. Mit Italien wurde im Jahr 2009 noch ein negativer Wanderungssaldo von -3.039 Personen verzeichnet, welcher sich jedoch umkehrte und im Jahr 2013 zu einem positiven Saldo von 32.232 Personen aus Italien (ohne Deutsche) führte (vgl. Tab. 6-4). Weiterhin ist ersichtlich, dass seit 2009 vermehrt Männer arbeitsmarktbedingt diese Staaten verlassen. Dieser Trend hält auch 2013 an.

Aufgrund des großen Anteils von EU-2 Zuwanderern an allen Ausländern in Italien und Spanien ist anzunehmen, dass diese auch bei den ausländischen Fortzügen aus diesen Ländern einen großen Anteil haben.⁷² Die getrennte Analyse nach Herkunftsland und Staatsangehörigkeit macht deutlich, dass die Wanderungssalden im Jahr 2013 für bulgarische (21.724) und rumänische (52.745) Staatsangehörige etwas höher ausfallen als die gesamte Zuwanderungsbilanz aus diesen Ländern (2013: 20.689 bzw. 49.440) (vgl. Tab. 6-5). Demgegenüber sind in Spanien und Italien die Differenzen zwischen Herkunftsland und Staatsangehörigkeit größer. Im Zeitablauf nehmen besagte Differenzen weiterhin zu, was als Hinweis auf einen Umlenkungseffekt von EU-2 Zuwanderern aus den von der Finanz- und Wirtschaftskrise betroffenen Ländern in die Bundesrepublik verstanden werden kann.⁷³

Wenn man schließlich die Zuwanderung von bulgarischen und rumänischen Staatsangehörigen aus Italien und Spanien nach Deutschland betrachtet, dann zeigt sich für das Jahr 2012, dass in der Wanderungsstatistik 3.214 zugewanderte Staatsangehörige der EU-2 Länder (454 Bulgaren, 2.760 Rumänen) erfasst sind. Im Vergleich zu 2011 (1.740) sind dies 85 % mehr. Davon sind 63 % aus Spanien und 37 % aus Italien gekommen (vgl. Tab. 6-6). Allerdings ist hier eine Untererfassung zu vermuten, da viele ausländische Zugezogene bei ihrer Anmeldung in Deutschland nicht angeben, dass sie direkt aus einem anderen Staat zugewandert sind. Bei fehlenden Angaben zum letzten Wohnort vor der Zuwanderung wird dieser daher oft mit der Staatsangehörigkeit gleichgesetzt.

72 Jedoch kann nicht geschlussfolgert werden, dass es sich bei der Differenz aus Zuwanderern aus Italien bzw. Spanien und den Staatsangehörigen dieser Länder ausschließlich um bulgarische bzw. rumänische Staatsangehörige handelt.

73 Als weitere größere Nationalitätengruppen - neben Bulgaren und Rumänen -, die aus Spanien nach Deutschland ziehen, sind marokkanische und italienische Staatsangehörige zu nennen. Größere Gruppen im Falle Italiens sind ghanaische und indische Staatsangehörige.

Tabelle 6-5: Nettozuwanderungen nach Deutschland differenziert nach Staatsangehörigkeit bzw. Herkunftsland (ohne deutsche Staatsangehörige), 2011 bis 2013

		Bulgarisch	Bulgarien	Differenz	Rumänisch	Rumänien	Differenz
		Insgesamt					
2011	Insgesamt	22.661	22.159	502	37.697	36.028	1.669
	Männer	13.639	/	/	22.262	/	/
	Frauen	9.022	/	/	15.435	/	/
2012	Insgesamt	25.933	25.044	889	48.809	45.684	3.125
	Männer	15.014	/	/	29.051	/	/
	Frauen	10.919	/	/	19.758	/	/
2013	Insgesamt	21.724	20.689	1.035	52.745	49.440	3.305
	Männer	11.462	/	/	29.824	/	/
	Frauen	10.262	/	/	22.921	/	/

		Spanisch	Spanien	Differenz	Italienisch	Italien	Differenz
		Insgesamt					
2011	Insgesamt	8.150	11.350	-3.200	7.254	9.779	-2.525
	Männer	4.572	/	/	4.468	/	/
	Frauen	3.578	/	/	2.786	/	/
2012	Insgesamt	13.744	18.763	-5.019	16.343	21.270	-4.927
	Männer	7.664	/	/	9.918	/	/
	Frauen	6.080	/	/	6.425	/	/
2013	Insgesamt	16.507	22.162	-5.655	23.305	32.232	-8.927
	Männer	9.023	/	/	13.929	/	/
	Frauen	7.484	/	/	9.376	/	/

Quelle: Statistisches Bundesamt 2014c, Wanderungsstatistik 2013.

Tabelle 6-6: Zuzüge von Staatsangehörigen der EU-2-Länder nach Deutschland, nach Staat des vorherigen Aufenthaltes/Wohnsitzes, 2012

	Bulgarisch	Rumänisch	EU-2
Bulgarien	58.067	105	58.172
Rumänien	92	115.166	115.258
Gesamt aus EU-2			173.430
Spanien	344	1.690	2.034
Italien	110	1.070	1.180
Gesamt aus Südeuropa			3.214

Quelle: Statistisches Bundesamt 2014c, Wanderungsstatistik 2012 (eigene Berechnung).

Aufgrund der Datenlage erscheint es insgesamt schwierig, klare Aussagen über Weiterwanderungen von rumänischen und bulgarischen Staatsangehörigen aus den südeuropäischen Krisenländern Spanien und Italien zu quantifizieren. Tendenziell zeigt sich, dass, nachdem insbesondere der spanische Arbeitsmarkt, aber auch zum Teil der italienische aufgrund der Wirtschaftskrise an Attraktivität verloren hat, sich die Migrationsströme in diese Staaten abschwächen und in Richtung Deutschland zunehmen.

6.3 Migrationspotenzial der EU-2 Zuwanderer seit Anfang 2014

Mit der für die EU-2 Staaten seit Januar 2014 EU-weit geltenden Arbeitnehmerfreizügigkeit rückt das Migrationsmotiv „Arbeitssuche“ noch deutlicher in den Vordergrund, da nun die Zuwanderung zur Erwerbstätigkeit unabhängig vom beruflichen Qualifikationsniveau und ggf. vorhandenen Arbeitsangebot möglich ist. Unter den Zuwanderern aus Bulgarien und Rumänien nach Deutschland fanden sich bisher schon zu einem Teil Personen, die Arbeitsplätze mit geringen Qualifikationsvoraussetzungen aufnahmen, insbesondere saisonal benötigte Land- und Bauarbeiter sowie Haushaltshilfen (Ichim 2012: 642). Zum anderen sind unter den Zuwanderern traditionell Hochqualifizierte vertreten, unter den Rumänen auch überdurchschnittlich viele Ärzte. Diese werden nicht nur durch höhere Löhne angezogen, sondern auch aufgrund des dysfunktionalen Gesundheitssystems und dem Mangel an gesellschaftlicher Wertschätzung in ihrer Heimat zum Fortzug bewegt (Ciuperca 2011; Manea 2011; Silasi/Simina 2008).

Insgesamt gesehen ist durch die Einführung der Arbeitnehmerfreizügigkeit für Bulgaren und Rumänen zunächst ein zunehmendes Migrationsgeschehen nach Deutschland zu erwarten, einerseits infolge der deutlichen Einkommensunterschiede zwischen der östlichen Peripherie und Westeuropa, andererseits wegen der gesunkenen Attraktivität alternativer Zielländer wie Italien und Spanien (Brücker et al. 2013b). Somit hängt der starke Anstieg der Zuwanderung aus den neuen Mitgliedstaaten der EU, einschließlich Bulgarien und Rumänien, auch deutlich mit der unterschiedlichen Entwicklung der einzelnen Zielländer infolge der Wirtschafts- und Finanzkrise zusammen.

Gemäß der Umlenkungsthese kommt es zu vermehrter direkter Zuwanderung aus den EU-2 Ländern und zu indirekter Zuwanderung bulgarischer und rumänischer Staatsangehöriger aus den „Krisenstaaten“ Südeuropas.

Diese wird sich jedoch vermutlich nicht verstetigen. Ein Ende der Krise in Südeuropa würde den Wanderungsdruck aus diesen Ländern mittelfristig abbauen. Allerdings werden generell aufgrund von gesunkenen Transport- und Kommunikationskosten die Migrationsströme innerhalb Europas zusehends volatiler (Brücker et al. 2013b).

Wie in Deutschland endeten auch im Vereinigten Königreich zum Jahresende 2013 die Übergangsbeschränkungen der Arbeitnehmerfreizügigkeit von Bulgaren und Rumänen. In diesem Zusammenhang wird dort ebenfalls über die zukünftige Anzahl von Zuwanderern aus den EU-2 Ländern spekuliert.⁷⁴ Rolfe et al. (2013) weisen in einer Studie darauf hin, dass die Größe der Zuwanderung ins Vereinigte Königreich nicht prognostizierbar sei. Die Autoren schließen jedoch nicht aus, dass die Mehrheit der potenziellen EU-2 Zuwanderer bereits im Land ist und in von Beschränkungen ausgenommenen Berufen beschäftigt oder selbständig ist. Somit würde die zukünftige Zuwanderung ins Vereinigte Königreich nur gering ausfallen. Weiterhin wird vermutet, dass sich temporäre Migrationsentscheidungen zu Gunsten dauerhafter Aufenthalte verstetigen (Rolfe et al. 2013).

Ausgehend von den genannten, mittelfristig bestehenden Push- und Pull-Faktoren sowie den bisher beobachteten Wanderungszahlen ist damit zu rechnen, dass die Zuwanderungszahlen, insbesondere infolge der Freizügigkeit ab 2014, ansteigen werden. Wie bereits dargelegt, ergeben sich innerhalb der veränderten rechtlichen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen mehrere, statistisch schwer zu trennende Wanderungseffekte. So herrscht zum 1. Januar 2014 in Deutschland für bulgarische und rumänische Staatsangehörige die vollständige Arbeitnehmerfreizügigkeit, andererseits besteht weiterhin ein kaum zu quantifizierender Wanderungsstrom von EU-2 Bürgern aus den Krisenstaaten Südeuropas. Aufgrund beider Ereignisse ist mit einem Anstieg der Zuwanderung zu rechnen. Allerdings ist unklar, ob sich dieser verstetigen wird oder wie im Fall der EU-8 eher temporärer Natur ist. Der Umfang der Personengruppe, die aufgrund der ökonomischen Unterschiede zwischen Deutschland und den Herkunftsländern Bulgarien und Rumänien zuwandern wird, ist schwerlich zu bemessen.

Ebenfalls nicht hinreichend quantifizierbar ist, wie stark sich die Personengruppe um diejenigen vergrößert, die bislang von den Arbeitsmärk-

74 Vgl. u.a. The Guardian 2013.

ten der südeuropäischen Staaten absorbiert wurden, dort aber derzeit keine Arbeitsplätze mehr finden und alternative Zielländer suchen, wie Deutschland. Unsere Analyse zeigt deutlich, dass es vornehmlich ökonomische Unterschiede sind, welche die bisherige und die zu erwartende Wanderungsbewegung Richtung Deutschland bestimmen. Ähnlich erscheint auch laut Brücker et al. (2013a) und Bertoli et al. (2013) eine erhöhte Zuwanderung nach Deutschland aus rein ökonomischen Gründen attraktiv. Brücker et al. (2013a) skizzieren einen Anstieg des Wanderungssaldos aus den EU-2 Staaten auf eine mögliche Spanne zwischen 100.000 und 180.000 Personen im Jahr 2014.⁷⁵ Bei einem angenommenen Erwerbspersonenanteil von 60 bis 70 % entspräche das 60.000 bis 126.000 zusätzlichen Erwerbspersonen. Im Jahr 2012 gab es bereits eine positive Wanderungsbilanz mit den EU-2 Staaten von fast 71.000 Personen (vgl. Kap. 3.2).

Das Jahresgutachten des Sachverständigenrates deutscher Stiftungen für Integration und Migration (SVR 2013) sieht einen Anstieg der (Netto-) Zuwanderung sowohl aus den EU-2 Ländern als auch generell aus Südeuropa als sehr wahrscheinlich an, verweist jedoch auf die moderaten Erfahrungen mit der Freizügigkeit in den EU-8 Ländern. Für die Jahre 2010 und 2011 stellen laut SVR (2013) die gestiegenen Zuzugszahlen bei sinkenden Fortzugszahlen aus und nach Südeuropa⁷⁶ ein Indiz für den diskutierten Kriseneffekt dar.

Dass sich vor allem die Bürger in den EU-2 Staaten mit dem Gedanken eines Umzugs in ein anderes EU-Land beschäftigen, zeigen auch die Ergebnisse der Frühjahrsbefragung des Eurobarometers 2013 (vgl. Tab. 6-7). Es zeigt sich, dass über die Hälfte der befragten Bulgaren (52 % bzw. 58 %) und knapp die Hälfte der Rumänen (jeweils 49 %) mehr Informationen über ihre Rechte, in einem anderen EU-Land zu leben bzw. zu arbeiten, wünschen. Die Werte liegen über dem Durchschnitt für alle EU-27 Länder (31 % bzw. 36 %) und auch oberhalb der Werte für Italien und Spanien. Es sind jeweils 29 % der Italiener und der Spanier an einem Leben im EU-Ausland interessiert sowie 35 % der Italiener und 46 % der Spanier an einer beruflichen Tätigkeit dort. Das Interesse an einem Auslandsstudium innerhalb Europas ist sowohl bei EU-2 Staatsangehörigen als auch bei

75 Diesem Szenario liegt die Annahme zugrunde, dass sich der jahresdurchschnittliche Vorkrisenwert von 260.000 Nettozuwanderern auf die EU-15 Staaten verteilt; davon entfiel ein Anteil von 40 bis 70 % auf Deutschland.

76 Im Jahresgutachten werden die Staaten Italien, Spanien, Portugal und Griechenland als Einheit betrachtet (vgl. SVR 2013: 58).

Personen aus Spanien, jeweils verglichen mit dem Durchschnitt aller EU-27 Länder, leicht erhöht (Eurobarometer 2013).

Tabelle 6-7: Interesse am Leben, Arbeiten und Studieren in einem anderen EU-Land, 2013

	Bulgarien	Rumänien	Deutschland	Italien	Spanien	EU-27
Leben in einem anderen EU-Land	52	49	33	29	29	31
Arbeiten in einem anderen EU-Land	58	49	25	35	46	36
Studieren in einem anderen EU-Land	18	15	10	13	16	13

Angaben in Prozent.

Quelle: Eurobarometer 2013, Ja-Antworten hinsichtlich der Frage „Über welche Rechte als Bürger der EU würden Sie gerne mehr wissen?“.

6.3.1 Zuwanderung aus Rumänien

Gemäß der Studie von IRES (2013)⁷⁷ mit 1.221 befragten 18- bis über 65-jährigen Personen besteht ein generelles Interesse, außerhalb des Landes zu arbeiten (15 % der Befragten sind sehr interessiert, 18 % interessiert, 20 % etwas interessiert, 45 % gar nicht interessiert, 2 % keine Angabe). Bei den 18- bis 35-jährigen gehören 64 % zur Gruppe der interessierten und sehr interessierten Personen. In allen höheren Altersgruppen dominiert wenig und kein Interesse an einer Auslandstätigkeit. Differenziert nach Bildungsstand zeigen 20 % der wenig gebildeten, 36 % der durchschnittlich gebildeten und 27 % der höher gebildeten Personen Interesse an einer Tätigkeit im Ausland. Unter denjenigen, die das höchste Interesse zeigen und damit vermutlich auch das höchste Wanderungspotenzial haben, würden 26 % ins Vereinigte Königreich, 16 % nach Deutschland, 13 % nach Italien sowie 7 % nach Spanien gehen, wenn sie ein Stellenangebot bekommen.

⁷⁷ Befragung im Januar 2013. Werte ungleich 100 % sind rundungsbedingt. Es ist eine Einschränkung der Studie, dass die Beobachtungsanzahl der einzelnen Teilgruppen nicht separat ausgewiesen wird.

Tabelle 6-8: Befragung in Rumänien zur Haltung, im Ausland zu arbeiten, IRES 2013

	in Deutschland	in Spanien	in Italien	im Vereinigten Königreich	in einem anderen Land	bleibe in Rumänien
Insgesamt	20	4	9	11	19	25
18-35	22	11	8	24	19	8
36-50	23	3	10	10	14	23
51-65	17	2	9	7	24	30
65+	17	1	6	/	18	46
geringe Bildung	13	8	12	4	6	36
mittlere Bildung	20	4	10	11	15	26
hohe Bildung	22	1	1	12	38	20
städtisch	18	3	7	12	22	27
ländlich	23	5	11	9	16	23

Angaben in Prozent.

Quelle: IRES 2013, Frage: „Wenn Sie die Wahlmöglichkeit hätten, in welchem anderen Land würden Sie eine Arbeitsstelle annehmen?“⁷⁸

Insgesamt zeigt sich, dass Deutschland durchgehend eine hohe Attraktivität bescheinigt wird, insbesondere von den hoch ausgebildeten (22 %) und jüngeren Personen (22 %). Dies gilt tendenziell auch für das Vereinigte Königreich. Dagegen scheinen die südeuropäischen Länder infolge der Krise weniger attraktiv zu sein. Trotzdem werden sie insbesondere von Geringqualifizierten weiterhin nach Deutschland (13 %) als prioritäres Ziel genannt (Spanien: 8 %, Italien: 12 %) (vgl. Tab. 6-8). Die bildungsspezifischen Unterschiede bezüglich der Zielländerwahl scheinen wiederum im Zusammenhang mit der unterschiedlichen Arbeitskräftenachfrage der nationalen Arbeitsmärkte zu stehen (vgl. Kap. 6.2).

⁷⁸ Rundungsbedingte Werte ungleich 100 % beinhalten Angaben für „Keine Ahnung/Trifft nicht zu“.

Tabelle 6-9: Befragung in Rumänien zur Haltung, im Ausland zu arbeiten, Gallup 2013

	in Deutschland	in Spanien	in Italien	im Vereinigten Königreich	in einem anderen Land
Befragte planen 2013 in einem EU Land zu arbeiten (N=197)	24	15	31	16	14
Befragte planen 2014 in einem EU Land zu arbeiten (N=73)	18	12	25	26	19
Befragte suchen derzeit eine Stelle in einem EU Land (N=153)	14	12	26	31	11
Aktuelle bzw. abgeschlos- sene Planung in einem EU Land mit der Arbeit zu beginnen (N=101)	16	15	29	8	9

Angaben in Prozent.

Quelle: Gallup 2013, Frage: „Haltung, in einem anderen Land eine Arbeitsstelle anzunehmen?“⁷⁹

In einer Umfrage von Gallup (2013) in Rumänien gaben im März und April 2013 33 % der 1.101 befragten Personen an, dass sie in den letzten fünf Jahren in Betracht gezogen haben, in einem anderen EU-Land zu leben und dort zu arbeiten. Die zustimmenden Personen nannten Italien (33 %) und Deutschland (20 %) jeweils als die beliebtesten Ziele. Spanien und das Vereinigte Königreich kamen je auf 15 %. Unter den Personen mit Auslandserfahrung waren Italien (36 %) und Spanien (22 %) jeweils die häufigsten Zielländer. Deutschland kam auf den dritten Rang mit 12 % vor dem Vereinigten Königreich mit 6 % (Mehrfachnennungen waren möglich).

Bei den erfragten Plänen, 2013 bzw. 2014 in einem anderen EU-Land zu arbeiten, erreichte Deutschland die zweit- bzw. dritthöchste Zustimmung (24 % bzw. 18 %) (vgl. Tab. 6-9). Dass das Vereinigte Königreich bei den beabsichtigten Zuwanderungsvorhaben im Jahr 2014 einen um zehn Prozentpunkte höheren Anteil (26 %) als bezogen auf das Vorjahr (16 %) aufweist, lässt sich mit der dort ebenfalls erst ab Januar 2014 geltenden

⁷⁹ Rundungsbedingte Werte ungleich 100 % beinhalten Angaben für „Keine Ahnung/Trifft nicht zu“.

vollen Arbeitnehmerfreizügigkeit begründen. Aufgrund der bisher strikten Einschränkungen der Arbeitnehmerfreizügigkeit im Vereinigten Königreich scheint ein höherer Anteil migrationswilliger Personen die gänzliche Aufhebung der Arbeitnehmerfreizügigkeitsbeschränkungen abzuwarten als es bezüglich der Bundesrepublik der Fall ist, die mit Ausnahmeregelungen für (hoch-)qualifizierte und saisonal beschäftigte Arbeitnehmer die Zuwanderung bereits begünstigt hat. Trotz der Finanz- und Wirtschaftskrise hat weiterhin ein vergleichsweise großer Teil der befragten Personen Migrationspläne für Italien und Spanien.

Von den Personen, die aktuell auf Stellensuche sind, präferieren 26 % Italien, womit dieses Land deutlich vor Deutschland, England und Spanien (je rund 12 bis 14 %) liegt. Bei denjenigen, die kurz vor der Arbeitsaufnahme stehen, sind die Verhältnisse ähnlich, sogar noch etwas stärker zugunsten Italiens (vgl. Tab. 6-9). Von sämtlichen Befragten weisen 8 % konkrete Wanderungspläne im Jahr 2013 und langfristige Bleibeabsichten zwecks Arbeitsaufnahme auf. Davon verteilen sich ein Prozentpunkt auf das Vereinigte Königreich und die restlichen sieben Prozentpunkte auf die anderen Staaten (Gallup 2013).

Weiterhin ist bekannt, dass diejenigen, die in 2013 oder 2014 in der EU, aber nicht im Vereinigten Königreich eine Tätigkeit aufnehmen wollen,⁸⁰ mehrheitlich männlich (58 %) und durchschnittlich 38 Jahre alt sind. Hinsichtlich des Bildungsstands sind 68 % auf mittlerem und 22,4 % auf hohem Bildungsniveau. Die Befragten sind zu 42 % berufstätig (in Voll- oder Teilzeit beschäftigt), zu 27 % im eigenen Haushalt tätig und zu einem kleineren Teil arbeitslos (10 %). Als häufigste ausgeübte Tätigkeiten (bei Arbeitslosen: zuletzt ausgeübte Tätigkeit) werden qualifizierte Arbeit (31 %) und Handelsberufe (12 %) genannt (Gallup 2013).

Beide Umfragen deuten auf ein ähnliches Potenzial für Deutschland hin, jedoch gibt es Unterschiede hinsichtlich der Attraktivität der südeuropäischen Länder. Während Deutschland und das Vereinigte Königreich in der IRES-Befragung als die beiden attraktivsten Ziele genannt werden, sind sie in der Gallup-Untersuchung nur auf den Plätzen zwei und drei hinter

⁸⁰ Es handelt sich um 206 Personen. Die getroffene Abgrenzung ist dem Umstand geschuldet, dass es sich bei Gallup (2013) und Vitosha Research (2013) (vgl. Kap. 6.2) jeweils um Umfragen im Auftrag der britischen BBC handelt.

Italien. Bei Rumänen gibt es in beiden Studien eine höhere Präferenz zur Migration nach Italien als nach Spanien.⁸¹

Mit älteren Daten der Jahre 2008 bis 2010 zeigte Gallup, dass Deutschland schon länger sowohl für Bulgaren als auch für Rumänen das meistpräferierte Zielland ist. Hiernach beabsichtigten 3,7 % der Bulgaren und 3,9 % der Rumänen, nach Deutschland zu migrieren (Gallup World Survey, zitiert nach OECD 2013c).

6.3.2 Zuwanderung aus Bulgarien

In einer Umfrage von Vitosha Research (2013)⁸² in Bulgarien aus dem März und April 2013 bekräftigten 37 % der 1.014 befragten Personen, dass sie in den letzten fünf Jahren in Betracht gezogen haben, in einem anderen EU Land zu leben und dort zu arbeiten. Für die zustimmenden Personen waren Deutschland (27 %) und das Vereinigte Königreich (26 %) jeweils die beliebtesten Ziele. Unter den Personen mit Auslandserfahrung waren 25 % schon einmal in Deutschland beschäftigt, 11 % in Italien, 16 % in Spanien sowie 11 % im Vereinigten Königreich. Mehrfachnennungen waren möglich.

Deutschland stellt für Bulgaren in 2013 (30 %) und 2014 (31 %) das attraktivste Zielland dar, gefolgt vom Vereinigten Königreich (2013: 27 % bzw. 2014: 24 %) (vgl. Tab. 6-10). Von Personen, die aktuell auf Stellensuche sind, präferieren 25 % Deutschland und 18 % das Vereinigte Königreich. Spanien und Italien werden zu 9 bzw. 5 % genannt. Bei denjenigen, die kurz vor der Arbeitsaufnahme stehen, sind die Anteile geringer (Deutschland: 22 %, Vereinigtes Königreich: 18 %, Spanien: 8 %, Italien: 3 %). Ähnlich wie bei derselben Umfrage in Rumänien stellen Deutschland und das Vereinigte Königreich für bulgarische Staatsangehörige attraktivere Wanderungsziele dar als Spanien und Italien.

81 Die Unterschiede in den Befragungen sind vermutlich sowohl durch geringe Fallzahlen als auch durch den zwischen den Befragungen liegenden Zeitraum von zwei bis drei Monaten bedingt. Außerdem sind die Fragen unterschiedlich formuliert und nur die Gallup-Studie weist die Anteile bereinigt aus. Da die bleibewilligen Personen in der IRES-Studie mit ausgewiesen werden, dürften die bereinigten Anteile dort jeweils höher ausfallen.

82 Die Umfrage für Bulgarien ist befragungstechnisch identisch mit der Gallup Befragung zu Rumänien (vgl. Vitosha Research 2013).

Tabelle 6-10: Befragung in Bulgarien zur Haltung, im Ausland zu arbeiten, Vitosha Research 2013

	in Deutschland	in Spanien	in Italien	im Vereinigten Königreich	in einem anderen Land
Befragte planen 2013 in einem EU Land zu arbeiten (N=242)	30	10	6	27	24
Befragte planen 2014 in einem EU Land zu arbeiten (N=123)	31	12	3	24	30
Befragte suchen derzeit eine Stelle in einem EU Land (N=196)	25	9	5	18	25
Aktuelle bzw. abgeschlos- sene Planung in einem EU Land mit der Arbeit zu beginnen (N=148)	22	8	3	17	25

Angaben in Prozent.

Quelle: Vitosha Research 2013, Frage: „Haltung, in einem anderen Land eine Arbeitsstelle annehmen?“⁸³

Unter den bulgarischen Befragten, die in den Jahren 2013 oder 2014 in der EU (ohne Vereinigtes Königreich) eine Tätigkeit aufnehmen wollen, sind mehrheitlich Männer (59 %) und Personen im Altersdurchschnitt von 36 Jahren. Sie haben überwiegend (64 %) ein mittleres und seltener ein hohes Bildungsniveau (22 %). Zudem war im Befragungszeitraum nahezu die Hälfte (48 %) in Voll- oder Teilzeitbeschäftigung, während ein weiteres Drittel (34 %) arbeitslos war. Als aktuelle bzw. bei den Arbeitslosen letzte Tätigkeit wurde meist qualifizierte Arbeit (30 %) oder ein Handelsberuf (17 %) genannt (Vitosha Research 2013).

6.3.3 Migration der bislang in Südeuropa lebenden Rumänen und Bulgaren

Es befinden sich verhältnismäßig große Zuwandererpopulationen bulgarischer und rumänischer Staatsangehöriger in Italien und Spanien. In

⁸³ Rundungsbedingte Werte ungleich 100 % beinhalten Angaben für „Keine Ahnung/Trifft nicht zu“.

Italien (2011) sind 51.134 Bulgaren und 968.576 Rumänen verzeichnet, in Spanien (2013) 178.518 bzw. 922.286 (vgl. Kap. 5.2). Die Neigung zur Weiterwanderung oder zur Rückkehr ins Herkunftsland innerhalb dieser Gruppen zu prognostizieren, erscheint denkbar schwierig, da es zwar Bestandszahlen gibt, aber keine belastbaren Informationen über das Wanderungsverhalten. Daher werden an dieser Stelle Ergebnisse qualitativer Befragungen und Analysen herangezogen.

So sehen rumänische Zuwanderer, die sich in Italien willkommen fühlen, keine Notwendigkeit, die Kosten und Mühen einer Weiter- oder Rückwanderung auf sich zu nehmen, auch wenn die ökonomischen Gegebenheiten im Aufnahmeland nicht (mehr) attraktiv sind (Mara 2012). Denn trotz der häufigen Diskrepanz zwischen erworbener Qualifikation im Heimatland und ausgeübter Tätigkeit im Zielland (vgl. Kap. 5.2) sind ca. 60 % der rumänischen Männer und Frauen mit ihrer Entscheidung, nach Italien zu migrieren, zufrieden oder sehr zufrieden. Jedoch verringert sich die Zufriedenheit sowohl mit zunehmendem Alter (Altersgruppe der über 45-Jährigen: 50 %) als auch mit zunehmendem Bildungsniveau (Masterabschluss: 50 %). Die Zufriedenheitsquote steigt aber mit zunehmender Dauer des Aufenthalts (Dauer von drei bis sechs Jahren: 60 %), was vermutlich eine Folge (erfolgreicher) Arbeitsmarktintegration darstellt. Nicht überraschend ist, dass diejenigen, die in Italien bleiben wollen, erkennbar zufrieden mit ihrer Situation sind - im Gegensatz zu denjenigen, die entweder nach Rumänien zurückkehren wollen oder vorhaben, in ein anderes Land zu gehen (Mara 2012).

Tabelle 6-11: Bleibe- bzw. Abwanderungsabsicht bei Rumänen in Italien, 2011, Anzahl und Anteile

Mögliche Vorhaben	In Italien bleiben		Abwanderung in anderes Land		Rückkehr nach Rumänien	
	Anzahl	Anteil in %	Anzahl	Anteil in %	Anzahl	Anteil in %
Starke Zustimmung	75	34,9	18	12,8	36	10,0
Zustimmung	10	46,9	57	40,4	146	40,7
Weder Zustimmung noch Ablehnung	2	11,6	27	19,1	94	26,2
Ablehnung	2	0,9	8	5,7	26	7,2
Starke Ablehnung	0	0	4	2,8	13	3,6
Schwierig zu sagen	11	5,2	23	16,3	38	10,6
Unklar	1	0,5	4	2,8	6	1,7
Gesamt	215	100,0	141	100,0	359	100,0

Quelle: Mara 2012: 125.

Mara/Landesmann (2013) verdeutlichen in einer nachgelagerten Studie, dass es altersspezifische Unterschiede dahingehend gibt, ob der Wunsch zu bleiben oder zu wandern stärker ist. So präferieren jugendliche Rumänen (16 bis 24 Jahre) in Italien mehrheitlich die Weiterwanderung in ein alternatives Zielland, während die mittlere Altersgruppe (25 bis 44 Jahre) dauerhaft in Italien bleiben will. Dagegen präferiert die älteste Gruppe (45 Jahre und älter) die Rückkehr nach Rumänien. Unter den hochqualifizierten Rumänen besteht mehrheitlich der Wunsch nach Weiterwanderung in ein anderes Land. Die Autoren zeigen ebenfalls für Männer wie für Frauen, dass die Lebenszufriedenheit der rumänischen Zuwanderer am stärksten von einer der Qualifikation entsprechenden Tätigkeit sowie von erfüllten Einkommenserwartungen positiv beeinflusst wird (Mara/Landesmann 2013).

Ergänzend zeigt sich, dass Rückkehrer nach Rumänien eine signifikant geringere Lebenszufriedenheit haben als Personen, die nicht vorher migriert sind. Rumänen, die im Ausland verblieben sind, unterscheiden sich diesbezüglich nicht von den im Herkunftsland befindlichen Personen. Dies kann dahingehend interpretiert werden, dass eine Rückkehr nach Rumänien möglicherweise die Folge einer, hinsichtlich der Erwartungen an eine ökonomische Verbesserung im Ausland, gescheiterten Migrationsentscheidung ist (Bartram 2013).

Heller (2013) geht davon aus, dass das Gros der rumänischen Zuwanderer in den südeuropäischen Krisenstaaten verbleibt, möglicherweise vermehrt in Selbständigkeit oder in der Schattenwirtschaft. So sind aufgrund der ökonomischen Situation insbesondere in Rumänien keine großen Rückkehrwellen zu erwarten. Aufgrund der Arbeitslosigkeit im Heimatland wird zum einen befürchtet, dass Rückkehrern ebenfalls keine dauerhaft gute Beschäftigungsperspektive geboten ist. Zum anderen würden Transferzahlungen aus dem Ausland wegfallen, die bislang einen bedeutenden Anteil am nationalen Bruttoinlandsprodukt ausmachen.

7 Fazit

Die statistischen Analysen zeigen, dass mit der Einführung der vollständigen Freizügigkeit für die EU-8 Länder im Jahr 2011 eine deutliche Zunahme der Nettozuwanderung nach Deutschland aus diesen Ländern zu verzeichnen war. In den Folgejahren verstärkte sich die Zuwanderung vor allem aus den EU-8 und den EU-2 Staaten sowie aus den von der Wirtschafts- und Finanzkrise besonders betroffenen südeuropäischen Ländern weiter. Während der Wanderungssaldo – Zuzüge abzüglich Fortzüge – im Jahr 2013 gegenüber Bulgarien und Rumänien knapp 70.000 Personen betrug, wurde insgesamt ein Wanderungsüberschuss in Höhe von 429.000 Personen (jeglicher Staatsangehörigkeiten) und damit der höchste seit dem Jahr 1993 registriert. Aktuelle Analysen zeigen eine weiterhin hohe Zuwanderungszahl und Zunahme der Beschäftigung in den ersten Monaten des Jahres 2014 aus Bulgarien und Rumänien.

Zusammengefasst ergeben die Auswertungen der Wanderungsstatistiken ein einheitliches Bild. Es kommen insgesamt sowohl mehr Personen aus den EU-2 Ländern als auch aus den Krisenländern Spanien und Italien nach Deutschland, wobei der Anteil der Männer überproportional steigt. Aus Eurostat-Daten und nationalen Statistiken ist bekannt, dass vor allem bulgarisch- und rumänisch-stämmige Männer die Krisenländer verlassen. Insbesondere der spanische Bausektor verzeichnet krisenbedingt nicht mehr die hohe Nachfrage nach Arbeitskräften wie in den Boom-Jahren zuvor. Diese Befunde stützen tendenziell die Umlenkungsthese, wonach ausländische Arbeitskräfte aus den Krisenregionen erneut migrieren bzw. direkt aus den Herkunftsländern nach Deutschland und nicht mehr in die südeuropäischen Staaten gehen. Nachdem Italien und Spanien vor der Finanz- und Wirtschaftskrise, also bis 2009, noch rund 80 % der Zuwanderung aus den EU-2 Staaten aufnahmen, orientieren sich die Wanderungsströme aus diesen Ländern nun verstärkt nach Deutschland. In diesem Zusammenhang zeigt sich in aktuellen Umfragen, dass bspw. in Rumänien von den besonders interessierten, potenziellen Zuwanderern 16 % eine Beschäftigung in Deutschland anstreben. Hierbei präferieren insbesondere junge und hochqualifizierte Personen eine Zuwanderung nach Deutschland.

Die seit Jahresbeginn 2014 auch in Deutschland für die EU-2 Bürger geltende vollständige Arbeitnehmerfreizügigkeit ist einer der wichtigsten Faktoren, aber nicht der einzige ausschlaggebende Umstand individueller Migrationsentscheidungen. Insgesamt haben sich die Lebens-, Arbeits- und Sozialbedingungen in den EU-2 Staaten in den vergangenen Jahren den anderen EU-Staaten kaum angenähert. So zeigte sich der Arbeitsmarkt in den Herkunftsländern als sehr krisenanfällig. In der Zusammenschau ergeben sich daraus die vorherrschenden Migrationsgründe: verbreitete Arbeitslosigkeit, Armut, die im Vergleich zu Westeuropa wahrgenommenen Unterschiede in Bezug auf Löhne und Arbeitsbedingungen, unzulängliche soziale Absicherung sowie berufliche und private Perspektivlosigkeit.

Es ist zu erwarten, dass sich der bisher beobachtete Anstieg der Wanderungen aus den EU-2 Staaten nicht verstetigen wird. Einerseits, weil viele der Wanderungswilligen bereits migriert sind, andererseits weil auch die diskutierte krisenbedingte Umlenkung aus Südeuropa nur temporär sein dürfte. Auch wenn die Dauer der Finanz- und Wirtschaftskrise nicht vorhersagbar ist, weisen aktuelle Eurostat-Prognosen auf positive Wachstumsraten der spanischen und italienischen Volkswirtschaft für die Jahre 2014 und 2015 hin. Weiterhin ist zukünftig mit überwiegend kurzen bzw. temporär orientierten Wanderungsformen zu rechnen. Dafür sind durch die Freizügigkeitsrechte innerhalb der EU förderliche Rahmenbedingungen gegeben und mit der vereinfachten, gegenseitigen Anerkennung von Berufsabschlüssen ist ein Schritt hin zu einem gemeinsamen Arbeitsmarkt getan.

Die vorliegende Studie verdeutlicht unter Berücksichtigung der ökonomischen Bedingungen der Migration insbesondere die erfolgreiche Arbeitsmarktintegration eines Großteils der Neuzuwanderer aus Bulgarien und Rumänien. Die Analyse des Bildungsstands und der Berufsqualifikationen zeigte bei den vor 2007 nach Deutschland zugewanderten sowie den migrationswilligen EU-2 Bürgern vor Ort ein vergleichsweise hohes Ausbildungsniveau, während sich der Anteil der geringer qualifizierten Personen unter den Neuzuwanderern etwas erhöht hat. Dennoch stellen EU-2 Zuwanderer nicht nur bei den traditionell häufig ausgeübten saisonalen Tätigkeiten, sondern auch auf dem qualifizierten Arbeitsmarkt weiterhin gefragte Fachkräfte dar.

Insgesamt kann geschlussfolgert werden, dass infolge der vollständigen Freizügigkeit für die EU-2 Länder zum 1. Januar 2014 mit einem weiteren Anstieg der Zuwanderung aus diesen Ländern zu rechnen ist, wie es auch für die EU-8 Staaten beobachtet wurde. Die weitere Entwicklung des Zuzugs von Rumänen und Bulgaren ist in den kommenden Jahren voraussichtlich vorwiegend von wirtschaftlichen, aber auch demografischen Rahmenbedingungen in Deutschland und den Herkunftsländern abhängig. Der Umfang der Wanderungsprozesse lässt sich dabei nur schwer abschätzen.

Literatur

Aceleanu, Mirela I. (2013): The labour market in the post-crisis economy: The case of Spain, in: Theoretical and Applied Economics, Vol. XVIII (3), 135-146.

Ambrosini, Maurizio (2013): Immigration in Italy: Between economic acceptance and political rejection, in: International Migration and Integration, Vol. 14 (1), 175-194.

Angelov, Georgi/Vankova, Zvezda (2011): Bulgarian labour migration: Do restrictions make sense?, in: Policy Brief – Open Society Institute, http://osi.bg/downloads/File/2011_New/Bg_trudova_migracia_ENG_kor.pdf (abgerufen 02.07.2013).

Appleyard, Reginald (2001): International Migration Policies: 1950-2000, in: International Migration Vol. 39, 7-20.

Apsite, Elina/Krisjane, Zaiga/Berzins, Maris (2012): Emigration from Latvia under economic crisis conditions, in: IPEDR Vol. 31, 134-138.

Außenhandelskammer Bulgarien (2013): Konjunkturumfrage 2013, http://bulgarien.ahk.de/fileadmin/ahk_bulgarien/Dokumente2013/NewsletterApril2013/Konjunkturumfrage2013_D_Final.pdf (abgerufen 04.09.2013).

Auswärtiges Amt (2013a): Länderinformationen Bulgarien: Staatsaufbau/ Innenpolitik, Stand Juni 2013, http://www.auswaertiges-amt.de/DE/Aussenpolitik/Laender/Laenderinfos/Bulgarien/Innenpolitik_node.html (abgerufen 02.07.2013).

Auswärtiges Amt (2013b): Länderinformationen Rumänien: Innenpolitik, Stand Februar 2013, http://www.auswaertiges-amt.de/DE/Aussenpolitik/Laender/Laenderinfos/Rumaenien/Innenpolitik_node.html (abgerufen 02.07.2013).

- Baas, Timo/Brücker, Herbert** (2010): Wirkungen der Zuwanderung aus den mittel- und osteuropäischen EU-Staaten auf Arbeitsmarkt und Gesamtwirtschaft, in: WISO-Diskurs, September 2010, Friedrich-Ebert Stiftung, Bonn.
- Baas, Timo/Brücker, Herbert/Dietz, Martin/Kubis, Alexander/Müller, Anne** (2011): Arbeitnehmerfreizügigkeit - Neue Potenziale werden bisher kaum genutzt, IAB Kurzbericht 24/2011.
- Babin, Jean-Gabriel** (2004): Recruitment of nurses in Romania by the Friuli-Venezia-Giulia region in Italy, in: OECD (Hrsg.): Migration for employment: Bilateral agreements at a crossroads, 215-216.
- Babka von Gostomski, Christian** (2010): Fortschritte der Integration - Zur Situation der fünf größten in Deutschland lebenden Ausländergruppen, BAMF Forschungsbericht 8, Nürnberg.
- BAMF** (2007): Familiennachzug in Deutschland. Kleinstudie IV im Rahmen des Europäischen Migrationsnetzwerks, Nürnberg.
- BAMF** (2013a): Migrationsbericht 2011, Nürnberg.
- BAMF** (2013b): Bundesamt in Zahlen 2012, Nürnberg.
- BAMF** (2014): Bundesamt in Zahlen 2013, Nürnberg.
- Ban, Cornel** (2012): Economic transnationalism and its ambiguities: The case of Romanian migration to Italy, in: International Migration, Vol. 50 (6), 129-149.
- Bartram, David** (2013): Migration, returns and happiness in Romania, in: European Societies, Vol. 15 (3), 408-422.
- Bernat, Juan/Viruela, Rafael** (2011): The Economic Crisis and Immigration: Romanian Citizens in the Ceramic Tile District of Castelló (Spain), in: Journal of Urban and Regional Analysis, Vol. 3 (1), 45-65.

- Bertoli, Simone/Brücker, Herbert/Fernandez-Huertas Moraga, Jesus** (2013): The European Crisis and Migration to Germany: Expectations and the diversion of migration flows, IZA Discussion Paper 7170.
- Bleahu, Ana** (2004): Romanian migration to Spain motivation, networks and strategies, in: Pop, Daniel (Hg.): New patterns of labour migration in Central and Eastern Europe, 20-35.
- BMI/BMAS** (2014): Abschlussbericht des Staatssekretärsausschusses zu „Rechtsfragen und Herausforderungen bei der Inanspruchnahme der sozialen Sicherungssysteme durch Angehörige der EU-Mitgliedstaaten“, Berlin.
- Brenke, Karl/Neubecker, Nina** (2013): Struktur der Zuwanderungen verändert sich deutlich. DIW Wochenbericht Nr. 49. 2013, 3-21. <http://www.diw.de/sixcms/detail.php/432785> (abgerufen: 15.09.2014).
- Brücker, Herbert/Hauptmann, Andreas/Vallizadeh, Ehsan** (2013a): Zuwanderer aus Bulgarien und Rumänien: Arbeitsmigration oder Armutsmigration?, IAB-Kurzbericht 16/2013.
- Brücker, Herbert/Brunow, Stephan/Fuchs, Johann/Kubis, Alexander/Mendolicchio, Concetta/Weber, Enzo** (2013b): Fachkräftebedarf in Deutschland – zur kurz- und langfristigen Entwicklung von Fachkräfteangebot und -nachfrage, Arbeitslosigkeit und Zuwanderung, IAB-Stellungnahme 1/2013.
- Brücker, Herbert/Hauptmann, Andreas/Vallizadeh, Ehsan** (2014): Zuwanderungsmonitor Bulgarien und Rumänien, Aktuelle Berichte IAB, Stand August 2014.
- Brusaporci, Gianfranco** (2011): Bulgarian highly skilled labour migration to Italy: The features of an untapped brain gain, in: PECOB's papers series, no. 17.

Bund-Länder Arbeitsgemeinschaft (2013): Abschlussbericht der Bund-Länder Arbeitsgemeinschaft „Armutszuwanderung aus Osteuropa“, in: Ergebnisprotokoll der 90. Konferenz der Ministerinnen und Minister, Senatorinnen und Senatoren für Arbeit und Soziales der Länder am 27./28.11.2013 in Magdeburg, 140-188, https://ssl.bremen.de/lbb_bremen/sixcms/media.php/13/14-Protokoll%20der%2090.%20ASMK%20Konferenz.pdf (abgerufen: 03.02.2014).

Bundesagentur für Arbeit (2011a): Vermittlung von Haushaltshilfen in Haushalte mit Pflegebedürftigen. Durchführungsanweisungen, Stand Juli 2011.

Bundesagentur für Arbeit (2011b): Gastarbeitnehmer. Durchführungsanweisungen zur zwischenstaatlichen Arbeitsvermittlung aufgrund der Vermittlungsabsprachen der BA mit den Arbeitsverwaltungen der Herkunftsländer (Gastarbeitnehmer-Vereinbarungen), Stand Mai 2011.

Bundesagentur für Arbeit (2012): Pflegekräfte. Durchführungsanweisungen zur zwischenstaatlichen Arbeitsvermittlung aufgrund der Vermittlungsabsprache der BA über die Vermittlung kroatischer Arbeitnehmer und ihre Beschäftigung als Pflegekräfte, Stand Mai 2012.

Bundesagentur für Arbeit (2013a): Merkblatt 16a Beschäftigung ausländischer Arbeitnehmer aus Bulgarien, Rumänien und Kroatien im Rahmen von Werkverträgen in der Bundesrepublik Deutschland, Stand Juli 2013.

Bundesagentur für Arbeit (2013b): Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte der EU-15 (ohne Deutschland) sowie EU-10 insgesamt (ohne Malta und Zypern), Sonderauswertung.

Bundesagentur für Arbeit (2014a): Beschäftigungsstatistik, Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte nach Staatsangehörigkeiten und Geschlecht, Nürnberg, Stand Juni 2014.

Bundesagentur für Arbeit (2014b): Auswirkungen der Arbeitnehmerfreizügigkeit und der EU-Schuldenkrise auf den deutschen Arbeitsmarkt. Hintergrundinformation, Berichtsmonat Juni 2014.

Bundesagentur für Arbeit (2014c): Arbeitsuchende und Arbeitslose nach Staatsangehörigkeit, Berichtsmonat Juli 2014.

Bundesagentur für Arbeit (2014d): Hinweise zur Vermittlung von Fachkräften aus osteuropäischen Ländern nach Deutschland. Arbeitsmarktzulassung - Gastarbeitnehmerverfahren, Stand Dezember 2013.

Bundestagsdrucksache (2013a): Drucksache 17-13322 „Haltung der Bundesregierung zum Umgang mit EU-Bürgerinnen und EU-Bürgern aus Rumänien und Bulgarien“, <http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/17/133/1713322.pdf> (abgerufen 04.07.2013).

Bundestagsdrucksache (2013b): Drucksache 18-223 „Soziale Rechte bulgarischer und rumänischer EU-Bürgerinnen und -Bürger in Deutschland“, <http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/18/002/1800223.pdf> (abgerufen 03.02.2014).

Bundeszentrale für politische Bildung (2005): Aussiedlermigration in Deutschland, <http://www.bpb.de/gesellschaft/migration/dossier-migration/56395/aussiedlermigration> (abgerufen 04.07.2013).

Bundeszentrale für politische Bildung (2007): Länderprofil Rumänien, <http://www.migration-info.de/artikel/2007-09-26/laenderprofil-rumaenien> (abgerufen 27.01.2014).

Bundeszentrale für politische Bildung (2012): Aussiedler, Bundeszentrale für politische Bildung – Zahlen und Fakten. Die soziale Situation in Deutschland, 28.11.2012, <http://www.bpb.de/nachschlagen/zahlen-und-fakten/soziale-situation-indeutschland/61643/aussiedler> (abgerufen 04.07.2013).

Burrell, Kathy (2009): Polish Migration to the UK in the 'New' European Union After 2004, Farnham, Burlington.

Caritas e Migrantes (2012): Immigrazione Dossier Statistico 2012, 22. Rapporto sull'immigrazione, Rom.

CBS (2013): External migration; sex, age (31 dec), marital status and country of birth, Zeitreihe.

- Chaloff, Jonathan** (2004): From Labour Emigration to Labour Recruitment: The Case of Italy, in: OECD (Hg.): Migration for employment: Bilateral agreements at a crossroads, 55-64.
- Ciuperca, Ella** (2011): Responsibility in the Romanian healthcare system and social security, in: International Proceedings of Economics Development & Research Vol. 9, 52-56.
- Constant, Amelia F.** (2012): Sizing it up: Labor migration lessons of the EU expansion to 27, in: Gortázar, Christina/Parra, Maria-Carolina/Se-gaert, Barbara/Timmerman, Christiane (Hg.): European migration and asylum policies: Coherence or contradiction - An interdisciplinary evaluation of the EU programmes of Tampere (1999), The Hague (2004), Stockholm (2009), Bruylant Gent, 49-77.
- CSO** (2012): Demographic Yearbook of Poland 2012, Warschau.
- Cucuruzan, Romana Emilia/Vasilache, Valentina** (2009): The other home. Romanian migrants in Spain, in: Romanian Journal of Regional Science, Vol. 3 (1), 63-81.
- Deutscher Städtetag** (2013): Positionspapier des Deutschen Städtetages zu den Fragen der Zuwanderung aus Rumänien und Bulgarien (22.01.2013, veröffentlicht: 14.02.2013), http://www.staedtetag.de/imperia/md/content/dst/internet/fachinformationen/2013/positionspapier_zuwanderung_2013.pdf (abgerufen 03.02.2014).
- Die Welt** (2011): In Italien verzweifelt eine ganze Generation (31.05.2011).
- Die Zeit** (2006): Die Mär von der Massenwanderung. Was freie Dienstleistungen in der EU bewirken kann (09.02.2006).
- Die Zeit** (2012): Spaniens verlorene Generation ergreift die Flucht (12.04.2012).
- Diminescu, Dana** (2004): Assessment and evaluation of bilateral labour agreements signed by Romania, in: OECD (Hg.): Migration for employment: Bilateral agreements at a crossroads, 65-74.

Éltető, Andrea (2011): Immigrants in Spain - Their role in the economy and the effects of the crisis, in: Romanian Journal of European Affairs, Vol. 11(2), 66-81.

EU-Kommission (2011): Commission Decision of 20 December 2012 authorising Spain to extend the temporary suspension of the application of Articles 1 to 6 of Regulation (EU) No 492/2011 of the European Parliament and of the Council on freedom of movement for workers within the Union with regard to Romanian workers, <http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=OJ:L:2011:207:0022:0024:EN:PDF>

EU-Kommission (2012): Pressemitteilung „Kommission ermächtigt Spanien zur Verlängerung der für rumänische Arbeitnehmer geltenden vorübergehenden Beschränkungen“, IP/12/1441, Brüssel, 21.12.2012.

EU-Kommission (2013a): Beschäftigung, Soziales und Integration, Freizügigkeit – EU Bürger, <http://ec.europa.eu/social/main.jsp?catId=457&langId=de> (abgerufen 04.07.2013).

EU-Kommission (2013b): Beschäftigung, Soziales und Integration, EU-Erweiterung: Übergangsbestimmungen, <http://ec.europa.eu/social/main.jsp?catId=466&langId=de> (abgerufen 04.07.2013).

EU-Kommission (2013c): Beschäftigung, Soziales und Integration, Gleichbehandlung, <http://ec.europa.eu/social/main.jsp?catId=462&langId=de> (abgerufen 04.07.2013).

EU-Kommission (2013d): Beschäftigung, Soziales und Integration, Arbeitnehmer aus Bulgarien und Rumänien/EU-25, <http://ec.europa.eu/social/BlobServlet?docId=119&langId=de> (abgerufen 04.07.2013).

EU-Kommission (2013e): Beschäftigung, Soziales und Integration, Bulgarien und Rumänien, <http://ec.europa.eu/social/main.jsp?catId=508&langId=de> (abgerufen 04.07.2013).

EU-Kommission (2014): European Economic Forecast, European Economy No. 2, 2014.

- Euroactive** (2012): Iceland opens labour market to Bulgarians, Romanians, Pressemeldung (06.01.2012), <http://www.euractiv.com/enlarge-ment/iceland-opens-labour-market-bulg-news-510001> (abgerufen 04.07.2013).
- Eurobarometer** (2013): Die öffentliche Meinung in der Europäischen Union, Standard Eurobarometer 79/Spring 2013, Tables of Results.
- Eurostat** (2013): Asylanträge nach Staatsangehörigkeit bis 2007. Jährliche Daten (gerundet) [migr_asyctz], Stand: 27.07.2013.
- Eurostat** (2014a): Einwanderung nach Geschlecht, Altersklasse und Staatsangehörigkeit [migr_imm1ctz], Stand: 20.06.2014.
- Eurostat** (2014b): Wachstumsraten des realen BIP-Volumen. Veränderung gegenüber dem Vorjahr [tec00115], Stand: 08.09.2014.
- Eurostat** (2014c): Mindestlöhne, Bruttomindestlöhne pro Monat [tps00155], Stand: 13.09.2014.
- Eurostat** (2014d): Öffentlicher Schuldenstand (Maastricht-Schuldenstand) in % des BIP - jährliche Daten [tipsgo10], Stand: 30.10.2014.
- Eurostat** (2014e): Von Armut oder sozialer Ausgrenzung bedrohte Personen in % und 1000 Personen [t2020_50], Stand: 16.09.2014.
- Eurostat** (2014f): Erwerbstätigenquote, nach Geschlecht [tsdec420], Stand: 10.07.2014.
- Eurostat** (2014g): Arbeitslosenquote, nach Geschlecht [tsdec450], Stand: 28.08.2014.
- Eurostat** (2014h): Arbeitslosenquote nach Altersgruppe (weniger als 25 Jahre) [tsdec460], Stand: 16.08.2014.
- Eurostat** (2014i): Einbürgerungen nach Geschlecht, Altersklassen und früherer Staatsangehörigkeit [migr_acq], Stand: 23.03.2014.
- Eurostat** (2014j): Hauspreisindex (2010 = 100) - jährliche Daten [tipsho20], Stand: 18.07.2014.

- Eurostat** (2014k): BIP pro Kopf in KKS - Index (EU-27 = 100) [nama_gdp_c], Stand: 02.06.2014.
- Fuhr, Gabriela** (2012): Armutsgefährdung von Menschen mit Migrationshintergrund. Ergebnisse des Mikrozensus 2010, in: Wirtschaft und Statistik, Nr. 7, 549-562.
- Galgóczi, Béla/ Leschke, Janine** (2012): Intra-EU labour migration after Eastern enlargement and during the crisis, in: European Trade Union Institute Working Paper 2012/13, <http://www.etui.org/Publications2/Working-Papers/Intra-EU-labour-migration-after-Eastern-enlargement-and-during-the-crisis> (abgerufen 04.07.2013).
- Gallup** (2013): Poll of Rumanians, prepared for BBC, March-April 2013.
- Giulietti, Corrado/Guzi, Martin/Kahanec, Martin/Zimmermann, Klaus F.** (2013): Unemployment Benefits and Immigration: Evidence from the EU, in: International Journal of Manpower, Vol. 34(1), 24-38.
- Giuntella, Osea** (2012): Do immigrants squeeze natives out of bad schedules? Evidence from Italy, in: IZA Journal of Migration Vol. 1(1), Article 7.
- Godenau, Dirk/Vogel, Dita/ Kovacheva, Vesela/Wu, Yan** (2012): Arbeitsmarktintegration und öffentliche Wahrnehmung von Migranten: Ein Vergleich zwischen Deutschland und Spanien während der Wirtschaftskrise, in: Comparative Population Studies - Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft, Vol. 37(1-2), 77-98.
- Gonzalez, Libertat/Ortega, Francesc** (2013): Immigration and housing booms: Evidence from Spain, in: Journal of Regional Science, Vol. 53 (1), 37-59.
- Gruber, Joseph** (2000): Ohne Visum nach Europa: Freudentränen zum Fall der EU-Visumpflicht in Bulgarien, Konrad-Adenauer-Stiftung, Länderbericht Bulgarien, Stand 29.12.2000. <http://www.kas.de/wf/de/33.1129> (abgerufen 04.07.2013).

- Heller, Wilfried** (2013): Who moves within the country? Who emigrates? Who immigrates? Current migrational trends in Romania, in: Süd-europa Vol. 61(2), 244-267.
- Heß, Barbara** (2012): Zuwanderung von Fachkräften nach § 18 AufenthG aus Drittstaaten nach Deutschland, Working Paper 44/2012, Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, Nürnberg.
- Holland, Dawn/Fic, Tatiana/Rincon-Aznar, Ana/Stokes, Lucy/Paluchowski, Pawel** (2011): Labour mobility within the EU – The impact of enlargement and the functioning of the transitional arrangements: Final report, National Institute of Economic and Social Research for the European Commission, Employment, Social Affairs and Inclusion Directorate General, London.
- Horváth, István** (2007): Flucht und Asyl, Bundeszentrale für politische Bildung – Dossier „Rumänien“ (01.07.2007), <http://www.bpb.de/gesellschaft/migration/dossier-migration/57810/flucht-und-asyl> (abgerufen 04.07.2013).
- Humpert, Stephan** (2013): Age and gender differences in job opportunities, in: International Journal of Human Resource Studies, Vol. 3(1), 104-133.
- Humpert, Stephan** (2014): Well-Being, Work and Government: Insights from Eastern Transition Countries, in: PECOB's papers series, no. 41.
- Humpert, Stephan/Pfeifer, Christian** (2013): Explaining age and gender differences in employment rates: A labor supply-side perspective, in: Journal of Labour Market Research, Vol. 46(1), 1-17.
- Ichim, Vasile-Liviu** (2012): Reasons of labour force migration in Romania, in: 7th International Scientific Conference "Business and Management 2012", Conference Proceedings, 639-646.
- INE** (2013): Principales series de población desde 1998 Población extranjera por Nacionalidad, sexo y año, Zeitreihe.

- Infoautonomos** (2013): Los autónomos extranjeros, distribución y evolución, <http://www.infoautonomos.com/informacion-al-dia/el-autonomo-en-espana/autonomos-extranjeros-distribucion-evolucion> (Stand: 21.01.2013).
- INSSE** (2013): Rezultate definitive ale Recensământului Populației și al Locuințelor – 2011 (caracteristici demografice ale populației), http://www.recensamantromania.ro/wp-content/uploads/2013/07/REZULTATE-DEFINITIVE-RPL_2011.pdf
- IRES** (2013): Perceptions and attitudes of the Romanian population regarding working abroad, Research Report, Institutul Român Pentru Evaluare Și Strategie, Januar 2013.
- Irmer, Sven-Joachim/Mreyen, Lukas** (2013): Die Schengen-Problematik: Rumänien bleibt außen vor, Länderbericht Rumänien, Konrad-Adenauer-Stiftung, 22.03.2013.
- Janta, Hania/Ladkin, Adele/Brown, Lorraine/Lugosi, Peter** (2011): Employment experiences of Polish migrant workers in the UK hospitality sector, in: *Tourism Management* Vol. 32(5), 1006-1019.
- Kay, Rosemarie/Schneck, Stefan** (2012): Hemmnisse und Probleme bei Gründungen durch Migranten, IfM-Materialien Nr. 214, Institut für Mittelstandsforschung, Bonn.
- Klinger, Sabine/Rothe, Thomas/Weber, Enzo** (2013): Makroökonomische Perspektive auf die Hartz-Reformen: Die Vorteile überwiegen, IAB-Kurzbericht 11/2013.
- Knogler, Michael** (2010): Beschäftigungsanpassung und arbeitsmarktpolitische Maßnahmen in den neuen EU-Mitgliedstaaten, in: *Kurzanalysen und Informationen* Nr. 46 (Juni 2010), Osteuropa-Institut Universität Regensburg.
- Kohls, Martin** (2012): Demographie von Migranten in Deutschland, Peter Lang, Frankfurt/Main.
- Kostova, Miroslava K.** (2007): Los efectos económicos de la inmigración: el sector de la agricultura en España, Discussion Paper Series, Real Instituto Elcano.

- Krasteva, Anna/Otova, Ildiko/Staykova, Evelina** (2011): Temporary and circular migration in Bulgaria: Empirical evidence, current policy practice and future option 2004 – 2009, in: CERMES Occasional Papers, Center for European Refugees, Migration and Ethnic Studies.
- Łada, Agnieszka/Segeš, Frelak Justyna** (Hg.) (2012): Eine Grenze verschwindet. Die neue polnische Migration nach Deutschland aus lokaler Perspektive, Institut für Öffentliche Angelegenheiten, Warschau.
- Lehmer, Florian/Ludsteck, Johannes** (2011): The immigrant wage gap in Germany: Are East Europeans worse off?, in: International Migration Review, Vol. 45(4), 872-906.
- Lehmer, Florian/Ludsteck, Johannes** (2013): Lohnanpassung von Ausländern am deutschen Arbeitsmarkt. Das Herkunftsland ist von hoher Bedeutung, IAB-Kurzbericht 1/2013.
- Mai, Christoph-Martin/Marder-Puch, Katharina** (2013): Selbstständigkeit in Deutschland, in: Wirtschaft und Statistik Juli 2013, 482-496.
- Manea, Teodora** (2011): Romanian medical migration. An issue of trust?, in: Romanian Journal of Bioethics, Vol. 9 (3), 61-62.
- Mara, Isilda** (2012): Surveying Romanian migrants in Italy before and after the EU accession: migration plans, labour market features and social inclusion, NORFACE MIGRATION Discussion Paper Nr. 2012-24.
- Mara, Isilda/Landesmann, Michael** (2013): Do I stay because I am happy or am I happy because I stay? Life satisfaction in migration, and the decision to stay permanently, return and out-migrate, NORFACE MIGRATION Discussion Paper Nr. 2013-08.
- Markova, Eugenia** (2010): Optimising migration effects: A perspective from Bulgaria, in: Black, Richard et al. (Hg.): A continent moving west? EU enlargement and labour migration from Central and Eastern Europe, Amsterdam University Press, 207-230.

- Martinez, Rafael Viruela** (2008): Población Rumana y Búlgara en España: Evolución, Distribución Geográfica y Flujos Migratorios, in: Cuadernos de Geografía, Vol. 84, 169-194.
- Ministerio de Empleo y Seguridad Social** (2013): Extranjeros residentes en España. A 30 de Junio de 2013, Principales resultados – Anexo des Tablas. Zeitsreihe, Stand September 2013.
- Möller, Joachim** (2010): The German labor market response in the world recession – de-mystifying a miracle, in: Zeitschrift für Arbeitsmarktforschung, Vol. 42(4), 325-336.
- Monastiriotis, Vassilis/Hardiman, Niamh/Regan, Aidan/Goretti, Chiara/Landi, Lucio/Conde-Ruiz, J. Ignacio/Marin, Carmen/Cabral, Ricardo** (2013): Austerity measures in crisis countries - results and impact on mid-term development, in: Intereconomics - Review of European Economic Policy, Vol. 48(1), 4-32.
- Münz, Rainer/Ulrich, Ralf** (2000): Die ethnische und demographische Struktur von Ausländern und Zuwanderern in Deutschland, in: Alba, Richard/Schmidt, Peter/Wasmer, Martina (Hg.): Blickpunkt Gesellschaft 5. Deutsche und Ausländer: Freunde, Fremde oder Feinde? Empirische Befunde und theoretische Erklärungen. West-deutscher Verlag: Wiesbaden.
- Nae, Tatiana-Roxana** (2013): Migration and its Effects on Economic and Demographic Development in Romania, in: Mediterranean Journal of Social Sciences Vol. 4 (2), 35-43.
- New York Times** (2007): Romania, a poor land, imports poorer workers (17.11.2007).
- Norwegian Ministry of Labour** (2012): Proposes to repeal restrictions for Bulgaria and Romania, Pressemeldung (27.01.2012), <http://www.regjeringen.no/en/dep/ad/whats-new/news/2012/proposes-to-repeal-restrictions-for-bulg.html?id=670650> (abgerufen 04.07.2013).
- NSI** (2011): National Statistic Institute Republic of Bulgaria – 2011 Population Census – Main Results, http://www.nsi.bg/census2011/PDOCS2/Census2011final_en.pdf

- NSI (2013a):** National Statistic Institute Republic of Bulgaria - Tourism Table Data, 1.1. Trips of Bulgarian residents in abroad by purpose of visit and by country of destination, Zeitreihe.
- NSI (2013b):** National Statistic Institute Republic of Bulgaria - Population Table Data, 5.7 External migration by age and sex, Zeitreihe.
- OECD (2013a):** International Migration Outlook 2013, OECD Publishing.
- OECD (2013b):** Education at a glance: OECD Indicators, OECD Publishing.
- OECD (2013c):** Zuwanderung ausländischer Arbeitskräfte – Deutschland, OECD Publishing.
- ONS (2013):** Long Term International Migration, estimates from the International Passenger Survey: Annual data. Inflow to the UK of citizens from the individual countries of the EU for years 2007 to 2011 (Stand: 07.03.2013).
- Pastore, Ferruccio/Villossia, Claudia (2012):** Chapter Italy, in: Nieuwenhuysen, John/Duncan, Howard/Neerup, Stine. (Hg.): International migration in uncertain times, McGill university press, 109-128.
- Reuter, Richard (2011):** Auswirkungen der EU-Erweiterungen auf die deutsche Bauwirtschaft, in: Wirtschaftsdienst 4/2011, 276-283.
- Rhein, Thomas (2013):** Erwerbseinkommen: deutsche Geringverdiener im europäischen Vergleich, IAB-Kurzbericht 15/2013, Nürnberg.
- Riva, Egidio/Zanfrini, Laura (2013):** The labor market condition of immigrants in Italy: The case of Lombardy, in: Revue Intervention économiques, 47/2013.
- Rodríguez-Planas, Núria (2012):** Wage and occupational assimilation by skill level: Migration policy lessons from Spain, in: IZA Journal of European Labor Studies, Vol. 1 Artikel 8.
- Rolfe, Heather/Fic, Tatiana/Lalani, Mumtaz/Roman, Monica/Prohaska, Maria/Doudeva, Liliana (2013):** Potential impacts on the UK of future migration from Bulgaria and Romania, National Institute of Economic and Social Research.

Roman, Monica/Voicu, Victoria (2010): Some socio-economic effects of labor migration on sending countries: Evidence from Romania, in: Theoretical and Applied Economics, Vol. XVII (7), 61-76.

Schweizer Bundesamt für Migration (2012): Zulassungsvoraussetzungen für die Aufnahme einer Erwerbstätigkeit in der Schweiz, http://www.bfm.admin.ch/content/dam/data/migration/rechtsgrundlagen/weisungen_und_kreisschreiben/weisungen_fza/weisungen-fza-kap4-d.pdf (abgerufen 04.07.2013).

SEFSTAT (2013): População Estrangeira Residente em Portugal, Zeitreihe.

Silasi, Grigore/Simina, Ovidiu Laurian (2008): Romania and the new economy of migration: costs, decision, networks, development, MPRA Paper No. 41937.

Simón, Hipólito/Ramos, Raúl/Sanromá, Esteban (2011): Occupational mobility of immigrants in a low skilled economy: The Spanish case, IZA Discussion Paper 5581.

Soltész, Béla (2013): Auswanderung aus Rumänien am Anfang des XXI. Jahrhunderts, in: South-East Europe – International Relations Quarterly, Vol. 4(1), 1-6.

Son, Liana/Noja, Gratiela Georgiana (2012): A macroeconometric panel data analysis of the shaping factors of labour emigration within the European Union, in: Theoretical and Applied Economics Volume XIX (2012), No. 11(576), 15-30.

Sprenger, Ekatarina/Vincentz, Volkhard (2010): Financial crisis in Central and Eastern Europe, Kurzanalysen und Informationen Nr. 48 (Juni 2010), Osteuropa-Institut Universität Regensburg.

Statistik Austria (2013): Wanderungsstatistik: Wanderungen mit dem Ausland (Außenwanderungen) 2009-2012 nach ausgewählter Staatsangehörigkeit (Stand: 15.07.2013).

Statistisches Bundesamt (2013a): 80,5 Millionen Einwohner am Jahresende 2012 – Bevölkerungszunahme durch hohe Zuwanderung, Pressemitteilung 283/13 (27.08.2013), https://www.destatis.de/DE/PresseService/Presse/Pressemitteilungen/2013/08/PD13_283_12411pdf.pdf?__blob=publicationFile (abgerufen 05.09.2013).

Statistisches Bundesamt (2013b): Ausländische Bevölkerung laut Zensus deutlich geringer als bislang angenommen, https://www.destatis.de/DE/ZahlenFakten/GesellschaftStaat/Bevoelkerung/MigrationIntegration/AuslaendischeBevolkerung/Aktuell_Zensus.html (abgerufen 05.09.2013).

Statistisches Bundesamt (2013c): Bildung und Kultur, Allgemeinbildende Schulen Schuljahr 2012/2013, Fachserie 11 Reihe 1, Wiesbaden (korrigierte Fassung 14.02. 2014).

Statistisches Bundesamt (2013d): Bildung und Kultur, Berufliche Bildung, Fachserie 11 Reihe 3 2012, Wiesbaden.

Statistisches Bundesamt (2014a): Bildung und Kultur, Berufliche Schulen, Schuljahr 2012/2013, Fachserie 11 Reihe 2, Wiesbaden.

Statistisches Bundesamt (2014b): Unternehmen und Arbeitsstätten, Gewerbeanzeigen, Dezember 2013; Mai 2014; Juni 2014 (vorläufig), Fachserie 2 Reihe 5, Wiesbaden.

Statistisches Bundesamt (2014c): Bevölkerung und Erwerbstätigkeit, Wanderungsergebnisse, Fachserie 1 Reihe 1.2, mehrere Jahre, Wiesbaden.

Statistisches Bundesamt (2014d): Bevölkerung und Erwerbstätigkeit, Eingbürgerungen 2013, Fachserie 1 Reihe 2.1, Wiesbaden.

Statistisches Bundesamt (2014e): Bevölkerung und Erwerbstätigkeit, Ausländische Bevölkerung in Deutschland, vorläufige Ergebnisse des Ausländerzentralregisters, Fachserie 1 Reihe 2 2012, Wiesbaden.

SVR (2013): Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Integration und Migration, Erfolgsfall Europa? Folgen und Herausforderungen der EU-Freizügigkeit für Deutschland – Jahresgutachten mit Migrationsbarometer, Berlin.

The Guardian (2013): How many Bulgarians and Romanians will come to the UK? Estimating migration is hard. But the lifting of restrictions on ‚A2‘ nationals is unlikely to have the impact of the 2004 enlargement (15.01.2013).

UNDP (2013): Bericht über die menschliche Entwicklung 2013. Der Aufstieg des Südens: Menschlicher Fortschritt in einer ungleichen Welt, Deutsche Gesellschaft für die Vereinten Nationen e.V., Berlin (Datenbank <http://hdr.undp.org>).

Vitosha Research (2013): Poll of Bulgarians, prepared for BBC, March-April 2013.

Weltbank (2013): Bilateral Remittance Estimates, mehrere Jahre (Stand Mai 2013).

Wissenschaft weltoffen (2013): Gemeinsame Datenbank vom Deutschen Akademischen Austausch Dienst e.V. und Deutschen Zentrum für Hochschul- und Wissenschaftsforschung GmbH (Stand: Oktober 2013).

Wissenschaft weltoffen (2014): Gemeinsame Datenbank vom Deutschen Akademischen Austausch Dienst e.V. und Deutschen Zentrum für Hochschul- und Wissenschaftsforschung GmbH, im Erscheinen.

Worbs, Susanne/Bund, Eva/Babka von Gostomski, Christian/Kohls, Martin (2013): (Spät-) Aussiedler in Deutschland: Zuwanderung und Integration - Eine Analyse aktueller Daten und Forschungsergebnisse, Nürnberg (unveröffentlichtes Manuskript).

World Economic Forum (2012): The global competitiveness report 2012-2013: Full data edition, Genf, 13-20.

World Economic Forum (2013): The global competitiveness report 2013-2014: Full data edition, Genf, 15-22.

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 3-1:	Zuzüge nach Deutschland im Jahr 2013 nach ausgewählten Herkunftsregionen	28
Abbildung 3-2:	Monatliche Zuzüge, Januar 2009 bis März 2014	39
Abbildung 3-3:	Monatliche Zuzüge aus Polen, Rumänien und Bulgarien, Januar 2009 bis März 2014	41
Abbildung 3-4:	Saisonarbeitnehmer und Schaustellergehilfen aus den EU-2 Ländern, 1992 bis 2011	53
Abbildung 3-5:	Haushaltshilfen insgesamt bzw. aus den EU-2 Ländern, 2005 bis 2012	54
Abbildung 4-1:	Fortzüge bulgarischer Staatsangehöriger nach Verbleib im Zielland (jeweils Anteil an allen im Ausland verbliebenen Fortgezogenen)	60
Abbildung 4-2:	Im Zielland verbliebene bulgarische Staatsangehörige nach Bildungsabschlüssen	62
Abbildung 4-3:	Wachstumsraten des BIP in den EU-2 Ländern, 2003 bis 2015	64
Abbildung 4-4:	Entwicklung des BIP pro Kopf in den EU-2 Ländern, 2000 bis 2012	65
Abbildung 4-5:	Entwicklung der monatlichen Brutto- mindestlöhne in den EU-2 Ländern, 2002 bis 2013	66
Abbildung 4-6:	Öffentlicher Schuldenstand als Anteil des BIP in den EU-2 Ländern, 2000 bis 2013	67

Abbildung 4-7:	Arbeitslosenquoten in den EU-2 Ländern, 2000 bis 2013	68
Abbildung 4-8:	Jugendarbeitslosigkeitsquoten in den EU-2 Ländern, 2000 bis 2013	69
Abbildung 5-1:	Zuwanderung aus den EU-2 Ländern nach Italien und Spanien, 2000 bis 2012	76
Abbildung 5-2:	Altersverteilung in Deutschland aufhältiger Männer und Frauen aus Rumänien und den EU-28 (ohne Deutsche), 2013	80
Abbildung 5-3:	Personen aus den EU-2 (linke Achse) und EU-28 Ländern (ohne Deutsche; rechte Achse) nach Aufenthaltsdauer, 2013	81
Abbildung 5-4:	Einbürgerungen in Deutschland nach bisheriger Staatsangehörigkeit der EU-2 (linke Achse) bzw. der EU-27 Länder (ohne Deutsche; rechte Achse), 2005 bis 2012	82
Abbildung 5-5:	Sozialversicherungspflichtig beschäftigte Bulgaren und Rumänen in Deutschland, 2000 bis 2014	92
Abbildung 5-6:	Arbeitslos gemeldete Staatsangehörige aus den EU-2 Ländern in Deutschland, 2005 bis 2014	95
Abbildung 5-7:	Leistungsempfänger gemäß SGB II mit Staatsangehörigkeit der EU-2 Länder in Deutschland, 2010 bis 2014	96
Abbildung 5-8:	Anteile ausgewählter Berufsgruppen bei Bulgaren, 2005 bis 2011	105
Abbildung 5-9:	Anteile ausgewählter Berufsgruppen bei Rumänen, 2005 bis 2011	106

Abbildung 5-10:	Schüler aus den EU-2 Ländern (linke Achse) sowie alle ausländischen Schüler (rechte Achse) in Deutschland, 2000 bis 2012	113
Abbildung 5-11:	Studierende (Bildungsausländer) aus den EU-2 Ländern in Deutschland, 2000 bis 2012	117
Abbildung 5-12:	Absolventen (Bildungsausländer) aus den EU-2 Ländern in Deutschland, 2001 bis 2012	118
Abbildung 5-13:	Wissenschaftliches Personal aus den EU-2 Ländern in Deutschland, 2005 bis 2012	118
Abbildung 6-1:	Wachstumsraten des BIP in Deutschland, Italien und Spanien, 2005 bis 2013	121
Abbildung 6-2:	Entwicklung des BIP pro Kopf in den Zielländern, 2000 bis 2012	123
Abbildung 6-3:	Öffentlicher Schuldenstand als Anteil des BIP der Zielländer, 2000 bis 2013	124
Abbildung 6-4:	Arbeitslosenquoten in den Zielländern, 2000 bis 2013	126
Abbildung 6-5:	Jugendarbeitslosigkeit in den Zielländern, 2000 bis 2013	127
Abbildung 6-6:	Preisentwicklung privater Wohngebäude in den Zielländern, 2005 bis 2013	132
Abbildung 6-7:	Auslandsaufenthalte von Bulgaren mit geschäftlichem Zweck in den Zielländern, 2008 bis 2013	134

Tabellenverzeichnis

Tabelle 2-1:	Arbeitskräftefreizügigkeitsregelungen bzgl. der EU-2 Staatsangehörigen in der Schweiz, dem europäischen Wirtschaftsraum und den EU-27 Staaten	20
Tabelle 3-1:	Wanderungssalden der EU-8 Länder, 2000 bis 2012	24
Tabelle 3-2:	Zuwanderung von Staatsangehörigen der EU-8 Staaten in ausgewählte EU-15 Staaten, 2000 bis 2012	26
Tabelle 3-3:	Zuwanderung von Staatsangehörigen der EU-2 Staaten in ausgewählte EU-Staaten, 2000 bis 2012	27
Tabelle 3-4:	Zu- und Fortzüge, Wanderungssaldo Deutschlands mit EU-8 und EU-2 Staaten sowie Kroatien, 2010 bis 2013	29
Tabelle 3-5:	Ausländische Wohnbevölkerung nach Staatsangehörigkeiten der EU-8 bzw. EU-2 Länder, 2004 bis 2014	34
Tabelle 3-6:	Staatsangehörige aus den EU-8 und EU-2 Staaten nach Bundesländern, 2012 und 2013	36
Tabelle 3-7:	Staatsangehörige aus Bulgarien und Rumänien in den Bezirken ausgewählter Ausländerbe- hörden	37
Tabelle 3-8:	Zuzüge aller Ausländer in ausgewählten Bundesländern, 2009 bis 2014	42

Tabelle 3-9:	Zuzüge von Ausländern in den Bezirken ausgewählter Ausländerbehörden, 2009 bis 2013	45
Tabelle 3-10:	Erteilte Visa zum Zweck des Ehegatten- und Familiennachzugs nach Deutschland, Herkunftsland Rumänien, 2005	50
Tabelle 4-1:	Fortzüge rumänischer Staatsangehöriger nach Zielländern, 2005 bis 2010	61
Tabelle 4-2:	Anteil von Armut oder sozialer Ausgrenzung bedrohter Personen in den EU-2 Ländern, 2006 bis 2013	70
Tabelle 4-3:	Wahrgenommene Wirtschaftslage in den EU-2 Ländern	72
Tabelle 4-4:	Geldtransfers von Arbeitsmigranten ins Heimatland, 2010 bis 2012	73
Tabelle 5-1:	Zuwanderung aus den EU-2 Länder nach Italien, Spanien und Deutschland, 2000 bis 2013	75
Tabelle 5-2:	Staatsangehörige der EU-2 Länder in Italien nach Regionen, 2010, Anzahl sowie Anteile an EU-27 Bürgern	77
Tabelle 5-3:	EU-2 Bürger in Spanien nach Regionen, 2013, Anzahl und Anteile an EU-27 Bürgern	78
Tabelle 5-4:	Einbürgerungen bulgarischer und rumänischer Staatsangehöriger in Italien und Spanien, 2008 bis 2012	83
Tabelle 5-5:	Bildungsniveaus aller bulgarischen und rumänischen Arbeitskräfte 2010 in den Zielländern	84
Tabelle 5-6:	Ausgeübte Tätigkeiten bulgarischer und rumänischer Arbeitskräfte in den Zielländern nach dem Qualifikationsniveau, 2010	87

Tabelle 5-7:	Erteilte Arbeitsgenehmigungen und Ablehnungen für eine erstmalige oder erneute Beschäftigung bzw. Fortsetzung einer Beschäftigung in Deutschland, 2011 bis 2013	90
Tabelle 5-8:	Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte in Deutschland mit der Staatsangehörigkeit aus den EU-2 Ländern, 2000 bis 2014	91
Tabelle 5-9:	In Deutschland gemeldete Arbeitslose mit Staatsangehörigkeit Bulgariens bzw. Rumäniens, nach Bundesländern, Anzahl sowie Anteile	94
Tabelle 5-10:	Leistungsempfänger gemäß SGB II aus den EU-2 Ländern in ausgewählten Kommunen, 2014	97
Tabelle 5-11:	Bezug von Kindergeld durch Staatsangehörige der EU-2 Länder, nach ausgewählten Kommunen (Kindergeldkasse), 2012 und 2013	98
Tabelle 5-12:	Arbeitskräfte aus den EU-2 Staaten an allen ausländischen Arbeitskräften in Italien, nach Regionen, 2011, Anzahl und Anteile	99
Tabelle 5-13:	Bildungsspezifische monatliche Durchschnittseinkommen von Rumänen in Italien, 2011	100
Tabelle 5-14:	TOP-20-Tätigkeiten bulgarischer und rumänischer Arbeitskräfte in Deutschland, 2005 und 2011, Teil 1 Bulgaren	103
	TOP-20-Tätigkeiten bulgarischer und rumänischer Arbeitskräfte in Deutschland, 2005 und 2011, Teil 2 Rumänen	104
Tabelle 5-15:	Beschäftigte aus den EU-2 Ländern nach Wirtschaftszweigen, Dezember 2013	107
Tabelle 5-16:	Gewebeanmeldungen und -abmeldungen bulgarischer und rumänischer Einzelunternehmer in Deutschland, 2013	110

Tabelle 5-17:	EU-2 Bürger als Gewerbetreibende in Italien, 2011, Anzahl und Anteile	111
Tabelle 5-18:	EU-Bürger als Gewerbetreibende in Spanien, 2007 und 2012, Anzahl und Anteile	112
Tabelle 5-19:	Schüler aus den EU-2 Ländern sowie alle ausländischen Schüler nach Schulformen, 2012, Anzahl und Anteile	114
Tabelle 5-20:	Bulgarische, rumänische und insgesamt ausländische Auszubildende nach Ausbildungsberreichen (und neu abgeschlossene Ausbildungsverträge), 2012	115
Tabelle 5-21:	Bulgarische, rumänische und insgesamt ausländische Schüler/innen nach beruflichen Schularten, 2012, Anzahl und Anteile	116
Tabelle 6-1:	Wahrgenommene Wirtschafts- und Berufslage in Deutschland, Spanien und Italien, 2013	128
Tabelle 6-2:	Von Armut oder sozialer Ausgrenzung bedrohte Personen in Deutschland, Spanien und Italien, 2004 bis 2013	129
Tabelle 6-3:	Wanderungssalden von Bulgaren und Rumänen in Spanien und Italien, 2009 bis 2012	133
Tabelle 6-4:	Wanderungssalden Deutschlands gegenüber den Herkunftsländern (inkl. bzw. ohne deutsche Staatsangehörige), 2009 bis 2013	135
Tabelle 6-5:	Nettozuwanderungen nach Deutschland differenziert nach Staatsangehörigkeit bzw. Herkunftsland (ohne deutsche Staatsangehörige), 2011 bis 2013	137
Tabelle 6-6:	Zuzüge von Staatsangehörigen der EU-2-Länder nach Deutschland, nach Staat des vorherigen Aufenthaltes/Wohnsitzes, 2012	137

Tabelle 6-7:	Interesse am Leben, Arbeiten und Studieren in einem anderen EU-Land, 2013	141
Tabelle 6-8:	Befragung in Rumänien zur Haltung, im Ausland zu arbeiten, IRES 2013	142
Tabelle 6-9:	Befragung in Rumänien zur Haltung, im Ausland zu arbeiten, Gallup 2013	143
Tabelle 6-10:	Befragung in Bulgarien zur Haltung, im Ausland zu arbeiten, Vitosha Research 2013	146
Tabelle 6-11:	Bleibe- bzw. Abwanderungsabsicht bei Rumänen in Italien, 2011, Anzahl und Anteile	147

Publikationen des Forschungszentrums Migration, Integration und Asyl

Working Paper

- 1/2005** Die Datenlage im Bereich der Migrations- und Integrationsforschung
Verfasserin: Sonja Haug

- 2/2005** Illegalität von Migranten in Deutschland
Verfasserin: Susanne Worbs unter Mitarbeit von Michael Wolf und Peter Schimany

- 3/2005** Jüdische Zuwanderer in Deutschland
Verfasserin: Sonja Haug unter Mitarbeit von Peter Schimany

- 4/2005** Die alternde Gesellschaft
Verfasser: Peter Schimany

- 5/2006** Integrationskurse
Erste Erfahrungen und Erkenntnisse einer Teilnehmerbefragung
Verfasser: Sonja Haug und Frithjof Zerger

- 6/2006** Arbeitsmarktbeteiligung von Ausländern im Gesundheitssektor in Deutschland
Verfasser: Peter Derst, Barbara Heß und Hans Dietrich von Loeffelholz

- 7/2006** Einheitliche Schulkleidung in Deutschland
Verfasser: Stefan Theuer

- 8/2007** Soziodemographische Merkmale,
Berufsstruktur und Verwandtschaftsnetzwerke
jüdischer Zuwanderer
Verfasserin: Sonja Haug unter Mitarbeit von Michael Wolf
- 9/2007** Migration von hoch Qualifizierten und hochrangig
Beschäftigten aus Drittstaaten nach Deutschland
Verfasserinnen: Barbara Heß und Lenore Sauer
- 10/2007** Familiennachzug in Deutschland
Verfasser: Axel Kreienbrink und Stefan Rühl
- 11/2007** Türkische, griechische, italienische und polnische Personen
sowie Personen aus den Nachfolgestaaten des ehemaligen
Jugoslawien in Deutschland
Verfasser: Christian Babka von Gostomski
- 12/2008** Kriminalität von Aussiedlern
Eine Bestandsaufnahme
Verfasser: Sonja Haug, Tatjana Baraulina,
Christian Babka von Gostomski unter Mitarbeit von
Stefan Rühl und Michael Wolf
- 13/2008** Schulische Bildung von Migranten in Deutschland
aus der Reihe „Integrationsreport“, Teil 1
Verfasser: Manuel Siegert
- 14/2008** Sprachliche Integration von Migranten in Deutschland
aus der Reihe „Integrationsreport“, Teil 2
Verfasserin: Sonja Haug
- 15/2008** Healthy-Migrant-Effect, Erfassungsfehler und andere
Schwierigkeiten bei der Analyse der Mortalität von
Migranten
Eine Bestandsaufnahme
Verfasser: Martin Kohls
- 16/2008** Leben Migranten wirklich länger?
Eine empirische Analyse der Mortalität von
Migranten in Deutschland
Verfasser: Martin Kohls

- 17/2008** Die Einbürgerung von Ausländern in Deutschland
aus der Reihe „Integrationsreport“, Teil 3
Verfasserin: Susanne Worbs
- 18/2008** Die Datenlage im Bereich der internationalen Migration
in Europa und seinen Nachbarregionen
Verfasser: Kevin Borchers unter Mitarbeit von
Wiebke Breustedt
- 19/2008** Das Integrationspanel
Ergebnisse zur Integration von Teilnehmern zu Beginn
ihres Integrationskurses
Verfasserin: Nina Rother
- 20/2008** Aspekte der Arbeitsmarktintegration von Frauen
ausländischer Nationalität in Deutschland
Eine vergleichende Analyse über türkische, italienische,
griechische und polnische Frauen sowie Frauen aus den
Nachfolgestaaten des ehemaligen Jugoslawiens
Verfasserin: Anja Sticks
- 21/2008** Wohnen und innerstädtische Segregation von Zuwanderern
in Deutschland
aus der Reihe „Integrationsreport“, Teil 4
Verfasserin: Lena Friedrich
- 22/2009** Berufliche und akademische Ausbildung von Migranten
in Deutschland
aus der Reihe „Integrationsreport“, Teil 5
Verfasser: Manuel Siegert
- 23/2009** Das Integrationspanel
Entwicklung von alltagsrelevanten Sprachfertigkeiten
und Sprachkompetenzen der Integrationskursteilnehmer
während des Kurses
Verfasserin: Nina Rother

- 24/2009** Förderung der Bildungserfolge von Migranten:
Effekte familienorientierter Projekte
Abschlussbericht zum Projekt Bildungserfolge bei Kindern
und Jugendlichen mit Migrationshintergrund durch
Zusammenarbeit mit den Eltern
Verfasser: Lena Friedrich und Manuel Siegert unter Mitarbeit
von Karin Schuller
- 25/2009** Die Organisation der Asyl- und Zuwanderungspolitik
in Deutschland
Studie I/2008 im Rahmen des Europäischen Migrations-
netzwerks (EMN)
Verfasser: Jan Schneider
- 26/2009** Unbegleitete minderjährige Migranten in Deutschland
Aufnahme, Rückkehr und Integration
Studie II/2008 im Rahmen des Europäischen Migrations-
netzwerks (EMN)
Verfasser: Bernd Parusel
- 27/2009** Grunddaten der Zuwandererbevolkerung in Deutschland
aus der Reihe „Integrationsreport“, Teil 6
Verfasser: Stefan Rühl
- 28/2009** Zuwanderung von Hochqualifizierten aus Drittstaaten
nach Deutschland
Ergebnisse einer schriftlichen Befragung
Verfasserin: Barbara Heß
- 29/2010** Das Integrationspanel
Ergebnisse einer Befragung von Teilnehmenden zu Beginn
ihres Alphabetisierungskurses
Verfasserin: Nina Rother
- 30/2010** Europäische und nationale Formen der Schutzgewährung
in Deutschland
Studie II/2009 im Rahmen des Europäischen Migrations-
netzwerks (EMN)
Verfasser: Bernd Parusel

- 31/2010** Rückkehrunterstützung in Deutschland
Programme und Strategien zur Förderung von unterstützter
Rückkehr und zur Reintegration in Drittstaaten
Studie I/2009 im Rahmen des Europäischen Migrations-
netzwerks (EMN)
Verfasser: Jan Schneider und Axel Kreienbrink
- 32/2010** Deckung des Arbeitskräftebedarfs durch Zuwanderung
Studie der deutschen nationalen Kontaktstelle für das
Europäische Migrationsnetzwerk (EMN)
Verfasser: Bernd Parusel und Jan Schneider
- 33/2010** Interethnische Kontakte, Freundschaften, Partnerschaften
und Ehen von Migranten in Deutschland
aus der Reihe „Integrationsreport“, Teil 7
Verfasserin: Sonja Haug
- 34/2010** Mediennutzung von Migranten in Deutschland
aus der Reihe „Integrationsreport“, Teil 8
Verfasserin: Susanne Worbs
- 35/2011** Zirkuläre und temporäre Migration
Studie der deutschen nationalen Kontaktstelle für das
Europäische Migrationsnetzwerk (EMN)
Verfasser: Jan Schneider und Bernd Parusel
- 36/2011** Migranten am Arbeitsmarkt in Deutschland
aus der Reihe „Integrationsreport“, Teil 9
Verfasser: Katharina Seebaß und Manuel Siegert
- 37/2011** Der Einfluss des Integrationskurses auf die Integration
russisch- und türkischstämmiger Integrationskurs-
teilnehmerinnen
Verfasserin: Karin Schuller
- 38/2011** Sozialversicherungspflichtig beschäftigte Ausländerinnen
und Ausländer in qualifizierten Dienstleistungen
Verfasserin: Barbara Heß

- 39/2011** Migranten im Niedriglohnsektor unter besonderer
Berücksichtigung der Geduldeten und Bleibeberechtigten
Verfasser: Waldemar Lukas
- 40/2011** Visumpolitik als Migrationskanal
Studie der deutschen nationalen Kontaktstelle für das
Europäische Migrationsnetzwerk (EMN)
Verfasser: Bernd Parusel und Jan Schneider
- 41/2012** Maßnahmen zur Verhinderung und Reduzierung
irregulärer Migration
Studie der deutschen nationalen Kontaktstelle für das
Europäische Migrationsnetzwerk (EMN)
Verfasser: Jan Schneider
- 42/2012** Das Integrationspanel
Entwicklung der Deutschkenntnisse und Fortschritte der
Integration bei Teilnehmenden an Alphabetisierungskursen
Verfasserinnen: Karin Schuller, Susanne Lochner und
Nina Rother unter Mitarbeit von Denise Hörner
- 43/2012** Missbrauch des Rechts auf Familiennachzug
Studie der deutschen nationalen Kontaktstelle für das
Europäische Migrationsnetzwerk (EMN)
Verfasser: Andreas Müller
- 44/2012** Zuwanderung von Fachkräften nach § 18 AufenthG
aus Drittstaaten nach Deutschland
Ergebnisse einer schriftlichen Befragung von
Arbeitsmigranten
Verfasserin: Barbara Heß
- 45/2012** Klimamigration
Definitionen, Ausmaß und politische Instrumente in der
Diskussion
Verfasser: Bettina Müller, Marianne Haase, Axel Kreienbrink
und Susanne Schmid

- 46/2012** Politische Einstellungen und politische Partizipation von Migranten in Deutschland
aus der Reihe „Integrationsreport“, Teil 10
Verfasserinnen: Stephanie Müssig und Susanne Worbs
- 47/2012** Zuwanderung von internationalen Studierenden aus Drittstaaten
Studie der deutschen nationalen Kontaktstelle für das Europäische Migrationsnetzwerk (EMN)
Verfasser: Matthias M. Mayer, Sakura Yamamura, Jan Schneider und Andreas Müller
- 48/2012** Zuwanderung von selbständigen und freiberuflichen Migranten aus Drittstaaten nach Deutschland
Verfasser: Andreas H. Block und Isabell Klingert
- 49/2012** Migration und Entwicklung
Verfasser: Tatjana Baraulina, Doris Hilber und Axel Kreienbrink
- 50/2013** Ausländische Wissenschaftler in Deutschland
Verfasser: Isabell Klingert und Andreas H. Block
- 51/2013** EU-Binnenmobilität von Drittstaatsangehörigen
Fokus-Studie der deutschen nationalen Kontaktstelle für das Europäische Migrationsnetzwerk (EMN)
Verfasser: Andreas Müller
- 52/2013** Das Integrationspanel
Langfristige Integrationsverläufe von ehemaligen Teilnehmenden an Integrationskursen
Verfasser: Susanne Lochner, Tobias Büttner und Karin Schuller
- 53/2013** Gewinnung von hochqualifizierten und qualifizierten Drittstaatsangehörigen
Fokus-Studie der deutschen nationalen Kontaktstelle für das Europäische Migrationsnetzwerk (EMN)
Verfasser: Matthias M. Mayer

- 54/2013** Türkei
Migrationsprofil und migrationspolitische Entwicklungen
Verfasser: Marianne Haase und Johannes Obergfell
- 55/2013** Die Organisation der Aufnahme und Unterbringung von
Asylbewerbern in Deutschland
Fokus-Studie der deutschen nationalen Kontaktstelle für
das Europäische Migrationsnetzwerk (EMN)
Verfasser: Andreas Müller
- 56/2013** Die Identifizierung von Opfern von Menschenhandel im
Asylverfahren und im Fall der erzwungenen Rückkehr
Fokus-Studie der deutschen nationalen Kontaktstelle für
das Europäische Migrationsnetzwerk (EMN)
Verfasserin: Ulrike Hoffmann
- 57/2014** Soziale Absicherung von Drittstaatsangehörigen
in Deutschland
Studie der deutschen nationalen Kontaktstelle für
das Europäische Migrationsnetzwerk (EMN)
Verfasser: Andreas Müller, Matthias M. Mayer
und Nadine Bauer
- 58/2014** Wirksamkeit von Wiedereinreisesperren und
Rückübernahmeabkommen
Fokus-Studie der deutschen nationalen Kontaktstelle
für das Europäische Migrationsnetzwerk (EMN)
Verfasser: Martin Kohls
- 59/2014** Abschiebungshaft und Alternativen zur Abschiebungshaft
in Deutschland
Fokus-Studie der deutschen nationalen Kontaktstelle für
das Europäische Migrationsnetzwerk (EMN)
Verfasser: Janne Grote
- 60/2014** Unbegleitete Minderjährige in Deutschland
Fokus-Studie der deutschen nationalen Kontaktstelle für
das Europäische Migrationsnetzwerk (EMN)
Verfasser: Andreas Müller

Forschungsberichte

- 1/2005** Der Einfluss von Zuwanderung auf die deutsche Gesellschaft
Verfasser: Manfred Kohlmeier und Peter Schimany
- 2/2005** Illegal aufhältige Drittstaatsangehörige
in Deutschland
Verfasser: Annette Sinn, Axel Kreienbrink und
Hans-Dietrich von Loeffelholz unter Mitarbeit von
Michael Wolf
- 3/2007** Abschlussbericht
Zuwanderung und Integration von Spätaussiedlern –
Ermittlung und Bewertung der Auswirkungen des
Wohnortzuweisungsgesetzes
Verfasserinnen: Sonja Haug und Lenore Sauer
- 4/2007** Rückkehr aus Deutschland
Verfasser: Axel Kreienbrink, Edda Currie,
Ekkehart Schmidt-Fink, Manuela Westphal und
Birgit Behrensen unter Mitarbeit von Magdalena Wille
und Mirjam Laaser
- 5/2007** Migration und demographischer Wandel
Verfasser: Peter Schimany
- 6/2009** Muslimisches Leben in Deutschland
Verfasserinnen: Sonja Haug, Stephanie Müssig und
Anja Sticks
- 7/2009** Vor den Toren Europas?
Verfasserin: Susanne Schmid unter Mitarbeit
von Kevin Borchers
- 8/2010** Fortschritte der Integration
Zur Situation der fünf größten in Deutschland lebenden
Ausländergruppen
Verfasser: Christian Babka von Gostomski

- 9/2011** Morbidität und Mortalität von Migranten in Deutschland
Verfasser: Martin Kohls
- 10/2011** Generatives Verhalten und Migration
Verfasser: Susanne Schmid und Martin Kohls
- 11/2011** Das Integrationspanel
Verfasserinnen: Karin Schuller, Susanne Lochner und Nina Rother
- 12/2012** Pflegebedürftigkeit und Nachfrage nach Pflegeleistungen bei Migranten im demographischen Wandel
Verfasser: Martin Kohls
- 13/2012** Islamisches Gemeindeleben in Deutschland
Verfasser: Dirk Halm, Martina Sauer, Jana Schmidt und Anja Stichs
- 14/2012** Entwicklungspolitisch engagierte Migrantenorganisationen: Potenziale für die Integration in Deutschland?
Verfasserinnen: Marianne Haase und Bettina Müller
- 15/2012** Einbürgerungsverhalten von Ausländerinnen und Ausländern in Deutschland sowie Erkenntnisse zu Optionspflichtigen
Ergebnisse der BAMF-Einbürgerungsstudie 2011
Verfasser: Martin Weinmann, Inna Becher und Christian Babka von Gostomski
- 16/2012** Die Optionsregelung im Staatsangehörigkeitsrecht aus der Sicht von Betroffenen
Qualitative Studie
Verfasserinnen: Susanne Worbs, Antonia Scholz und Stefanie Blicke
- 17/2012** Das Migrationspotenzial aus der GUS in die Europäische Union
Verfasserin: Susanne Schmid

- 18/2012** Ältere Migrantinnen und Migranten
Verfasser: Peter Schimany, Stefan Rühl und Martin Kohls
- 19/2013** Warum Deutschland?
Einflussfaktoren bei der Zielstaatssuche von
Asylbewerbern –
Ergebnisse einer Expertenbefragung
Verfasserin: Antonia Scholz
- 20/2013** (Spät-)Aussiedler in Deutschland
Eine Analyse aktueller Daten und Forschungsergebnisse
Verfasser: Susanne Worbs, Eva Bund, Martin Kohls und
Christian Babka von Gostomski
- 21/2014** Geschlechterrollen bei Deutschen und Zuwanderern
christlicher und muslimischer Religionszugehörigkeit
Verfasserinnen: Inna Becher und Yasemin El-Menouar
- 22/2014** Die Integration von zugewanderten Ehegattinnen
und Ehegatten in Deutschland
BAMF-Heiratsmigrationsstudie 2013
Verfasser: Tobias Büttner und Anja Stichs
- 23/2014** Beschäftigung ausländischer Absolventen
deutscher Hochschulen
Ergebnisse der BAMF-Absolventenstudie 2013
Verfasserinnen: Elisa Hanganu und Barbara Heß

Beitragsreihe

- 01/2010** Muslim Organisations and the State -
European Perspectives
Herausgeber: Axel Kreienbrink und
Mark Bodenstein
- 02/2011** Potenziale der Migration zwischen
Afrika und Deutschland
Herausgeber: Tatjana Baraulina,
Axel Kreienbrink und Andrea Riester

- 03/2011** Hemmnisse der Arbeitsmarktintegration von niedrigqualifizierten Frauen mit Migrationshintergrund
Verfasserin: Judith Schmolke
- 04/2013** Rückkehr und Reintegration
Herausgeber: Tatjana Baraulina und Axel Kreienbrink
- 05/2014** Fachkräftemigration aus Asien nach Deutschland und Europa
Herausgeber: Axel Kreienbrink
- 06/2014** Abwanderung von Türkeistämmigen
Herausgeber: Stefan Alscher und Axel Kreienbrink
- 07/2014** Bürger auf Zeit
Die Wahl der Staatsangehörigkeit im Kontext der deutschen Optionsregelung
Verfasserin: Susanne Worbs

Impressum

Herausgeber:

Bundesamt für Migration und Flüchtlinge
Frankenstraße 210
90461 Nürnberg

E-Mail: info@bamf.bund.de

Internet: www.bamf.de

Gesamtverantwortung:

Antje Kiss

Verfasser:

Elisa Hanganu
Dr. Stephan Humpert
Dr. Martin Kohls

Stand:

Oktober 2014

Druck:

Bundesamt für Migration und Flüchtlinge

Layout:

Gertraude Wichtrey
Claudia Sundelin

Bildnachweis:

Titelbildgestaltung G. Wichtrey, E. Leese

Zitat:

Hanganu, Elisa/Humpert, Stephan/Kohls, Martin (2014): Zuwanderung aus den neuen EU-Mitgliedstaaten Bulgarien und Rumänien. Forschungsbericht 24. Nürnberg: Bundesamt für Migration und Flüchtlinge.

ISBN:

978-3-944674-07-0

Diese Druckschrift wird im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge kostenlos herausgegeben. Für nichtgewerbliche Zwecke sind Vervielfältigungen und unentgeltliche Verbreitung, auch auszugsweise, mit Quellenangaben gestattet. Die Verbreitung, auch auszugsweise, über elektronische Systeme oder Datenträger bedarf der vorherigen Zustimmung des Bundesamtes. Alle übrigen Rechte bleiben vorbehalten.

